

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

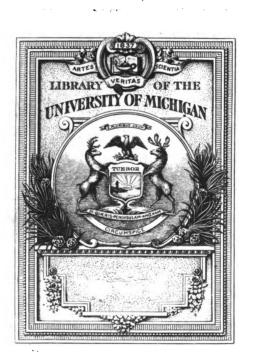
- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/

Brisbert/ Der Weg Sur Nepplution/ 1914-1918







D 515 ,W90 Der Weg zur Revolution

Erinnerungen an die Ariegsjahre im Königlich Preußischen Ariegsministerium

von

Ernst von Wrisberg Generalmasor a. D. während des Krieges Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements

Der Weg zur Revolution 1914–1918

Der Weg zur Revolution 1914–1918

Von

Ernst von Wrisberg Generalmajora.D.

> während des Krieges Direftor des Allgemeinen Kriegsdepartements



 Σ eipzig

Verlag von R. F. Koehler 1921 Copyright 1921 by K. F. Koehler, Leipzig

Drud von Oscar Brandftetter, Leipzig

fil.lon. Narrass 9-14-28 17597

Vorwort

Ich habe in meinem Leben niemand betrogen, viel weniger werde ich die Rachwelt betrügen. Kriedrich der Große.

Auf Drangen meiner früheren Mitarbeiter habe ich mich entsichlossen, biefes Buch ber Offentlichkeit zu übergeben.

Ich stellte hierbei meine perfönlichen Bedenken zurud; ich hatte nur das eine Ziel vor Augen: der Sache zu dienen.

Der dringende Wunsch meiner treuen Mitarbeiter war zu verstehen. Bücher und Schriften erschienen, die in mehr oder weniger verssteetter Form Angriffe gegen die Heeresverwaltung erhoben. Schilderungen über Zustände und Verhältnisse in der Heimat während der Kriegszeit wurden veröffentlicht, die vor dem uneingeweihten Leser leicht ein falsches Bild entstehen lassen konnten.

Es war meine Pflicht, hier einzutreten.

Das Werk soll einen allgemeinen Aberblick über die Taten des Teils der Heeresverwaltung geben, der mir unterstellt war. Dabei sollen die Schwierigkeiten hervorgehoben werden, die zu überwinden waren. Die Kenntnis von diesen wird vielfach Anordnungen oder das Unterlassen von solchen in einem anderen Lichte erscheinen lassen. Eine Kritik, auch an eigenen Magnahmen, durfte hierbei nicht fehlen.

Von Bedeutung war eine Schilderung der inneren Berhältnisse, da gerade diese auf den Berlauf des Krieges einen so verhängnisvollen Einfluß ausgeübt haben.

Gerechtigkeitsbrang, Wahrheitsliebe und hingebung an die Sache haben mich bei meinen Ausführungen geleitet.

Ein solches Werk konnte ich nicht allein schreiben, ich bedurfte ber Mitarbeit der auf den einzelnen Gebieten besonders erfahrenen Herren. Sie ist mir in reichstem Maße zuteil geworden. Alle Abteilungen des alten Departements haben sich in den Dienst der Sache VI

gestellt. Die Erlaubnis zur Benutzung amtlichen Materials wurde mir bereitwilligst gegeben.

Allen Mithelfern banke ich an biefer Stelle für die treue, mir bis zuletzt gewährte Unterstützung. Bornehmlich tue ich dies meinem ehemaligen Abjutanten, Major Mertens, gegenüber, der viel zum Gelingen des ganzen Werkes beigetragen hat.

Denr Berlage gebührt besonderer Dank für das Interesse und Entsgegenkommen, das er dem Buche gewidmet hat.

So gehe es benn hinaus:

ben Toten zur Erinnerung, ben Lebenden zum Ruhme, ben Jukunftigen zur Nacheiferung.

Berlin, im Juli 1921.

v. Brisberg.

Die politischen Berhältnisse in ber Heimat während des Krieges und ihre Entwicklung sollen in dem vorliegenden Bande dargelegt werden

Ein trauriges Kapitel. Es mußte aber geschrieben werden. Nicht nur den Frontkämpfern, nicht nur den Auslandsdeutschen, auch vielen von denen, die in der Heimat treu und entsagungsvoll ihre Pflicht für das geliebte Vaterland taten, ist es dis heute unfasilich geblieben, wie unser Volk so völlig sich selbst aufgeben konnte. Manchem auch hat parteipolitisch gefärbte Darstellung das klare Urteil getrübt. Die nachfolgende Schilderung stütt sich auf einwandfreies, vielfach amtliches Material. Ihr Iweck ist, dem denkenden Teile des deutschen Volkes zu zeigen, wer ihm den Giftbecher reichte. Der größte Teil des Vuches entstammt der Feder meines früheren Udjutanten, des Regierungsrats Major a. D. Mertens, dem ich auch an dieser Stelle für seine Mitarbeit danke.

Berlin, im Juli 1921.

v. Brisberg.

Inhaltsverzeichnis

William Access v	Geite
Erstes Rapitel	1
Sweites Kapitel	16
Drittes Kapitel	27
Das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 — Die Kriegsziel- frage — Der Pazifismus — Stimmung — Die russische Revolution und ihre Wirkung auf die deutsche Sozialdemokratie	2.
Biertes Kapitel	43
Fünftes Kapitel	50
Sechstes Kapitel	58
Siebentes Kapitel	71
Achtes Kapitel	.82
Reuntes Kapitel	90
Die Brest:Litowsker Berhandlungen — Der Berliner Januarstreik Zehntes Kapitel	102
Der Plan für die Revolution — Der Friedensschluß im Often	
Elftes Rapitel	111
Swölftes Kapitel	117
Dreizehntes Kapitel	133
Die österreichische Friedensaktion — Die Kanzlerschaft des Prinzen Max und das sog. Kriegskabinett — Der allgemeine Schrei nach Frieden — Der Triumph der Giftmischer	
Anhang	155
1. Pressestimmen. 2. Flugblattpropaganda. 3. Nachrevolutionäre Bekenntnisse	

Kriegsausbruch und Sozialdemokratie — Unterlassungsfünden der Regierung

Die Toten sind nicht zu beklagen, sondern ihre Freunde, die sie überleben. Friedrich ber Große.

Um 4. August 1914 eröffnete S. M. der Raiser ben Reichstag im Beißen Saale des Berliner Schlosses mit einer Thronrede, die in ben geschichtlich gewordenen Worten gipfelte: "Uns treibt nicht Eroberungeluft; une befeelt ber unbeugsame Bille, ben Plat zu bewahren, auf ben Gott uns gestellt hat, für uns und für alle kommenben Geschlechter." Die Anwesenden aller bürgerlichen Parteien — Die Sozialbemofraten vermieben auch biesmal bas Betreten bes Konigs= schlosses — gelobten bem Raiser barauf mit Bandschlag, daß ber Reichstag mit ihm in Not und Tod zusammengeben wurde. In ber am Nachmittag folgenden Vollsigung des Reichstages wurden im Berlaufe einer Stunde 17 auf ben Krieg bezügliche Borlagen der verbündeten Regierungen, darunter eine Kriegsanleihe von 5 Milliarden Mark, bebattelos angenommen. Als einziger Redner erklärte ber Abg. Haase (Soz.), daß seine Freunde zwar nach wie vor Gegner einer imperialistischen Politik seien, jest aber, ba es sich nicht mehr barum handele, für ober gegen ben Rrieg zu stimmen, bas Baterland nicht verlassen wollten und die geforderten Kredite bewilligen würden. Ihre beigen Buniche galten allen ju den Sahnen gerufenen Brubern, ohne Unterschied der Partei! Und als der Reichskangler am Schlusse biefer Sitzung die Worte fand: "Micht bas Gewicht Ihrer Beschlüsse gibt dieser Tagung ihre Bebeutung, sonbern ber Geift, aus bem heraus sie geboren find, der Geift der Einheit Deutschlands, des unbedingten, rudhaltlofen, gegenseitigen Bertrauens auf Leben und Tob", da konnte er sicher fein, aus dem Berzen aller Deutschen gu sprechen, die, angefichts ber furchtbaren, jeden Bolksgenoffen in gleicher Beise bedrohenden Gefahr, in diesem Augenblicke mit freudigem Stolze Brisberg. *

über alle Parteigegensätze hinweg sich bewußt wurden, Söhne eines Landes, Angehörige eines Stammes zu sein. Wilhelm II. aber war es vergönnt, jetzt den Höhepunkt im Dasein eines Fürsten zu erleben: Das Volk empfand ihn, den Kaiser, als die Verkörperung seiner selbst, und nicht endenwollender Jubel lohnte ihm, als er den ihm entgegengebrachten Huldigungen antwortete: "Ich kenne keine Parteien und keine Konfessionen mehr: ich kenne nur Deutsche."

Dem Fühlen bes Bolkes aber gab Martin Hilbebrandt Ausbruck in feinem prachtvollen Sturmlied:

Der 31. Juli 1914.

Der deutsche Jorn ist jäh erwacht ob einer Welt voll Riedertracht voll hinterlist und Tüde; er brennt auf jeder deutschen Stirn, er wühlt in jedem deutschen hirn und sprüht aus jedem Blide.

Und wie von einer Zauberhand sind ausgeglichen Rang und Stand kein Sondern mehr und Gliedern. Ein Staunen schreitet durch die Welt, in Wehr und Waffen zieht ins Feld ein einig Volk von Brüdern.

Und jeder kennt nur einen Schwur, und keinem zeigt sich eine Spur der Furcht vor dem Erliegen. Wir geben unser Lettes her, und wärt ihr zahllos, wie am Meer der Sand, wir mussen.

Ganz Deutschland schien nicht nur, es war geeinigt; gesellte sich zu dieser Begeisterung harte und zähe Entschlossenheit, und der unersschütterliche Wille, unter dem Zeichen des Burgfriedens, alle inneren Streitigkeiten beiseite zu lassen, folange der Feind an die Tore des Reiches schlug, so konnte der Sieg nicht zweiselhaft sein.

Wie aber sah es mit biesem Willen aus, wie stellte sich hierzu vor allem die Partei der Massen, die Sozialbemokratie?

Die Begeisterung dieser Tage hatte weite Kreise der Sozialbemokratie ergriffen und die bisherige Gesinnung der auf sie eingeschworenen Arbeiterschaft stark erschüttert. Im großen und ganzen hielt diese Stimmung während des Jahres 1914 an. Die gemeinsame Not des Baterlandes hatte das durch den Klassenkampf ausgelöschte Gefühl der Jusammengehörigkeit neu erweckt; die unvergleichlichen Leistungen des Heeres und der ganzen staatlichen Organisation hatten selbst den beschränktesten Berächtern dieser Institutionen vor Augen geführt, was unser Bolk an ihnen besaß. Der monarchische Gedanke bewies

seine Lebenskraft und Wirkung so handgreiflich, daß diese "Republis kaner auf Varteibefehl" sich bem Ginbruck unmöglich entziehen konn= ten; zubem begann bie Saltung ber ausländischen Sozialisten fie allmählich über ben Wert ber roten Internationale aufzuklären. Bor allem aber brachte die Ramerabschaft im Felde, wie die großartige Silfstätigkeit babeim bie Schichten ber Bevolkerung einander nabe und überbrückte, wie nichts anderes, die Rlaffengegenfate. Un biefer gemeinfamen Arbeit beteiligt, wurden auch organisierte Genoffen an bem Parteibogma von ber Unmöglichkeit einer Berfohnung mit ben "nur auf Ausbeutung bes werktätigen Bolkes bedachten" berrichenden Rlaffen irre. Die Gewerkichaften batten ichon im August beschlossen, mahrend ber Dauer bes Rrieges Streikunterftützungen nicht ju gablen, wodurch praktisch jebe für die Rriegswirtschaft gefährliche Arbeitseinstellung ausgeschaltet wurde. Das "Rriegeministerium trat febr balb zu ben Rührern ber Gewerkschaften in eine Art Arbeitsgemeinschaft, die dank sich balb entwickelnden gegenseitigen Vertrauens wohl am meisten zu ber politischen Rube im Innern einerseits und ber Erzielung von bas Friedensmaß weit überfteigenden Arbeitsleiftungen andererfeits beitrug.1)

Selbft von ben Rührern ber fogialbemokratischen Partei Schien ein Teil biefen Einfluffen zu erliegen. War boch ber Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Mannheim, ber 40 jährige Jude Ludwig Frank, als einer ber erften als Rriegsfreiwilliger eingetreten, um bargutun, "baß bas Berhalten feiner Partei am 4. Auguft nicht bloß ein Strohfeuer und eine Bereitschaft in Worten fei."2) Das Kriegsministerium hatte biefem Stimmungeumschwung baburch Rechnung getragen, bağ am 31. August bas Berbot bes Baltens und ber Berbreitung fogialbemokratischer Schriften aufgehoben wurde "in ber Erwartung, bag bie Beröffentlichung von Artikeln unterbleibt, welche geeignet find, ben einheitlichen Geift bes Beeres zu beeintrachtigen. Sollte bies nicht zutreffen, so ist jedes Generalkommando befugt, bas Berbot wieber in Rraft zu feten." Leiber fand biefes Entgegenkommen nur fur kurze Beit Berftandnis bei ber fogialbemofratischen Preffe. Denn die Partei= leitung blieb offenbar um bie Wahrung bes bisherigen Standpunktes ängstlich beforgt. Sie verkundete fehr balb wieder, daß es auch in diefer

¹⁾ Auf diese Berhältnisse wird bei der Besprechung der Arbeiterfrage (II. Band der vorliegenden "Erinnerungen") noch besonders eingegangen werden.

²⁾ Frant fiel im September als Leutnant.

Zeit vor allem darauf ankomme, die sozialistischen Ideen und den Bestand der Partei zu sichern. Durch die nationale Strömung in den Massen sichtlich beunruhigt, suchte sie eine Auseinandersetzung über diese Fragen mit allen Mitteln hinauszuschieben, indem sie Nebensfragen wirtschaftlicher Art, wie die der Arbeitslosenfürsorge, der Mietsebeihilsen u. a. m., in denen sie bedingungslos und unbeirrt durch Billigskeitsrücksichten für die Minderbemittelten Partei nahm, in den Vordersgrund rückte.

Demgegenüber geschah im bürgerlichen Lager alles, um die neue Einigkeit des Volkes zu betätigen: Der Reichsverein gegen die Sozialsdemokratie, der evangelische Bund, der Ostmarkenverein skellten ihre Kampftätigkeit ein; auch der Antisemitismus verstummte. Der "deutsche Wehrverein" erklärte in einem Rundschreiben an die Presse, daß es gälte, die Heranziehung der Tüchtigsten aus allen Volkskreisen zu der inneren und äußeren Verwaltung herbeizuführen (sollte Bethmann aus dieser Quelle sein bekanntes Schlagwort gesschöpft haben?), echten Gemeinsinn und aufrechte vaterländische Gessimmung zu pflegen.

Alsbald begann die sozialbemokratische Parteileitung aus diesem Entgegenkommen des Bürgertums Kapital zu schlagen. Auf ihre "Bersbienste" pochend, suchte sie der Regierung immer neue Zugeständnisse — Zulassung bisher verbotener Bereinstätigkeit, Anerkennung der "freisgewerkschaftlichen" Organisationen als Bertretung der gesamten Arbeitersschaft, Bestätigung von Genossen in obrigkeitlichen Stellungen — abzuringen und damit eine der bisher mit Erfolg gegen sie verteidigten Machtstellungen nach der anderen zu erobern, um sie zu verstärkten Angriffen gegen dieselbe Staatsgewalt auszunutzen, wenn die Stimmung der Massen es wieder gestatten sollte, das wahre, unveränderte Gessicht zu zeigen.

Es mußte zu benken geben, daß die Leitung der Berliner Sozials bemokratie eine Beteiligung der Berliner Jugend an der militärischersseits veranstalteten Jugendausbildung ablehnte und zu verhindern wußte. —

Benn jemals, so lag es in biesen ersten Kriegsmonaten in der Hand der Staatsregierung, ob sie der Sozialdemokratie diese rettende Berschleierungstaktik gestatten, oder ob sie den augenblicklichen Gegenssatz zwischen dem Fühlen der Masse und den Absichten der Führer —

eine vielleicht nie wieberkehrende Gelegenheit — benutzen wollte, um die Macht der staatsfeindlichen Bewegung ein für allemal zu brechen. Erlaubte man der Partei, die Auseinandersetzung zwischen ihrem sozia- listisch=republikanischen Programm und der vaterländischen Stimmung ihrer Wähler zu umgehen, begnügte man sich mit ihrem interimistischen — im Augenblick für die äußere wie für die innere Politik gewiß wert= vollen — Berzicht auf Widerstand gegen die notwendigsten Kriegs= maßregeln, so mußte man damit rechnen, daß sie aus dieser gefährlichen Kriss in alter Geschlossenheit, ja gestärkt durch neue Eroberungen her= vorgehen und — wenn nicht früher, so sicher nach Friedensschluß — leicht die Mittel finden würde, den Arbeitermassen durch verhetzende Aufrollung wirtschaftlicher Fragen die kaum erwachte nationale Gessimmung gründlich auszutreiben.

3wang man fie bagegen, Karbe zu bekennen, fo brangte man fie vor die Entscheidung: entweder ihren Parteiftandpunkt aufzugeben, beffen bogmatischer Radikalismus in feiner bestechenben Ronfequenz und feiner jeben Bettbewerb von vornherein überbietenden Unverfohn= lichkeit zugleich ihre Berbekraft und ihre Gefahr enthielt, - ober ihre Unbanger burch schwere Beleidigung ihrer im Augenblick überwiegenden vaterländischen Gefühle von sich zu ftogen. Alles kam barauf an, die sozialbemokratische Partei in einbrucksvoller Beise, ohne Möglichkeit bes Ausweichens, vor die Frage zu ftellen, ob sie grundfählich ihren Frieden mit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung machen wollte ober nicht. Freilich war zu berücksichtigen, baß der Eindruck nationaler Einigkeit im Auslande nicht gestört werben durfte. Bielleicht mußte ber Zeitpunkt für eine große, weithin sichtbare politische Auseinandersetzung noch hinausgeschoben werben. Inzwischen aber war jede Gelegenheit mahrzunehmen, einzelne Glieber und Gruppen der Partei vor jene Frage zu stellen und dadurch ben Auflösungsprozeß vorzubereiten. Andererseits bedurfte bie patriotische Stimmung, bie auch unter ben Anhangern ber Sozialbemokratie erfreuliche Rraft gewonnen batte, aufmerkfamfter Pflege. Bierauf bas Instrument ber Presse abzustimmen, ihm ben einheitlichen Ton zu geben, mußte vornehmfte Aufgabe ber inneren Politik fein. -

Die Haltung ber Regierung gegenüber ber sozialbemokratischen Partei war dauernd entgegenkommend. Gleich bei Beginn bes Krieges war sie mit ihr in Verhandlungen eingetreten. Maßgebend hierfür

war wohl ber Wunsch nach einer einmütigen Kundgebung des Reichstages gewesen. Bielleicht wäre dieses Ziel auch ohne jene Verhand-lungen erreicht worden. Auch später wäre es wohl angebracht gewesen, zu beachten, daß die sozialdemokratischen Führer eigentlich fast ohne Gefolgschaft waren. Außerungen der Wählerschaft lagen zahlereich vor. Und dachte man nicht daran, daß Entgegenkommen gegen die sozialdemokratische Führung deren Ansprüche nicht abschwächen, sondern steigern würde?

In Verfolg dieser Politik verfügte der Minister des Innern bezeits in den ersten Tagen des Januar 1915, daß die Tatsache allein, daß ein in ein kommunales Amt Gewählter Mitglied der sozialdemoskratischen Partei sei oder sozialdemokratische Gesinnung öffentlich bezkannt habe, während dieses Krieges nicht ausreiche, um die Versagung der Bestätigung zu begründen.

Inzwischen hatte die radikale Opposition in der sozialdemokratischen Partei erneute Tätigkeit entfaltet. Diese Opposition, geführt von Karl Liedknecht, Rosa Luremburg, Franz Mehring, Mara Zetkin u. a., war bereits vor dem Kriege vorhanden, aber in den Tagen der Modilmachung fast völlig zusammengebrochen. Durch rührige Wühlarbeit gewann sie, besonders in den größeren Städten, allmählich an Anhang. Ihre Agitation richtete sich außer gegen Regierung und Bürgertum auch gegen die Fraktionsmehrheit, zum Teil gegen den weniger radikalen Parteivorstand und, etwa seit Dezember 1914, auf Stimmungsmache für einen "Frieden um seden Preis". Von einer im eigentlichen Sinne des Wortes heeresfeindlichen Propaganda hielten die Radikalen sich zunächst fern, wenn sie es auch nicht verschmähten, zur Erreichung ihres Zieles würdelose Verbeugungen vor dem feindlichen Auslande und der sozialistischen Internationale zu machen.1)

Dic Regierung begnügte sich vorerst mit der Beobachtung biefer Tätigkeit. —

Konnte man im Jahre 1914 boch noch eine allmähliche Umwandlung der deutschen Sozialdemokratie in eine, unbeschadet ihrer theoretischen Grundsätze, nationale Partei erhoffen, in deren Entwickelung durch kleinliche und verärgernde Zensur einzugreifen, ein Fehler gewesen wäre, so begann sich schon in der ersten Hälfte des neuen Jahres das Bild leider zu ändern.

¹⁾ Siehe Anhang, "Flugblattpropaganda", Rr. 1.

Die zielbewußten Führer und führenden Blätter ließen sich in brei Gruppen teilen.

Die eine schloß sich ber allgemeinen Bolksftrömung überzeugt an und fuchte, ben vaterländischen und völkischen Boben wieber ju gewinnen, die zweite - die um Liebknecht - hielt an den vaterlands: losen und internationalen Grundsätzen fest, in ber Aberzeugung, trot ber Stimmung in ber beutschen und trot ber offenen Absage ber ausländischen Sozialdemokratie allein ben Parteigrundfäßen treu geblieben ju fein. 3mischen beiden ftand eine britte gablreiche Rührergruppe, Die, im Bergen ben Rabikalen jugeneigt, sich, aus Furcht, ben Unhang ber Massen zu verlieren, zunächst äußerlich ber erstgenannten Richtung angeschlossen hatte. Anfänglich hatte auch diese in der Presse entschieden die Oberhand. Man betonte die freudige Einmütigkeit, mit ber auch die Arbeiterschaft unter die Fahnen geeilt war, man hob hervor, bag ber lange Zeit ber Sozialbemokratie gemachte Borwurf ber Baterlandslosigkeit sich als unbegrundet erwiesen habe, man holte vereinzelte Außerungen früherer Sahre beraus, wonach ichon ftets bie Berteibigung bes Baterlandes als sozialdemokratische Pflicht erklärt worben fei. Auch theoretisch wurde biese Handlung zu rechtfertigen gefucht; nicht zum wenigften gegenüber ben aus England und Frankreich erhobenen Borwurfen der Genoffen wegen Berrates an ber Sache des Proletariats. "Die beutsche Sozialbemokratie," schrieb bas M. d. R. Wolfgang heine in der Frankfurter Zeitung vom 4. April 1915 als Erwiderung auf einen Artikel ber Dailn News, "fah ihr Baterland bedroht und trat an feine Seite ohne Ruckficht auf die Stellung, Die fie zu bem beutschen Staatswesen vorher eingenommen hatte, und bie fie etwa kunftig nach Friedensschluß zu ihm einnehmen mußte. Die beutschen Sozialbemokraten marschieren im Beere und gewähren im Parlament die Kriegsmittel nicht für die Personen an der Regierung und nicht für die Gefamtheit ihrer inneren und außeren Politik, sondern für das deutsche Bolk und Baterland. Für seine wirtschaft: liche Eriftenz, bie im Falle ber uns jugebachten Nieberlage am unheilvollften bebrobt mare, aber auch für ben staatlichen Bestand bes Reiches, ber trot aller Mangel, die wir an feiner Berfaffung und Berwaltung beobachten, ber Boden ift, auf dem die deutsche Arbeit, b. h. die deutsche Rultur, sich entwickelt Voraussetzung jeder wirksamen bemokratischen und sozialen Reform aber ift, daß wir

jest in der Gefahr unserem Vaterlande helfen" und schließlich: "Die deutsche Sozialdemokratie hat oft und ungeschminkt genug
ausgesprochen, wie sie über den Frieden denkt; sie hat im Bewustsein der deutschen Kraft sich nicht gescheut, durch ihre Reichstagserklärungen den Sozialisten der anderen kriegführenden Nationen die Hand zum Frieden zu bieten und hat stets alles vermieden, was den
notgedrungenen Kampf zu einem sinnlosen kulturfeindlichen Völkerhaß ausarten läßt. Die Antwort sind die einseitigen und gehässigen,
von der Hoffnung auf eine völlige Niederlage der deutschen Heere
erfüllten Stimmen!"

Noch aber war ein Ende des Krieges nicht abzusehen; die auflobernde Begeisterung begann nachwilassen, an ihrer Stelle mard ernftes und entschlossenes Durchhalten erforderlich. Allmählich wagten die schwankend gewordenen Kührer hier und da den Versuch, die Massen wieder auf die alten Pfade ber Baterlandsverdroffenheit, der internationalen Solibarität des Proletariats und der Kriegeunluft zu führen. Die militärischen Erfolge wurden abgeschwächt, das Wecken vater= ländischer und völkischer Gefühle geflissentlich unterlassen, dagegen hoben die Blätter die Schrecken und Verlufte des Krieges in aufdringlichster Weise bervor, die Schuld am Rriege wurde den Regierungen ober ben Rapitalisten zugeschoben, bafür bie Sozialbemokratie als bas einzige und unfehlbare Mittel gegen den Krieg angepriesen und die internationale Solidarität der Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit betont. Ja, man scheute sich nicht, unter schweigender und ausbrücklicher Billigung Stimmen bes In- und Austandes zu vermerken, wonach Die Arbeiterschaft verpflichtet sei, mit der Tat gegen die längere Dauer bes Krieges einzuschreiten und die Regierungen zum Frieden zu zwingen. Als aufgefangene Briefe mit hoher Wahrscheinlichkeit erkennen ließen, daß es sich um ein im Auslande in bewußter Absicht geplantes Vorgeben gegen die Schlagfertigkeit unseres Beeres handelte, ein Plan, ber befonders von den radikalen Sozialisten teils in landesverräterischer Absicht, teils in fanatischer Berbohrtheit gegenüber den internationalen Ideen unterstütt wurde, mußte eingeschritten werden. Im Einverständnis mit dem Reichsamt des Innern versah das Rriegsministerium die zuständigen Militärbefehlshaber mit allgemeinen Beifungen zur Wahrung der munschenswerten Ginheitlichkeit bei ber Behandlung der innerpolitischen Berhältnisse. Man wird bier fragen,

weshalb nicht sofort mit scharfen Mitteln, zu beren Unwendung bas Belagerungsgeset bie Möglichkeit bot, vorgegangen wurde. Es bleiben babei zwei Punkte zu berucksichtigen: Einmal waren in allen, bem Rriegsministerium bekanntgewordenen Källen die verdächtigen Genoffen mit folder Borficht zu Berte gegangen, bag es fehr schwer erschien, ihre schädigende Tätigkeit unter bas Strafgeset zu bringen. Der Musgang eines Strafverfahrens war fast immer unsicher. Unftatt die Rührer ber allgemeinen Verachtung zu überliefern, hatte man fie leicht zu Märtyrern bes fozialiftischen Gebankens machen können. Dem durfte man fich nicht ausseten. Undererfeits mufite jedes Borgeben von seiten ber Militarbefehlshaber burch Benfur ober auf Grund bes Belagerungsgefetes, bas fo bargeftellt werben konnte, als richte es sich gegen die sozialdemokratische Partei als solche, vermieden wer= ben ober wenigstens mit großer Borficht erfolgen, solange die Reichsregierung nicht ben ftaats- und gefellschaftsfeindlichen Bestrebungen ber Sozialdemokratie eine klare Absage erteilt hatte. Dies war leiber bieber nicht geschehen. Bereits begann bie Unterlassungefünde ber Regierung aus den ersten Kriegsmonaten sich zu rachen: Die Sozial= bemokratie fing an, wieder eine Macht zu werden, sich auf ihre alten internationalen Grundfate zu befinnen und für biefe - teils mehr, teils minder vorsichtig - ju werben. Und ber Reichskangler begnügte sich im wesentlichen bamit, "bie innere Entwicklung ber Sozialbemo-Fratie aufmerkfam zu verfolgen." Zett war vielleicht ber lette Augenblick, wo ber beginnende Rrankheitsprozeg noch unterbruckt werden konnte. Vorbedingung hierfür war aber das Vorhandensein eines weitschauenden und vor allem tatkräftigen Mannes, ber mußte, mas er wollte. Entweder lenkte bie Sozialbemokratie ein, schied sich von ben rabikalen Abersozialisten, ober bie Regierung mußte ben Rampf mit ihr aufnehmen. Bierbei konnte sie sich auf ben überwiegend großen, nationalbenkenden Teil des gangen Bolkes ftuben, das die Sohlheit bes Gerebes von internationaler Solibarität jest am eigenen Leibe verspurte und geradezu banach lechzte, anfeuernde, sein Deutschtum rühmende und ftarkende Worte von bem berufenen Lenker feiner poli= tischen Geschicke zu hören. Immer und immer wieder mußte von dieser weit sicht= und hörbaren Stelle aus, mußte von allen Ministern im Reiche das so schwach entwickelte, laue, beutsche Nationalgefühl ge= nährt, hochgeriffen, angefeuert werden. Jest bereits mar es nötig,

für großzügige Propaganda zu sorgen, den Massen in den Fabriken, auf den Werften, in den Gruben durch Lichtbildervorträge — natürslich als willkommene Zwischenpause innerhalb der Arbeitszeit — klar zu machen, worauf es für Deutschland ankam in diesem Kriege, und was unsere Feinde bezweckten. Häufig ist mein Departement mit berartigen Vorschlägen an die zuständigen Behörden herangetreten.

Leiber mit geringem Erfolg. Es muß zugestanden werben:

Propaganda zu treiben haben wir im Rriege nicht gelernt. hierin waren unsere Gegner uns ftets überlegen. Woran lag bas?

Abgesehen davon, daß es dem deutschen Charakter widersprach, Lug und Trug zu seinen Verbündeten zu machen, daß es technisch sehr schwer war, Nachrichten ins Ausland zu bringen und dort die scham-losesten Lügen unserer Feinde, die auch jeht noch geglaubt werden, zu widerlegen, krankte unsere Propaganda daran, daß über sie nur geredet und geschrieben wurde. Taten fehlten. Jedesmal, wenn die beteiligten Ressorts über die Frage verhandelten, war allgemein die Ansicht vorherrschend, daß etwas geschehen müsse. Das Ergebnis war eine neue große Organisation, die zum Einlaufen recht lange Zeit gebrauchte und dann — nichts leistete. Es fehlte eine einheitliche, ziels bewußte Leitung.

Der Sat: "Man nehme das Gute da, wo man es findet," wurde nicht befolgt. Sonst hätte man nach dem Beispiel Englands unter Leitung des Reichskanzlers eine Stelle für die Propaganda und die einheitliche Leitung der Presse geschaffen. Gab es bei uns keinen Northscliffe? Wir hatten geeignete Leute. Das Auswärtige Amt wollte aber die Führung nicht aus der Hand geben und wußte jedesmal sich damit durchzusehen. Dies war das Unglück, denn bei ihm befanden sich keine Persönlichkeiten, die das Wesen der Propaganda verstanden.

In der letzten Hälfte 1916 wurden beim Auswärtigen Amt eine militärische, wirtschaftliche und politische Propagandastelle eingerichtet; die erste leistete Gutes, die beiden anderen fast nichts. Es fehlte für diese Stellen der gemeinsame, befähigte Kopf. Erst Ende August 1918 trat man dem vom Kriegsministerium so oft angeregten Gedanken, eine Propaganda-Reichsbehörde zu schaffen, näher. Es war zu spät.

Besonders ließ unsere Aufklärungstätigkeit bei den Bundesgenossen zu wünschen übrig. Anftatt uneingeschränkt öffentlich anzuerkennen, welche Unterstützung Deutschland ihren Ländern erwies, verstieg sich

bie Presse vieler verbündeten Länder vielsach zu wenig schmeichels haften, ja schamlos lügenhaften Artikeln. Das Kriegsministerium besmühte sich redlich, hiergegen vorzugehen, es sehlte aber die tatkräftige Unterstühung der Reichsregierung. Der Berbündete hätte es ja übelsnehmen können. So blieb nichts anderes übrig, als die Hilfe der Militärattaches in Anspruch zu nehmen und sie anzuweisen, immer wieder auf die erfolgte tatkräftige Stütze durch Deutschland aufmerksam zu machen.

Der beim Felds und Besatungsheer eingeführte vaterländische Unterricht leistete, wenn er in geeigneten Händen lag und sachgemäß betrieben wurde, Gutes. Leider war dies nicht immer der Fall. War der Lehrer unfähig — und die Aufgabe erforderte eine ganze Kraft —, so schadete der Unterricht mehr als er nütte. Fehlte dem Unterricht das Sachgemäße, so gab es in der Heimat, besonders bei den Volksvertretern ein wüstes Geschrei, das zu heftigen Angriffen gegen die verantwortliche Stelle führte.

Leiber waren die Klagen nicht immer unberechtigt; man hätte sie aber auf einfachere Beise abstellen können. Warum mußte stunbenlang im Haushaltsausschuß darüber geredet werden, wenn ein Schreiben oder ein Wort an den Kriegsminister genügt hätte? Damit ware der Sache gedient gewesen, freilich nicht der Absicht mancher Männer und Parteien, die ihre Macht zeigen wollten, um einem mißliebigen Minister am Zeuge zu flicken, ihn womöglich zu beseitigen.

War das wenig tatkräftige Vorgehen für den Erfolg der Propaganda im Auslande sehr bedauerlich, so bildete es für die engere Heimat ein direktes Unglück. Hier arbeitete der Feind mit allen Mitteln. Er fand leider vielfach günftigen Boden. Unter dem Deckmantel eines Rechtsfriedensangebotes, einer allgemeinen Versöhnung, wußte seine Propaganda es dahin zu bringen, daß in unserem deutsschen Lande die Stimmen für einen balbigen Frieden sich immer lauter und kühner erhoben. In Frankreich, England und besonders in den Vereinigten Staaten wurden solche Defaitisten hinter Gefängnismauern zum Schweigen gebracht.

Das Bolk begann burch bie Länge bes Krieges, burch bie mehr und mehr zunehmenden Entbehrungen und durch mancherlei Sorgen und Lasten mübe zu werden. Das war begreiflich. Was aber nicht zu verstehen ist, das war das fast ganzliche Fehlen von Magnahmen ber Regierung zur hebung der Stimmung. Die Presse, die stets bereit war, auf Wünsche der Regierung einzugehen, mußte entsprechend angewiesen werden. Flugblätter hätten ihr Teil tun können. Schließlich hätte sich der Bersuch gelohnt, die Parteiführer zu bewegen, auf das eine Ziel "Siegen" mit allen Mitteln hinzuarbeiten. Dies war um so notwendiger, als die ersten Keime des Bolschewismus schon jeht im eigenen Lande empor zu wuchern begannen.

Aber es geschah nichts ober nur Unzureichendes.

Dagegen erfolgten Angriffe auf Angriffe gegen bie innere Politik ber fast ratlofen, stets nachgebenben Regierung. Gewiß mar biefe burch die ihr fehlende Tatkraft vielfach selbst schuldig an diesen An= griffen. Die Angreifer hatten aber in ber schweren Rot anders handeln muffen. hier galt es nicht zu zerreißen, sondern zusammen zu schweißen, nicht die Stellung der Regierung zu untergraben, sondern sie zu befestigen. Und zeigte sich letten Endes, bag ber Reichskanzler nicht ber Tatmensch war, ben die eiserne Zeit verlangte, so mußte man ihm entweder eine mit weitreichender politischer Bollmacht ausgerüftete Perfonlichkeit von ftarkem Billen gur Seite geben oder ihn gum Rudtritt veranlassen. Bar seine äußere Politik am 4. August 1914 "wie ein Kartenhaus" zusammengebrochen, hatte er bas beutsche Bolk mit bem verhängnisvollen Worte vom "Unrecht gegen Belgien" schwer belaftet, so durfte man es nicht babin kommen laffen, daß seine schwankenbe, energielose Wefensart auch im Innern bes Reiches bie Dinae zum Schaben ber Nation treiben ließ, anstatt sie zu meistern. Schon fpurte man, und nicht nur bei ben rechtsstehenden Parteien in ber Bolkevertretung und im Lande, bas Schleifenlassen ber Bügel; unruhig fah man hier und ba auf, aber noch nahmen die gewaltigen Belbentaten bes Beeres, bas Schlag auf Schlag gegen ben Ruffen führte, und bie unermudliche Arbeit babeim Gebanken und Sinne gu fehr in Anspruch, als bag sich weite Rreise mit den Dingen der inneren Politik zu beschäftigen begannen.

Am 26. Juni 1915 schrieb der "Borwärts" in einem Artikel "Sozialbemokratie und Frieden", unterzeichnet von dem Borstand der sozialbemokratischen Partei Deutschlands:

"Am 4. August 1914 gab die sozialbemokratische Reichstagsfrak"tion durch den Mund des Genossen Haase eine Erklärung ab, in der
"es wörtlich heißt:

"Wir forbern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung "erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende "gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den "Nachbarvölkern ermöglicht."

Die gleiche Erklärung wiederholte die Fraktion bei der Bewikligung der weiteren Kriegskredite am 2. Dezember 1914. Und als der Reichstag zu seiner dritten Kriegskagung zusammentrat, hat am 10. März 1915 Genosse Haafe namens der Fraktion ausgeführt:

"Meine Partei, als die Vertreterin des internationalen Sozia"lismus, ist stets die Partei des Friedens gewesen, und sie weiß,
"daß dies für die Sozialisten der anderen Länder ebenso wie für
"sie gilt ..."

Am 29. Mai 1915, nach bem Eingreifen Staliens in ben Krieg, hat ber Genosse Ebert im Reichstag namens ber Partei erklärt:

"Trot der verschärften Situation glauben wir, getreu unserer "sozialistischen Weltanschauung, auch heute dieser Friedenssehn"sucht Ausbruck geben zu sollen ..."

Diese Ausführungen wurden in der gleichen Sitzung vom Genossen Scheidemann scharf unterstrichen. Ebenso hat von der Tribune des preußischen Abgeordnetenhauses unsere Partei ihr Verlangen nach Friesben zum Ausdruck gebracht ...

Mit schmerzlichem Bedauern muß bemgegenüber festgestellt werben, daß bisher alle Versuche internationaler Verständigung gescheitert sind vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs.

Nach ber Kundgebung unserer Reichstagsfraktion für den Frieden im Dezember 1914 machte der französische Ministerpräsident am 22. Dezember in der Deputiertenkammer folgende Ausführungen:

"In der jetigen Stunde ist nur eine Politik möglich: Kampf "ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen "Frieden gesicherten Befreiung Europas ..."

Gegen biese unverhüllte Proklamation des Kampses bis zum Weißbluten hatten weder die sozialistischen Minister noch auch die sozialistische Kammerfraktion, noch endlich auch der sozialdemokratische Parteiworstand auch nur ein Wort des Widerspruchs zu erheben. Warum sie schwiegen, erklärten sie kurz darauf in einem "Manifest an die Partei" (Humanité vom 23. Dezember 1914):

"Getreu der Disziplin der Einigkeit, welche die Nation sich "dem Feinde gegenüber auferlegt, hat die sozialistische Fraktion "im Parlament auch nicht mit einem Worte die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen. Sie hat sich jeder Erz"klärung enthalten. Sie hat bei dem allgemeinen Zusammenz"schluß die Lösung akzeptiert, welche die verantwortliche Regierung "formuliert hat."

Und der Vertreter der belgischen Genossen, der Vorsitzende des Internationalen sozialistischen Bureaus, Genosse Vandervelde, der in die Regierung seines Landes eingetreten war, hat am 18. April 1915 in einem Vortrage in Paris ausgeführt:

"Ich komme heute, um über ben Krieg und für ben Krieg "zu sprechen ... Als internationaler und sozialistischer Friedens"freund bin i ch für ben Krieg bis ans Ende... ich fühle Jorn gegen
"sene unserer Gesinnungsgenossen, bie möchten, daß man Frieden
"schließe. Ach nein! Dem Berbrechen muß die Sühne folgen!"
Soweit der "Borwärts". Und welches ist die Folgerung, die der Borstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zieht aus diesem unverhüllten Bekenntnis der französischen und belgischen Genossen zur Einigkeit mit ihren Ländern und Bölkern zwecks Stählung des Siegeswillens und Fortführung des Kampfes bis zum erfolgreichen Ende? Er legt sie dar in den Schlußworten des genannten Artikels:

"Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur ... fordern "wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Fries", densverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein "Ende zu machen."

Und von dem Mangel an Augenmaß in Dingen der äußeren Politik, der seit jeher der sozialdemokratischen Partei eigen war und sich auch hier wieder erschreckend deutlich zeigte, zu schweigen, so mußte diese sich doch sagen, daß sie, wenn die Regierung der oben wiedergegebenen Aufforderung nicht folgte, damit Zwiespalt zwischen politischer Leitung und sozialdemokratischen Massen einerseits, sowie zwischen diesen und den anders denkenden Bolksschichten andererseits hervorrief, so letzten Endes auch die Kampfkraft des Heeres schwächte, deren Burzeln in der Heimat lagen, und dem Feinde half. Die Versbreitung des vorstehend auszugsweise wiedergegebenen Artikels des "Vorwärts" als Flugblatt wurde verboten. Weitere Maßnahmen gegen

bie Zeitung unterblieben. Und doch hatte der "Borwärts"=Redakteur Abg. Ströbel bereits am 23. Februar 1915 die vaterlandsverräterische Außerung getan: "Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialbemokratie nicht entsprechen würde."

Innerhalb ber sozialbemokratischen Partei selbst machten sich immer beutlicher Anzeichen der Spaltung bemerkbar. Der radikale Flügel unter Liebknecht, Haase, Rosa kuremburg, Frau Zietz, war allmählich in schärfste Opposition zu der Politik der Parteimehrheit getreten. Er bezeichnete den Krieg als munmehr unzweiselhaft von Deutschland zu Eroberungszwecken geführt, verlangte Aufsagung des Burgfriedens und Verweigerung weiterer Kriegskredite. Entsprechend den eingangs gekennzeichneten Tendenzen dieser Gruppe unterließ sie nicht, von diesen zunächst inneren — Streitigkeiten das Ausland zu verständigen. 1)

Liebknecht selbst, der als Armierungssoldat Dienst tat, führte trog des ihm erteilten Berbotes, seine Agitation fort und versuchte vor allem, mit dem Ausland persönlich und schriftlich in Berbindung zu bleiben. Die Aberwachung seiner Tätigkeit nahm viele Kräfte und Zeit in Anspruch, zumäl, da er als Mitglied des Reichstags den Schutz der Immunität nach Kräften ausnutzte. 2)

In ben Bolksvertretungen war von biefen Strömungen noch nichts zu merken. 3war ließ die Sozialbemokratie keine Gelegenheit vorbeigeben, ohne ihre Friedensliebe, ihre Gegnerschaft gegen jede — auch "verschleierte" — Annerion und ihre internationalen Gefühle und Bindungen hervorzuheben, dafür aber betonten bie Fraktioneredner einmutig, daß die Partei nach wie vor das Baterland nicht im Stiche laffen wurde. Besonders anzuerkennen war die Art der Besprechung von Beeresfragen, die wohltuend abstach von den oft jum Renfter hinaus gehaltenen Bepreben früherer Friedensjahre. "Die Leiftungen unferer heeresverwaltung burfen eine Kritik nicht scheuen ... Das beutsche heer kann nur gewinnen durch eine Rritik ... Es kann sich natürlich nicht darum handeln, daß wir hier eine Reihe von Einzelheiten vorbringen ... es kann nicht bestritten werben, daß das Rriegs= ministerium mit Energie baraufhin gewirkt bat, die Mifftande, die ich mur angebeutet babe, zu beseitigen ..." sagte ber Abg. Stucklen in ber Sigung bes Reichstages vom 26. August 1914.

3) Siehe Anhang, "Flugblattpropaganda", Rr. 4.



¹⁾ Siehe Anhang, "Flugblattpropaganda", Nr. 2 und 3.

Die Massen ber sozialbemokratischen Arbeiterschaft selbst taten unbeirrt weiter ihre vaterländische Pflicht, sei es mit der Waffe in der Hand oder in der Fabrik der Heimat. Streiks kamen zwar vor, aber nicht in einem die Kriegswirtschaft schädigenden Maße; wo sich Neigung hierfür zeigte, rief der allgemeine Unwille die Widerspenstigen sofort zur Arbeit zurück. Den Führern der Gewerkschaften, insbesondere dem verstorbenen Abg. Legien, gebührt Dank für ihr Wirken in dieser Zeit.

So schien die Lage im Innern im allgemeinen noch keinen Grund zur unmittelbaren Besorgnis zu bieten; für den unter die Oberfläche Blickenden war gleichwohl Beranlassung genug gegeben, auf der Wacht zu sein, nicht nur zu beobachten, sondern zu handeln, die Dinge nicht sich entwickeln zu lassen, sondern sie den Weg zu führen, den das Staatswohl gebieterisch erheischte.

2

Die "Sozialdemokratische Arbeitegemeinschaft"

Das Jahr 1916 bedeutete einen Wendepunkt für die Partei.

Die seit dem Juni des Borjahres immer schärfer einsehende Opposition ihres linken Flügels gegen den Gesamtvorstand, der angeblich durch seine Politik des 4. August 1914 mit den Parteigrundsähen auch die Interessen des Proletariats verleugne, drängte zum offenen Bruch. Dieser erfolgte in der Reichstagssitzung vom 24. März 1916, in der der Abg. Haase unter großem Tumult des Hauses die heftigsten Angriffe gegen die Regierung und die "Ariegsverlängerer" richtete. Er erklärte, daß er nebst einer Reihe von Gesinnungsgenossen nicht mehr in der Lage sei, den Etat zu bewilligen. Der Abg. Scheidemann wandte sich in schärfster Beise gegen ihn, und die Folge war, daß achtzehn Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion unter Führung Haases, Dittmanns und Ledebours nach Ausschluß aus der sozialdemokratischen Fraktion¹) eine neue Partei, die "Sozialdemokratische Arbeitsgemein-



¹⁾ Dieser Ausschluß aus der Reichstagsfraktion, dem übrigens der des Absgeordneten Liebknecht vorangegangen war, war statutengemäß nicht als Absprechung der Fraktionszugehörigkeit selbst, sondern nur der aus dieser entspringenden Rechte ausgesprochen worden. Über die Zuständigkeit der Fraktion zum Ausschluß eines Mitgliedes waren die Ansichten in der Parteipresse geteilt.

schaft", später "Unabhängige Sozialbemokratische Partei Deutschlands" bilbeten.

Nach den schon früher festgelegten Grundsäßen sab die neue Partei ihre Hauptaufgabe in ber Wieberherstellung ber Internationale und bamit einer erneuten energischen Propaganda für ben Frieben. Neben ben unausgesetten Bemühungen, mit ben rabikalen Minberheiten ber feindlichen Sozialisten die Rühlung aufzunehmen und zu verstärken, sollte der Pressearbeit im eigenen und neutralen Auslande (Schweiz) erhöhte Aufmerkfamkeit geschenkt werden. Besonders an bie Kront fandte man feit langerem instematisch Rlugblatter, bie fich neben ben international-volitischen Zielen mit der Teuerung in der Heimat beschäftigten und beunruhigend und aufhetend wirkten. Go wurde über eine am 30. November 1915 abends gegen 9 Uhr von einigen hundert Teil= nehmern in Berlin Unter ben Linden veranftaltete Friedenskundgebung, bie ohne Zwischenfall von der Polizei aufgelöst wurde, in einem an ber Front verbreiteten Flugblatt unter bem Litel "Bungerrevolte in Berlin" dahin berichtet, daß blutige Busammenftoge mit Schupleuten zahlreiche Tote und Berwundete gekoftet hatten.

"Lose Blätter" von 16 Seiten in Briefformat, einzelne kleine Merkblätter mit Aufstellungen über die deutschen Berluste, über die Finanzlage usw. wanderten in Massen ins Feld. Kenner schätzten den wöchentlichen Aufwand für diese Literatur auf wohl 10000 bis 20000 Mark.

Erwähnt sei hier noch ein Flugblatt "Hunger"), das von der ausländischen Presse eingehend besprochen wurde, und über das der sozialdemokratische hamburger Abg. Stolten sagte, wer sich zu der jenigen Opposition bekenne, die jene Flugblätter verbreite, sei kein Parteigenosse mehr; "der schädigt nicht nur die Partei, sondern das ganze Baterland ... Wo unser Heer im schwersten Kampf auf allen Fronten steht, ist es unverantwortlich, ist es verbrecherisch, in solcher Beise vorzugehen".

Schon im September 1915 war bei einer Stuttgarter Konferenz ber Opposition festgestellt worden, daß von den deutschen Parteiblättern ein gutes Drittel (allerdings wohl etwas weitgehend. D. Berf.) auf rabikalem Boden stände.

Im besonderen waren die Ziele der Partei zusammengefaßt in einem Manifest, das auf der vom 5. bis 8. September 1915 in

Brisberg. *

¹⁾ Siehe Anhang, "Flugblattpropaganda", Nr. 5.

Zimmerwald bei Bern abgehaltenen internationalen sozialistischen Konferenz, die zu Ostern 1916 in Rienthal wiederholt wurde, einstimmig beschlossen war, und in dessen Schlußwort — in russischer Fassung — es hieß: "Die Konferenz übernimmt die feierliche Berpflichtung, die Lebenden und Toten dadurch zu ehren, daß sie, in Nachahmung des Beispieles dieser mutigen Kämpfer, ohne Zaudern zur Erhebung des revolutionären Geistes in den Massen des internationalen Proletariats beitragen und sie im Kampfe gegen den brudermordenden Krieg und die kapitalistische Gesellschaft vereinigen wird."

Die beutsche Fassung lautete: "Wir nehmen die ausdrückliche Verpflichtung auf uns, unablässig in diesem Sinne (nämlich für Verwirklichung des vorher angeführten Friedenszieles: Verzicht auf jede Annexion oder wirtschaftliche Angliederung. D. Verf.), jeder in seinem Lande, zu wirken, damit die Friedensbewegung stark genug wird, unseren Regierungen die Beendigung dieser Schlächterei aufzuzwingen. Indem wir uns vom Burgfrieden lossagen, indem wir dem Klassenkampf treu bleiben, der die Grundlage zur Errichtung der sozialistischen Internationale bildet, stehen wir deutsche und französische (den englischen Delegierten waren seitens der englischen Regierung die Pässe verweigert worden; sonstige Teilnehmer waren erschienen aus: Italien, Rußland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Schweden, Norwegen, Holland, Schweiz. D. Verf.) Sozialisten und Gewerkschaften unter unseren Volksgenossen seit im Kampfe gegen dieses furchtbare Verhängnis und für die Beendigung des Völkermordens, das die Menschheit entehrt."

Für die deutschen Teilnehmer zeichneten: Adolf Hoffmann und Georg Lebebour.

Die Einleitung eines Strafverfahrens gegen beibe unterblieb, ba es nach einem Gutachten bes Oberreichsanwaltes einen Erfolg nicht versprach. Hier mag auch folgender Auszug aus der standinavischen Zeitung "Frederiksborg Avis" vom 9. März 1916 Plat finden:

"Ein Mitarbeiter des Blattes "Socialdemokraten" in Aristiania "hatte eine Unterredung mit Liebknecht, Berlin. Liebknecht sagte: "... Es ist hoffnungslos, ein Ende des Arieges zu erwarten, wenn "das revolutionäre Proletariat nicht eingreift. Nur dann wird "die Mörderei beendet werden. ...

"Und für wann burfen wir biefes Eingreifen erwarten? Das können wir nicht mit Bestimmtheit wissen. Nur eins

Digitized by Google

"wissen wir; es ist schon auf bem Wege. Und die Strafenkund"gebungen, die sowohl an Größe wie an Heftigkeit zunehmen, sind
"die Sturmzeichen, die sein Nahen verkunden. "

Der Absplitterung ber achtzehn Minderheitsangehörigen, auf beren Seite bereits am Tage barauf vierzehn weitere Fraktionsmitglieber traten, war eine Abstimmung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion (schon gegen Ende 1915) vorausgegangen, die eine scharfe Verurteilung jener ergeben hatte. Am 21. Dezember hatten 20 Abgeordnete im Plemum gegen die Kredite gestimmt. In einer Betrachtung dieser Sonderaktion machte das führende Organ der gemäßigten Parteikreise, die "Chemniger Volksstimme" (22. Dezember) folgende beachtenswerte Mitteilung: "ein ganz sicherer Gewährsmann schreibt uns aus der Schweiz, daß der französische Minister Sembat bereits am 6. September gesagt hat, Frankreich müsse das Kriegsgeschäft liquidieren, wenn es kessstiche, daß die deutsche Arbeiterschaft dis zum Ende durchbielte; aber glücklicherweise habe er sehr beruhigende Nachrichten, daß sich ein großer Umschwung anbahne."

Warum nützte bie mit der Führung der inneren Politik beauftragte Stelle eine solche Zeitungsmeldung, für deren Richtigkeit auch der Abg. Scheidemann eintrat, nicht aus als Waffe gegen die Treibereien der Radikalen? Gab es eine bessere Gelegenheit, dem Volke zu zeigen, daß die von Haß gegen den Staat und die Gesellschaft Verblendeten nur die Geschäfte des Feindes besorgten?

Auch anderwärts im Reiche hatten die Parteiorganisationen einer großen Anzahl von Wahlkreisen zu der Kreditverweigerung Stellung genommen. Sie war u. a. gebilligt worden im 5. Berliner Wahlkreis, in Braunschweig, Reuß j. L., Niederbarnim, Bornaspegau, Speyer, Mannheim; gegen sie war die Mehrheit, z. B. auch Organisationen wie die in Mecklenburg-Lübeck und in Teltow-Beeskow aufgetreten, obwohl die dortigen Abgeordneten Dr. Herzfeld und Schwarz bzw. Zubeil zu den 20 Kreditverweigerern gehörten.

Die Spaltungsfrage selbst wurde natürlich in der Presse stark erörtert. Für sie traten "Borwärts" (Rühle), der seit Kriegsausbruch die politischen Anschauungen der Minderheit vertreten hatte 1), und

¹⁾ Der "Borwärts" war in immer schärferen Gegensat zum Parteivorstand geraten. Ein behördliches Eingreifen gegen das Blatt erschien jedoch zunächst nicht angebracht, um nicht eine Brüskierung des Parteivorstandes herbeizuführen.

der Karlsruher "Bolksfreund" ein, während die "Chemniger Volksftimme" für Absplitterung der "Anarchosozialisten" à la Liebknecht, aber Zusammenbleiben von Ledebour dis Heine plädierte. Zwischen Mehrheits- und Minderheits führern hatte die persönliche Entfremdung allmählich einen kaum mehr zu steigernden Grad von Erbitterung hervorgerufen. In der Minderheit selbst herrschte keineswegs Einigkeit. "Spartakus", ein Deckname, unter dem Liebknecht oder höchstens Rühle vermutet werden konnte, zerpflückte in dem zweiten seiner "Politischen Briefe" achtzehn von den zwanzig Kreditverweigerern, indem er schomungslos ihre innere Schwäche und Scheu vor den letzen Folgerungen enthüllte. Weder Liebknecht noch Rühle hatten sich der neuen Partei angeschlossen. Sie standen noch weiter links und erstrebten, unter Ablehnung einer nationalen Sozialdemokratie, eine internationale Partei, deren Landessektionen nur Organe "der internationalen Spitze" sein sollten.

Mitte März hatte die Liebknechts Gruppe in einer mittelbeutschen Stadt eine Bertreterkonferenz veranstaltet. An ihr nahmen Anhänger teil aus Leipzig, Dresden, Pirna, Chemnitz, Jena, Gera, Braunschweig, Halle, Hannover, Essen, Duisburg, Stuttgart, Göppingen. Man konnte also schon von einer sich über das ganze Reich erstreckenden Organissation sprechen.

Auch die Gewerkschaften hatten sich eifrig mit der Spaltungsfrage befaßt. Die Verstimmung über die Schwäche der Fraktionsmehrzheit gegenüber den 20 Disziplinverächtern hatte hier dahin geführt, daß bei den führenden Gewerkschaftern anscheinend allen Ernstes der Gedanke erwogen wurde, notfalls eine eigene, reine Arbeiterpartei auf gewerkschaftlicher Grundlage mit sozialpolitischen und sozialistischen Zielen und zum Zwecke konsequenter Fortsetzung der Politik des 4. August ins Leben zu rufen. Denn ein solches Vorgehen natürlich auch nur als letzter Ausweg anzusehen war, so bildete die Tatsache allein, daß es erwogen wurde, einen Beweiß für die Schwere der Parteikrise. Die Regierung kam den Gewerkschaften durch Einbringung einer Novelle zum Reichsvereinsgeset entgegen, die ihnen in sofern größere Be-

¹⁾ So schrieb ber "Grundstein" (Organ ber Bauarbeiter) am 18. 3. 1916, "in ben Gewerkschaften komme ber Arbeiterwille viel reiner zum Ausbruck als in ber Partei. Am wenigsten aber dürften sich die Arbeiter ben Lieblnecht, Pannekoek, Rabel anvertrauen, die für die Gewerkschaftsarbeit niemals etwas übrig gehabt batten".



wegungsfreiheit verschaffen sollte, als sie nicht mehr als politische Bereine angesehen werden durften, wenn sich ihre Betätigung in bestimmten, durch die Novelle vorgesehenen Grenzen hielt. Der Regiezungsentwurf wurde vom Reichstag unverändert angenommen. Hiersdurch fiel künftig für die Gewerkschaften der für politische Bereine bestehende Iwang fort, die Satungen und ein Berzeichnis der Borstandsmitglieder der Polizei vorzulegen, ebenso fiel die polizeiliche überwachung und das Berbot der Teilnahme Jugendlicher an den Bersammlungen.

Jebenfalls kann festgestellt werden, daß die Versuche ber Mindersheit, ben Parteistreit in die Gewerkschaften zu tragen, und die Stellung ber Führer zu unterminieren, bisher ohne nennenswerten Erfolg gesblieben waren.

So befand fich unter ben Abgeordneten ber "Arbeitsgemeinschaft" kein einziger führender Gewerkschaftler. Dagegen zeigte sich allent= balben bie Jugend ben rabikalen Ginfluffen zugänglich. Die internationale Verbindung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen batte bereits Anfang Oftober 1915 versucht, Manifestationen gegen ben Krieg und ben Militarismus zu veranstalten. Unter ber Jugend fand die in Zürich gedruckte "Jugendinternationale" mit Liebknecht= Tendens große Berbreitung. Besonders Radet rief darin zu Demonstrationen und Widersetlichkeit auf und riet vom sicheren Port bes neutralen Auslandes aus ber Jugend, ihr Blut für die Internationale zu opfern. Die Minderheit arbeitete mit beträchtlichen Mitteln, Die von einzelnen reichen Leuten, Die in ber Partei auf biefe Beife gu Einfluß kommen wollten, gegeben wurden, und durch unaufhörliche Flugblattpropaganda. Ein Flugblatt (Januar 1916) enthielt jum Beispiel ben Sat ,bort nicht auf bie breifte Luge, bas Ausland wolle -feinen Frieden." In Stuttgart wurden Rinder zur Berteilung von Minderheitsflugblättern herangezogen. Ihre polizeiliche Bernehmung gab den Radikalen erwünschten Unlag, gegen bie Behörden gu begen, ein Berfahren, bas allerdings auch in ber sozialbemokratischen Mehrbeitspresse entschiedene Ablehnung erfuhr.

Wenn so auch die Mehrheit allenthalben energisch gegen die Radistalen Front machte, so muß doch beachtet werden, daß diese sich stets in der gunstigen Lage des Angreifers, jene in der schwächeren des Bersteidigers befanden. Zudem kam den "Unabhängigen" die alte Erfahrung zu gute, daß radikale Ibeen eine größere Stoßkraft besigen als gemäßigte.

Jedenfalls gab es jest eine Partei, die die "trouga dei" nicht mehr anerkannte, dafür ben Rampf gegen die Auhrung des im schwerften Daseinskampfe ftebenden Bolkes jum Grundfat erhoben hatte. Das Gift, bas ben Billen und die Sinne ber für ben Beftand bes Reiches Rämpfenden später lähmen sollte, mar bereitet; es galt, es in forgfam abgewogenen Dofen unabläffig zu verbreiten, bamit, wenn bie Beit gekommen fein murbe, ber innerlich zerruttete Organismus bes Beeres bem Angriff von außen mit Sicherheit erliegen mußte. Um 8. April 1916 forderte ber Abg. Liebknecht von der Tribune des Reichstages aus mit unverhüllten Worten zur Revolution auf. Der Prafibent entzog ihm bas Bort; emporte Abgeordnete verhinderten ihn, weiterausprechen. Der Abg. Gröber (Bentrum) bezeichnete Liebknechts Berhalten nicht als leichtfertigen, sondern bewußten Landesverrat und verlangte, daß der Reichstag solche Abgeordnete fallen ließe. Tropbem brachte ber Abg. Lebebour einen Antrag ein, ber zur Migbilligung ber Haltung des Prasidenten und jener Abgeordneten durch ben Reichstag aufforberte, jedoch abgelehnt wurde.

In welcher Richtung Liebknecht arbeitete, zeigen die Schlußfähe eines Briefes, den er am 1. Juli 1916 "wegen der Strafsache" gegen ihn an das Königliche Kommandanturgericht "Berlin" richtete¹): "Die Berantwortlichen und Unverantwortlichen aber dieser Schande und dieses Krieges, die heute noch die Stirn haben, von dem Aberfall auf Deutschsland, von der Blutschuld anderer zu sprechen, werden sich der Rechenschaft nicht entziehen, und die soziale Revolution, die das deutsche Bolk von diesem fluchbeladenen Regime befreien wird, wird zugleich seine neue Revolution der Berachtung."

Die ganze Tätigkeit Liebknechts war von Anbeginn berart folgerichtig, daß für mich kein Zweifel darin besteht, daß er, als er diese Sähe schrieb, genau wußte, wie weit seine und seiner Anhängerschaft — und hierzu rechnen in diesem Punkte, unbeschadet sonstiger Gegnersschaft, auch die Leute um Haase — Arbeit schon Früchte getragen hatte. Die Organisation zur Revolutionierung der Massen dürfte in ihren Grundzügen bereits fertig gewesen sein. Wenig später mußte der Abg. Dr. David (Mehrheitssozialist) feststellen, daß die Liebknecht-

¹⁾ Lieblnecht hatte am 1. Mai auf bem Potsdamer Plat in Berlin bemonsstrierende Massen zum Kampf gegen die Regierung aufgeheht. Er war verhaftet und wegen versuchten Kriegsverrats unter Anklage gestellt worden.

Gruppe "Flugblätter übelfter Art" ins Feld sende 1) und dabei bekannte Mitglieder der Fraktionsmehrheit als Absender angebe.

Eine besondere Taktik befolgte der Abg. Dr. Cohn. Wo es ansgängig war, setzte er sich für die gefangenen und internierten Russen und Engländer ein unter den gröbsten Vorwürfen gegen die deutsche Regierung und das Heer im allgemeinen und die Offiziere im besonderen. Davon aber, was unsere gefangenen Landsleute in Feindes-land zu erdulden hatten, schwieg er; mir ist aus den vielen Rommissionsverhandlungen auch nicht ein Fall erinnerlich, in dem er wenigstens unsere Vergeltungsmaßnahmen als berechtigt anerkannt hätte. Beileibe nicht. Galt es doch international zu denken und zu handeln — natürlich zum Schaden des eigenen Landes!

Zwei Fragen bewegten seit Beginn des Jahres 1916 die Arbeitersschaft — und zwar nicht nur die sozialdemokratische — mit bessonderer Lebhaftigkeit: Die Lebensmittelnöte und die Reform des preußischen Wahlrechtes.

Der Unmut über bie Teuerung hatte neue Nahrung erhalten anläflich ber gablreichen Beurlaubungen einberufener Bater um Beihnachten herum. Besonders wenn die Urlauber vor längerer Zeit schon einmal auf Urlaub babeim waren und nun ben Unterschied in ber Lebenshaltung ber Ihrigen gegen früher beobachteten, mar große Berstimmung die Kolge; viele kamen bann in bas Gewerkschaftsbaus und beklagten sich bort über alles, ohne bag ihnen natürlich wefentlich ju belfen war. Bielleicht hatten Beruhigungsartitel in den von den Maffen gelefenen Zeitungen Erfolg gehabt; im allgemeinen bewahrte biefe Preffe jedoch hierin Buruckhaltung. - Um fo eifriger bebienten fich bie Radikalen biefes willkommenen Agitationsstoffes. Es kann bier ber Regierung der Borwurf nicht erspart bleiben, daß sie, wie stets, unentschlossen und schwach, in der Furcht vor der großen Masse der Berbraucher in ben Grofftabten und Industriegentren sich in einen in hohem Mage bedenklichen Staatssozialismus batte hineindrangen laffen, und daß fie, als feine Folgen fich in einer schweren Gefährdung ber Bolkbernährung zeigten, so gut wie nichts gegen bie zeitweise geradezu maßlose hete gegen die Landwirtschaft tat. Der unselige Gegensatz zwischen Stadt und Land wurde jum Schaben ber Gesamt= heit wieder aufgeriffen. Sett ichon zeigte fich, daß es eine verhängnis-

¹⁾ Siehe Anhang, "Flugblattpropaganda", Nr. 6.

volle Utopie war, wenn man geglaubt hatte, unbedenklich die tausend und abertausend althergebrachten natürlichen Beziehungen zwischen Erzeuger und Berbraucher, zwischen Aberschuß= und Bedarfsgebieten zersstören, ja sogar den Kleinhandel erschlagen zu können, um an dessen Stelle die bureaukratische, öffentliche Bersorgung durch Stadtverwaltungen, Syndikate und dergleichen zu setzen in dem Wahn, mit dem Beamtentum alles leisten zu können. Als Spize dieser Organisation wurde im Mai 1916 das Kriegsernährungsamt geschaffen. Warmungen hervorragender Männer des Wirtschaftslebens, wie des Generallandsschaftsdirektors Kapp, wurden in den Wind geschlagen; die "Neusvrientierung" der Regierung ging stetig nach links.

Bar es ein Bunder, wenn die Treibereien der "Unabhängigen" bei den burch das Teuerungsgeschrei erhipten Maffen ein williges Gehör fanden?

Einen breiten Raum in der sozialdemokratischen Presse nahm die Erörterung über bie Wahlreform ein. Ihre Ankundigung in ber Thronrebe hatte, besonders nachdem vorzeitig Mitteilungen darüber in die Presse gedrungen waren, in der Arbeiterschaft bier und ba infolge der als unklar empfundenen Ausbrucksweise zunächst ein wenig enttäuscht. An eine genaue Umschreibung ber Biele ber Reform batten im Ernste mohl wenige geglaubt, ebenso kam die Vertröstung auf ben Frieden nicht überraschend; aber in ber Korm ber Unkundigung vermißte man bas volkstumliche Geprage. Immerhin war man im allgemeinen befriedigt; die rechtsstehende sozialbemokratische Bresse warnte bie Massen ausbrucklich vor einer Unterschätzung des Versprechens der Thronrede. Go fagte zum Beispiel bie "Chemniter Bolksftimme", bag, wer an bem guten Willen von Rangler und Raifer zweifele, nach bem Friedensschluß eine ben Bunschen ber breiten Bolksmaffen entgegenkommende Politik einzuschlagen, bies wider befferes Biffen tue; die Verwirklichung ber guten Absicht hinge aber von vielen Macht= faktoren ab; vor allem auch von ber Geschlossenheit ber Arbeiter= organisationen und der Vernunft der sozialbemokratischen Laktik.

Zum Zwecke der einheitlichen Organisierung der preußischen Bahl= rechtsbewegung hatte die Partei eine besondere Körperschaft, die preußische Landeskommission, ins Leben gerufen.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß auch in dieser politischen Frage die Minderheitsfraktion schärffte Opposition mit allen Mitteln der Berhetzung trieb.

Die Quittung für ihre Nachgiebigkeit an die sozialdemokratischen Tendenzen erhielt die Regierung in der Reichstagssitzung vom 7. Juni 1916. Namens der sozialdemokratischen (Mehrheits-) Fraktion erklärte der Abg. Ebert, daß seine Freunde gegen den Etat (dessen 3. Lesung beraten wurde) stimmen würden. Als Gründe führte er an: die Einsbringung neuer, den Verbrauch und Verkehr besaftender Steuern, sowie die Nichterfüllung des Versprechens der Regierung, die sozialdemokratischen, auf sozialen und politischen Fortschritt (Milderung des Verlagerungszustandes und der Zensur, Reform des Klassenwahlrechtes in Preußen) gerichteten Forderungen zu erfüllen. Der innere Grund dürfte wohl die Besorgnis vor dem Wettbewerb der "Unabhängigen" um die Gunft der Massen gewesen sein.

Die Kriegskredite hat die Partei allerdings auch weiterhin bewilligt; den Etat hat sie verweigert. Sie trat damit erneut in die Opposition.

Grundsäglich stand auf diesem Boden schon längst die zehn Abgeordnete umfassende sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, die allerdings aus besonders radikalen Elementen bestand. Ihr Auftreten wurde häufig bei der eigenen Partei als abstoßend empfunden. So nannte die "Chemniger Bolksstimme" die Reden der Abg. Liebknecht, Ströbel und Hoffmann während der Märztagung des Landtages "ein wüstes Geschimpfe, das dem gefallen wird, der Schimpfen unter dem Schuze der Immunität für eine Heldentat hält, jeden anderen aber abstößt." Und über Liebknecht im besonderen schieb die "Magdeburger Bolksstimme", der Parteitag müsse dem unleidlichen Zustand ein Ende machen, daß jemand im Reichstage als sozialdemokratischer "Wilder" und im Landtag als wilder Sozialdemokrat auftreten könne.

Es liegt nicht in meiner Absicht, ausführlich und im einzelnen auf das hin und her der Streitigkeiten einzugehen, die sich von jetzt an in der Partei entwickelten. Die Einigkeit nicht nur in der Fraktion, sondern auch in den Massen im Lande war dahin; die ehemals durch feste Disziplin zusammengehaltene Partei in drei sich heftig befehdende Gruppen zerfallen.

Bahrend noch im Frühherbst Beilmann, der Leiter der "Chem-

niher Volksstimme", in ber "Glocke" zu bem Ergebnis kam, die Mehrheit der Sozialdemokratie wolle den deutschen Sieg, die Mitte (um Haase) den unentschiedenen Kriegsausgang, die Linke (Liebknecht) die Niederlage 1), begann allmählich auch die "Mehrheitssozialdemokratie" unmerklich nach links abzugleiten. Schon kam hier und da die Formel auf, der Krieg müsse so enden, daß es "weder Sieger noch Besiegte gebe".2)

Gegenüber dem immer noch bei der überwiegenden Menge der deutschen Arbeiterschaft vorhandenen Nationalbewußtsein hatten die Träger internationaler Ideen es wieder verstanden, weite Kreise in ihren Bann zu schlagen, sie zum Mißtrauen und Klassenhaß gegen die eigenen Bolksgenossen aufzureizen unter dem Hinweis darauf, alles Heil zu erwarten von den Angehörigen der uns feindlichen Staaten, die doch nicht müde wurden, ihren dem beutschen Staat und Bolk geltenden Vernichtungswillen laut zu verkünden. Ihnen allein konnte das Schlagwort "keine Annerionen" zu gute kommen; wußten sie doch, daß ihre sozialistischen Parteien nicht daran dachten, dem Beispiel der beutschen, wirklichkeitsfremden Sozialisten zu folgen.

Burde auch der gefährlichste Heter, Liebknecht, schließlich infolge offener Aufforderung zum Landesverrat dingfest gemacht 3), so geschah doch leider nichts Durchgreifendes gegen die beiden staatsfeindlichen Gruppen selbst. Allen Warnungen zum Trotz, hielt die Reichsregierung an ihrer Politik der "Nichteinmischung in die inneren Streitigkeiten der Sozialsdemokratie" fest. Sah man nicht, daß es sich längst nicht mehr um eine Parteiangelegenheit, sondern um das Wohl des Reiches handelte?

Bom 21. bis 23. September fand in Berlin eine Reichskonferenz ber Sozialbemokratischen Partei statt. An den tatsächlichen Berhältnissen innerhalb der Partei änderte sie so gut wie nichts. Bezeichnend für die in dieser herrschenden Berwirrung war, daß ein großer Teil der Mehrheitspresse das Ergebnis der Konferenz als vollen Sieg der Mehrbeit pries, ohne jedoch gegenüber den Haaseleuten weitere Folgerungen aus diesem Siege zu fordern, andererseits auch ein Teil der Minders heitspresse glaubte, gesiegt zu haben und zwar "moralisch".

*) Der "Borwärts" sprach sich in einem Auffat vom 27. 8. sogar ziemlich beutlich gegen ben beutschen Sieg aus!

¹⁾ In diesem Auffat findet sich übrigens auch ber Sat "Sozialist sein, beißt im Prinzip Antirevolutionar fein".

³⁾ Liebknecht wurde am 23. August zu 4 Jahren 1 Monat Zuchthaus und 6 Jahren Chrverlust verurteilt.

Am Schlusse bes Jahres. war ein erhebliches Unwachsen ber Streikbewegung — auch in ben unmittelbar kriegswichtigen Betrieben — zu verzeichnen.

Es erübrigt sich, zu sagen, daß biese ganze Entwicklung auf das aufmerksamste von der ausländischen Presse verfolgt und ausges wertet wurde.

3.

Das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 — Die Kriegszielfrage — Der Pazifismus — Stimmung — Die russische Revolution und ihre Wirkung auf die deutsche Sozialdemokratie

Mit dem gesamten deutschen Volke stand auch die sozialdemoskratische Partei zu Beginn des Jahres 1917 unter dem Eindruck der durch die deutsche Dezembernote geschaffenen neuen Lage der äußeren Politik. Wie erinnerlich, hatte die Reichsleitung sich, ungeachtet des häusig und klar zum Ausdruck gebrachten Vernichtungswillens des Feindbundes und in Verkennung der Grundlagen und Ziele besonders britischer Kriegsführung, entschlossen, mit einem Friedensangebot hersvorzukreten. Wie dieser Schritt nach außen gewirkt hat, ist bekannt. Der infolge des rumänischen Niederbruches gesunkene Mut der Gegner richtete sich wieder auf; ihr ins Wanken geratener Glaube an den Endsieg festigte sich neu. Wie unsicher mußte doch die innere Lage in Deutschland sein, wenn es nach solchen Waskenerfolgen zu Friedenssbesprechungen aufforderte, folgerte das Ausland.

Herr v. Bethmann aber hielt weiter an seiner Verständigungspolitik fest; mit eigensinniger Zähigkeit bemühte er sich, diesen Lieblingsgedanken im Reichstage gegen die Parteien der Rechten durchzusehen. Bereitwillige Helfer suchte und fand er hierbei in den Reihen
des Freisinns und der Sozialdemokratie. Schon der sich über das ganze
verflossene Jahr hinziehende Streit um den sogenannten rücksichtslosen
U-Bootskrieg hatte den Kanzler und die Linksparteien zusammengeführt;
die Angriffe, die Herr v. Bethmann gegen die "Allbeutschen") im



¹⁾ Unter diesem Sammelnamen gewöhnte die Presse der Linksparteien sich mehr und mehr, alle diejenigen zusammenzufassen, die — ideologischen Bereständigungsträumen abholb — alle Krüfte auf einen entschiedenen Sieg gerichtet wissen wollten.

allgemeinen und Männer wie Rapp, beren Baterlandsliebe über allem 3weifel erhaben war, im besonderen richtete, waren von der Linken mit Beifall begrüßt worben. Die Sozialbemofratie, beren Streben im Grunde ihres Bergens ohnehin ftets auf internationale Berftanbigung - gegebenenfalls auch über bie Röpfe ber Regierungen binweg - gerichtet war, ergriff begierig bie Gelegenheit, gewissermaßen unter behördlichem Schute ihre alte Machtstellung wieder zu erobern. Immer lebhafter und brangender wurde ihr Kriedensbegehren unter Hinweis auf die fich sichtlich verschlechternde Bolksstimmung, die zu bessern boch gerade ihre Aufgabe hätte sein muffen. Die Regierung aber, selbst am Siege zweifelnt, vermochte ihr nicht zu widersteben. Sie machte auch kaum ben Bersuch hierzu. Am 25. Februar 1917 stellte "Der' Arbeiter" — bas Organ des Berbandes der katholischen Arbeitervereine (Sis Berlin) - "zur Steuer ber Wahrheit" fest, daß Abg. Scheibemann feinen Auftrag bes beutschen Bolfes habe, ber Belt zu verkunden, wir verzichteten auf Annerionen und Rriegeentschädigung. Der größte Teil bes arbeitenden Bolkes benke anders. Ein Friede nach Scheibemannschem Rezept ware bas größte Unglud, bas bie beutsche Arbeiterschaft je treffen konnte. Lag es nicht auf ber Sand, geftütt auf folche Außerungen, energisch ben Rampf gegen ben Unspruch ber Sozialbemokratie, als einzige mabre Bertreterin bes Massenwillens au gelten, aufzunehmen? Die Reichbregierung fand nicht die Kraft bierzu und ward so, vielleicht ohne es selbst zu merken, zum Erponenten bes Willens ber Sozialbemokratie und ihrer Mitläufer aus bem Freisinnslager. Un diese allmähliche Berschiebung des politischen Schwerpunkts hat wohl der frühere Abg. Ebert gedacht, als er nach ber Revolution erklärte:1) "Wir haben schon tatsächlich alle Macht in Sanden gehabt, ehe die Vertreter ber alten Berrschergewalt sie uns übertrugen. Diese Entwickelung hat sich in Deutschland seit Rriege= beginn von langer Hand her angebahnt." Und Hello v. Gerlach, der übrigens bereits bamals gern von ber sozialbemokratischen, rabikalen Minderheit als Kronzeuge genannt wurde, schrieb im April 1917: "Die Sozialbemokratie ift die wesentlichste Stube ber Bethmannschen Regierung gewesen. Warum bas nicht offiziell zum Ausbruck bringen?" Der "Borwarts" aber konnte im November 1917 befriedigt feststellen:

¹⁾ Deutsche Tageszeitung vom 23. 1. 20.

"Die Allbeutschen ... haben auf die auswärtige Politik des Reiches keinen ausschlaggebenden Einfluß." ...

Gewiß war ber innerpolitische Gedanke, den die Regierung als Grund für Herausgabe des Friedensangebotes anführte, richtig: dem deutschen Bolke zu zeigen, daß das Kaiserwort "uns treibt nicht Eroberungslust" noch immer zu Recht bestand, nur — seine Berwirk-lichung, die Note selbst, war ein Fehler. Und hätte eine von oben her, rechtzeitig und unermüdlich, geschickt geleitete Aufklärung im Bolke gearbeitet, so wäre die Aberzeugung von dem Rechte unserer guten Sache so sehr Milgemeingut geworden, daß es waghalsiger Erperimente auf dem Gebiete der äußeren Politik nicht bedurft hätte. —

Wic zu erwarten, wurde das deutsche Friedensangebot in der gesamten sozialdemokratischen Presse mit Befriedigung aufgenommen. Die "Internationale sozialistische Kommission" in Berlin, d. i. die Internationale, die aus den Zimmerwalder und Kienthaler Minders heitskonferenzen hervorgegangen war, beeilte sich natürlich, getreu ihren radikalen Lendenzen, das Angebot in einem Flugblatt "ein tolles Narrenspiel, um das eigene Bolk hinters Licht zu führen" zu nennen und im Anschluß daran die Arbeiterinternationale "zur Lat" aufzusordern.

Als die Ablehnung der Entente sich ankundigte, blieb der Rucksschlag in Arbeiterkreisen nicht aus, bis Präsident Wilsons Botschaft unmittelbar vor Weihnachten 1916 die gesunkenen Friedenshoffnungen plöglich wieder überaus hoch emporhob. Man begrüßte die Note als zweiten positiven Schritt auf der Bahn zum "Frieden" und polemisierte gegen unfreundliche Betrachtungen über sie, da man vor einer Benachteiligung deutscher Interessen durch Wilson sicher sein könne.

Die deutsche Erwiderung wurde in der Arbeiterpresse freund- lich beurteilt. —

Die im Januar bekannt werdende, schroff ablehnende offizielle Antwort des Feindbundes erregte zum Teil tiefe Niedergeschlagenheit, aber auch Jorn und ließ mancherorts den entschlossenen Willen zum Weiterkämpfen und Siegen erneut aufflammen.

Dessen ungeachtet betonte die Presse ber sozialbemokratischen Partei fast allgemein, daß die Friedensbereitschaft trot der Ablehnung aufrecht erhalten werden musse. Es sei deshalb auch der Gedanke, den

rücksichtslosen U-Bootkrieg beginnen zu lassen, zu verwerfen, da er uns in ben Konflikt mit Amerika führe.

Als der U-Bootkrieg dann doch erklärt wurde, verharrte die sozials demokratische Presse allgemein in Zurückhaltung. Doch war diese aussschließlich auf die Besorgnis um die baldmögliche und erfolgreiche Beendigung des Krieges zurückzuführen. Völkerrechtliche oder moralische Bedenken tauchten nicht auf. Eine Mitverantwortung für die getroffene Entscheidung lehnten die Blätter der sozialistischen Parteien durchweg ab. Dagegen meinte Kautsky, der theoretische Kührer der "Arbeitsgemeinschaft" in der "Leipziger Volkszeitung", die Mehrheitskraktion könne die Berantwortung für die Verschärfung der Kriegsführung vor der Geschichte nicht von sich abwälzen, und auch Heilmann hob in Nr. 46 der "Glocke" die geschichtliche und moralische Verantwortung der Sozialdemokratie für den Kriegsausgang als "stolze Last" hervor.

Selbst die - wiederholt begrabene - hoffnung auf Eingreifen ber Internationale zu Gunften bes Kriebens war eine kurze Zeit lang neu erwacht; besonders der "Borwarts" erklarte mit Bezug hierauf stolz, er laffe fich nicht von der flaren Richtung feiner Volitif abdrangen. Es bedurfte erst ber Antwort ber Entente an Wilson, um biese Traume ju gerftoren. Diese Note, fo führte die "Chemniger Bolksftimme" aus, bedeute "Rrieg bis jum letten Mann und jum letten Brot". Reine Täuschung habe ba mehr Sinn und Raum. Der Glaube an die Ausbungerungsmöglichkeit Deutschlands bestehe noch immer. Dag wir bas uns zugedachte Schicksal von uns abwehren könnten, wenn wir fest und entschlossen zusammenständen, baran zweifele kein Deutscher. Die Verständigung, die wir erstrebten, sei nur noch durch Gewalt zu erreichen. "Der einzige Weg zum Frieden sind beutsche Siege." Schabe nur, daß biefe von vaterländischem Empfinden und flarer politischer Einsicht getragene Aberzeugung bes sozialbemokratischen Blattes versagte, als es wirklich um ben Bestand bes Reiches ging.

Einen breiten Raum in ber Presse aller Richtungen begann jett die Erörterung ber Kriegszielfrage zu beanspruchen. Für das Berftändnis der weiteren politischen Entwicklung ist es notwendig, auf sie näher einzugehen.

. Schon nach ben ersten großen Erfolgen erwachte allenthalben im Bolke bas Berlangen banach, zu wissen, was ber Lohn ber gewaltigen Unstrengungen sein solle, welche Ziele bie Reichsregierung erstrebe. Wie

die Außerungen selbst sozialbemokratischer Publizisten zeigten, war es keineswegs nur der Alldeutsche Berband, der durch den Mund seines verdienstvollen Führers Claß Gebietserweiterungen zur Sicherung des Reiches forderte.

Die Reichsregierung vertrat bem gegenüber zunächst den Standpunkt, daß eine Erörterung der Kriegsziele nicht statthaft sei, da sie sofort zu einem Hervortreten der Parteirichtungen und der äußersten Gegensäße führen müßte, und somit ein verworrenes Bild des Volkswillens entstehen würde. Erst, wenn wir in diesem notgedrungenen Kampfe mit der Abwehr unserer Feinde am glücklichen Ende seien, werde die Reichsleitung ihre Friedensziele aufdecken, "dann sei dem freien Bolk die Rede frei".

Nur schwer verbarg sich hinter diesen Worten (N. A. 3. v. 21. Februar 1915) die eigene Unsicherheit der Regierung, ihre Unfähigkeit, dem Bolke ein großes Ziel zu zeigen, ihm statt schöner Redensarten Wirklichkeiten, greifbare Erfolge zu bieten. Es fehlte dem Reichsekanzler an Verständnis dafür, daß Begeisterung nicht dauernd mit Worten am Leben zu erhalten, und daß das Verlangen des Volkes nach Klarheit über die Kriegsziele berechtigt sei. Unsere Gegner haben anders versahren; von ihren am Tage des Kriegsbeginnes laut verstündeten Forderungen sind sie niemals abgewichen; ihren leitenden Staatsmännern gelang es, ihre Völker stets wieder hoch zu reißen, da sie ihnen greifbare Kriegsziele boten. Die deutsche Reichsleitung wußte nur — negativ — zum "Durchhalten" zu mahnen.

Dem vielfach — in ber Presse, in Versammlungen, in Ansuchen großer Verbände und Vereinigungen — gestellten Verlangen nach Freisgabe der Erörterung oder wenigstens Bekanntgabe der Kriegsziele gegenüber beharrte sie bei ihrer ablehnenden Haltung. Flugblätter und Denkschriften (wie die des Rechtsanwaltes Claß), die sich mit dieser Frage beschäftigten, wurden beschlagnahmt, Zeitungen — es waren naturgemäß meist solche der rechten Parteien — verboten. War es ein Wunder, wenn bereits jetzt patriotisch fühlende Männer mit Sorge auf diese Haltung der Regierung saben, wenn sich die Befürchtung zu erheben begann, Außerungen stolzen Nationalgefühls und entschiedenen Siegeswillens seien "oben" nicht gern gesehen? War man sich in der Reichskanzlei nicht dessen bewußt, daß gerade dieser Wille zum Sieg mit allen Mitteln hochgehalten, und das nationale Feuer stets

erneut geschürt werden mußte, wenn es nicht allmählich erköschen solle? Aber vielleicht wollte man auch jetzt noch den Feind — namentlich England — nicht "zum Außersten treiben" und glaubte, deshalb auch dem eigenen Bolke gegenüber Enthaltsamkeit üben zu mussen.

Jedenfalls muß festgestellt werden, daß diese hier sich zuruckhaltende und bremsende, dort der bisher als staatsfeindlich geltenden und sich auch so gebärdenden Richtung entgegenkommende Politik der Reichsleitung gleichfalls schon früh in den national gesinnten Kreisen Sorge und Unmut hervorzurufen und damit den Keim zu inneren Iwistigkeiten zu legen begann, die zu verhüten, gerade das eifrige, oft und laut betonte Bestreben der Regierung war.

Die Frage ber Rriegsziele, einmal aufgeworfen, konnte nicht zur Rube kommen. Die Regierung kampfte verzweifelt mit Zensur, Beitungsverboten und Beschlagnahmen gegen bas immer mächtiger sich äußernde Berlangen nach Freigabe ber öffentlichen Erörterung. Biel Schaben an nationalem Empfinden ift bier von der Zenfur angerichtet worden. Das Negierende konnte meift sich sicher fühlen, das Fordernde wurde - "im Interesse ber Ginigkeit" - jum Schweigen verurteilt. Unsicherheit und Uneinigkeit herrschten in allen Kreisen über jede einzelne Frage. Auch den faulften Frieden batte bie Regierung dem Bolfe vorlegen konnen mit ber gutreffenben Begrundung, es fei ein einheitlicher Volkswille nicht vorhanden.1) Besonders jene Richtung, zu der neben der Sozialdemokratie auch der Freisinn gehörte, und die bis jest fehr viel mehr als Forderer bes Weltburgertums, denn als solche bes beutschen Baterlandes gegolten hatte, erfreute sich ber besonderen Begunftigung burch die Politik Bethmann Bollwegs. Ihre Parteien vergalten die ihnen geleifteten Dienfte in taktisch kluger Beife, indem sie — besonders ber Freisinn — dem Rangler ein Vertrauensvotum über bas andere aussprachen und seine, burch bie ftellvertretenben Generalkommandos ausgeübten Gewaltmaßregeln in jeder Beise unterftutten, wenn sie auch gelegentlich burch Bortproteste ben Schein der Prinzipientreue zu mahren suchten.

Nicht angenehm war es für das Rriegsministerium, daß der



¹⁾ Als es sich übrigens später, — 1916 — um die Friedensvermittelung Wilsons handelte, hat unsere Regierung die Kriegsziele diesem und ganz vertraus lich dem engeren Ausschuß des Reichstages mitgeteilt. Die Parteiführer waren also unterrichtet, nicht aber das Volk.

Unwille siber die Zensur sich gegen die militärischen Stellen richtete, die doch mur den Direktiven des Reichskanzlers zu folgen hatten. Dies hätte vom Reichskanzler im Reichstage oder wenigstens im Ausschusse in stärkerem Maße betont werden mussen. Es war aber bequemer, das Odium auf den Militärbefehlshabern zu lassen.

Schlieflich, nachbem alle Belt verärgert, und weite Bolkstreife von einer verdroffenen Gleichaultigkeit befallen waren, murde die Befprechung ber Kriegsziele in begrenztem Umfange (!) zugelaffen. Es war bies zu Beginn bes Sahres 1917, als bank ber unaufhörlichen Kriebensrufe ber Sozialbemokratie in Presse und Parlament (wogegen die Regierung niemals ein kräftiges Wort der Abwehr fand) in der Arbeiterschaft bereits die Ungufriedenheit mit den herrschenden Buständen (bie schlimme Ernährungslage schob man auf die deutschen Landwirte, von der feindlichen Hungerblockabe las man kaum mehr etwas in der linksstebenden Presse) zu machsen begann. Man glaubte in biefen Rreisen bes Bolkes ichon jett, unschwer einen alle Nationen befriedigenden Frieden erreichen zu konnen, wenn man nur auf Landerwerb und Rriegsentschäbigung verzichtete, von benen ja boch nur bie "Rapitaliften, Schlotbarone und Großagrarier" Borteil batten. Das mit Bezug auf biefe Rlaffen geprägte Bort "Rriegeverlangerer" tat feine Wirkung.

Leiber fehlte es auch nicht an Elenden, die sich bemühten, dem Bolke klar zu machen, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege trage, und die so — meist vom sicheren Auslande aus — der Heimat in den Rücken fielen. Es sei nur erinnert an das Machwerk eines gewissen Grelling "j'accuse, von einem Deutschen", das aus der Schweiz, zum Teil unter falschem Titel, in vielen Eremplaren in der Front und im Inlande heimlich verbreitet wurde.

Die mit Eifer einsetzende Werbearbeit der nationalen Kreise für einen Frieden, der die Opfer des Krieges lohnen und die sichere Ent-wicklung des deutschen Wolkes ermöglichen müsse, stieß somit auf ablehnende Haltung bei vielen Leuten, die früher für nationale Not-wendigkeiten Verständnis bewiesen hatten.

Inzwischen hatten "Berliner Tageblatt", "Borwärts" und "Frankfurter Zeitung" bem friedliebenden Staatsbürger so oft und eindringlich erklärt, daß man, wenn man nur selbst sich vertragen wolle, natürlich ohne unbescheibene Forderungen, sofort auf Gegenliebe bei

Brisberg,*

der Entente rechnen könne, deren Bölker gar nicht "so schlimm" seien, daß auch weite Kreise des Bürgertums sich unzugänglich zeigten gegensüber Kriegszielforderungen, die über den Status quo ante hinausgingen. Auch im Heere hörte man vielfach die Frage: Wozu führen wir noch Krieg, wenn wir Frieden haben können? Nicht zu vergessen ist hierbei die verhängnisvolle, flaumacherische Tätigkeit des bestriebsamen Abg. Erzberger. Auch der Abg. Gothein konnte sich nicht gemug darin tun, Kassandraruse auszustoßen. Seit langem Gegener seder Küstungsverstärkung und Besserwissen. Seit langem Gegener seder Küstungsverstärkung und Besserwissen in allen Heeres und Marinefragen, schloß er sich mit Feuereiser den Bestrebungen des Pazissismus an, die — unter ausländischer Führung — mit oder ohne Absicht den Willen zum Siege lähmten.

Schon seit dem Ausgange des Jahres 1914 hatten sich in Deutschland mehrfach Friedensbestrebungen bemerkbar gemacht, die scharfe Aberwachung erforderten. Die Träger und Förderer dieser Bewegungen waren zwar meist Persönlichkeiten von geringem politischen Einfluß. Sie blieben im allgemeinen auf die Kreise von "Pazisisten" beschränkt, die schon vor dem Kriege einem verschwommenen Weltbürgertum nachz gingen. Einen engeren Zusammenschluß fanden die Vertreter dieser Anschauungen zunächst in dem "Bund Neues Vaterland", zu dessen literarisch besonders tätigen Mitgliedern die Professoren Schücking und Quidde gehörten. Mit Vorliebe benutzte der Bund als Sprachrohr das "Berliner Tageblatt".

Wenn auch bei der entschlossenen, vaterländischen Haltung des deutschen Volkes zunächst kaum zu erwarten war, daß die Bewegung in breite Schichten eindringen und zu ausschlaggebender Bedeutung gelangen würde, so mußte ihre Duldung in damaliger Zeit mit Necht in weiten Kreisen Mißstimmung und Widerspruch hervorrusen und schließlich den sesten undeirrten Willen zum Durchhalten beeinträchtigen. Es konnte nicht verstanden werden, daß die Erörterung praktischer, vaterländischer Kriegsziele verboten war, während eine Stimmungsmache für theoretisch unklare, die Weltverbrüderung preisende Friedensvorschläge erlaubt sein sollte. Besonders den kämpfenden Truppen mußten alle Gedankengänge und Bestrebungen solcher Art ferngehalten werden.

Noch bebenklicher als die Betätigung dieser Friedensfreunde im Inlande war ihre Wirkung auf das Ausland. Bei Neutralen wie Gegenern mußten sich falsche Ansichten über die innere Kraft Deutschlands bilben. Abgesehen davon, daß jede Bemerkung, die als Zeichen von Schwäche ober Uneinigkeit ausgelegt werden konnte, von feindlicher Seite mit sichtlicher Freude zur Belebung des eigenen Willens ausgenutzt wurde, konnte das persönliche und briekliche Wirken der deutschen Friedensapostel im Auslande auch unmittelbaren Schaden anrichten, ohne daß es ihnen selbst immer voll zum Bewußtsein kam. Ihre Außerungen über innerdeutsche politische, wirtschaftliche und militärische Verhältnisse gaben dem Feinde wichtige Aufschlüsse, und es war anzunehmen, daß feindliche Agenten sich ihr Mitteilungsbedürknis zunutze machten. Besonders gefährlich mußte es erscheinen, daß die anfangs mehr wissenschaftlich auftretende Bewegung mit scharf international gerichteten Sozialistengruppen aller Länder Fühlung zu nehmen suchte.

Gewiß ließen sich manche ber in dieser Bewegung tätigen Deutschen von einem unklaren Ibealismus leiten, an dem aber die großen Bezgebenheiten der Zeit spurlos vorübergingen. Bei manchen mochte auch der Drang mitsprechen, eine gewisse internationale Berühmtheit zu erlangen. Die meisten erkannten nicht, daß ihre Handlungsweise gezeignet war, auf Rosten unserer eigenen Widerstandskähigkeit die unserer Feinde zu stärken.

Bom 7. bis 10. April 1915 hatte im Haag eine internationale Zusammenkunft von Bertretern pazifistischer Bereine aller Länder stattzgefunden. Frankreich hatte sich nicht beteiligt. Das Ergebnis war die Gründung einer "Zentralorganisation für einen dauernden Frieden" im Haag. Zu der im August desselben Jahres stattfindenden Sitzung des Bollzugsausschusses waren die Franzosen wiederum nicht erschienen. Sie legten brieflich eingehend dar, daß es selbst nach der Meinung ihrer überzeugtesten Pazifisten keinen Franzosen gäbe, der während des Krieges freiwillig mit irgend einem Deutschen zusammenarbeiten wolle.

Auf der Tagung dieses "Anti-Orloog-Bundes" hatte der deutsche Professor Quidde wörtlich erklärt: "Ich lege Wert darauf, zu ersklären, daß wir deutsche Pazifisten den Grundsatz der Nichtannerion verteidigen werden, auch wenn wir in diesem Kriege Sieger bleiben."

Dies wurde in Gegenwart unserer Feinde, die bis zum letzten Sozialisten herab für weitgehendste Annexion eintraten, von deutschen Männern im Ausland als Glaubensprogramm aufgestellt, und zur Durchführung dieses Grundsatzes wurde die Hilfe des Auslandes ansgerufen!

Einem solchen Treiben mußte nachhaltig entgegengetreten werben. Es erging baher im November 1915 eine Berfügung an die stellverstretenden Generalkommandos, in der sie angewiesen wurden, den in der Friedensbewegung in unerwünschter Weise hervortretenden Personen das Gefährliche ihrer Handlungsweise unzweideutig klar zu machen. Zeigten sie sich unbelehrbar, so sollte ihnen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand jede öffentliche Betätigung nach dieser Richtung verboten werden.

Die Anpreisung und Besprechung der Bestrebungen der Friedensfreunde und ihrer Schriften in der Presse sollte verhindert, die Bersöffentlichung und Berbreitung von pazifistischen Büchern und Flugblättern nicht geduldet werden. Pasverweigerung und Berbot der Grenzüberschreitung sollte ihr Birken im Auslande unterbinden. Auf eine Aberwachung ihres Briefwechsels wurde hingewiesen.

Während andere Länder mit größter Strenge gegen die Pazifisten verfuhren — Frankreich schritt rücksichtslos mit schwersten Strafen ein — konnte man im deutschen Reichstag nicht genug tun, um sie zu schützen und die Regierung wegen ihrer Maßnahmen gegen sie anzugreisen. Gingen doch gewisse Abgeordnete so weit, daß sie unablässig der schonungslosen Anwendung unserer Luftkampfmittel, sowie der Führung des U-Bootkrieges widerstrebten, um "nicht völlig die Brücken zur Verständigung" mit unseren Gegnern abzubrechen, und das zu einer Zeit — Anfang 1916 —, in der der englische Handelsminister erklärte, daß auch nach dem Kriege die vollkommene Vernichtung Deutschlands im handelspolitischen Kampfe durchgeführt werden müsse. Gewiß hat wohl jeder denkende Deutsche gewünscht, daß nach dem Kriege die gemeinsame Kultur und die rechte Verständigung wieder Platz greife, jest aber galt es doch wohl, sich nicht darüber den Kopf zu zerbrechen, sondern durchzuhalten und zu siegen!

Jene Angriffe vermochten eine Anderung der Stellungnahme beim Kriegsministerium nicht herbeizuführen. Eine Berfügung vom Februar 1917 bestimmte, daß — nachdem nunmehr endlich die Erörterung der Kriegsziele "in begrenztem Umfange" freigegeben war — die für die Behandlung pazifistischer Betätigungen gegebenen Gesichtspunkte maßzebend bleiben sollten. Es geschah dieses im Gegensatzum Auswärtigen Amt und dem Reichsamt des Innern, die beide der Meinung waren, daß jest auch die Friedensbewegung unbedenklich sich freier betätigen

könne. Und das nannte man in biefen Amtern Hebung bes Sieges= willens!

Tatsächlich spaltete, da es an einer klaren Stellungnahme der Regierung fehlte, die Freigabe der Erörterung der Ariegsziele das Bolk in mehrere Teile: die einen traten, unter Abweisung einer kleiner Gruppe von Ertremisten, für Erweiterung der Grenzen nach strategisch-wirtsschaftlichen Gesichtspunkten, für kolonialen Landerwerb und Zahlung einer Ariegsentschädigung ein, die anderen verwarfen beides und verslangten nur den ungeschmälerten Besigstand vor dem Kriege, unter Verzicht auf jede Form der Kriegsentschädigung. "Zedes Bolk trage seine eigene Last" rief Scheidemann aus und legte damit den Standpunkt seiner Partei und der von ihr beherrschten Mitläufer aus dem freisinnigen und Zentrumslager fest.¹)

Zwischen diesen beiden Gruppen befand sich die leider zahlreichste Partei der Gleichgültigen, die mißmutig auf die kleinen und großen Lasten des Daseins schalten, und deren Interessen jetzt nicht mehr über den eigenen Sorgenkreis hinausgingen.

Aber allem aber thronte die Regierung. Sie nahm weber für rechts noch links Partei. Allerdings gab sie durch ihr Verhalten oft Gelegensbeit, anzunehmen, sie stehe mit ihren Sympathien auf der Seite der Verzichtler. "Freiheit der Meere", "Selbstbestimmung der Bölker", das waren "Ziele", bei denen sich so hübsch viel oder wenig denken ließ, die vor allem zu keiner geraden Linie im eigenen Handeln verspflichteten.²) Aber glaubte man wirklich, daß das Volk auf die Dauer die ungeheueren Guts und Blutopfer auf sich nehmen würde, wenn ihm als Siegespreis derart unwirkliche Dinge hingestellt wurden?

Angstlich vermied die Regierung nur eins: Mit wuchtigen Borten bem Bolke zuzurufen, was in diesem Kampfe auf dem Spiele stand, immer erneut es zu sammeln, aufzurichten, die Lauen anzufeuern, ihnen

¹⁾ Auch in der Sozialdemokratie war man nicht immer einmütig in der Abslehnung von Annexionen gewesen. Um die Wende 1915/16 bezeichnete z. B. der Abg. Dr. Lensch den Sedanken, daß man durch völligen Verzicht auf Annexionen neuen Ariegen vorbeuge, als "Neinbürgerliche Manscherei" und bedauerte, daß 1871 nicht Belfort annektiert worden sei. Abg. Cohen: Neuß meinte, wenn militärische Sachverständige die Narewlinie forderten, könne man sich dem nicht widersetzen.

^{*)} Das "Weltgewissen" bes Prinzen Max von Baben war damals noch nicht erfunden.

ein Ziel zu zeigen, das sie die Sorge um das eigene Ich vergessen ließ — kurz, das Nationalbewußtsein und den Siegeswillen zu heben. Bon unseren führenden Politikern verstand keiner, dem Bolke den Puls zu fühlen, keiner auch war ein Tatmensch, wie ihn jede der drei großen Westmächte gehabt hat. Dort führten Regierungen, die wußten, was sie wollten und ferner wußten: wir müssen erfüllen, was das Bolk erwartet, und hinter ihnen standen Bölker, die sich öffentlich hohe Ziele ausdenken und ausmalen durften und bie höchsten anstrebten. Dem deutschen Bolke — fehlte beides.

Ich muß hierbei nochmals betonen, daß es nicht Schuld bes Kriegs= ministeriums ift, wenn auf biesem bochwichtigen Gebiete nicht bas Notwendige veranlagt wurde. In gablreichen Schreiben und mündlichen Berhandlungen ist auf meine Beranlassung immer wieder das Reichsamt bes Innern, das Preufische Ministerium des Innern und das Rultusministerium barauf hingewiesen worben, daß bei ber langen Dauer bes Rrieges kein Mittel unversucht bleiben dürfe, im Lande eine zuversichtliche, siegesfrohe Stimmung zu erhalten und anzuregen. So liegt mir ein berartiges Schreiben von Anfang März 1916 vor, in dem ich anregte, burch bie Preffe (unter möglichster Ginschränkung ber Benfur), burch öffentliche Borträge, burch Berbreitung geeigneter Druckschriften, schließlich durch Theater und vor allem durch die Lichtspiele die Notwendiakeit des Sieges dem Volke klarzumachen und gegenüber der einheimischen und ausländischen Flaumacherei bei uns unermüdlich und unablässig bervorzuheben. Leiber blieb meinen Bemühungen ber Erfola versaat.

So ergab die endliche Freigabe der Kriegszielerörterung nicht das, was vielleicht bei rechtzeitiger Erlaubnis erzielt wäre: Einigung der Nation und damit eine geschlossene Volksmeinung, auf die die Regierung sich stügen konnte. Allerdings fehlte auch die Vorbedingung für Schaffung einer solchen Meinung; nämlich das Vorhandensein einer Reichsleitung, die wirklich zu führen entschlossen war, aber nicht, sich von einzelnen Parteien, und seien es auch die größten, führen zu lassen.

Auch diesmal konnte die Regierung, wenn sie wirklich gehofft hatte, sich eine Plattform für spätere Friedenszielforderungen zu schaffen, über das Grab dieser Hoffnung wieder nur die Worte schreiben: "Zu spät".

Bas gebt ihr ber Regierung Schulb Und klagt sie schmähend an? Unschuldig ist sie ganz und gar, Sie hat ja nichts getan! Franz Grillparzer.

Hinsichtlich der Ariegsziele beharrte die große Mehrheit der Sozials bemokratie auch nach der Ablehnung des Friedensangebotes vom Dezember 1916 auf dem Standpunkte, es müsse ein Frieden ohne Annexionen im Westen angestrebt werden. Veränderungen im Osten und auf dem Balkan würden nicht auf Widerstand stoßen, auch bei denen nicht, die sich in allgemeinen Worten "gegen Annexionen" aussprächen.

In der Partei führten die fich immer mehr vertiefenden Gegenfate zwischen Mehrheit und Minderheit von der bereits erfolgten Absonderung (Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft) zum offenen Bruch (Ende Januar). Die Spaltungsbestrebungen fanden auch bei ben Gewerkschaften, namentlich in Berlin, Gingang. Sie machten sich besonders geltend im Kampf gegen das Hilfsbienstgesetz (Handlungsgehilfenzeitung vom 3. Januar). Das "Rorrespondenzblatt ber Generalkommission" wandte sich allerdings energisch gegen dieses Treiben, und die "Bergarbeiterzeitung" betonte in einer Polemit gegen bie "Leipziger Boltszeitung" mit ungewöhnlicher Schärfe bie ftrenge, parteipolitische Neutralität bes Bergarbeiterverbandes. Die "Chemniger Bolksstimme" sprach bereits von "bewußtem Landesverrat", ben die "Arbeitsgemein= schaft" triebe und fafte beren Birten babin jufammen, daß fie als Hauptaufgabe ber Sozialdemokratie die Verschärfung der Klassengegenfate und bochfte Steigerung ber Unzufriedenheit ansehe 1). Andererseits unterließen die Unhänger Liebknechts nicht, die "Arbeitsgemeinschaft" als schwächlich, schwankend und "demoralisierten Mischmasch" binzustellen.

Die schwieriger werdende Gestaltung der Ernährungslage leistete naturgemäß der Radikalisierung Vorschub. Eine alte Erscheinung, die auch in den bolschewistischen Wirren des März/April 1920 wieder zur Wahrheit wurde.

Daß die mitunter tatfächlich troftlosen Zustände, die sich bei dem anstrengend arbeitenden Teile des Volkes mit den zunehmenden Ersnährungsschwierigkeiten einstellten, in den Feldpostbriefen von der Heismat an die Front ihren Widerhall fanden, ist menschlich begreiflich. Ein Teil der sozialdemokratischen Presse machte sich auch die Mahmungen, die von amtlicher und privater Seite gegen das Schreiben von

¹⁾ Siehe Anhang, "Flugblattpropaganda", Nr. 7.

Jammerbriefen verbreitet wurden, zu eigen. Immer wieder aber trat der Fall ein, daß sozialbemokratische Blätter sich gegen derartige Mahmungen wandten oder sie sogar migbilligten.

Dabei entbehrte und darbte in Deutschland der Mittelstand mehr als die Masse der Industriearbeiter. hatten diese schon im Frieden burchschnittlich besser gelebt als jene, so war es jest dem Handwerker, Rleingewerbetreibenden und por allem bem festbefoldeten Ungestellten, Beamten und Offizier bei ben schmalen Ginkunften fo gut wie unmöglich, sich auskömmlich zu ernähren. Aber man bif bie Babne zu= fammen und hatte Staats- und Gemeinsamkeitsgefühl gemug, um schweigend das Unabanderliche zu tragen. Für diese Kreise trat niemand ein; die Regierung nahm ihr Opfer als felbstverständliche Bürger= pflicht an, und die Sozialbemokratie, ber sie wegen ihrer Staats= treue und ablehnenden Saltung gegenüber allen Umfturzbeftrebungen gründlich verhaft maren, sah schabenfrob zu, wie biefe festeste Saule ber Monarchie ins Wanken geriet. Mir ift nichts bavon bekannt, daß an Lebensmittelzulagen für bie geistig schwerarbeitenden Ungestellten. Beamten und Offiziere gebacht worden ift, deren Arbeitstag vielfach mehr als gehn Stunden betrug; für ben Arbeiter ber Rriegeinduftrie waren sie verfügbar. Manche Bitterkeit schuf dieses ungleiche Maß bei der Bewertung von Kopf- und Handarbeit, und es sei hier festgestellt, daß es nicht der Wahrheit entspricht, wenn behauptet wird, bie Arbeiterschaft hatte bie größten Entbehrungen zu ertragen gehabt. Dies taten gang andere Rreise.

Es ist hier nicht der Ort zu wirtschafts-politischen Betrachtungen. Daß aber an dieser Berelendung der heimischen Lebensmittelversorgung die auf die Spize getriebene Zwangswirtschaft mit ihrer "Erfassungstheorie" die Hauptschuld trug, ist wohl jedem klar. Die zahlreichen Einkaufs= und sonstigen Kriegsgesellschaften haben über das deutsche Bolk eine schlimmere Blockade verhängt als die Feinde es vermochten. Nicht zum wenigsten hat diese Wirtschaft in heimat und heer den Boden für den Umsturz bereitet.

Und doch — was bedeuteten diese Entbehrungen der Heimat gegenüber dem Ungeheueren an Anstrengungen, Mangel und Gefahren, das die Frontkämpfer täglich und stündlich auf sich nahmen? Dies nicht unablässig ihren Lesern mahnend vor Augen geführt zu haben, bleibt eine schwere Schuld der sozialdemokratischen Blätter. Statt

bessen gaben sie ber in ben Massen infolge ber unbefriedigenden Er= nährung entstandenen und durch die Agitation der sozialdemokratischen Minderheit verschärften Friedenssehnsucht mehr und mehr nach, ja führten ihr neue Nahrung zu durch ein zumeist ganz einseitiges Betonen aller noch so schwächlichen Friedensstimmen des Auslandes. So entstand in der deutschen Arbeiterschaft allmählich eine mude Resianation gegenüber ben großen Ereignissen ber Zeit, ein Aberwuchern ber Fleinsten Alltagsforgen und eine allgemeine Mikitimmung.

Da kamen bie erften Nachrichten über bie Umwalzung in Rufland. Sie wurden mit verschiedenartigen Empfindungen in der Sozialbemokratie aufgenommen. Die Abbankung bes Baren, gegen ben fie feit Sahrzehnten einen tiefen Saf in ber beutschen Arbeiterschaft großgezogen hatte, löfte große Befriedigung aus. Andererseits blieb es ber sozialdemokratischen Presse nur febr kurze Beit verborgen, daß bie Ummalzung nicht bas friedensbedürftige ruffische Proletariat an die Macht gebracht hatte, sondern dieses gerade bem bekanntesten Imperialiften (Miljukow) in ben Sattel geholfen zu haben schien. Go kam in ben Blättern eine ungeteilte Freude über bas Ergebnis nicht zum Ausbruck, stellenweise sogar die Besorgnis, die Belebung der Friedenshoffmungen werde in Rufland eine erneute Anspannung bes Willens ber Kämpfer erzeugen. Hierbei stellte man allerdings mit Genugtuung fest, baß bas neue Regime vor ben gleichen Schwierigkeiten ber Ernährungspolitik und der Guterbeforderung ftebe wie bas alte, fo bag auf die Dauer ein Wachsen der Friedensneigung mahrscheinlich sei.

Natürlich versuchte man aus dem russischen Ereignis sofort für bie eigenen innerpolitischen Ziele Rupen zu ziehen. Die Forberung bes Dr. Helphand (Parvus), selbst Russe, in der "Glocke": "Dem bemokratischen Rufland muß das demokratische Deutschland die Hand reichen zum Frieden" wurde (Ende Marz) von der ganzen sozialdemofratischen Presse vertreten. Auch der sog. Privatdozent Dr. Ludo Moris Hartmann fprach fie in einem Auffat ,,1792 bis 1917" in ber ,,Wiener Arbeiterzeitung" aus. In einem Deutschland, bas "seine Politik im Geifte ber preußischen Junkerkafte orientieren will", so schrieb bie "Schwäbische Tagwacht"1), "werbe bas neue Rufland eine Gefahr

¹⁾ Diese und die folgenden Zitate sind Besprechungen einer Rede des Kanzlers entnommen, die er am 14. März im Abgeordnetenhause hielt. Er sprach sich hier, in Erwiderung einer herrenhausrede des Grafen York, für die Notwendigkeit innerpolitischer Resormen, im besonderen des preußischen Wahlrechts aus.

für sich selbst sehen. Und daß weder das liberale Bürgertum noch die Arbeiterschaft große Geneigtheit verspüren werden, mit einem solschen Deutschland einen Frieden zu machen, ehe alle Möglichkeiten zur Niederwerfung dieses gefährlichen Nachbarn erschöpft sind, ist einsleuchtend". Herr Scheidemann beschwor mit einem Seitenblick auf die russischen Umwälzungen den Kanzler dringend, dem in seiner Rede vom 14. März ausgesprochenen Reformwillen die Tat so fort folgen zu lassen. ("Borwärts" vom 19. März.) Um die etwas peinliche Wirkung dieses Zusammenhanges abzuschwächen, beeilte sich der "Borswärts" doch, zu erklären (25. März.): "Niemand droht, bei uns könnte es etwa auch so gehen wie dort drüben, die Berhältnisse liegen gänzelich verschieden." Mich dünkt, der Pferdefuß schaute nun erst recht heraus. —

In welcher Beise die Liebknechtgruppe das rufsische Ereignis auswertete, mögen folgende, einem ihrer Flugblätter 1) entnommene Sabe zeigen:

"Nur durch eine Revolution ist ein wirklich domokratischer "und dauernder Friede zu erreichen. Soldaten aller kriegführen= "ben Länder, folgt dem Rat Karl Liebknechts: Senkt die Waffen, "kehrt sie gegen die eigene Regierung!

"Die revolutionäre Propaganda gegen die eigene Regierung "ist das einzige aufrichtige und wirkliche Mittel des Kampfes für "den Frieden.

"Wir empfehlen als praktisches Mittel: Organisierung eines "Generalstreikes am 1. Mai 1917 in allen Ländern.

Gruppe deutsch-französischer Anhänger Karl Liebknechts, Mac Leans und anderer ebenso Handelnder."

Daneben soll nicht verschwiegen werden, daß Männer, wie der Abg. Cohen (Reuß) auch den Fortgang der inneren "Neuorientierung" der Sozialdemokratie selbst forderten. Sie könne die frühere "bequeme Berneinungspolitik aus Prinzip, bei der man sich so wunderschön um jede Berantwortung herumdrücken könne", unmöglich weiter treiben. "Wir müssen bereit sein, Verantwortungen zu tragen und entschlossen den Staat zu bejahen, dessen feste Fundierung für die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft wichtiger ist als internationale Illusionen."

¹⁾ Bon Anfang April 1917; jum Teil verschickt in der "Internationalen Korte spondenz".

Leider ist diese Stimme des Predigers in der Bufte verhallt.

Ferner war die Presse fast einmütig der Ansicht, Polen musse nunmehr ganz an Rußland zurückgegeben werden. Auch hier wieder die Orientierung der Außenpolitik lediglich nach Parteirücksichten. 1)

In erster Linie aber drängte man, wie schon erwähnt, ungestüm auf die sofortige Inangriffnahme der innerdeutschen Reformarbeit. Man ließ durchblicken, daß man entschlossen sei, der "Politik des Zausderns", die der Kanzler hierin betrieben habe, nunmehr ernsten Widersstand entgegenzusetzen. Nachdem auch Rußland demokratisch geworden sei, müsse Deutschland schleunigst zum Parlamentarismus, zu neuen Männern und einem neuen Kurse übergehen.

Auf die Arbeit des "Berfassunsschussen", bessen Bildung der Reichstag am 30. März beschlossen hatte, setzte man große Hoff= mungen; es seien rasche Handlungen vonnöten.

4.

Die Osterbotschaft 1917 — Die U. S. P. D. — Der erste größere Streik — Amerikas Kriegserklärung

Die Zeit zur Einheimfung politischer Kriegsgewinne schien ber Sozialbemokratie gekommen. Der "Freisinn"?) spielte auch hier ben glänzgenoften Sekundanten.

Am Oftersonntag, ben 8. April, erließ S. M. ber Kaiser die bestannte Ofterbotschaft. Sie verhieß "den Ausbau unseres inneren polistischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sowie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen", ordnete beschleunigte Förderung der Borarbeiten hierzu an und beauftragte den preußischen Ministerpräsiedenten im besonderen, bestimmte Vorschläge für die Anderung des Wahlsrechts zum Abgeordnetenhause vorzulegen, "damit bei der Rücksehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende

*) D. i. die Fortschrittliche Bollepartei.



¹⁾ In der polnischen Frage habe ich stets den Standpunkt vertreten, das Land — unter Schaffung erträglicher strategischer Grenzen für Deutschland — bei Rufland zu lassen. Ich sierin die einzige Möglichkeit für ein späteres gutes Einvernehmen mit diesem unter gleichzeitiger Schwächung des ewig deutschseinden polnischen Ruhestörers. Natürlich mußte ein Teil des an Deutschland abszutretenden Landstrückes zu deutschem Siedelungslande gemacht werden.

Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Aberzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben."

Fast am gleichen Tage konstituierte sich in Gotha die neue "Un= abhängige sozialbemofratische Partei Deutschlands". 143 Delegierte nahmen an ber Konferenz teil, barunter allein 23 aus Berlin. Baafe und Lebebour wurden Vorsigende, Dittmann und Frau Biet Gefretare ber neuen Partei. Die "Unabhängigen" fagten in ihren Richtlinien, fie ftanden "in grundfaplicher Opposition zum herrschenden Regierungs= softem, zur Regierungspolitik ber Reichsregierung und zu ber vom Parteivorstand im Regierungsfahrwasser geführten Politik der nomi= nellen Partei". Die Stellung zur Landesverteibigung wurde nicht ge= klärt. Die Vertreter der Spartakusgruppe traten größtenteils in die neue Partei unter Vorbehalt weitgehendster Selbständigkeit und Aktionsfreiheit und mit der kaum verhüllten Absicht, die Unabhängige Partei mur als Rekrutierungsgebiet zu betrachten, sie von innen auszuhöhlen und so die eigene nicht offizielle Organisation auszubauen. Die Leute um haase bagegen hofften, als sie die Spartakusgruppe bei sich aufnahmen, diese werde, wie lose die Verbindung mit ihnen auch sei, boch in der Propaganda gegen die neue Partei behindert sein. Die Bremer und Hamburger Radikalen schließlich bereiteten die 3. sozialbemokratische Partei, "bie Linksradikale Organisation der Internationalen Sozialistischen Partei Deutschlands" vor. In ihrer Wochenschrift "Arbeiterpolitik" warnten sie alle Linkbradikalen, dem Borbilde der Spartakusführer folgend in ber Unabhängigen Partei aufzugehen. Diefer Sonderorganisation war eine größere Bedeutung vorläufig nicht vorauszusagen.

Die Regierung aber — von ben deutschen Radikalen im trauten Berein mit dem Auslande, nicht nur dem feindlichen, als mittelalterslich — autokratisch gebrandmarkt — sah diesem allen mit einer Art von halb uninteressierter, halb wohlwollender Neugier zu. —

Wenn auch die kaiserliche Ofterbotschaft bei der Arbeiterschaft eine günstige Aufnahme fand, so erklärte der "Borwärts" doch sofort unzufrieden, erfreulicher als ein Versprechen würde die Tat selber sein. Auch die übrige sozialdemokratische Presse bedauerte durchweg,

daß die Reformen nicht sofort begännen. Auch hier bilbete — leider vereinzelt — die "Chemnitzer Bolksstimme" eine rühmliche Ausnahme: (5. April). Der "Borwärts" wolle mit seiner Forderung nach einem radikalen Sprung Deutschlands in die Demokratie der Entente den Borwand nehmen, für die Freiheit gegen die Autokratie zu kämpfen. "Wissen wir nach 32 Monaten Krieg noch immer nicht, was wir von den infamen Schwindelphrasen jener Raub- und Zerschmetterungspolitiker zu halten haben?" Im Ernste sei doch der Entente die innere Berfassung Deutschlands so gleichgültig wie uns das staatliche Leben auf dem Mars. — Zu Deutschlands unermeßlichem Schaden hat sich die demokratisch-pazisischische Gefolgschaft dis heute zu dieser klaren Erkenntnis des klugen Sozialdemokraten Heilmann nicht durchzuringen vers mocht. Auch damals stand er fast allein.

In wenigen Tagen war der gunftige Eindruck, den die weitgebenben Zugeständnisse ber Ofterbotschaft gemacht hatten, verwischt. Bierzu kam, bag am 16. April bie Berabsetung ber Brotration in Rraft treten follte. Der nie raftenden Bühlarbeit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, jest U G. P. D. und ber Spartakusleute mar es gelungen, in einigen Sochburgen des Rabikalismus, vornehmlich in Berlin, ben Einfluß der Gewerkschaftsführer und der besonnenen fogial= bemokratischen Parteipolitik fast gang ju befeitigen. Bon Mund zu Mund ging die Parole, eine Art Generalftreif, verbunden mit großen Umzügen, an bem fritischen Tage zu veranftalten. Besonders Munitionsindustrie und Transportgewerbe wurden bavon ergriffen. In ber Tat legten am 16. April in Berlin gegen 100 000 Mann bie Arbeit nieber. Die Bahl erhöhte sich rasch. Allein beim Metallarbeiterverband waren es über 200 000. Es war bie erste größere Arbeitseinstellung während bes Rrieges. Ihre Entstehung, Ursache und Gründe sind symptomatisch für die späteren Streiks. 3ch muß beshalb mit einigen Borten naber barauf eingehen.

Unbestreitbar herrschte in der Arbeiterschaft der Industriezentren — und nur sie kam in Frage — eine gewisse Gärung, ja Gereiztheit wegen der mißlichen Ernährungslage. Aber anstatt deren Ursache dort zu suchen, wo sie wirklich lag, in der Blockade unserer Feinde und der sich jetzt schon zeigenden bureaukratischen Unzulänglichkeit der staatlichen Bewirtschaftung, glaubten die Arbeitermassen im allgemeinen, daß die preußische Staatsregierung nicht genug getan habe, um be-

rechtigte Ansprüche des städtischen Proletariats an ein Mindestmaß von Lebenshaltung durch energisches Auftreten gegenüber den Landswirten zu erfüllen. Die von je her durchweg landwirtschaftsseindliche sozialdemokratische Presse hatte es sich keineswegs angelegen sein lassen, diese Gedankengänge richtigzustellen oder wenigstens beruhigend zu wirken, im Gegenteil, häufige Bemerkungen über Brotgetreide versfütternde Landwirte trugen nur zur Erhöhung der Unzufriedenheit bei. Der Plan, durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung gegen diese, die Interessen der "werktätigen" Bevölkerung angeblich vernachlässigende Ernährungspolitik der Regierung zu demonstrieren, begann Anklang zu finden.

Auf dem so vorbereiteten Boben sette die Arbeit der radikalen Kührer ein. Bereits in ben entscheibenden Versammlungen der Fabritvertrauensleute versuchten Haafe und Ledebour, das politische Moment in ben Vorbergrund zu schieben. Man erklärte, ber eigentliche 3weck ber Arbeitseinstellungen muffe fein, die Regierung ju zwingen, sofort Friedensverhandlungen einzuleiten. Nur dadurch könne dem Bolke geholfen werden. Auch bie Entwickelung in Ruffland wurde von den sozialdemokratischen Minderheitsbemagogen weidlich ausgenutt. Man muffe boch ben Ruffen zeigen, daß man noch ein bifichen "revolutionären Geift" besige. Es gab manche Arbeiter, bei benen biefes Argument verfing. (In biefem Zusammenbange sei baran erinnert, daß sowohl bie Mehrheitssozialisten wie besonders die sozialdemokratische Arbeits= gemeinschaft biefe burch Bermittlung bes Schweben Branting an ben ruffischen Kührer Tscheidse] telegraphisch ihre Glückwünsche ber ruffischen Revolution übermittelt hatten. Branting melbete an Baafe gurud, er habe bas Telegramm weiterbeförbert. "Mach bem glanzenden Siege ber Revolution im Often, ber bas neue Ruffland ins Leben gerufen hat, weiht jest Ihre mächtige Rebe das neue Deutschland der Demokratie ein.")

In Wirklichkeit trug das Vorgehen alle Merkmale des Landesverrates an sich. Daß die Leitung der Bewegung in die Hände jener Männer, auch Dittmann und Vogtherr gehörten dazu, hinüberglitt, war äußerst bebenklich und ein Zeichen der beginnenden Nadikalisierung ber Massen, auch eines Teiles der gewerkschaftlich organisierten. Sehr bald ließ sich übersehen, daß es Absicht jener war, nicht nur die Berliner Arbeiterschaft nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen, sondern auch in dem bisher noch ruhigen Reiche Streikherde zu schaffen, um der Regierung vor Augen zu führen, daß eine unwiderstehliche Friedensbewegung durch das Volk gehe, der — um jeden Preis — Rechnung getragen werden musse.

Beim Ausstand gingen beibe sozialbemokratische Parteien zusammen; die Mehrheitsanhänger schlossen sich den Unabhängigen an, um sich von diesen in der Gunft der Massen nicht den Rang ablaufen zu lassen. Sie wußten später den Behörden gegenüber zu erklären, sie hätten "die Bewegung in der Hand behalten" wollen, eine seitdem oft beliebte und — leider — oben immer wieder geglaubte Redensart.

Der Streif selbst dauerte unter Eingreifen der Militarbehörde 1) mur wenige Tage. Auch über die Art seiner Beendigung ist einiges zu sagen.

In einer von ben Gewerkschaften herbeigeführten Besprechung von Arbeitervertretern mit dem Staatsminister für Bolksernährung, Unterstaatssekretär Michaelis, willigte dieser darin ein, daß künftig ein ständiger Arbeiterausschuß beim Berliner Oberbürgermeister in Fragen der Berteilung mitwirken und vom Ernährungskommissar bei allen Beränderungen in der Nahrungsmittelbemessung der Groß-Berliner Bevölkerung angehört werden solle. Ferner erreichten die Arbeiter, daß jede Benachteiligung der Reklamierten wegen ihrer Beteiligung an der Arbeitsniederlegung unterblieb.

Die Streikenden zeigten sich auch von ihren Erfolgen befriedigt und nahmen die Arbeit wieder auf.

In Wahrheit waren biese Bemühungen der Regierung Versuche am untauglichen Objekt, weil sie am Kernpunkt — der politischen Bedeutung der Bewegung — vorbeigingen. Treffend schrieb hierzu die "Post" (20. April 1917): "Uns will scheinen, als sei es die höchste

¹⁾ Die deutschen Waffen: und Munitionsfabriken wurden unter Leitung des tatkräftigen Oberst v. Feldmann gestellt. Es wurde u. a. versügt: Die Arbeit ist binnen 24 Stunden (bis zum 21. 4. früh 7 Uhr) wieder aufzunehmen. Alle wehrpstichtigen Arbeiter, die diesem Befehl nicht nachkommen, gelten, wenn sie nicht nachweisbar arbeitsunfähig sind, von diesem Zeitpunkt ab als zum heeresdienst eingezogen, erhalten Soldatenlöhnung und unterstehen den Kriegsgesehen. Es ist verboten, ohne Zustimmung des militärischen Leiters die Arbeitsstätte zu wechseln, von der Arbeit fernzubleiben, sie niederzulegen, zu verweigern, absichtlich einzusschränken oder dazu aufzusordern. Erfolg: Zu dem betreffenden Zeitpunkt waren Dreiviertel der Arbeiterschaft zur Arbeit angetreten. Die Ausgebliebenen waren meist Krauen.

Zeit, sich vom Parlamentieren und Kompromittieren der Staatsgewalt nach Michaelis' Muster zu Taten aufzuraffen, den Herren von der Arbeitsgemeinschaft, den Haase und Ledebour, den Weg zum Herosstratenruhm zu verbauen, endlich einmal mit der unheilvollen Gewöhnung zu brechen, Gottes Wasser über Gottes Land laufen zu lassen, die Slut über alle Deiche schwillt. Der Blindeste und Blödeste muß doch nun sehen, wohin die Reise geht; und wer einmal in einer Volksversammlung war, der weiß, daß in solchen Situationen auf irgendwelche Vernunft und Einsicht nicht zu rechnen ist, diesmal umsoweniger, als das weibeliche Element die Hauptrolle spielt.

Vor einigen Tagen noch war Herr Scheibemann der Schiebende mit Bezug auf die Regierung, heute ist er bereits der Geschobene des Herrn Haase. Warten wir, dis auch Herr Haase nur mehr noch der Geschobene nicht mehr zu zügelnder Mächte ist, so sind wir glücklich in Rußland angekommen."

Leider haben wir solange gewartet und warten — anscheinend — noch immer.

In weiten Volkskreisen, besonders in der christlich-nationalen Arbeiterschaft und vor allem im Beere, wurde der Streif scharf verurteilt. Dies hat wohl nicht am wenigsten zu seiner raschen Beendigung beigetragen. Die Drahtzieher faben, daß ihre Saat noch nicht reif mar. Bor allem galt es, an bas heer heranzukommen. Mit welchen Mitteln bies auch von seiten der Mehrheitspartei geschah, möge eine Mahmung bes Medakteurs Ruttner zeigen, rechtzeitig proletarische Kriegervereine ins Leben zu rufen, die sowohl die Wahrnehmung der politischen Unsprüche ber gewesenen Rriegsteilnehmer als auch die Selbsthilfe ber Rriegsbeschädigten in die Hand nehmen follten. Natürlich fette sich ber "Borwarts" (Stampfer) fofort ftark für biefen Gedanken ein. Um 23. Mai wurde in Berlin ein "Bund ber Kriegsteilnehmer und Rriegebeschäbigten" gegründet. Er wurde von den Borftanden ber Gewerkschaften junachst mit berechtigtem Migtrauen betrachtet. Daß er auch seitens ber Behörden nicht gerade gefördert wurde, lag auf der Hand. Hieraus entnahmen weite Kreise ber sozialdemokratisch orien= tierten Gewerkschaften ben Grund gur Anderung ihrer Saltung. Benn jemals, fo konnte man bier vom falfchen Solidaritätsgefühl fprechen.

Inzwischen nahm die Besprechung des Oftererlasses weiterhin die sozialbemokratische Presse ftark in Anspruch. Ich erwähne hier einen

Auffat bes in Parteifreisen geschätten Theoretikers S. Cunow in ber "Glocke" (April 1917). Der Berfasser mißt ber hinausschiebung ber Bahlreform, fofern nur bie nächsten Bahlen bereits unter ben neuen Beftimmungen stattfanden, wenig Bedeutung bei und befaßt sich eingehend mit bem Interesse ber Monarchie an ber Reform. Dabei findet er auch anerkennende Worte für bas Berhalten bes Raisers im Kriege, bas bie Stellung bes Monarchismus in Deutschland noch geftarkt babe. Im Auslande werde man dies, wie Wilfons Ansprache beweise, nicht verstehen, weil man bort bie beutschen Berhältnisse nach mittelalterlichen Analogien beurteile. Er kommt bann weiter zu bem Urteil, daß bie republikanische Staatsform nicht im geringften vor felbstfüchtiger Cliquenberrschaft schüte. Gerade biefe im Rriege gemachte Erfahrung habe bem monarchischen System bis tief in bie Sozialbemofratie binein eine wesentlich andere Bewertung verschafft als früher, und diese starke Position ber Monarchie in Deutschland habe burch ben Oftererlag nichts an Restigkeit verloren.

Ich empfehle den Auffatz unseren Revolutionsgrößen als Beitrag zu ihrer Theorie vom "fluchbeladenen alten System". —

Die amerikanische Kriegserklärung löste wieder starke Besorgnisse aus. Der "Borwärts" meinte: "Der Krieg gegen England ist zum größten Teile ein Krieg um den Beg nach Amerika. Was hilft es uns, die Haustür aufzubrechen, wenn wir nachher die Wohnungstür doch nicht öffnen können?" Laut wurde — unter Hinweis auf gleichzeitige Außerungen des Grafen Czernin — gefordert, die Friedenspolitik des 12. Dezember ganz zu verfolgen. Auch der im April tagende Parteiausschuß bekannte sich unter Scheidemanns Führung erneut zu einem "gemeinsamen Frieden ohne Annerionen und Kriegsentschädigung auf der Grundlage einer freien nationalen Entwickelung aller Bölker".

Und aus solchen Außerungen der führenden sozialdemokratischen Politiker und ihrer Presse sollten ihre Leser dann die feste Zuversicht auf Deutschlands Sieg schöpfen! —

Daß alle entgegengesetzt gerichteten Bestrebungen national fühlens ber Kreise auf das heftigste bekämpft wurden, bedarf kaum der Erwähmung. Besonders erfreute sich der "Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden", der — bei scharfer Ablehnung der Politik der Reichsleitung — unter Führung der Herren Fuhrmann und Professor

Brisberg, *

Digitized by Google

Dr. Dietrich Schäfer im Bolke Berständnis für das Wesen dieses Krieges, die Folgen einer Niederlage und weitgesteckte Kriegsziele zu wecken sich mühte, der wütendsten Angriffe der Sozialdemokratie aller Schattierungen. Unter schweigender Billigung der Regierung. Sie vermochte nicht einzusehen, daß ihr ein starker, nationaler Wille, der auch seinerseits dem Gegner eine Kostenrechnung aufmachte, einen ungleich festeren Rückhalt in ihrer Außenpolitik bieten konnte, als die weinerlichen Friedenslitaneien sozialdemokratischer und pazifistischer Verssammlungen.

5.

Beginn der revolutionären Propaganda — Der Stockholmer Kongreß — Gegenmaßnahmen des Kriegsministeriums — Sozialdemokratische Friedenspropaganda

Von der Tätigkeit der revolutionaren Propaganda ergaben die beim Kriegsministerium eingehenden Berichte etwa folgendes Bild:

Kaft mit Sicherheit ließ sich annehmen, daß in Deutschland als Bentralftelle ein Geheimkomitee bestand, bas in englischem- Auftrage und mit ungeheueren Gelbmitteln in Berbindung mit den rabikalen Rreisen ber Sozialbemokratie an der Revolutionierung der deutschen Arbeiterschaft arbeitete. Dieses Romitee wandte sich - meist mund= lich - an Obmanner und Vertrauensleute ber sozialbemofratischen Gewerkschaften in ben einzelnen Betrieben. Diese Leute wieder zogen zunächst ins Vertrauen einen kleinen Rreis von Arbeitern, von bem sie eine erfolgreiche Agitation zugunften bes Umfturzes unter ber Arbeiterschaft erwarteten. Bei ber schon seit langem unter ber Decke planmäßig geschürten Unzufriedenheit gelang es meistens leicht, einen großen Teil ber Arbeiter eines Betriebes burch die Werbearbeit von Mund zu Mund, insbesondere unter dem Eindruck der ruffischen Revolution, für die revolutionaren Ibeen zu gewinnen. War dies gefchehen, so wurden Betriebs: ober Berkftättenversammlungen veranstaltet. Sie brauchten nach bem Bereinsgeset polizeilich nicht angemelbet zu werden, konnten sonach jederzeit stattfinden. In ihnen suchten bann bie Redner unter bem Ausbangeschild von Lohn-, Arbeits- ober Lebensmittelfragen die Arbeiter für bie revolutionaren Biele zu verpflichten.

Da auch die Sozialdemokratie der Scheidemannschen Richtung die Schwierigkeiten der Volksernährung und die Unzulänglichkeit der Res

gierungsmaßnahmen zugab, da sie ferner auf sofortige Abertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und die Einführung des parlamentarischen Regierungsspssems in Deutschland drängte, da endlich auch sie im Streif ein geeignetes Mittel erblickte, um die Forderungen der Arbeiter durchzuseten, begünstigte sie — wenn auch vielleicht wider ihren Willen, so doch tatsächlich — die revolutionäre Tätigkeit der "Unabhängigen" und sah sich infolgedessen vielkach außer stande, die erregten Massen zu beschwichtigen. Diese wandten sich deshalb von den gemäßigten Gewerkschaftsvertretern ab und erlagen so dem Einfluß der umstürzlerischen Propaganda.

Einen besonders gunstigen Nährboden fand diese zielbewußte, planmäßige Agitation bei der Werftarbeiterschaft und späterhin unter ben Matrosen und Heizern der Hochseeflotte.

Auch die Tagespresse wirkte vielfach überaus nachteilig auf die Arbeiterschaft ein. Sie schilberte die russische Revolution oft in einer Weise, daß es den Anschein hatte, als sollten die Arbeiter dadurch gegen die Monarchie aufgestachelt und zu unbedachten Schritten versleitet werden. Man scheute auch vor draftischen Mitteln nicht zurück. So hatte — nach einem dem Ariegsministerium zugegangenen Bericht — die Berliner Sozialdemokratie unabhängiger Observanz ihren Jugendsleiter Alsons Fischer in sosern gemaßregelt, als sie seiner Frau die bisher gewährte Unterstüßung von 50 Mark monatlich entzog, als Antwort darauf, daß er selbst das Eiserne Kreuz I. Klasse erworben hatte und zu einem Reserveoffizierskursus zugelassen war.

Mit Sorge sah das Kriegsministerium all diese Vorgange.

Gleich nach bem Streik erging aus meinem Departement eine Aufforderung an den Chef des Generalstades des Feldheeres — der im übrigen stets über die innerpolitische Lage auf dem Laufenden gehalten und bei allen Besprechungen und Maßnahmen beteiligt wurde, wie ausdrücklich festgestellt sei, — der aufwieglerischen Propaganda im Feldebeere besondere Aufmerksamkeit zu widmen. "Namentlich erscheint mir geboten," so hieß es in diesem Schreiben, "auf die vom Urlaub aus

¹⁾ Ich muß hierbei bemerken, daß damals sowohl wie heute das Problem der Bolksstimmung mir hauptsächlich eine Magenangelegenheit zu sein schien. Reforms und Friedensfrage standen massenphologisch erst in zweiter Reihe hinter der der Ernährung. Es war eine Binsenwahrheit, daß man für einen starten Frieden bei hungernden Massen keine Begeisterung suchen durfte.

ber Heimat zurückkehrenden Leute ein wachsames Auge zu richten, ob nicht von ihnen Flugschriften und Handzettel eingeschleppt werden. Auch erscheint es nötig, das Eisenbahnpersonal in bezug darauf zu übers wachen, daß von ihm nicht Hetzschriften i) eingeschmuggelt oder den Soldaten auf der Fahrt heimlich zugesteckt werden. Euer Erzellenz darf ich die Veranlassung des Weiteren anheimstellen." Die stellvertretens den Generalkommandos erhielten Weisung im gleichem Sinne.

Auch an die Zivilbehörden trat das Kriegsministerium heran. Mir liegt ein Schreiben vor an den preußischen Kultusminister (abschrift= lich an den Reichskanzler vom 19. April 1917), worin folgendes aussgeführt wird:

"In dem Maße, in dem unsere Gegner mehr und mehr zur Einssicht kommen, daß sich ein für sie günstiger Ausgang des Krieges mit den Waffen nicht erzwingen läßt, wenden sie sich anderen Mitteln zur Erreichung ihres Zieles zu.

In der richtigen Erkenntnis, daß der Grund unferer Stärke in den durch jahrhundertealte Wechselbeziehungen zwischen Herrscherhaus und Bolk gefestigten inneren Juständen liegt, entfalten sie neuerdings immer unverkennbarer eine rege Tätigkeit, dieses glückliche Verhältnis zu stören und uns den Erfolg durch Bereitung innerpolitischer Schwierigkeiten zu entreißen. Jedes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ist ihnen recht, und mir liegen Beweise vor, daß auch feindliche Agenten nach dieser Richtung an der Arbeit sind. Diese Bestrebungen finden bei dem radikalen Teile der deutschen Sozialdemokratie wirksame Unterstützung.

Die darin liegende Gefahr muß umgehend mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf das nachhaltigste bekämpft werden. Das Zu-nächstliegende ist eine durchgreifende Gegenpropaganda, deren Einleitung ich sofort veranlaßt habe. Für unbedingt notwendig halte ich es aber auch und glaube hierin, der Zustimmung Euerer Erzellenz sicher zu sein, daß zur Stärkung des monarchischen Gedankens Schule und Kirche herangezogen werden.

Ohne den besonderen Anordnungen E. E. vorgreifen zu wollen, möchte ich vorschlagen, daß in den bevorstehenden entscheidenden Kriegs-



¹⁾ Besonders in Burich und Luzern wurden derartige Flugblätter in Massen hergestellt. Anfang Mai tagte in Burich eine Versammlung der Lieblnechts-Gruppe, auf der beschlossen wurde, Agitationsschriften für Einführung der republikanischen Verfassung nach Deutschland einzuschmungeln.

monaten, vielleicht unter Durchbrechung des Lehrplans, in den Obersfusen bzw. Klassen aller Schulen im Geschichtsunterricht ausschließlich deutsche Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Verfassungstunde betrieben wird. Neben gelegentlicher Belehrung über die Verzdienste des Hauses Hohenzollern und den Wert einer starken Monarchie könnten den Schülern an der Hand der neueren und neuesten Geschichte die Bedeutung unserer staatlichen und sozialen Errungenschaften, vornehmlich auch für die arbeitenden Klassen, ihr Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Erfolgen der neueren Zeit und der Anteil, den S. M. der Kaiser an dem allen hat, klar gemacht werden."

In gleicher Richtung bewegten sich bie Gebankengange ber Obersten Heeresleitung. —

Für ben Mai war ein Kongreß der Internationale in Stockholm geplant. Die deutsche Regierung zeigte sich troß Abratens der milistärischen Stellen bereit, den Vertretern beider sozialdemokratischen Parteien die Teilnahme daran zu ermöglichen. Aber den Eindruck dieser Bereitwilligkeit im Auslande wurde aus Holland dem Kriegsministerium — das diese Nachricht sofort an das Auswärtige Amt weitergab — berichtet: "In Holland wird viel über die Reise deutscher Sozialdemokraten nach Stockholm gesprochen. Es heißt, nichts verrate die Schwäche der deutschen Position so sehr wie dieses Geschehnis. Es sei Tatsache, daß Deutschland diese sozialistischen Friedensbesprechungen dringend fördere; das "reaktionäre Deutschland" würde sich aber nicht der Sozialbemokraten bedienen, wenn nicht in seder Beziehung ein baldiger Friede nottäte."

Unter dem 14. Mai teilte darauf das Auswärtige Amt mit, S. M. der Kaiser habe auf Bortrag des Bertreters des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier entschieden, daß den "unabhängigen" Sozialdemokraten die Erlaubnis zur Reise nach Stockholm behufs Teilnahme an der Internationalen Sozialisten-Konferenz zu erteilen sei, soweit nicht einzelne in ein begründetes Ermittelungsverfahren verwickelt seien. Dies traf für den Landtagsabgeordneten Abolf Hoffmann zu, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrat schwebte. Den Reichstagsabgeordneten Bernstein, Haase, Dr. Herzseld, dem Schriftsteller Kautsky und der Frau Lusse Jieb.), sollten daraufhin die erforderlichen Pässe



¹⁾ Bon ihnen waren 4 Juben, 1 gleichzeitig Ascheche; also die gegebenen Bertreter beutscher Arbeiter.

ausgehändigt werden. Natürlich verweigerten die Demokratien Frankreichs und Amerikas ihren Sozialisten die Teilnahme.

Am 15. Mai hieß es in einem Bericht aus Stockholm:

"Bandervelde (belg. Sozialist) hat durch die hiesige sozialdemoskratische und ententefreundliche liberale Presse erklären lassen, daß er und die Belgier sich an keiner Konferenz mit den deutschen Mehrsheitsvertretern beteiligen werden, die «ihre Hand in die des Kaisers gelegt haben». "Man spielt hier offen mit dem Gedanken einer Revolution in Deutschland und versucht dadurch auf Deutschland einzuwirken, daß man erklärt, mit einem demokratischen, d. h. revolutionären Deutschland würde man Frieden machen, mit dem "Deutschland der Autokratie" dagegen nicht. Branting (der schwedische Sozialist) war ein Hauptversechter dieses Gedankens, den er den Ententesozialisten seit mehr denn einem Jahre eingegeben haben soll. Bei diesen hat der Gedanke jedoch erst nach dem Siege der russischen Revolution allgemein Wurzet gefaßt."

Die Entente verstand es, in der Folge immer mehr das persönliche Moment in dieser Frage hervorzukehren in der Weise, daß sie in der Hauptsache Krieg führe gegen die Hohenzollern und besonders gegen den Kaiser. Man meinte beispielsweise: Ja, wenn der Kaiser sich zur Abdankung entschließen könnte, so wäre der Frieden da. Bielfach fand dieser Gedanke auch in der Schweiz, selbst in deutschfreundlichen Kreissen, Eingang.

Daneben versuchte die Entente unablässig, Deutschland gegen Preugen aufzureizen, bessen Junker und Schlotbarone den Krieg unter Kührung der Hohenzollern angezettelt hätten.

In der zweiten Hälfte des Mai lud das Kriegsministerium die beteiligten Ressorts (Oberste Heeresleitung, Reichskanzler, Auswärtiges Amt, Reichsamt des Innern, Preußisches Ministerium des Innern, Kultusministerium) zu einer Sitzung zwecks Beratung der zu treffenden Maßnahmen ein. Als Vertreter des Kriegsministers führte ich hierbei etwa folgendes aus:

Die linken Parteien ber Sozialbemokratie sind für ben nationalen, monarchischen Gebanken verloren. Dringend geboten aber ist es, ihren geradezu anarchiskischen Treibereien mit aller Festigkeit, Strenge und allen Folgerungen hieraus entgegenzutreten. Diese Parteien mussen unbedingt in der Furcht des Herrn gehalten werden, wenn nicht ihre unterminierende

Tätigkeit immer weitere Areise zu ihnen hinüberziehen soll. Ein Entsegenkommen gegen biese Leute auf politischem Gebiet kann nicht als ber Weg bezeichnet werben, ber zu Deutschlands innerer Stärkung führt. Es werben baburch nur immer neue Forberungen wachgerufen, aber niemals ber Charakter bieser Partei geänbert werben.

Auf ber anderen Seite ift es allerbings notwendig, wie auch im Oftererlaß Gr. Majeftat anerkannt, ber Maffe bes Bolkes bie Möglichkeit freier politischer Betätigung ju schaffen. Zweifellos kann bies nur auf Rosten der Anschauungen der rechtsstehenden Parteien geschehen. Dabei muß aber bem Umftande Rechnung getragen werben, bag gerade biefe Parteien bie Träger bes monarchischen Gebankens sind, und befonders durch ihr Birken diefer Gedanke in der breiten Maffe des Bolkes lebendig erhalten werben wird. Es ift daher durchaus verftändlich, wenn bei biefen Parteien vor allen Dingen ber Bunfch nach einer ftarten Regierung vorhanden ift, die bei biefem Ausgleich zwischen Rechts und Links das rechte Mag zu halten und ein weiteres Abbröckeln nach links zu vermeiden weiß. Um also der beginnenden Unterwühlung bes Staatsgebankens im Bolke Einhalt tun ju konnen, muffen bie monarchischen Parteien unter kräftigster Forberung ber Regierung in ben Stand gesett werben, ihre Aberzeugungen allenthalben zur Geltung zu bringen.

Das Ergebnis der Besprechung waren folgende Beschlüsse:

- 1. Schaffung von Zentralstellen bei der Obersten heeresleitung und dem Auswärtigen Amt zur Führung eines wirkungsvollen Presseschauges.
- 2. Organisation der weiteren Aufklärung über die dem Staate brobende Gefahr, durch Kirche, Schule und in den Lazaretten.
- 3. Erklärung ber Notwenbigkeit einer ftarken, inneren Politik, die sich in klarem, festem "Bis hierher und nicht weiter" zeigen muß. Es genügt nicht, daß die Regierung weiß, was sie will, sondern mindestens mussen es auch die anderen mit Berant- wortung beladenen Stellen wissen.
- 4. Schärfere Aberwachung politischer Klubs.

Der außerordentliche Ernst der Lage war allen Teilnehmern zum Bewußtsein gekommen. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen lag vorwiegend in der Hand der Zivilbehörden.

Der 1. Mai war im allgemeinen ruhig verlaufen. An Bersuchen,

bie Arbeiterschaft zu einer Wiederholung der Aprilstreiks in größerem Maßstabe aufzureizen, hatte es nicht gefehlt. An den traditionellen Maiseiergedanken anknüpfend, hatten die Radikalen durch die gewohnte Agitation von Mund zu Mund ihren Willen in die Massen zu tragen versucht. Hinzu kam eine Kundgebung der Reichstags= und der preußisschen Landtagsfraktion der neuen "unabhängigen" Partei, worin verslangt wurde, die Arbeiter sollten, "wo es nur irgend möglich ist, ihre Stimme erheben für die Forderungen, die sie bis ins Tiefste beswegten: für den Achtstundentag, den Weltfrieden, die Bölkerverbrüdezung". Vorsichtigerweise forderte man offiziell übrigens nicht zu Streiks, sondern höchstens zu Ausklügen auf, die am 1. Mai stattsinden sollten.

Wenn die Hetversuche im ganzen erfolglos blieben, so wirkten bierzu verschiedene Faktoren zusammen.

Zunächst ging von den amtlichen Bemühungen, einen Streif unmöglich zu machen, im ganzen ein starker, durch die stellenweise ersfolgte Abernahme von Betrieben in militärische Leitung durchaus ersfolgreich unterstützter Eindruck auf die Arbeiterschaft aus. Der deskannte Brief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an sie war von tiefer Wirkung. Eine nachhaltige Unterstützung fanden die amtslichen Stellen ferner in Aufrufen der Gewerkschaften, schließlich machten sich auch die Stimmen aus dem Feld gewichtig geltend. Auf dem badischen Landesparteitag war das Wort gefallen: "Man bekommt andere Begriffe vom Berliner Streik, wenn man im Schützengraben sitzt und wartet auf einen Schuß der deutschen Artillerie", und das "Hamburger Echo" (28. April) veröffentlichte den Brief eines jungen Sozialdemoskraten von der Aisne: "... nun wollen uns die Munitionsarbeiter in der Heimat im Stich lassen. Wir müssen bafür bluten."

Jebenfalls schien die Streikgefahr bis auf weiteres beseitigt.

Dafür setzten mit erneuter Kraft die Forderungen nach sofortiger Bahlrechtsreform und Aufnahme von Friedensverhandlungen ein.

Als Hauptvertreter bieses Bedürfnisses, ben Massen eine unablässige Friedenspropaganda vorzuführen, trat nach wie vor der "Borwärts" auf. Bei jeder Gelegenheit betonte er die Fehlerhaftigkeit der beutschen Zurückhaltung hinsichtlich der Kriegszielerklärungen. Es sei wahrscheinlich, daß der Kanzler den allgemeinen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen ebenso wolle, wie die Sozialdemokratie, aber seine abwartende Haltung rechtfertige die Politik der russischen Regierung gegen die angeblich von den Allbeutschen geleitete deutsche Politik.

Daß das einzige Friedenshindernis die für uns einfach unerträgslichen Forderungen der Gegner waren, wollten beide sozialistischen Parteien nicht einsehen, trothem die feindlichen Staatsmänner in ihren Reden, und die gesamte Presse ihnen täglich verkündeten, man wolle Deutschland zum Skavenland machen. Und heute, nachdem der uns von der Sozialdemokratie und ihren Mitläusern bescherte Friede anfängt, seine Furchtbarkeit zu zeigen, erdreistet sich die demokratische Mehreheit, densenigen Männern die Schuld unseres Unglücks beizumessen, die stets mahnten, alle Kräfte in vaterländischem Geiste zu seiner Abwehr anzuspannen. Auch über diesen gegen das Deutschtum gerichteten Lügenfeldzug, ebenbürtig der Northelisse-Propaganda, wird dere einst die Geschichte Klarheit bringen. Möge es nicht zu lange währen, dis unser armes Volk diesen Dunstkreis durchbricht.

"Ein Frieden, der auf freiwilliger Einsicht aller beteiligten Bölker und Regierungen beruht, vor allem auf der gebieterischen Einsicht, daß dem Krieg ein Ende gemacht werden muß — das ist das Ziel der deutschen Sozialdemokratie —", schrieb am 13. Mai die "Magdeburger Bolksstimme". Unstreitig gab sie damit die Ansicht weitester sozialdemokratischer Kreise wieder.

Mit beispiellos hartnäckiger Weltfremdheit und außenpolitischer Verständnislosigkeit forderte die Sozialdemokratie unausgesetzt von der Regierung den Beginn von Friedensbesprechungen immer mit der gleischen, in Wirklichkeit durch nichts begründeten Behauptung, die feindlichen "Genossen" würden sofort ihre Regierungen zwingen, in die ausgestreckte Friedenshand einzuschlagen. Unbelehrt durch die bisherigen Mißerfolge und unbelehrbar liefen die deutschen "Zielbewußten" ihrem Phantom nach. Längst auch wußte seder deutsch Fühlende, daß der "Scheidemannfriede" dem Volke für seine ungeheueren Opfer und gewaltigen Siege nichts als "Berzicht" ansann — die "Reichsleitung" aber dachte wohl an Stockholm und schwieg.

Die Massen selbst erhofften bestimmt für den Spätsommer oder Herbst das Ende des Krieges und zunächst den Sonderfrieden mit Rußland. Voller Spannung richteten sich die Blicke nach der schwedischen Hauptstadt, obwohl es auch in der sozialdemokratischen Presse nicht an Stimmen der Skepsis fehlte. So schrieb die "Buchbinder-Zeitung" (20. Mai): Die sozialbemokratische Partei habe in der auswärtigen Politik "selten eine glückliche Hand gehabt, weil sie sich von Doktrinen, anstatt von der rauhen Wirklichkeit der Dinge, wie sie sind, bestimmen ließ." Ihre Friedenswünsche seien im Auslande als "Schreie aus tiefster Not" aufgefaßt worden und hätten daher eher kriegsverlängernd gewirkt. Aus dieser herben, aber den Nagel auf den Kopf treffenden Betrachtung folgerte dann das sehr angesehene Gewerkschaftsblatt, daß das Berhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie durch deren Zerrissenheit nicht unberührt bleiben könne. "Wir wünschen daher keine Berpflichtung der Gewerkschaften auf irgendwelche Parteipolitik." Leisder haben die freien Gewerkschaften es nicht fertig gebracht, sich von der traditionellen Bindung an die sozialdemokratische Parteileitung loszulösen.

Das Ergebnis der wochenlangen Verhandlungen in Stockholm bebeutete nicht nur für weite Arbeiterkreise eine Enttäuschung. Die "Buchbinder-Zeitung" (24. Juni 1917) gab dieser Empfindung offen mit den Worten Ausdruck: "Die sozialistischen Konferenzen haben troß aller schönen Umschreibungen nichts Friedensförderndes gebracht." Etwas schroffer hatte sich die linksradikale Bremer "Arbeiterpolitik" ausgebrückt, indem sie vorausschauend (9. Juni) bemerkte: Herauskommen werde "ein dünner Aufguß dürren Gemüses, große Worte, große Gesten ohne inneren Gehalt, ein friedensduseliger Appell an die Regierungen".

Welche Lehren man im Schoße ber Neichsleitung aus den Stocksholmer Erfahrungen zog, ist mir nicht bekannt. Bald nahm die Entswicklung der Dinge in der Heimat das Interesse anderweit voll in Anspruch.

6.

Der Vorstoß der Mehrheitssozialisten im Reichstag — Die Vaterlandspartei — Der Sturz Bethmanns — Friedenssresolution und Flaumacherei — Die sozialistische Presse zum Kanzlerwechsel

Für die erste Julihälfte war der Reichstag wieder zur Tagung berufen. Zu seinem Zusammentritt verlangte der "Borwärts" (7. Juni) eine große weithin sichtbare entscheidende Tat. Eine solche wäre die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten.

In der gleichen Zeitung (24. Juni) stellte Scheidemann, aus Stockholm zurückgekehrt, dar, welche Schwierigkeiten angeblich den deutschen
Sozialisten bei ihrem Versuch, den Frieden herbeizuführen, immer wieder aus der vermeintlichen Rückständigkeit der deutschen Verfassungsverhältnisse erwüchsen. Auch die "Chemnitzer Volksstimme" (25. Juni)
schried: "Nur in Deutschland glaubt die Regierung tiefgreisende, sichtdare Reformen an Reich und Staat jetzt noch nicht nötig zu haben."
Darüber hinaus verlangte der Abg. Dr. Quessel in der "Europäischen
Staats= und Wirtschaftszeitung" das parlamentarische System, weil
durch dieses die Spaltung der politischen Kräfte der Nation in zwei
einander entgegenwirkende Teile beseitigt werden, und der Dualismus
zwischen Politik und Krone schwinden könne (1).

"Es ist unsinnig, zu behaupten, Lloyd George wolle die Demokratie für Deutschland, weil er wisse, daß die Demokratie für Deutschland ein Schaden sei." (Breslauer Bolkswacht, 3. Juli.) Natürlich, einen wohlwollenderen Freund Deutschlands als Herrn Lloyd George gab es ja in der ganzen Welt nicht! Unterstützt wurden solche Anschausungen durch demokratisch-pazifistische Außerungen. So bestritt Professor Foerster in der "Münchener Post" und im "Volksfreund", Karlsruhe (4. Juni), einen allgemeinen Vernichtungswillen der Gegner gegen uns; dieser Wille richte sich nur gegen "eine bestimmte, machtpolitische Sippe". Werde Deutschland demokratissert, so könne die zu einem Frieden mit dem deutschen Volke bereite Minderheit schnell zur Mehrheit werden.

Ein klaffischer Beweis demokratischer und sozialdemokratischer Urteilsfähigkeit in äußerer Politik, sowie es sich um Parteiziele handelte.

Daneben begann die sozialbemokratische Presse mit der Beröffentlichung von meist eine starke Kriegsmüdigkeit wiederspiegelnden Felde postbriefen.

Eine Reihe weiterer Momente wirkte ungunftig auf die Stimmung der Massen ein: Das langsame Vorankommen, besser Bersanden der Stockholmer Konferenz¹), das Ausbleiben unmittelbar friedensförderns der Wirkungen der russischen Revolution, die Aussicht auf einen vierten Kriegswinter, die Erbitterung vieler Arbeiter über das Verhalten mans

¹⁾ Der Abg. Bernstein hatte in der "Internationalen Rundschau" (Bürich) einen so einseitig deutschunfreundlichen Aufsat über die Leitgebanken der Unabshängigen in Stockholm erscheinen lassen, daß im gleichen Blatte ein Russe ihm widersprach.

cher Arbeitgeber, zumal im Vaterländischen Hilfsbienst, die Brot= und Kartoffelknappheit, die Teuerung auf dem Frühgemüse= und Kohlen= markt. Dazu kam die nervenanspannende Defensive an allen Fronten und — als Schlimmstes — die Bühlarbeit der Unabhängigen Partei.

Daß Führer und Presse ber Sozialdemokratie alles, was die Not der Stunde erforderte, getan hätten, um dieser weit verbreiteten Unzusfriedenheit, teilweise Mutlosigkeit Herr zu werden, kann — von rühmslichen Ausnahmen abgesehen — nicht zugegeben werden. Jedenfalls sahen die "Führer" sich einer Massenstimmung gegenüber, die sie vorswärts trieb. Wie bei dem Aprilstreik, zeigte es sich auch diesmal, daß es eine wirkliche Kührung nicht gab, sondern Abgeordnete und Gewerksschaftsbeamte die Geschobenen eines Willens waren, der — nicht ohne ihr Jutun — eine Bahn einzuschlagen begann, die keineswegs zum Heile des Volksganzen und damit auch zu dem der Arbeiterklasse führen konnte.

Wie oft hat sich nicht bieses Schauspiel seit ben Tagen ber Revolution, bieses größten Verbrechens am beutschen Bolke, bei ben Mannern, bie uns regierten, wieberholt!

Die Frage bleibt offen, ob dies damals von den Führern erkannt wurde. Wenn ja, so fehlte ihnen der Mut oder die Kraft, auf dem beschrittenen Wege Halt zu machen; wenn nein, so kann ihnen der Vorwurf mangelnder Einsicht in die Zusammenhänge zwischen innerer und äußerer Politik nicht erspart werden.

Am 3. Juli unternahm ber Abg. Sbert in ber Sitzung bes hauptausschusses einen Borftoß gegen die Regierung. Er erklärte unter hinweis auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, daß wir am Ende unserer Kraft seien; wir seien am Schluß.

Man sei jetzt dabei, den allerjüngsten Jahrgang einzuziehen: Junge Arbeiter, Lehrlinge im Alter von 17 bis 18 Jahren, ausgemergelt, unterernährt, überarbeitet, zögen in die Kasernen, ohne Zuversicht, in gedrückter Stimmung und verängstigt. (Wer trug an dieser Stimmung die Schuld? D. Verf.)

Zu all diesen niederdrückenden Sorgen kämen schwere Enttäuschungen. Die übertriebenen Hoffnungen auf den U-Bootkrieg seien nicht in Erfüllung gegangen. Der England zugefügte Schaden sei durch den Hinzutritt Amerikas völlig ausgeglichen worden.

Die Stimmung bei unseren öfterreichischen Bundesgenoffen fei

außerordentlich schlecht. Unsere alldeutsche Presse habe alles getan, um unsere Beziehungen zu Ofterreich zu vergiften.

Die Haltung der Neutralen werde für uns von Tag zu Tag ungunstiger.

Das Bolk babe alles Vertrauen zu der Regierung und ihren Erklärungen verloren. Er forbere, daß man sobald wie möglich zu einem Krieden komme. Wenn auch bas offizielle Frankreich und England sich noch ablehnend verhielten, so eröffneten doch die Bustande in Rußland hoffnungen. In Frage kommen konne aber kein Sonderfrieden, sondern nur ein allgemeiner. Daher muffe die deutsche Regierung Die Rugland gegenüber aufgestellte Formel "Feine Unnerionen, feine Rontributionen" für die Kriebensverbandlungen mit allen Mächten maßgebend sein lassen. Dadurch werbe die in Rugland vorhandene Friedensstimmung in ihrer Einwirkung auf die Westmächte wesentlich unterstütt. Schon jett stebe ein gunstiger Einfluß auf die Bölker in ben Ententeländern fest. Doch noch ein Beiteres sei notwendig. Schöne Reben, Erklärungen und kaiserliche Botschaften über bie Neuorientierung im Innern genügten nicht. Das Bolk frage sich: wozu die großen Opfer, wenn die Regiernug nicht gewillt ift, uns das Notwendigste, Unentbehrlichste, Selbstverständlichste — die politische Gleichberechtigung, zu gewähren, bas Dreiklaffenwahlsnftem zu befeitigen?

Der Hinweis auf den Burgfrieden sei heute zum Gespött aller geworden, wie die alldeutsche Hetze beweise. Das Ausland habe die Zeichen der Zeit besser zu nützen gewußt. Die Vertagung der Wahlrechtsreform bis nach dem Kriege sei ganz unhaltbar geworden.

Der Redner, bessen Darlegungen sich völlig in dem sattsam beskannten engen Parteirahmen bewegten, schloß mit dem Hinweis an die Regierung, daß die demokratische Reform im Innern Deutschlands eine Boraussetzung sei sowohl für die innere Festigung des Volkes wie auch für die Stärkung nach außen hin. Ob Herr Ebert als ehrlicher Mann auch heute noch so denkt?

Die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten wurden von dem Abg. Erzberger unterstrichen, besonders, soweit sie sich auf die behauptete Wirkungslosigkeit des U-Bootkrieges bezogen. Am 6. Juli unternahm Erzberger — diesem betriebsamen, überall auftauchenden Abgeordneten war bisher von fast allen Regierungsstellen, besonders dem Auswärtigen Amt, ein beinahe restloses Vertrauen entgegengebracht

worden — von dieser Frage ausgehend, einen heftigen Angriff gegen die Politik des Kanzlers.

Der Staatssekretär Dr. Helfferich trat, auch an den folgendem Tagen, den Angriffen beider Redner und ihrer Parteifreunde, besonders des soz. Abgeordneten Hoch, entgegen und versuchte vor allem, die versweifelte Stimmung, die sich eines großen Teiles der Abgeordneten — besonders der Linken — bemächtigt hatte, zu bannen. Dies gelang ihm leider nicht völlig.

Auf die weiteren Ereignisse, die später zu der verhängnisvollen Friedensresolution führten, einzugehen, kann ich mir versagen. Dr. Helfsferich hat sie im 3. Bande seines Buches "Der Welkkrieg" geschildert. Nur auf einen Punkt möchte ich hier ausdrücklich hinweisen. In den Verhandlungen des Helfferich-Erzbergersprozesses erklärte der als Zeuge vernommene frühere sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David!: "Das Auftreten Erzbergers im Hauptausschuß war für uns von größter Bedeutung, weil uns damit plöglich die Aussicht eröffnet wurde, nun im Reichstage eine Mehrheit für unsere Friedenspolitik zu finden."

Bährend man also auf sozialbemokratischer Seite sich bemühte, die Friegsmüde Stimmung im Bolke politisch zu verwerten, suchte das Zentrum, insbesondere Herr Erzberger, diese Kräfte, anstatt sie niederzuhalten, zu fördern und ihnen erst die Möglichkeit zur Auswirkung zu verschaffen.

Daß der Freisinn der Sozialdemokratie, wie üblich, den Steig-bügel hielt, bedarf kaum der Erwähnung.

Zunächst wurde von den drei Parteien des Zentrums, der Fortsschrittler und der Mehrheits-Sozialdemokraten eine "interfraktionelle Kommission" gebildet. Die "Berzichtsmehrheit" hatte sich unter demokratischer Führung zusammengefunden. Bis heute regiert sie das deutsche Bolk. Lebensbedingung der Demokratie aber war und ist Unterdrückung der Minderheiten (im Gegensatzur Monarchie, in deren Wesen Schutz der Minderheiten begründet ist). Daher nahm von nun an die hetze gegen die anderen Parteien, die "Junker und Kriegsverlängerer" immer wüstere Formen an. Ihren höhepunkt erreichte sie nach der Gründung der "Baterlandspartei", die den Kampf gegen den "Berzichtfrieden" mit aller Schärfe aufnahm.

Ich kann mir vorstellen, daß zu ihrer Gründung folgende Ers wägungen geführt haben:

^{1) &}quot;Tägliche Rundschau" v. 1. 3. 20.

Die Ziellosigkeit und Schwäche ber Regierung Bethmann Hollwegs trug die Schuld, daß ungeachtet aller militärischen Erfolge ein Teil der Nation in seinem Siegeswillen zu erlahmen begann. So war der Boden für den Gedanken vorbereitet, daß Deutschland nur nachzugeben und zu verzichten brauche, um zu dem heißersehnten Frieden zu gelangen.

Neben der sozialdemokratischen Presse waren es auch sich als bürgerlich bezeichnende Blätter, wie das "Berliner Tageblatt", die "Frankfurter Zeitung" und die "Zukunft" Harbens, die für diese, eine gedeiheliche Zukunft preisgebende Ansicht warben.

Die wahre Meinung breiter Volksschichten konnte nicht zu Worte kommen, da die Großpresse fest in den Händen jener international gerichteten Kreise war, die die Forderung nach einem größeren und stärkeren Deutschland bekämpften.

Der Reichstag konnte (besonders später nach Annahme der Deutschland in der furchtbarften Weise schädigenden Friedensresolution), nicht mehr als Organ des Volkswillens betrachtet werden. Die Parteien, in leidenschaftlichem Kampfe um die zukunftige Staatsorganisation, verkannten entweder die großen Staatsnotwendigkeiten oder waren bereit, diese der Parteimacht zu opfern.

Bom Reichstag war somit nichts zu erhoffen.

Das Bolk mußte baher seine Angelegenheiten selbst in die hand nehmen und kräftig an der Gestaltung seines Schicksals mitarbeiten.

Pflicht einer neuen Regierung wurde sein, neue Wege zu geben. Dan bedurfte sie eines ftarken Ruckbaltes im Bolke.

Es war eine unbestreitbare Tatsache, daß in der Not des Krieges starke nationale Kräfte erwacht waren. Millionen deutscher Männer hatten außerhalb der politischen Parteien wiederholt Protest erhoben gegen eine schwächliche, den Glauben an Deutschlands baldigen zussammenbruch nährende Politik.

Die Rrafte waren vorhanden; es galt, sie zusammenzufassen.

An die Spite des Bundes trat der Großadmiral von Tirpit. Es mag hier vorweg bemerkt werden, daß sich im Oktober. 1917 unter Führung eines Dr. Grabowsky als Gegenorganisation ein "Bolksbund für Freiheit und Baterland" bildete, der sich vor allem auf die freien Gewerkschaften stütte. Die Stoßkraft des nationalen Gedankens wurde durch ihn nicht gefördert.

Daß ber "Bund ber Kriegsbeschäbigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer" bes sozialbemokratischen Rebakteurs Kuttner gegen bie Baterlandspartei Stellung nahm, war in ber oben gekennzeichneten Tenbenz bieser Bereinigung begründet. —

Aber die Ereignisse, die zum Sturze Bethmann hollwegs führten, finde ich in meinem Tagebuch folgende Aufzeichnung:

Die allgemeine Stimmung im Reichstag war längst gegen ben Reichskanzler. Man warf ihm vor allem Entschlußlosigkeit vor. Die Berhandlungen im Haushaltsausschuß verliefen ohne seise Beisein zu= nächst ohne Zwischenfall.

Nach den bekannten Neden Sberts, Hochs und Erzbergers, den Erwiderungen Helfferichs und Capelles und der Einbringung von Erzbergers Friedensresolution beschloß der Ausschuß, die Anwesenheit des Kanzlers zu fordern.

Der Kriegsminister hatte sich sofort mit der D. H. L.) in Berbindung gesetzt und Thronvortrag zur "Beurteilung des Antrags Erzberger vom militärischen Standpunkt aus" vorgeschlagen. Die Anmeldung des Bortrages sollte von der D. H. L. erfolgen. Das Erscheinen Ludendorffs im Reichstag wurde nicht für gut gehalten. Die D. H. L. war einverstanden und meldete den Bortrag an, leider ohne den militärischen Charakter zu betonen. Am 7. August um 330 nachm. sollte er in Berlin im Schloß Bellevue stattsinden. Der Kaiser kam 328 an und suhr vom Bahnhof direkt zum Reichskanzler. Später empfing er die Herren der D. H. L. und den Kriegsminister sehr ungnädig und wies darauf hin, daß die Angelegenheit keine militärische sei. Die Herren der D. H. L. reisten noch denselben Abend wieder ab.

Am 8. August erklärte der Abg. Stresemann, daß seine Partei kein Bertrauen zum Reichskanzler hätte. Er stellte die Frage an ihn, ob er glaube, fähig zu sein, den Frieden zu schließen. Der Kanzler widerslegte die einzelnen Borwürfe recht gut und betonte, daß er gehen würde, wenn es dem Baterlande nicht zum Schaden gereiche. Graf Bestarp (Kons.) sprach sehr kühl gegen den Kanzler, ebenso der Bertreter der Sozialdemokratie. Den Ausschlag gab das Zentrum, das durch den Abg. Fehrenbach sein Einverständnis mit der Friedenskundgebung ers

¹⁾ Dberfte heeresleitung.

klären ließ. Die Partei hätte nichts gegen ben Kanzler, wenn er folgende Forderungen annähme: Erlaß der Friedenskundgebung, Durchführung der Wahlreform und Ernennung von Parlamentsministern.

Also so weit war es mit bem ewigen Nachgeben gekommen!

Während der Sitzung erzählte mir ein Abgeordneter, der Kanzler habe es durchgesetzt, daß die Abgeordneten nicht von der D. H. E. empfangen würden, obwohl der Kriegsminister dies vorgeschlagen habe. Ein Abgeordneter richtete an den Kanzler eine entsprechende Frage, dieser erwiderte, daß er davon nichts wisse. Der Kriegsminister schwieg, weil er sonst vielleicht die Richtigkeit des Gerüchts hätte bestätigen müssen.

Die Aufregung im Reichstag und in Berlin war groß. Sie wurde durch die unglaublichsten Pressemelbungen vermehrt.

In bem nachfolgenben Kronrat bruckte ber Kanzler bas allgemeine Wahlrecht für Preußen burch. Ein Antrag ber D. H. L., sie an diesem Kronrat zu beteiligen, wurde vom Reichskanzler abgelehnt, ba nur innere Fragen behandelt würden.

Wie nichts mehr zu retten war, reichte der Kangler seinen Abschied ein. Seinen Stury batte er seiner ziellosen, schwankenden Polis tif nach Augen und Innen auguschreiben. Das Bolf mußte und wollte einen Rührer haben. Als es diesen in herrn v. Bethmann nicht fand, versuchte es selbst die Führerschaft durch die Volksvertretung in die Hand zu nehmen. Daber die Forberungen, die Schritt auf Schritt folgten. Rur schabe, daß sich im Reichstag wohl zahlreiche Demagogen fanden, aber kein einziger wirklicher Führer. Der Rangler wiederum alaubte burch Zugeständnisse viel zu erreichen. Wie Nachgiebigkeit an falscher Stelle niemals Segen bringt, so auch hier nicht. Die Sozialbemokratie und das Zentrum liegen ihn im Stich. Es war bedauerlich, daß ber Bizekanzler, Erzellenz Helfferich, ihm auf dem Bege der Konzessions= macherei gefolgt war. Nur ein Ratgeber mit unnachgiebigem eifernen Willen hatte ben Rangler halten konnen. In biefem Sinne hatte ich mich in einer an den Kriegsminister gerichteten Denkschrift ausge= sprochen, aber ohne Erfolg.

Es war schade, daß solche Denkschriften nicht zur Kenntnis des Allerhöchsten Herrn kamen. Mehrkach habe ich während der zweiten Hälfte des Krieges Denkschriften über die innere Lage verfaßt und darin Erfüllung gewisser Forderungen als unaufschiebbar bezeichnet. Der Kaiser hat niemals Kenntnis von ihnen erhalten. Dafür sorgte seine Brieberg.

Digitized by Google

nächste Umgebung. Dieses System wurde von vielen Seiten mit Recht beklagt. Der Kaiser wollte das Beste, daran ist nicht zu zweiseln; wie konnte er aber eingreisen, wenn er nicht unterrichtet wurde? Ein Teil der Schuld daran, daß dies nicht geschah und damit an den späteren Ereignissen trifft diesenigen, die berufen waren, ihn aufzuklären. Oft hat mir der Generaladjutant des Kaisers, General v. Gontard, seine Berwunderung darüber ausgesprochen, daß ich nicht zum Bortrag bei S. Masestät herangezogen würde. Auch er scheint keine Möglichkeit geshabt zu haben, dies durchzusetzen.

Wie weit bies Fernhalten von Perfonlichkeiten ging, die in einem anderen Sinne hatten wirken können, als die nachste Umgebung bes Kaisers es wollte, bafür ein Beispiel:

Als ber Kaiser im Winter 1916 mehrere Wochen in Potsbam weilte, erschien bei mir der Generaloberst v. Kessel mit der Bitte, ob ich nicht durchsehen könne, daß er vom Kaiser empfangen würde. Er wolle ihm vorhalten, wohin die Kanzlerschaft eines Bethmann Hollweg führen müßte, und daß seine sofortige Ersehung durch einen starken Mann eine unbedingte Notwendigkeit sei. Er wurde nicht vorgelassen. Nit Tränen in den Augen fuhr der alte General fort: "Wer das innige Verhältnis kennt, das zwischen dem Allerhöchsten Herrn und mir besteht, wird meinen Kummer verstehen. Es ist noch nicht dagewesen, daß der Kaiser mich nicht in den ersten Tagen seiner Anwesenheit empfangen hat."

Ich glaube, die Episode ist bezeichnend.

Leider hatte man bei der Wahl des neuen Kanzlers 1) die Bershältniffe an verantwortungsvoller Stelle nicht so, wie ich sie geschildert habe, beurteilt. Anstatt einen Mann mit festem Willen an die Spitz zu stellen, der allein imstande gewesen ware, die Macht wieder auf

¹⁾ Daß der Kanzler nicht etwa wegen seiner Gegnerschaft zur Friedensresolution zurückgetreten ist, beweisen seine Bekundungen im Helsseich-Erzberger: Prozes. Um 2. 3. 20 sagte er aus: "Es ist durchaus richtig, wenn hier behauptet wurde, daß die Friedensresolution an sich durchaus in der Linie meiner Politik gelegen hat. Ich habe das im Ausschuß ausdrücklich gesagt. Ich habe nur bedauert, daß die Resolution gesaßt wurde im Anschluß an eine gewisse panikartige Stimmung, die erregt war durch die Ausschungen der Sozialdemokraten am 3., 4. und 5. Jusi und die Ausschungen des Rebenklägers (Erzberger). Die Verbindung einer solchen Resolution mit der Erklärung, daß wir nicht weiter können, habe ich beklagt. Umssomehr muß ich mich wundern, daß behauptet worden sein soll, ich würde die Kriedensresolution niemals unterschreiben können ("Tägl. Rundsch." v. 3. 3. 20.)

Seite der Regierung zu bringen, griff man auf eine Persönlichkeit zurück, die, an Charakter vorzüglich, in keiner Beise das Können besaß, der Lage Herr zu werden, trot des besten Willens.

So bekam balb, wie vorauszusehen war, ber Reichstag bas heft in die hände.

Am 11. Juli wurde die Order über das gleiche Wahlrecht vom Könige untekzeichnet und am nächsten Tage veröffentlicht.

Die Parlamentsherrschaft war auf bem Marsche. Im Gefühl seiner Macht lehnte herr Scheibemann jebe Anderung am Bortlaute der Friedenstresolution ab.

Am 19. Juli 1917 — bem ersten dies ater in der Geschichte des Krieges — wurde die sog. Friedensresolution gegen eine beträchtliche Minderheit (212 gegen 126 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen) im Reichstage angenommen. Die Zerrissenheit des deutschen Bolkes lag vor den Augen der Welt. Der Feindbund frohlockte: jetz geben sie das Rennen auf —! Die angesponnenen Friedensfäden wurden jäh zerrissen.

Triumphierend aber gingen einher Herr Scheidemann — er sah die dreimal heilige Partei auf dem Wege zur Macht; wenn nötig, über des Reiches Leiche hinweg, was verschlug's der sogenannten "deutschen" Sozialdemokratie? — und Herr Erzberger, sich fühlend in seiner Rolle als Kanzlerstürzer und "bedeutendsten" Politiker der Zentralmächte.

Ich neide ihm nicht feinen Beroftratenruhm. -

Es ist bekannt, wie der Abg. Erzberger sich von jest ab bemühte, seiner Ansicht von der Notwendigkeit der Resolution allenthalben zum Siege zu verhelfen. In seiner berüchtigten Rede zu Biberach (seinem Wahlkreise) am 16. September 1917 scheute er sich nicht, die Kriegssführung schädigende Mitteilungen militärischen Inhaltes zu machen, um daraus Schlüsse auf die politische Lage zu ziehen, die in hohem Maße geeignet waren, den Siegeswillen zu schwächen, ja ganz zu unterdrücken.

Leiber riet das Reichsjustizamt von gerichtlichem Einschreiten ab, da die Feststellung des subjektiven Tatbestandes des Landesverrates nicht möglich sein würde.

Um dieselbe Zeit berichtete das stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps an das Kriegsministerium, daß nach ganz zuversläffigen Nachrichten Abgeordnete der Mehrheitsparteien, darunter ins-

besondere der Zentrumsabgeordnete Giesberts, die Auffassung versbreiteten, Deutschland sei gezwungen, unter allen Umständen Frieden zu schließen, da es vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stände, zusmal in Rücksicht auf die kommende sehr schlechte Getreibeernte.

Die Urheber dieser Gerüchte sollten sogar behaupten, daß die Oberste Heeresleitung bieser Anschauung beipflichte.

Uhnliches wurde aus Baden gemeldet. Auch hier hatten Zentrums= abgeordnete erklärt, der Krieg muffe bald ein Ende nehmen, da uns allen die Nobstoffe ausgingen.

Vom Abg. Wirth hieß es, er mache in Freiburg an den für die dortige Stimmung sehr einflußreichen Stammtischen flau. Als Hauptsargument folgte stets der Endtrumps: "Wenn wir reden dürften." Im Wieslocher Bezierk (südlich Heidelberg) habe ein Agitator behauptet: "Erzberger habe dem Reichskanzler nachgewiesen, daß dieser sich bei den Berechmungen über die Wirkung des U-Bootkrieges um 20 000 000 t englischer Tonnage geirrt habe. Erzberger brauche nur ein Wort zu sagen, dann habe die Regierung das Volk gegen sich."

Folge ber Agitation: Ein Geistlicher bieses Bezirkes erklärte, er habe ben Mut nicht mehr, für die Kriegsanleihe zu sprechen, denn das würde der Religion schaden.

Die Organisation bieser Flaumacher, allmächtig durch ben Nimbus Erzbergers, wurde im Bolke gestützt vom kirchlichen Sinn der kleinen Leute. Ihre Arbeit vollzog sich in der Dunkelheit, kaum in öffentlichen Bersammlungen und war beshalb nicht nachdrücklich zu kaffen.

Nachfolgend einige Außerungen der sozialistischen Presse zur Krise: Um 10. Juli 1920 schrieb die "Magdeburger Bolksstimme", im Hauptausschuß sei kein welterschütterndes Ereignis aufgedeckt. Was sich vollzogen habe, sei eine Revolte der Gewissen gegen die Schreckenshedrschaft der allbeutschen Phrase. (Das Wort vom "weißen Terror" gab es damals noch nicht.)

Die "Fränkische Tagespost" (9. Juli) blickte auf die Reichskanzlersschaft des derzeitigen Kanzlers mit dem Bemerken zurück, er habe sich der Arbeiterbewegung gegenüber um eine kräftige Nuance reaktionärer erwiesen als Graf Posadowsky. Am 11. Juli stellte Stampfer im "Borwärts" die Borbedingung für den Eintritt von Sozialisten in die Regierung auf, daß es sich nicht, wie in Frankreich, Belgien und England um ein Ministerium zur vollen Niederkämpfung der Feinde,

sondern wie in Rußland, um ein solches des Friedens= und Freiheits= willens handeln muffe. Der klare demokratische Wille der betreffenden Regierung sei unbedingt notwendig, jeder Schein seines Fehlens höchst bedenklich.

Die Anforderungen an Bethmanns Nachfolger umschrieb die sozials demokratische Presse folgendermaßen: er müsse fest auf dem Boden des Wahlrechtserlasses stehen und den Willen haben, das gleiche Wahlsrecht in Preußen gegen alle Widerstände durchzusetzen; er müsse ferner die Neuordnung im Neiche sofort und gründlich vornehmen, und schließelich müsse er vorbehaltlos und aus innerer überzeugung der Friedensformel der Neichstagsmehrheit beitreten und sein Verbleiben im Amt vom Vertrauen der Mehrheit abhängig machen. Der "Vorwärts" (14. Juli) fügte hinzu: "Dieser Mann muß den Beweis dafür ersbringen, daß das Königtum der Hohenzollern das deutsche Volk daran hindert, das freieste Volk der Welt zu sein."

Die Ernennung des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis überraschte die sozialdemokratische Presse völlig. Iwar fühlte sie sich durch die Abergehung der Parteiführer bei den Erwägungen, die zu seiner Ersnennung führten, verlett — ein Zeichen dafür, mit welcher Selbstverständlichkeit sie bereits auf die Erfüllung ihrer politischen Forderungen rechnete —, doch empfing sie den neuen Kanzler ohne Außerungen des Mißtrauens. Daß sich eine Reichstagsmehrheit für die Erzbergersche Friedensformel fand, erweckte natürlich große Freude im sozialdemokratischen Lager. Man erblickte hierin einen Erfolg der eigenen, konsequent verfolgten Politik. Darum galt die besondere Sorge der Parteipresse der Erhaltung des Mehrheitsblocks.

Zwischen der Mehrheits- und der Minderheitspartei brachte die Resolution keine Annäherung. Die "Unabhängigen" sahen in dem schars sen Borgehen der alten Fraktion — nicht ganz mit Unrecht — den Bersuch, ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie erklärten daher die Formel als "bestellte Arbeit" und "Karikatur auf die Ziele des russischen A.= und S.=Nates".

Die Order über das gleiche Wahlrecht vom 11. Juli wurde von der sozialdemokratischen Presse sehr kühl aufgenommen. Sie blickte bezreits fasziniert auf das "parlamentarische System" als Hauptziel.

Dementsprechend begegneten auch die nach dem Ranzlerwechsel in der Regierung vollzogenen Neuerungen, durch die eine Reihe von Par-

lamentariern der Mehrheitsparteien auf leitende Posten berufen wurben, starkem Misvergnügen. Nicht wegen der Persönlichkeiten, deren fachliche Tüchtigkeit fast allgemein anerkannt wurde, sondern wegen des Ausbleibens durchgreifender Parlamentarisierung, die eine vorhergegangene Verständigung mit der Mehrheit über die einzelnen Kandidaten bedinge. Die jetzige Form der Verufung könne nur als Abergang zum parlamentarischen System erträglich sein; für die Dauer sei sie unerträglicher und schlimmer als der alte Zustand. Dieser habe immerhin auch seine Vorzüge gehabt und z. B. der Amterjägerei von Parlamentariern einen Riegel vorgeschoben (Magdeburger Volkstimme vom 10. August). Auch Scheidemann fand, "das sei keine Neuorientierung", sondern die Obrigkeitsregierung mit neuen Männern; zur Herbeiführung eines schnellen Friedens sei aber das parlamentarische Regime under bingt nötig.

Immerhin entnahm man aus der Ernennung des Sozialdemokraten Dr. August Müller zum Unterstaatssekretär den Anstoß und gewissersmaßen das Necht zu verschärfter Werbearbeit unter der Beamtenschaft für die Sozialdemokratie.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Mehrheitspresse im allgemeinen in den schwierigen Tagen der Krise zur Monarchie als Institution ein auskömmliches Verhältnis gesucht hat. Vereinzelt gingen angesehene sozialdemokratische Blätter darüber noch hinaus. So brachte das "Hamburger Echo" am 14. Juli einen ganz ungewöhnlich beachtenswerten Aufsaß "Die Politik des Kaisers", in dem anerkannt wurde, daß es dem Kaiser stets mit der Versöhnung der sozialen Gegensäße Ernst gewesen sei, und daß er am 4. August 1914 mit schöpferischem Instinkt politisch das Rechte getan habe. Die Wiederkehr des alten Mißtrauens wünsche wohl weder Monarch noch Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie sei nicht darauf erpicht, aus Deutschland eine Republik zu machen (?), und die Monarchie werde auf den Schultern der Millionen werktätiger Männer ebenso fest und sicher ruhen, wie auf den geskummten Kücken der altpreußischen Granden.

Es erhoben sich sogar — ganz vereinzelt — Stimmen, die in klarer politischer Einsicht sich gegen ben Parlamentarismus aussprachen. So schrieb Heilmann in der "Glocke", es sei die Wesenheit dieses Systems, daß der Minister, der zu einem Amte berufen würde, nichts von ihm verstünde. Heilmann zeigte sich nicht blind für die Vorzüge

pflichtbewußter Beamtenregierungen, die erfahrungsgemäß statt nur der "interessanten" hohen Politik auch Sozialpolitik zu treiben wüßten. Die Parteipresse lehnte den beachtenswerten Aufsatz entweder scharf ab oder schwieg ihn tot.

Für die zweite hälfte des Oktober wurde der erste Parteitag der alten sozialbemokratischen Partei nach der Spaltung in Aussicht genommen.

Am 20. Juli erklärte die Sozialdemokratie in einem Schreiben an die russische Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates, daß die Resgierungen, die nach der Stockholmer Konferenz (deren endgültige Bershandlungen nunmehr für den Herbst beabsichtigt wurden) noch Ersoberungen oder finanzielle Vergewaltigungen als Kriegsziel bezeichneten, aufs entschiedenste bekämpft werden müßten.

Nach jedem deutschen Siege wurde halb besorgt, halb drohend gefordert, keinesfalls das Programm der Reichstagsmehrheit zu ändern und in gleichem Atem kühnlich behauptet, durch diese Haltung des deutschen Bolkes allein werde der Friedensgedanke der Welt mächtig gefördert. Auch die ablehnende Geste der Entente gegenüber der Friedensnote des Papstes (Mitte August) änderte an dieser Aberzeusgung nichts.

So wurden gleichzeitig der eigenen Regierung die Hände gebunden und dem Feindbund ein Freibrief auf Fortsetzung des Krieges, ohne Schaden für sich befürchten zu müssen, ausgestellt. Was natürlich der politischen Einsicht deutscher Internationalisten unfaßlich blieb. Sie hat nicht einmal der November 1918 und dessen belehrt.

7.

Radikale Wühlarbeit — Die Meuterei auf der Hochseeflotte

Eifrig arbeitete die Unabhängige Sozialdemokratische Partei an ihrer inneren Festigung. Nachdem sie das erste Stadium einer gewissen Unssicherheit überwunden hatte, gelang es ihr, allmählich weiteren Boden zu fassen. Berlin, Leipzig und die Hansaftädte wurden bald zu ihren Kraftzentren, besonders, als sich weite Kreise der "Linksradikalen" ihr anschlossen.

Annäherungsversuche ber alten Partei, an benen es nicht fehlte, wurden höhnisch abgewiesen. So bemerkte das "Mitteilungsblatt" der Berliner Unabhängigen zu solchen frommen Wünschen kurz, die guten Leutchen brauchten sich keine Mühe zu geben, eine Verkleisterung herbeizuführen; "nur mit Sozialdemokraten, nicht mit Sozialpatrioten kann man sich einigen." Noch deutlicher wurde der Abg. Mehring, der in der "Leipziger Volkszeitung" (16. August) erklärte, mit einer Partei von Enaden des Belagerungszustandes und der Regierung, das heiße: mit einem Leichnam, verbände man sich nicht.

Das Streben ber Unabhängigen ging besonders dahin, die gewerkschaftliche Disziplin zu erschüttern; einige Gewerkschaftskartelle (Metallarbeiterverband) waren bereits politisch in Abhängigkeit von ihnen geraten. Unter Ausnutzung der Kriegsmüdigkeit und Ernährungsnot wurde erneut zum Streik gehetzt.). Wenn auch die Drahtzieher vorssichtig im Hintergrunde blieben, so gab sich die unabhängige Presse doch nicht einmal die Mühe, ihre Beteiligung ausdrücklich zu leugnen. Daß auch diesmal wieder feindliches Geld im Spiele sei, wurde selbst von einem Teile der Gewerkschaften in Versammlungen und in der Presse als sicher bezeichnet.

Warnend wiesen Kriegsministerium und Reichsmarineamt die zusständigen Behörden, Reichsamt des Innern und Preußisches Ministerium des Innern, auf die wachsende Gefahr bin.

Allmählich begann die sozialdemokratische Presse ihre Haltung gegenüber dem Kanzler zu verschärfen. Man mißtraute seinem ehrlichen Willen, auf dem Boden der Friedensresolution stehen zu bleiben und verlangte von ihm eine unzweiselhafte Absage an die Kriegsziele der Rechten. Der "Borwärts" erklärte sogar am 10. September: "Herr Michaelis ist der erklärte Liebling aller Feinde des Reichstags, des Verständigungsfriedens und des politischen Fortschritts. Er hat bis zum heutigen Tage nicht eingesehen, daß ein Kanzler, zu dem das Volk Bertrauen haben soll, sich nicht durch solche Liebe kompromittieren lassen darf."

Vor allem aber forderte man, daß der Kanzler den Kampf gegen die verhaßte Baterlandspartei aufnehme. In ihr sah die Sozialdemokratie mit sicherem Inftinkt den unerbittlichen Feind aller internationalen Friedensduselei, und beshalb zog sie mit allen Kräften der Demagogie

¹⁾ Siehe Unhang, "Flugblattpropaganda", Nr. 8.

gegen ihre Anhänger (die sich übrigens auch unter den "Genossen" fanden) zu Felde. Regierung und Behörden (vornehmlich auch die Militärvoerwaltung) wurden der Begünstigung der "allbeutschen Heße" beschulbigt und man behauptete, "das Bolt", dessen alleinige Bertreterin zu sein die Sozialdemokratie sich schon immer widerrechtlich angemaßt hatte, verlange nur nach einem baldigen Frieden "ohne Annerionen und Kontributionen". Keineswegs wollte man im sozialistischen Lager sich die so mühsam wieder errungene Massengunst durch eine neue nationale Welle fortschwemmen lassen.

Der Kanzler, ber innerlich wohl ben Anschauungen ber Rechtsparteien zuneigte, machte keine Anstalten, sich biefen Forderungen zu beugen.

Inzwischen zeitigte die Arbeit der Unabhängigen an einer Stelle Früchte, wo man es nicht erwartet hatte.

Es zeigte sich, wie berechtigt jene Warnungen ber militärischen Stellen gewesen waren.

Einem Wetterleuchten gleich wiesen die Ende Juli auf der Hochseeflotte entdeckten, bisher in einer deutschen Truppe für unmöglich gehaltenen Vorgänge auf das kommende Unheil hin.

Diese politischen Umtriebe sind einerseits so bezeichnend für die Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, andererseits von solcher Bedeutung für die Weiterentwickelung der inneren Politik Deutschslands, daß ich näher auf sie eingehen muß.

Die Marineverwaltung erhielt von bem, was vorging, zuerst Kunde durch den Brief eines Reichstagsabgeordneten vom 28. Juli 1917. Hierin wurde mitgeteilt, daß auf den Schiffen "Friedrich der Große", "Prinz-Regent Luitpolb" und "Pillau" in letzter Zeit Meutereien und Gehorsamsverweigerungen vorgekommen seien. Als Ursachen wurden schlechtes Beispiel der Offiziere, schlechte Verpflegung und Nichteinlösung von Urlaubsversprechungen angeführt.

Die Ermittelungen ergaben nachstehendes Bild:

Das Vorhandensein einer Geheimorganisation war festgestellt, die Rädelsführer ermittelt und verhaftet. Die Verbindung, deren Mittelpunkt auf "Friedrich dem Großen" sich befand, stand mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in nahem Zusammenhange. Sie bezweckte eine Propaganda für sofortigen Frieden durch Verweigerung aller Kriegsmittel, letzten Endes auch des Dienstes. Im Oktober 1917 sollte eine

allgemeine Dienstverweigerung der Mannschaften und damit eine Lahmslegung der Flotte erfolgen. Die Bewegung hatte zur Deckung ihrer eigenen Bühlarbeit und ihrer landesverräterischen Zwecke die in dem Briefe des Reichstagsabgeordneten bezeichneten drei Punkte vorgeschoben. Bon diesen Beschwerden war folgendes zuzugeben:

Die Güte des Offizierkorps hatte durch fortgesetztes Herausziehen der besten jüngeren Offiziere für den U-Bootsdienst und die Luftwaffen gelitten. Erhöhte Aufmerksamkeit der älteren Offiziere konnte diesen Mangel nicht voll ausgleichen. Bei der Verpklegung war zu beanstanden, daß Dörrgemüse und Klippfisch, die überhaupt nicht gern gegessen wurden, gelegentlich Maden aufgewiesen hatten. Die zahlreichen Beurslaubungen zu Arbeiten in den Fabriken, der Landwirtschaft und Fischerei hatten allerdings gelegentliche Abweichungen von der normalen Reihensfolge notwendig gemacht; doch konnten in der Regel jedem Manne jährslich 10 Tage Heimatsurlaub gegeben werden.

Die Vorgange selbst hatten sich folgendermaßen abgespielt:

Eine politische Bewegung zugunsten ber U. S. P. D. war nach eigenem Geständnis der Marineangehörigen — Matrosen und Heizer — seit Anfang des Jahres 1917 aufgetreten. Bom Schiff "Friedrich der Große" aus war sie auf eine Neihe von anderen, hauptsächlich auf das 4. Geschwader, übergeleitet worden. Der erste Zweck war nur die Anwerbung von Mitgliedern für die U. S. P. D., bald aber verband sich damit eine Borarbeit für das letzte Ziel, durch Arbeitsniederlegung, Geshorsamsverweigerung und Sabotage einen schleunigen Frieden zu erzielen.

Es fanden häufig Versammlungen in einem bestimmten Lokale in Wilhelmshaven statt, wo von einem Oberheizer Sachse Vorträge über politische Themata im Sinne der "Leipziger Volkszeitung", dem von vielen Heizern gelesenen Hauptorgan der U. S. P. D., gehalten wurden.

Mitte Juni 1917 sollte das 4. Geschwader von Wilhelmshaven nach Kiel gehen. Aus diesem Grunde wurde Ende Mai den Mannschaften ein vom Rommando der Oftseestation (Kiel) bereits im Jahre 1914 erslassener allgemeiner Stationsbefehl, gezeichnet von dem Admiral Bachmann, durch Berlesen und Anschlag bekannt gegeben, wonach den Untersoffizieren und Gemeinen insbesondere das Halten und die Verbreitung sozialdemokratischer Schriften, und der Beitritt zu politischen Verzeinen verboten wurde.

Diefes Berbot gab Sachfe Unlag, einen feiner ergebenften Un-

hänger, einen Matrosen Reichpietsch, zu bestimmen, den ihm bewilligten Urlaub dazu zu benutzen, mit Führern der U. S. P. D. in Verbindung zu treten, um sich bei ihnen zu erkundigen, ob ein solcher Befehl zuslässig sei.

Reichpietsch fuhr mit einer schriftlich formulierten Unfrage, bie außerdem eine Reihe weiterer Beschwerdepunkte enthielt, nach Berlin.

Hier suchte er zunächst ben Abg. Dittmann auf, stellte sich als von Sachse gesandt vor und überreichte ihm bas von diesem verschlossen mitgegebene Schreiben. Dittmann, der zunächst erklärte, Marinesachen bearbeite der für einige Tage verreiste Abg. Bogtherr, unterhielt sich mit ihm eingehend über die Zustände auf der Flotte. Reichpietsch erzählte auch von der "Organisation" an Bord S. M. S. Friedrich der Große und teilte ihm mit, daß sich unter den Mannschaften 60 Anhänger der U. S. P. D. befänden, die sich auch bisweisen an Land zur Besprechung ihrer militärischen Interessen versammelten, wobei jedoch auch soziazlistische Borträge gehalten würden. Im Anschluß daran bat er um Agitationsmaterial zur weiteren Ausbreitung der Bewegung.

Dittmann forderte ihn daraufhin auf, die Agitation für die U. S. P. D. auf der Flotte weiter zu betreiben, sicherte ihm Untersfützung durch geeignetes Material zu und bat ihn, die vorgetragenen Beschwerbepunkte ihm nochmals schriftlich einzureichen.

Hierauf stellte er ihn ber Frau Zietz vor, die sehr erfreut über bas Bestehen einer Organisation für die Partei innerhalb der Flotte war. Dittmann und Frau Zietz bezeichneten dem Reichpietsch Bertrauenssleute der U. S. P. D. in Bremen (Abg. Henke) und Rüstringen (Berftsschreiber Büdeler), um eine zivilistische Ortsgruppe der Partei in Wilshelmshaven zu begründen.

Nach einigen Tagen suchte Reichpietsch mit der gewünschten Niedersschrift Dittmann im Reichstagsgebäude auf. Er traf dort im Fraktionszimmer der Partei die Abg. Dittmann, Haase und Bogtherr, die ihn angeblich erwartet hatten, und übergab seine Ausarbeitung. Es kam dann das Gespräch auf den Bachmannschen Besehl und die "Organissation". Die Abgeordneten gaben ihre Freude zu erkennen und munterten ihn auf. Dittmann soll hierbei geäußert haben, es handle sich namentslich bei den Bersammlungen an Land um eine besonders gefährliche und gewagte Sache, er möge sich deshalb vorsehen, vor allem aber verstrauensvoll in die Zukunft nach Stockholm blicken. Agitationsmaterial

ist ihm mitgegeben, auch weiteres versprochen, aber geraten worden, es postlagernd kommen zu lassen, damit es an Bord nicht gefun= ben würde.

Der Abg. Bogtherr forberte ihn bann noch zu weiterer Bericht= erstattung über bie Borgänge an Bord auf.

Nach seiner Rückkehr teilte Reichpietsch seine Erlebnisse in Berlin bem Oberheizer Sachse mit, der nach seinen eigenen Darstellungen bei der zu schaffenden und weiter auszubauenden Organisation die weitere Berbindung mit der U. S. P. D. aufrecht erhalten sollte.

In der Tat wurden auch verschiedentlich Abgeordnete in Berlin von Marineangehörigen zu diesem Zwecke aufgesucht. Bei einer solchen Gelegenheit hat u.a. Dittmann auch Sachse zu besonderer Borsicht ermahnt.

Ferner wurden im Auftrage Reichpietsches ben Abgeordneten Haase, Dittmann und Ledebour, sowie der Frau Zietz Mitteilungen über Diensteverweigerungen gemacht.

Sachse und Reichpietsch machten sich nun an die Arbeit.

Sehr balb erfolgten Massenintritte in die U.S.P.D. Reichpietsches ausgesprochenes Ziel war — nach späterer Angabe Sachses — Erzwingung des Friedens zum Winter 1917 durch Anwendung von Gewalt oder Generalstreif der Flotte. In der Propaganda hierfür wurde er durch Schlagworte und neue Gedanken unterstützt von einem zum Flottendienst eingezogenen, früheren Redakteur der "Leipziger Volkszeitung" namens Herre. Wurden Einwendungen erhoben, so berief Reichpietsch sich ausdrücklich darauf, daß er diese Ziele unter völliger Billigung der Berliner Abgeordneten aufstelle, denen sie bekannt seien. Er und Herre erstrebten ferner die Herbeisführung schriftlicher Einstrittserklärungen, die der Friedenskonferenz in Stockholm übermittelt werden sollten, als Beweis, eine wie große Jahl von Marineangehörigen die Kriegsfeindliche Bewegung unterstütze. Es sollten die Abgeordneten in Stockholm mit den Listen "auftrumpfen können".

Die Matrosen und Heizer kamen so zu der Aberzeugung, daß sie an der U. S. P. D. einen starken Rückhalt haben würden, und durch die Zusammenkunft in Stockholm die Friedensbereitschaft allgemein gestärkt werbe.

Darüberhinaus lebten sie des Glaubens, daß eine internationale Organisation biefer Bestrebungen bestehe in der Beise, daß an dem-

selben Tage, an bem man in Deutschland vorgehe, gleichzeitig bei allen Feinden von Deutschland die Arbeit für den Krieg und die Waffen selber ruhen würden. Eine Schädigung des Vaterlandes könne also nicht eintreten.

Woher diese von Reichpietsch verbreitete Auffassung, an der die Befagung der Flotte zäh festbielt, stammte, hat sich nicht erweisen laffen.

Die politische Bewegung ging allgemein auf die anderen Geschwader über, insbesondere auch auf das 1., das ursprünglich als das königstreueste bezeichnet worden war. Sie führte schließlich zu schwereren Ausschreitungen und offener Meuterei. Gegen die Teilnehmer erging eine Reihe von Urteilen. Es muß aber festgestellt werden, daß kein einziger Marineangehöriger etwa wegen seiner politischen Gesinnung oder einer Werbetätigkeit für eine politische Partei verurteilt ist. Die Urteile sind vielmehr lediglich wegen schwerer militärischer Verbrechen, insbesondere wegen Landes und Kriegsverrates und wegen militärischen Aufruhrs ergangen.

Im ganzen wurden 77 Personen verurteilt, davon zwei zum Tobe, 19 zu Buchthausstrafen.

Die Abgeordneten Dittmann, Haase und Bogtherr, sowie Frau Zietz bestritten, Kenntnis von der auf Gehorsamsverweigerung und auf einen Flottenstreik zielenden Bewegung erhalten und auf deren Untersstützung und Förderung hingewirkt zu haben. Dagegen gaben die Absgeordneten die Möglichkeit zu, das Reichpietsch von ihnen zur Vorsssicht ermahnt sei.

Bie oben erwähnt, war ein früherer Rebakteur des hauptorgans ber U. S. P. D. Mitwisser und Treiber in den Flottenumtrieben.

Die stattgehabten Sachermittelungen sind dem Oberreichsanwalt nicht ausreichend erschienen, um Reichstagsabgeordneten eine landesverräterische Handlung nachzuweisen.

Richtig war nach seiner Auffassung allerdings, daß sie davon Kenntnis hatten, daß ein großer Teil der Marinemannschaften mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden war und einen endlichen Frieden herbeisehnte, daß sozialdemokratische Zeitungen der unabhängigen Richtung im Kreise der Mannschaften viel gelesen wurden, und daß eine weitgehende Sympathie für die Ziele der Partei bestand.

Wenn die Abgeordneten unter biefen Umstanden den Matrofen gus redeten, weiter unter ben Schiffsbesatzungen für jene Biele tatig gu

fein und Mitglieder für die Partei zu werben, ihnen auch zu diesem 3wecke Agitationsmaterial beschafften und ihre Bilfe zusicherten, fo batten sie sich bei ihrer in zahlreichen politischen Rampfen gewonnenen Erfahrung und bei pflichtgemäßer Aberlegung wohl fagen muffen, bag hierdurch ber Geist ber Unzufriedenheit verschärft werden mußte, und bei ben jungen und zum Teil temperamentvollen Leuten burch bas Lefen ber einseitig geschriebenen, bas Migvergnügen fteigernben Artikel und Reden das Gefühl für die namentlich im Rriege erforderliche Disziplin und Unterordnung in erheblicher Beise untergraben werden konnte. Insbesondere hatte fich bies ber Abg. Dittmann fagen muffen, ber ben Befehl bes Abmirals Bachmann zweifellos gekannt batte, burch ben bas Salten fozialbemokratischer Zeitungen, ber Besuch politischer Versammlungen, und ber Beitritt zu politischen Bereinen den Marinemannschaften ausbrücklich verboten war. Dag Frau Biet und die Abgeordneten aber tatfachlich in berartige Erwägungen eingetreten seien, daß somit nicht nur ber äußere, sondern auch der innere Latbestand eines landesverräterischen Verhaltens durch sie erfüllt worden sei, babe sich ihnen mit ausreichender Sicherheit nicht nachweisen laffen.

Wohl aber sei als Ergebnis der Voruntersuchung für feststehend zu erachten, daß Frau Zietz und ebenso die Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr in hohem Maße die moralische Verantwortung für die Ausschreitungen trügen, die zu schweren Strafen gegen Marinesangehörige geführt hätten.

Anläßlich bieser Vorgänge ber Marine wies ber Staatssekretär bes Reichsmarineamts in einem eindringlichen Schreiben an das Preussische Ministerium des Innern, das Reichsamt des Innern, das Reichsigustizamt und das Kriegsministerium auf die von seiten der U. S. P. D. drohende Gefahr hin. Diese lag in der Skrupellosigkeit der Agitation, die besonders mit dem Hinweis arbeitete, daß der angestrebte Küstungszund Militärstreik international sein und überall am gleichen Tage aussbrechen, somit weder Landesverrat in Frage kommen, noch dem Baterlande Schaden erwachsen würde, da ja nach allgemeiner Waffenruhe der Friede von selbst eintreten müsse. Bekanntlich hat diese abgefeimte Lüge viele zu gedankenlosem Mitlaufen veranlaßt und später die Flottenzrevolution erst ermöglicht.

3wei Führer der Rieler Meuterei vom November 1918, Lothar Popp

und Rarl Artelt, haben in einer Brofchure "Urfprung und Entwickelung der Novemberrevolution 1918" geschrieben:

"Die Leipziger Volkszeitung und einige andere Organe der U. S. P. D. hatten eine weite Berbreitung in ber Marine gefunden. Regelrechte Organisationen ber U. S. P. D. waren innerhalb ber Marine entstanden. Große Soffnungen wurden an die Ereignisse in Stockholm geknüpft. Die Genossen Reichpietsch, Roves und andere traten an ben Borftand der U. S. P. D. in Riel und Berlin beran zwecks Rublungnahme und Erhalt von Agitationsmaterial. Das Ziel ber Bewegung war ichon damals die Erzwingung bes Friedens und die Durchführung ber sozialbemokratischen Revolution. Aber Verrat und Unvorsichtigkeit führten zur vorzeitigen Entveckung ber geplanten Erhebung. Nachbem bie Genoffen den Borftand und ben Bertrauensmännerkörper wieder aufgerichtet hatten, gingen sie, wenn auch mit größter Borsicht, wieber an ben Aufbau. Biele Rameraden ber verurteilten Matrofen traten an ben Vorsigenden, Genoffen Strunk beran, und biefer verforgte fie bann mit bem nötigen Material. . .. Ihre Absicht war es, beim nachsten Streik loszuschlagen, ben Rrieg burch bie Revolution zu beenden."

Wie erwähnt, hatte sich ber Sozialbemokratie und, unter ihrer Rührung, ber Mehrheitsparteien eine ftarke Gereiztheit gegen ben Kangler bemächtigt. Man wollte ihm beutlich vor Augen führen, daß er ben Willen der Mehrheit der Bolksvertretung auszuführen habe.

Kür den 6. Oktober 1917 war auf die Tagesordnung des Reichstages eine Interpellation gesetht über angebliche "Ugitation burch Borgesetzte im Beer zugunften allbeutscher Politif".1) Gie follte Gelegenbeit zur Abrechnung mit bem Kanzler und der Baterlandspartei geben und wurde von dem sozialdemokratischen Abg. Landsberg begründet. Ihre Abwehr erfolgte icharf, aber fachlich durch den Staatsfekretar Dr. Helfferich. Die Mehrheit des Hauses geriet wieder mal in höchste Erregung. Um 9. Oktober griff ber Abg. Dittmann in magloser Beise bie ,,allbeutsche, von den Militarbehörden geforderte Bege" im Beere

¹⁾ Im Beere hatte ber fog. Baterlandische Auftlarungebienst eingesett, beffen Biel lediglich mar, zuversichtlichen Geift und opferfreudigen Siegeswillen in ber Feld: und heimattruppe ju weden und ju erhalten. Bon einem "hineintragen ber Politit in bas Beer" follte fich bie Aufflärungstätigkeit burchaus fern halten. Der hauptausschuß bes Reichstags, ber fich später bamit befagte, erkannte bie Nütlichkeit, ja Notwendigkeit biefer militärischen Magnahme in vollen Umfange an und billigte bie aufgestellten Richtlinien.

an, derselbe herr Dittmann, unter bessen Auspizien sich die Meuterei auf der Flotte entwickelt hatte.

Es sei hier eingeschaltet, daß die Parteiführer über diese Borgänge vom Reichskanzler unterrichtet waren. Sie hatten mit ihrer Entrüstung nicht gekargt, besonders auch nicht die Sozialdemokraten, an der Spitze die Herren Sbert und Stücklen. Da aber der Reichsanwalt ein Einschreiten abgelehnt hatte, war man übereingekommen, bis zur Bervollständigung der Untersuchung Geheimhaltung zu bewahren.

In jener Sigung vom 9. Oktober ließ sich nun ber Kanzler dazu hinreißen, in Zurückweisung des Borstoßes des Abg. Dittmann, in gewisser Beziehung den Schleier zu lüften und zu erklären, die Unabhängige sozialdemokratische Partei verfolge staatsgefährdende Ziele, er sei nicht mehr in der Lage, ihr objektiv gegenübertreten zu können. Im übrigen werde der Staatssekretär v. Capelle sich näher äußern.

Des Hauses bemächtigte sich eine unbeschreibliche Aufregung. Die Führer horchten hoch auf. Nach den getroffenen Bereinbarungen mußten sie — und mit Recht — annehmen, daß inzwischen neues, erdrückendes Beweismaterial in die Hände der Regierung gelangt sei. Als nun herr v. Capelle lediglich die ihnen schon bekannten Tatsachen anführte, kannte ihre Entrüstung keine Grenzen. Sofort nahmen sie, zuerst das Zentrum, dann mit erhöhtem Pathos Abg. Naumann für den Freisinn und mit ungewöhnlicher Schärfe Herr Ebert von den Sozialdemokraten, gegen den Kanzler und für die Partei der Unabhängigen Stellung.

Freilich war von der Regierung eine Ungeschicklichkeit, ein Mißgriff begangen. Diesen aber in falschem Gerechtigkeitsgefühl so auszuwerten, daß der Reichstag aufgefordert wurde, sich schügend vor eine Partei zu stellen, deren Agitation, wie jedem klar war, die Unterwühlung unserer Wehrmacht und damit unseren sicheren Untergang vorbereitete — das konnten eben nur jeden Wirklichkeitssinnes bare, deutsche Abgeordnete fertig bringen, von denen jeder einzelne für sich in Anspruch nahm, wenn schon nicht "geborener Staatsmann", so wenigstens "weitschauender Politiker" zu sein.

Es war ein Bunder, daß der Tag nicht in einer Apotheose der Unsabhängigen Partei endete. An ihren Brüdern von der Mehrheitspartei und deren bürgerlichen Mitläufern hat es nicht gelegen.

Er brachte aber eine scharfe Kampfansage an den Kanzler und bar mit die sichere Aussicht seines balbigen Rücktritts. Rachstehend einige Außerungen ber sozialbemokratischen Presse zu ben Borgangen in ber Marine:

Die "Internationale Korrespondenz" nannte sie "einen Zwischen-Fall", ber das Interesse aber doch von der Baterlandspartei abgelenkt habe.

Das "Hamburger Echo" gat sagte: "Die Unabhängigen sind nicht die Staatsfeinde, als die sie manchmal selber gern glänzen möchten, um sich bei den Massen beliebt zu machen. Sie sind im Grunde genau so brave Staatsbürger wie andere Leute, tun draußen im Felde und in der Heimat genau so wie andere ihre Pflicht und wollen nur ihrer alten, liebgewordenen Gewohnheit ... grundsählich ... alles zu verstversen, was von der Regierung kommt, nicht entsagen."

Das Leipziger Zentralorgan ber Unabhängigen selbst freilich subelte: "Ein Tag nicht gewöhnlichen Erfolges!" Die Grundlage ber (Regierungs)aktion sei leere Makulatur gewesen. Bezeichnend war, daß im selben Blatte (11. Oktober) Ledebours Borschlag, den Krieg durch internationalen Generalstreik zu beenden, als "aufbauender Hinweis" auf die "Kräfte, die zum Frieden führen", aufgegriffen wurde.

Der Abgeordnete Dr. Lensch faßte sein Urteil dahin zusammen (Glocke, 20. Oktober): "Die beiden Schädlinge im Reich, die Alldeutschen wie die Unabhängigen, begünstigt er (der Kanzler) gleichmäßig; die einen positiv durch Förderung, die anderen negativ durch Verfolgung ... Der Mann muß weg, er hat zwei linke Hände."

Es war weit mit uns gekommen, daß eine Macht und Größe des Reiches erstrebende Volksgruppe, der wahrlich nicht die Schlechtesten der Nation nahestanden, in einem Atem genannt werden durfte mit einer Partei, deren staatsfeindliche Tendenz eben erst vor aller Augen bloßgelegt war, ohne daß Regierung und selbst weite Kreise des Bürgerstums dagegen Einspruch erhoben. —

Ich habe mich stets von übertriebenem Annerionismus und Chauvinismus freigewußt. Wohl aber habe ich dem reinen Streben nach Wahrung deutsch-völkischer Eigenart und Erringung des uns zu gedeihlicher Entwickelung unentbehrlichen Landbesitzes — den wahren Zielen der Alldeutschen Bewegung — meine Achtung und Zustimmung nie versagt, zumal vaterlandsliebende Männer von lauterer Gesinnung die Führung hatten.

Brisberg*

Bare es uns gelungen, mit ihrem Geifte unfer Bolk zu burch bringen, wie anders ftanben wir heute bal -

Die sozialbemokratische Presse beschäftigte sich weiterhin eingehend mit ber Bahl bes Nachfolgers von Dr. Michaelis. Abereinstimmend verslangte sie, daß vor seiner Ernennung die Parteiführer des Reichstages gehört würden, also: Beiterführung der Parlamentarisierung.

In der Personenfrage wurden wohlwollend besprochen die Kandisdaturen Herrn v. Bethmanns, des Grafen Roedern, Herrn v. Kühlsmanns, die des Grafen Hertling zunächst achtungsvoll abgelehnt, schroff zurückgewiesen die des Fürsten Bülow, der sogar als der "eigentliche Urheber des Weltkrieges" bezeichnet wurde (Münchener Post vom 25. Oktober).

Eifrig wandte man sich außerdem den Friedensbestrebungen zu. Der großen Friedens= und Abrüstungsrede des Grafen Czernin vom 2. Oktober wurde allseitig zugestimmt, das Friedensprogramm des russischen Arbeiter= und Soldatenrates freundlich aufgenommen. Die "Wiener Arbeiterzeitung", die in deutschen Sozialistenkreisen viel geslesen wurde, forderte (16. Oktober) ein neues Friedensangebot in aller Form auf der Grundlage des Verzichts auf Entschädigungen und Ansnerionen.

8.

Der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg — Die Kanzlersschaft des Grafen Hertling — Sozialdemokratische Ostpolitik — Die Stimmung in Stadt und Land

Um 14. Oktober fand der Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie in Burzburg statt. Er verdient eine eingehendere Besprechung.

Im Gegensatz zu früheren Jahren kämpfte man diesmal fast gar nicht um das Programm. Dagegen fehlte es nicht an radikalen Außerungen über die unmittelbare Gegenwart. Neben Stimmen der Staatsbejahung stand scharfe Ablehnung gegenüber der augenblicklichen Reichsregierung, wie sie der Abg. Ebert im Reichstage schon formuliert hatte (wohl auch in dem Gedanken, seine Partei durch Stellungnahme gegen die Unabhängigen in den Augen der Massen nicht zu kompromittieren).

Das Hauptreferat hatte ber Abg. Scheidemann. Geschickt stellte er rabikale demokratische Forderungen auf, befleißigte sich dagegen in

ben sozialistischen Teilen seiner Rebe größter Zurudhaltung. Er rechnete wohl nicht unrichtig, daß bei Durchsetzung der ersteren die weiteren Ziele ber Partei sich muhelos erreichen lassen wurden.

Eine kurze Zwischenbemerkung über bas Schlagwort "Demokratie": Gleichzeitig mit Beginn bes Krieges wurde bekanntlich von England und Frankreich aus der Bersuch unternommen, dem Weltkrieg das burch einen tiefen kulturellen Sinn zu geben, bag er als Rampf ber Demokratie gegen ben preußischen Militarismus und bie beutsche Auto-Fratie bingeftellt wurde. Mit dem Eintritt Italiens in den Beltfrieg (1915) wurde biese Varole mit erneuter Stärke verbreitet, aber fie hatte immer noch nicht die werbende Wirkung erlangt, die man von ihr erhoffte. Gang anders wurde es, als bie Bereinigten Staaten biefen Rampfruf sich zu eigen machten und vollends, als in Rufland bie Revolution ausbrach. Im Lager unserer Feinde versprach man sich besonders viel davon, nunmehr Deutschland als das einzige, nicht parlamentarisch regierte Land binftellen zu können. Man sette bie Soffmung besonders auf die deutschen Sozialdemokraten und die pazifistischen Organisationen, beren Gebankengange ichon immer vom Auslande wefentlich bestimmt wurden. Prompt fielen auch die deutschen Demokraten aller Schattierungen auf dieses feindliche, lediglich als Rriegs= mittel zur inneren Bermurbung gedachte Schlagwort berein, anstatt ihm entgegenzuhalten, daß Deutschland eine Bolksmonarchie war und ein kraftvolles und gerechtes, soziales Raisertum befag, um bas uns im Grunde felbst die feindlichen Länder beneideten. -

Auch die Frage der Aredithewilligung erfuhr auf dem Parteitage eine bemerkenswerte Zuspitzung. Trot ihrer Billigung durch den Parteitag erklärte der "Borwärts" (19. und 24. Oktober), daß für die Bewilligung außer der Haltung der Regierung zu den annerionistischen Bestrebungen auch das gesamte Vertrauensverhältnis, beziehungsweise das Mißtrauen der Sozialdemokraten zur jeweiligen Regierung maßgebend sein dürfe. Das Zentralorgan sah in der "Verweigerung der Kriegskredite an eine bestimmte Regierung mit der gleichzeitigen Erklärung, sie selbstwerständlich einer anders gearteten Regierung weiter bewilligen zu wollen, ein letztes im Interesse der Landesverteidigung zu handshabendes Mittel" zur Beseitigung einer Regierung, die für das Land ein Unheil wäre.

Bu biefem Thema beutete noch der Abg. Lensch auf den Widerspruch

Digitized by Google

zwischen Areditbewilligung und Ablehnung der militärischen Forderungen im Frieden hin; die geschichtliche Entwickelung habe den Sozialbemokraten eben unrecht gegeben, und leider seien sie noch zu stark von agitatorischen Bedürfnissen abhängig, um so ehrlich gegen sich selbst zu sein, dies zuzugestehen. Zur Frage der Berücksichtigung der so oft als treibende Araft hingestellten Bolksstimmung siel vom Abg. Meerfeld das kluge Bort: "Mancher Führer schafft sich erst die nötige Massenstimmung, um sich dann hinter ihr zu verkriechen", die Massen dächten meist wie ihre Kührer.

Bie richtig beobachtet dies war, zeigte die "aus dem Bolkswillen geborene" Revolution 1918. —

Unter bem Einfluß ber Reichstagsereignisse wurde eine Entsichließung zur Förberung aller Einigungsbestrebungen innerhalb ber Sozialdemokratie gefaßt, die natürlich vom Vorstand und von der gesamten Presse der Unabhängigen Partei ablehnend aufgenommen wurde. Im allgemeinen bedeutete der Parteitag nach außen eine Verschiebung bes Schwergewichtes der Partei nach rechts durch Aufgabe der grundsäßlichen Negation; gleichzeitig aber eine kaum verhüllte Kampfansage an sede Regierung, die sich nicht gewillt zeigte, demokratisierenden Forderungen nachzugeben. —

Der erbitterte Rampf ber sozialbemokratischen Presse gegen ben Reichskanzler Dr. Michaelis wich erst bann einigen Versuchen, seiner Persönlichkeit gerecht zu werden, als die Einreichung seines Rücktrittsgesuches bekannt wurde.

In der Frage der Nachfolgerschaft einigten die Mehrheitsparteien sich schließlich auf eine Regierung Hertling-Paper-Friedberg. In Graf Hertlings Programm fehle manches, was die Sozialdemokratie wolle, aber es sei "nichts darin enthalten, was sie nicht auch will". ("Borwärts" vom 1. November.) Alles komme auf die Ausführung an. Im ganzen bedeute eine Regierung der Mittelparteien einen Fortschritt. —

Und mit Behagen wurde weiter festgestellt, daß die Sozialdemokratie den Borzug habe, an der Berantwortung nicht mitzutragen; ihre Freundschaft werde der Regierung nützlich, ihre Neutralität erwünscht, ihre Feindschaft gefährlich sein.

Bekanntlich wurde die angedeutete Regierungsbildung zur Wirklichseit — die Krone verlor wieder ein Stück ihrer Macht. Die innere Lage erfuhr eine gewisse Entspannung.

Sehr freudig wurde von den christlichen Gewerkschaften die Berufung des bekannten Führers Stegerwald ins Herrenhaus begrüßt. Sie erblickten darin wohl auch einen Ausgleich für die Ernennung Dr. A. Mülslers zum Unterstaatssekretär.

Der Anfang November in Rußland einsehende Umschwung, (Machtergreifung durch Lenin) Konstituierung des "Rates der Bolksbeaufstragten" und dessen Baffenstillstandsangebot an alle kriegführenden Bölker, erweckte neue Friedenshoffnungen. Sofort verlangte die sozialdemokratische Presse herrisch, die deutsche Politik dürfe keine Friedenshindernisse schaffen.

Dringend wurde vor einer Aufrechterhaltung der angeblichen Anglieberungspläne im Often gewarnt; bafür allgemein geforbert, unfere Friedensbereitschaft zu unterftreichen. Das Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und Rurlands muffe verwirklicht und durfe nicht "jur blogen Farce" werden. Als aber weite Rreise Rurlands für Deutschland zu optieren schienen, wandte sich die sozialdemokratische Presse da= gegen und sprach von verkapptem Unnerionismus unter Beibilfe ber baltischen Barone. (Diese Bevölkerungsschicht, die 8 Jahrhunderte binburch treu ihr Deutschtum bewahrt hatte, bedachte die Sozialbemokratie feit langem mit ihrem Sag). Es war nicht zu verkennen, daß Stampfer, der leitende Rebakteur des "Borwarts" — und die von ihm abhängigen Blätter :- auch hier wieder merklich im Fahrwasser öfterreichischer Parteifreunde schwamm, bie in der "Wiener Arbeiterzeitung" und in einer riefigen Wiener Friedensversammlung Anerkennung der Bolichewiki und Vorschlag eines Waffenstillstandes mit nachfolgenden Friedensverhandlungen (auf ber bekannten Berzichtgrundlage) geforbert hatten.

Festgehalten sei, daß der "Vorwärts" (6. November) "die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum
Frieden zu kommen, in den militärisch en Erfolgen Deutschlands"
sah, das der ungeheueren Roalition widerstanden und damit eine die Welt überraschende und erschreckende Kraftprobe gegeben habe! Es sei tragisch, daß uns der militärische Erfolg wegen des feindlichen Abergewichts den Frieden nicht bringen könne, während uns doch die Selbsterhaltung zwinge, diesen Erfolg zu wollen.

Gibt es jemand, der harmlos genug ist, anzunehmen, daß die Redaktion des "Borwärts" sich nicht über die Siegeszuversicht eins fach zermalmende Wirkung ihres Ausspruchs klar gewesen ware? Das

war eine gute Dosis jenes Giftes, an bem ber Bolkskörper allmählich siech wurde.

Der Sozialbemokrat, M. d. R. Dr. Lensch, rief entrüstet ob dieser Außerung aus ("Hamburger Echo" 15. November), er könne sich "kein sichereres Mittel benken, die eigene Widerstandskraft zu schwächen, als diese hier gepredigte Angst vor den eigenen Erfolgen"; der "sogenannte tragische Konflikt" bestehe nur in der Einbildung. "Was uns bisher gerettet hat, sind lediglich unsere militärischen Erfolge gewesen."

Alles sehr schön, aber die Leser des "Norwärts" fanden diese Widerlegung nicht in den Spalten des "amtlichen" Zentralorgans der Vartei. —

Mehrfach fanden in dieser Zeit Gautage der Gewerkschaften statt. Auf ihnen spielten Debatten über Anlegung des Verbandsvermögens in Kriegsanleihe eine große Rolle. Die Vorstände erklärten mehrfach, mit Rücksicht auf die Stimmung der Kollegen (!) hätten sie auf die Anlegung in Kriegsanleihe verzichtet, obwohl natürlich die Vanken das angelegte Geld doch zu diesem Zwecke benutzten und so nur die höhere Verzinsung bezögen, die sonst der Organisation selbst zu Gute kommen könnte.

Aberhaupt begann sich eine rege Versammlungstätigkeit in der Partei zu entwickeln. Aberall wurde lebhaft gegen die Vaterlandspartei und für die Verzichtspolitik der Mehrheitsparteien des Reichstages Propaganda gemacht. Auch die Landtagsreformvorlagen wurden hierbei scharf kritisiert. Die Heraufsetzung der Altersgrenze für die Bahlsberechtigung und die Staatsangehörigkeitss und Wohnsitzbestimmungen wurden heftig bekämpft.

Dem gegenüber blieben die Unabhängigen nicht müßig. Erheblich schärfer noch als die Stampferschen Blätter drängten sie auf Frieden mit den Bolschewiki und darauf, daß die deutschen Arbeiter aus ihrer Passivität herausträten. Mit überlegter Schärfe schrieb Kautsky in der "Leipziger Bolkszeitung" (15. November) gegenüber der alten Partei: "Wer die Parlamentarisierung fordert, gleichzeitig aber dem Prolestariat bei allen Versuchen in den Arm fällt, durch die seinem Wesen entsprechenden Methoden auf das Parlament einzuwirken, dem ist es mit der Demokratisierung der Politik nicht ernst; dessen Erklärungen der Sympathie für die russische Revolution sind aber auch nur Spiegelsechterei."

Die Bedeutung biefes Winkes konnte wohl nicht überseben werben.

Als die Geheimverträge der Entente durch die Bolschewiki bekannt wurden, deutete die "unabhängige" Presse sofort an, daß auf Seiten der Mittelmächte sicher genau so bedenkliche Verträge beständen ("Leipziger Volkszeitung", 27. November).

Hier sei eingeschaltet, daß jedesmal, wenn von den Behörden gegen die "Unabhängigen" durch Presses oder Versammlungsverbote eingeschritten wurde, sofort die Mehrheitssozialdemokratie dagegen Einsspruch erhob mit der Begründung, derartige Verbote seien nur eine indirekte Begünstigung der Unabhängigen-Bewegung. Ein Korn Wahrsbeit mochte darin liegen, andererseits lag es doch auf der Hand, daß ungehinderte Agitationsfreiheit den Unabhängigen erst recht Julauf brachte. Leider hörte man in den maßgebenden Kreisen mehr auf das Argument der Sozialdemokraten und verhielt sich — was auch besquemer war — passiv.

Auf die russischen Borgänge, denen gegenüber das Interesse am italienischen Kriegsschauplatz fast völlig zurücktrat, konzentrierte sich täglich mehr die Aufmerksamkeit der Massen, besonders auf die allmählich in Fluß kommenden Waffenstillstandsverhandlungen in Brestzitowsk. Die Friedenshoffnung war gewaltig gestiegen. Mit Sicherheit ließ sich voraussehen, daß von der Arbeiterschaft im Falle des Scheiterns der Berhandlungen die Schuld — dank der "Aufklärung" der sozialistischen Presse beider Richtungen — auf deutscher Seite gesucht werden würde. Neue Ruhestörungen, besonders in den Munitionskabriken, waren dann keineskalls unwahrscheinlich, und es schien fraglich, ob Neigung und Kraft auf Seiten der sozialdemokratischen Mehrheitspartei vorhanden war, sich ernstlich gegen etwaige Streiks oder sonstige Schwierigkeiten, die die Arbeiter machen konnten, zu wenden, zumal die "Unabhängigen" natürlich alles daran gesetzt hätten, die Massen vollends mit einem Schlage an sich zu reißen.

Jetzt schon wurde die "Leipziger Bolkszeitung" nicht müde, die beutsche Friedensbereitschaft zu diskreditieren, indem sie behauptete, die Regierung schaffe über ihre Kriegsziele keine Klarheit, und die Mehrheitsparteien duldeten dies, beschönigten es sogar.

Und zu ben Reformvorlagen in der preußischen Wahlrechtsfrage erließ das Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

einen scharfen Protestaufruf, in dem es zu reger Massenversammlungs= tätigkeit aufforderte.

So war allmählich eine gewisse Unraft in die Arbeiterschaft gebrungen. Der Erfolg der Bolichewiki hatte unleugbar bei vielen Arbeitern die Frage geweckt: 3ft der ruffische Beg nicht auch für uns richtiger als der der politischen und gewerkschaftlichen Kleinarbeit ohne große Gesichtspunkte und ohne bas greifbare Ergebnis unmittelbarer, grundstürzender Neugestaltungen? Bahrend die Mehrheitspresse diefer Kragestellung mit nicht immer überzeugenden Darlegungen über die Berschiedenartiakeit deutscher und ruffischer Berhältniffe begegnete, gefielen sich bie Minderheitsblätter in einer geradezu andachtigen Betrachtung des ruffischen Beispiels. Um weitesten gingen natürlich die "Linksradikalen", die beutschen Leninisten. In ihrer "Arbeiterpolitik" (Bremen) kamen Lenin und Tropki zu Wort. In welcher Beise bas Blatt durch Andeutungen die Folgerungen aus den ruffischen Ereignissen jog, mögen die Schlufworte eines Leitauffates (8. Dezember) zeigen: Davon haben die meiften Politiker der alten Sozialdemokratie keine Ahnung. Sozialismus ift ihnen kluge Ronftruktion von oben. Migtrauen in die Kähigkeit des Proletariats, selbst die Produktion im allgemeinen Interesse zu regeln, läßt sie zuruckschaubern vor einer Aufgabe, von der sie gang gut wissen, daß sie ihre persönlichen Rrafte übersteigt. Daher suchen sie bann Bilfe bei ber Bourgeoisie, mit bem Erfolg, ben wir jest in Rugland feben (sc. Rerenski). Ungeheuer schwer ist die Aufgabe, vor der unsere Genossen und Kreunde in Ruffland steben. Aber sie haben einiges, das ihnen hilft: klare Erkenntnis des neuen Sozialismus und Vertrauen in die schöpferische Kraft der arbeis tenben Massen ..."

Noch mehr als diese politische "Aufklärung" brückte auf die Stimmung der vielfach schwer arbeitenden Bevölkerung die Ernährungsknappheit. Nervöse Gereiztheit und seelische Anfälligkeit gegen alle verbitternden Eindrücke und Einflüsse waren die Folge. Die Kriegsmüdigkeit stieg — begreiflicherweise. Der vor Augen liegende Gegensatzwischen den entsagungsreichen Leistungen des Heeres und einer sich daheim breitmachenden kalten Gleichgültigkeit, Selbstucht und Geldzgier rief Erbitterung hervor. Der Bucher, das Schiebertum und die geringen sichtbaren Erfolge ihrer Bekämpfung hatten, besonders in der Rüstungsindustrie, den natürlichen Trieb, bessere Löhne und mehr freie

Zeit zu erzielen, ins Riesenhafte ungesund gesteigert und das moralische Gefühl für die notwendigen Grenzen solchen Strebens zersett.

Lohnbewegungen gehörten nicht mehr, wie in den beiden ersten Kriegsjahren, zu den Seltenheiten. Bei einzelnen griffen die Gewerksschaften ein, um sie in ruhigere Bahnen zu lenken, bei anderen, namentslich solchen politischer Art, taten sie nichts. Es gab auch Streiks, in die sich gewerkschaftliche Ortsverwaltungen hineinziehen ließen, ohne ledigslich die Absicht des "Bremsens" zu haben.

Die Führer hatten ihre Leute nicht mehr überall in der Hand, stellenweise versagte die gewerkschaftliche Zucht; ein Erfolg der "unsabhängigen" Wühlarbeit.

Berrichte in der Industriearbeiterschaft eine migvergnügte, gereizte Stimmung, aus ber beraus bie Maffen, größtenteils unempfänglich für nationale Biele, murrend nach Frieden verlangten, fo dachten doch auch — namentlich in ben landwirtschaftlichen Bezirken — weite Rreise gang anders. Ein Bericht aus bem Often 1) fagte: "Die Stimmung ber Bevolkerung wird immer trüber, weil die Buversicht auf einen ben Opfern entsprechenden Ausgang bes Rrieges mehr und mehr verloren geht. Die aufmunternden und anfeuernden Borte, die feitens der mili= tärischen Leiter immer wieder an das Volk gerichtet werden, heben zwar ben gesunkenen Mut, die erfolgreiche Abwehr des Anfturms der Feinde im Beften, wie die Siege in Italien und im Often erhalten bas unerschütterliche Bertrauen auf bas siegreiche Beer und feine Führer. Schmerzlich wird es aber vermißt, daß die Reichsleitung keine gundenden Worte au finden weiß, die dem Bolte ju Bergen geben und den Willen, die schweren Opfer weiter zu tragen, ftarten, die bem Bolfe ein Biel zeigen und einen Siegespreis, die bie Opfer lohnen. Das deutsche Bolk will an seinem Bergen und seinem Gewissen angepactt werben. Es hungert nach einem erlösenden, offenen, mahren und ftarken Wort.

Der zunehmende Einfluß der offen internationale Beziehungen pflegenden Führer der antimonarchischen Sozialdemokratie wird als ein Zeichen angesehen, daß die Reichsleitung den Waffen nicht fürder die Kraft zutraut, die Unabhängigkeit des Reiches zu sichern.

Niemand kann verstehen, weshalb die Reichsregierung den zersehens ben Rräften immer mehr nachgibt. Jeder, auch der Ginfachste, halt



¹⁾ Stellv. Generalkommando II. Armeekorps, General der Kavallerie Frhr. v. Bietinghoff.

es für selbstverständlich, daß ein Bolk, das so siegt, auch die Früchte bes Siegs pflücken und seine Zukunft militärisch und wirtschaftlich unbedingt wahren muß. Das Bolk will keinen Berständigungsfrieden, der dem Bolkskörper jahrelanges Elend und Siechtum unfehlbar bringt. Es will Ersaß für die Opfer an Gut und Blut; es will Sicherung des Reiches nach Westen, damit Flotte und Handel freie Auskahrt zum Weltmeer haben, und unser großes Industriegebiet nicht wehrlos dem Gegner offen liegt. Es will Ansiedelungsland im Osten und Schutz unserer Ostmark gegen feindlichen Einbruch durch starke militärische Grenzstellung. Es will schließlich Barentschädigung und Bereitstellung von Rohstoffen, damit die Industrie ihre Arbeit wieder aufnehmen kann. Es verlangt auch, daß das leider neu gegründete Königreich Polen so gebändigt wird, daß es nicht als ein neuer, begehrlicher, feindlicher Nachbar sich unseren Grenzen vorlagert.

Diese allgemeine Stimmung kommt von Tag zu Tag klarer zum Durchbruch. Sie zeigt sich in dem ständigen Anwachsen der deutschen Baterlandspartei, deren Ziel, den Siegeswillen, wo er eingeschlummert ist, zu wecken, sich deckt mit den militärischen Anordmungen. Bunsch und Gebet des Bolkes gehen dahin, daß ein Mann aufstehen möge, der die Flaumacher zum Teufel jagt. Ein solcher Mann im Lande würde von dem Bolk hinter der Front alles verlangen und erreichen können."—

Der Mann blieb uns versagt. Die Kräfte ber Zersetzung konnten fast ungestört weiter arbeiten an ber Bergiftung bee Bolkskörpers.

9.

Die Brest-Litowsker Verhandlungen — Der Berliner Januarstreik

Mit größter Befriedigung hatte die sozialbemokratische Mehrheitspresse die Erklärung der Delegationen der Mittelmächte in Brest-Litowsk vom 25. Dezember aufgenommen. Bekanntlich war darin die Bereitwilligkeit ausgedrückt, sofort einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserweiterung und ohne Kriegsentschädigungen zu schließen unter der Boraussetzung, daß alle kriegkührenden Staaten diesen Grundsatz sich vorzbehaltlos innerhalb einer angemessenn Frist zu eigen machten. MIgemein wurde anerkannt, das beutsche Friedensprogramm sei nun völlig klargestellt ("Vorwärts" 27. Februar; "Münchener Post" 27. Dezems

-94,≎∵

ber; "Rheinische Zeitung" 27. Dezember); die Behauptungen über Ersoberungspläne bes deutschen Militarismus seien als Märchen enthüstt, die moralische und praktische Bedeutung der Anerkennung der deutschen Erklärungen als Verhandlungsgrundlage seitens der Bolschewiki sei unzgeheuer; die Völker der Entente, vor allem die Arbeiter und die Frontssoldaten könnten ihren Regierungen nicht mehr Folge leisten, wenn sie Friedensverhandlungen verweigerten, deren Grundlage die demokratischste Regierung der Welt anerkannt habe ("Schwäbische Tagwacht" 27. Dezember).

Diese Außerungen kamen zweifellos aus ehrlicher Aberzeugung. Sie sind, wie die Tatsachen gezeigt haben, wieder ein Beweis für die hoffnungslose Unfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie, Dinge der großen Politik anders als unter dem Gesichtswinkel des Parteidogmas von der internationalen Solidarität des Proletariats zu betrachten. —

Im übrigen folgte in der sozialdemokratischen Presse sehr bald eine merkliche Abkühlung nach Bekanntwerden der Zwistigkeiten zwischen dem Vierbunde und Rußland in der Frage der Grenzländer. (Nach russischer Auffassung sollten diese sofort von allen Truppen geräumt werden, um über ihre Zukunft frei abstimmen zu können, ein Verlangen, das die Mittelmächte aus militärisch-wirtschaftlichen Gründen nicht zu erfüllen vermochten. Die Angelegenheit wurde zunächst einer Sonderkommission überwiesen, und dann die gesamten weiteren Verhandlungen bis zum 4. Januar vertagt, um abzuwarten, ob die übrigen Staaten der Entente der russischen Aufforderung zur Teilnahme an den Friedenssbesprechungen Folge leisten würden.)

Die Haltung ber "Unabhängigen" war zwiespältig.

Während ihre Presse im allgemeinen eine abwartende Stellung einnahm, vertrat die "Leipziger Volkszeitung" den Standpunkt, daß es nur von der jetzigen Haltung der Zentralmächte zur Frage der Grenzländer abhinge, ob bald der allgemeine Frieden möglich sei oder nicht. Die "Chemniger Volksstimme" (M. S.) bemerkte hierzu (29. Dezember): Benn die Ententestaatsmänner ein Stichwort zur Begründung ihrer friedenskeindlichen Haltung nötig hätten, würde es ihnen von einem deutschen Blatte bereit gehalten worden sein. Kurz darauf (4. Januar) schrieb der unabhängige Abg. Ströbel in der "Leipziger Volkszeitung", unsere Kriegslage sei so günstig, daß ohne russische Mitwirkung eine militärische Überlegenheit oder ein wirtschaftlicher Sieg der Entente

über Deutschland ausgeschlossen erscheine. Nun, die "russische Mitwirkung" hat sich später ja nicht nur die Entente, sondern auch die U. S. P. D. zu sichern gewußt.

Als Weg zum Frieden schlug der unabhängig-sozialistische aus Galizien eingewanderte Journalist Kurt Eisner (mit richtigem Namen: Rosmanowsky) vor: Wiederherstellung der Preß- und Versammlungsfreiheit, dauernde Tagung des Reichstags, Veröffentlichung der diplomatischen Verträge der Zentralmächte, Klarstellung der Kriegsziele in allen Einzelheiten, Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und Neuwahlen, sowie den Verzicht auf jeden Separatfrieden, der nur den allgemeinen Frieden verhindere.

Man sieht, der außerpolitische Horizont der "Unabhängigen" unterschied sich an Weite nicht wesentlich von dem ihrer ehemaligen Parteigenossen. Nebenbei bemühte sich ihre Presse mit besonderem Eiser darum, den Tauchbootkrieg als verfehlt darzustellen ("Unabhängiger Sozialdemokratischer Zeitungsdienst" vom 28. Dezember), verständnisvoll unterstügt vom "Borwärts" (31. Dezember).

Aber die bolschewistische Taktik urteilte der unabhängige Abg. Eduard Bernstein in der "Sozialistischen Auslandskorrespondenz", er mißbillige es, daß die Bolschewiki ihr Land wehrlos gemacht hätten, ehe noch der Frieden geschlossen war. "Ber nicht entschlossen ist, gegebenenfalls den bewaffneten Biderstand fortzusehen, der kann wohl Wünsche ausdrücken, aber keine unabweisbaren Forderungen stellen." Auch sei Lenins Fehler die Hoffnung auf ein internationales revolutionäres Borgehen gewesen: "Diese Rechnung übersieht die ungeheueren Unterschiede in den politischen und sozialen Verhältnissen der in Frage kommenden Länder."

Die Tätigkeit der U. S. P. D. in der Praxis war jedenfalls nicht von solcher Gedanken Blässe angekränkelt. Ihre Presse beeilte sich, durch Sturmlauf gegen die deutschen, als rein annexionistisch bezeicheneten Ansprüche bei den Friedensverhandlungen, Anschluß bei den Bolschewiki zu gewinnen, möglichst auf Kosten der Mehrheitssozialdemoskratie, und ihnen gute Ratschläge zu erteilen. So schrieb die "Leipziger Bolkszeitung" — ganz im Geiste Lenins —, die Bolschewiki müßten ihre Macht durch rücksichtslose antidemokratische Diktatur aufrecht erhalten; der einzige wirkliche Mißgriff in ihrer bisherigen Außenpolitik sei, daß sie mit Scheidemanns Anhang in Verbindung getreten seien.

Im "Borwarts" stellte bafür ein russsischer Mitarbeiter fest, baß Lenin Kautsky unzählige Male einen Lakaien, Philister, Sophisten, Heuchler und Betrüger genannt habe, und baß für ihn die alte und die neue Partei beibe gleichermaßen als Abel galten.

Wie erwähnt, waren die Verhandlungen in Brest bis zum 4. Jamuar vertagt worden. Am 2. Januar ging in Berlin der russische Vorsschlag ein, sie in Stockholm fortzusetzen gleichzeitig mit der kategorischen Ablehnung der deutschen Vorschläge für die Regelung der sogenannten Randskaatenfrage. Weraf Hertling erwiderte sofort, daß die Vierbundmächte nur in Brest-Litowek weiter verhandeln würden. Schon am 5. Januar gaben die Russen hierin zwar nach. Dafür ließen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit schwere diplomatische Kämpfe bei den Vershandlungen selbst voraussehen.

In jedem anderen Lande mare es felbstverftandlich gewesen, daß bas siegreiche Bolk sich hinter seine Regierung gestellt hatte, jumal, wenn sie bem Reinde so weites Entgegenkommen zeigte, wie die beutsche: bei uns traten die sozialbemofratische Mehrheitspresse und Reichstags= fraktion sofort in schärffte Rritik ber beutschen Borschläge ein. Gewiß war bei ben Massen ein elementares Friedensbedürfnis vorhanden, bie Ernährungenot hatte bie Nerven geschwächt, und ber Wortrabifalismus bas Abrige zur Berbitterung bes Bolkes beigetragen: Jest aber galt es, auf bem Berhandlungswege von ruckfichtelofen, entschlossenen, qu= bem über rabuliftische Dialektik verfügenden Gegnern einen Frieden gu erreichen, ber die gebrachten Opfer lohnen follte, und in diesem ungleichen Rampfe bedurfte die deutsche Diplomatie dringend ber Rückenstärkung durch einen geschlossenen Bolkswillen. Auch diesmal blieb der Sozial= bemokratie biefe klare Einsicht verborgen; ber Gedanke ber internationalen Solibarität mit ben "befreiten" Brübern verhinderte sie an nüchterner, vorurteilslofer Beurteilung von Dingen ber großen Politik. —

Sofort wurde unter ben üblichen versteckten Drohungen ber Borwurf bes Annexionismus erhoben. Der sonst sehr maßvolle und vaters ländisch gesonnene Bauarbeiterführer Winnig äußerte am 6. Januar in einer Bersammlung in Altona, wenn bas Kaiserwort "Uns treibt nicht Eroberungslust", bas einst im Bolke freudigen Wiberhall gefunden habe, nicht mehr wahr sein solle, so musse bies eine Erschütterung ber

¹⁾ Näheres darüber f. helfferich, Welttrieg, III. Bb., S. 264ff.

seelischen Berfassung bes deutschen Bolkes auslösen, von der-man noch nicht fagen könne, wohin sie führe.

Die russische Revolution hatte einen entscheidenden Umschwung in der Haltung der alten Partei zu den östlichen Fragen ausgeübt. Mit Gebietserwerbungen auf Kosten des Zarismus hätte man sich früher unter geringem, vielleicht nur formalem Widerspruch abgefunden. Seit bald einem Jahr war dies anders geworden. Jeht begegnete selbst die Forderung geringfügiger, strategisch notwendiger Grenzverbesserung schärfstem Widerspruch. Man spielte in der Partei wieder einmal mit dem Gedanken der Ablehnung der künftigen Kriegskredite, um die Regierung gefügig zu machen. Der "Borwärts" kündigte am 6. Januar an, die Sozialdemokratie wolle kein "Opfer der Aberzeugung" bringen.

Der Borschlag der Bolschewiki, die weiteren Berhandlungen nach Stockholm zu verlegen, murbe wohlwollend erörtert. Er begegnete in ber Mehrheitspresse geteilter, bei ben "Unabhängigen" voller Buftim= mung. Man hoffte, daß sich die Entente dort alsbald an den Besprechungen beteiligen werbe. ("Leipziger Bolkszeitung" vom 9. Januar.) Das Gebaren ber "Unabhängigen" beleuchtete ein Artikel ber mehrheits= sozialistischen "Internationalen Korrespondenz" (6. Jamuar). Hierin wurden Andeutungen darüber gemacht, daß die um Dr. Helphand (Parvus) gescharte Gruppe beutscher Sozialisten bes "Berlags für Sozialwissenschaft" Belege bafür zu besitzen glaube, wie die Unabhängigen in jeder Beife auf die Bolfchewiki eingewirkt hatten, um fie vom Abschluß eines Sonderfriedens abzuhalten und sie zu veranlaffen, die Berhandlungen in bie Lange zu ziehen. Natürlich sprach bie "Leipziger Bolkszeitung" sofort von Denunziation. Da auch Mehrheiteblätter, wie die "Magdeburger Bolksstimme", die Andeutungen der "3. R." verurteilten, sah sich biefe zur Zeit außer Stande, ihr Material der Offentlichkeit zu unterbreiten, behielt sich bies aber für einen späteren Zeitpunkt vor.1)

In diesen Tagen wurde in Berlin ein Massenslugblatt verbreitet, das sich gegen den Sonderfrieden wandte, der den Krieg im Westen nur desto grausamer entfesseln werde und Massenstreits forderte. Die Herkunft des Flugblattes war nicht ersichtlich.

Das Interesse an ben innerpolitischen Fragen war durch die Friesbensverhandlungen natürlich zurückgedrängt. Hier und da forderte die



¹⁾ Am 19. 1. wurden die Angaben der "J. K." in der "Glode" bestätigt unter Berufung auf bolichemistische Gewährsmänner.

Presse erneut die Aussebung des § 153 der Gewerbeordnung (Schut der Arbeitswilligen bei Streiks). Nachdem die zweite wichtige Forderung, Durchführung der preußischen Wahlreform, zugestanden war, beeilten sich die Bremer Linksradikalen, sie zu entwerten. Ihr Blatt, die "Arsbeiterpolitik"), bekannte sich (22. Dezember) zum Antiparlamentarismus Leninscher Observanz. "Im Parlament sind es nicht die Massen, sondern die Führer, die handeln und beschließen, Führer, die nur zu oft andere Interessen bekommen als die Massen." Wirkliche Volksscherschaft könne nie durch Vertreter im Parlament bewirkt, höchstens unterstützt werden. Es ist auffallend, wie nahe sich hier die weiter oben wiederzegebenen Gedankengänge der unabhängigen "Leipziger Volkszeitung" mit denen des Vremer deutsch-bolschewistischen Blattes berührten. Vorläufig war indes diese Liebe einseitig. Denn am 5. Januar schrieb die "Arbeiterpolitik" in der ihr eigenen Ausbrucksweise von den Unabhängigen: "Die Senilität glott ihnen aus allen Poren."

Inzwischen nahmen die Friedensverhandlungen in Brest ihren Fortgang. Die Entente dachte gar nicht daran, der Einladung zur Teilnahme Folge zu leisten. Das hinderte den "Borwärts" (10., 18. und 19. 32-muar) nicht, in Besprechung der Rede Wilsons hierzu, die er ein "Muster staatsmännischer Mäßigung" nannte 2), darzulegen, daß sich in der Entente die Stimmung für einen allgemeinen Frieden entwickele, während bei und neuerdings das Schicksal des Volkes durch falsche Borstellungen von der Möglichkeit einer dauernden Unterwerfung der Milliarde unserer Feinde unter das deutsche Schwert gefährdet werde. Die Unterhändler der Mittelmächte müßten den Frieden mit Rußland zustande bringen, denn die russische Delegation habe bisher keinen

¹⁾ Hauptmitarbeiter und geistiger Leiter war Sobelsohn (Rabel), den die "Chemnizer Bolksstimme" (11. L.) vorbehaltlos als "Lumpen" bezeichnete. Am 4. 2. 1913 hatte die polnische sozialdemokratische Partei, der Radel früher angehörte, kategorisch von der deutschen Partei verlangt, daß sie ihm, dem "wegen Dieberei ausgeschlossenen Subjekt", die Tätigkeit in der deutschen Parteijournalisstit unterbinde. Der Parteivorstand war von Ansang an gegen Radels Aufnahme in die deutsche Partei gewesen, aber die Bremer Organisation hatte sich trot der polnischen Borkommisse hierzu bereit erklärt. Darauf nahm der Parteitag 1913 mit rückwirkender Kraft einen Antrag an, daß Personen, die aus einer ausländischen Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen seinen nicht in die deutsche Partei aufgenommen werden dürften.

²⁾ Der "Bolkswille" (hannover) nannte Bilsons Bedingungen "unverschämt und heuchlerisch"; das "hamburger Cho" (11. 1.) stellte fest, sein Friedensprogramm sei auf der Riederlage der Mittelmächte aufgebaut.

Unlaß geboten, ben Frieden scheitern zu lassen und stelle an uns keine annerionistischen Forderungen.

"Spartakus" aber, die Monatsschrift der Liebknechtgruppe, verkündete in seiner Januarnummer 1918: "Der allgemeine Friede läßt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen. Nur mit der Fackel der Revolution, nur im offenen Massenkampfe um die politische Macht, um die Volksherrschaft und die Republik in Deutschland läßt sich jetzt das erneute Auflodern des Völkermordens und der Triumph der deutschen Annexionisten im Osten und Westen verhindern. Die deutschen Arbeiter sind jetzt berufen, die Botschaft der Revolution und des Friedens vom Osten nach dem Westen zu tragen."

Es wäre wahrhaftig unverständlich gewesen, wenn Lenin und Troßki diese, ihnen von der deutschen Sozialdemokratie aller Richtungen entgegengebrachte Unterstützung nicht ausgenutt hätten! —

Das Auftreten des Generals Hoffmann in Brest wurde natürlich sehr abfällig beurteilt. Man wies entrüstet auf die Krise der Verständigungspolitik hin. Von vielen Blättern wurde wieder die Gelegenbeit benutzt, in den Kriegszielstreit die D. H. k. hineinzuziehen als einen mehr oder weniger zur "Gewaltpolitik" treibenden Faktor höchsten Einflusses. Diese in letzter Zeit sich mehrenden Anspielungen mußten dahin führen, auf die Dauer den noch unvermindert bestehenden Fonds an Volksvertrauen in die militärische Leitung des Krieges anzwgreisen. Von dem einstigen, innig-persönlichen, menschlichen Vertrauensverhältnis zwischen den Helden des Krieges und der Arbeiterschaft war durch meist versteckte Bemerkungen der Presse und durch Agitation von Mund zu Mund ohnehin schon viel zerstört.1)

(Aus Barths Ansprache an die oppositionellen Obleute der Berliner Betriebe bei der Gründungsversammlung des Revolutionskomitees am 9, Februar 1918.)



¹⁾ In einer im Mai 1920 erschienenen Schrift "Aus der Werkstatt der beutschen Nevolution" schildert Emil Barth, der spätere Volksbeauftragte, wie es ihm und seinen Spießgesellen gelungen ist, die deutsche Nevolution zu "machen", indem der patriotische Sinn der Arbeiterschaft vergiftet, das Kaiserhaus, die heerführer, schließlich alle staatlichen Einrichtungen spstematisch mit Kot beworfen wurden.

[&]quot;Dieses Ziel (ber vom Proletariat erzwungene Friede, die Diktatur bes Proletariats) ist nur zu erreichen ... wenn Sie klar erkennen, das Sie alle Brüden hinter sich abzubrechen haben, das Sie jedwedes patriotische Gefühl nicht nur aus dem herzen zu reisen, sondern auch mit Ihrem halse zu verfolgen haben."

Nachstehend ein Beispiel für die verhetzende Art der Berichterstatung: Am 14. Januar schrieb der "Borwärts": "Das Bolk stand draußen und zählte sich an den Knöpfen ab, ob und Eroberungslust treibt oder nicht ... Nein, so lautet die neueste Nachricht, uns treibt nicht Eroberungslust."

In der Gesanthaltung der deutschen sozialdemokratischen Presse war der Einfluß der mit größtem Nachdruck zum Frieden drängenden deutschen Sozialdemokraten Osterreichs nicht zu verkennen. Stampfer, der Chefredakteur des "Norwärts", war übrigens auch geborener Osterreicher.

Noch mehr zeigte sich bies bei dem am 28. Januar in Berlin, später auch sonst im Reiche, ausbrechenden großen Streik. Er war eine unmittelbare Folge der gleichen Bewegung in Osterreich-Ungarn und, wie dort, rein politisch. Während aber die österreichische Regierung vor den Streikenden kapitulierte, blieb ihnen in Berlin der Erfolg versagt.

Die Bebeutung ber Bewegung verlangt ein näheres Eingehen auf sie.

Allmählich war in der Arbeiterschaft der Glaube großgezogen, als ob die Gefährdung der Friedensverhandlungen lediglich Schuld der deutschen Regierung sei. Wenn es ihr nicht einmal gelänge, mit diesen Russen, die von uns keinerlei Opfer forderten, zum Frieden zu kommen, wie sollte diese Regierung dann den Weltfrieden schaffen?, fragte man sich in führenden und geführten Parteikreisen. Weiter wirkte alarmierend die Haltung des preußischen Abgeordnetenhauses, die angeblich eine Verschleppung der Wahlresorm befürchten ließe. Den Ausschlag aber gab der Erfolg des Streiks in Osterreich. Seit den russischen Revolutionen in ihrem Selbstbewußtsein gestärkt, empfanden die Massen dieses den Sieg, den die "Wiener Arbeiterzeitung" (24. Januar) einen "Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus" nannte, als unmittelbaren Appell an ihre Ehre, nun auch die deutsche Reichsregierung zu derselben Karen

Durch eine mit Agitation von Mund zu Mund arbeitende Organisation wurden im ganzen Reiche die Arbeiter revolutioniert, Stoftrupps gebildet und alles zum bewaffneten Aufruhr vorbereitet.

Rach irgendwelchen "Beweisen" für die Schuld der Liebknechteaner und der mit ihnen in innigster Fühlung stehenden U. S. P. an dem gewollten Zussammenbruch in heimat und heer zu suchen, ist durch diese Selbstbelenntnisse des hauptsächlichsten "Revolutionsmachers" überflüssig geworden. Sie finden sich auf jeder Seite seines Buches.

"Berlautbarung" über ben Frieden zu zwingen, die sie in Graf Czernins Worten erblickten. So kam es, daß die Bewegung ihre Formen und Ausdrücke von den russischen und österreichischen Borbildern entlehnte. Schon damals zeigte sich das gänzliche Fehlen eigener Gedanken bei den späteren "Machern der deutschen Revolution". 1)

Aber die Entwicklung der Bewegung schreibt Emil Barth in seinem Buche:

"Es waren Richard Müller, Paul Eckert und dann nach und nach noch andere Genossen, oder besser gesagt, Kollegen aus der mittleren Verwaltung des Metallarbeiterverbandes, welche die Vorbereitungen zu dem Streik getroffen haben. Sie waren mehr aus Gefühl, als aus Erkenntnis, daß eine erneute Vewegung unbedingt von großen politischen Gesichtspunkten geleitet werden müsse, mit dem Parteivorstand der U. S. P. D., wie schon gesagt, in Verhandlungen getreten, um ihn zu veranlassen, durch einen mit seiner Unterschrift gezeichneten Aufruf zu einer allgemeinen Massenaktion aufzufordern ...

Die Bewegung selbst wurde so vorbereitet, daß in hierzu am Sonntag, den 21. Januar, einberufenen Branchenkonferenzen und Branchenversammlungen der Streik zum anderen Morgen beschlossen wurde, und das Flugblatt am Montag früh erst verteilt wurde. Mittwochs hatte nun eine Borbesprechung stattgefunden, an der auch ein Spartakist teilgenommen hatte, und schon am Freitag wurde von den Spartakisten ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Generalstreik am Montag verteilt. Das war frevelhafte, an Berrat grenzende Leichtfertigkeit, die von dem Bestreben diktiert war, sich die Urheberschaft zuschreiben zu können. Hätte das Oberkommando, hierdurch gewarnt, den verschärften Belagerungszustand verhängt, dann wäre die Bewegung erledigt gewesen. Doch glücklicherweise kam dies nicht.

Am Montag früh begann ber Streif, die Betriebe mählten Arbeiterräte, und die im Gewerkschaftshaus tagende Arbeiterratsversammlung mählte einen Aktionsausschuß: 10 Kolkegen, drei Parteileitungsmitglieder der U. S. P. D. und drei der S. P. D."

Die Streikenden stellten an Forderungen auf:

- · 1. Schleunige Herbeiführung des Friedens unter den von den Bolschewiki formulierten Bedingungen.
- 2. Beteiligung von Arbeitervertretern bei ben Friedensverhandlungen.

¹⁾ Siehe Anhang, "Flugblattpropaganda", Nr. 9.



- 3. Beffere Ernährung burch schärfere Erfaffung aller Lebensmittel.
- 4. Aufhebung bes Belagerungszustandes, ber Schuthaft und ber Militarisierung ber Betriebe.
- 5. Umneftie für politische Berbrecher.
- 6. Demofratisierung ber gesamten Staatseinrichtungen.

Hierüber verlangten die Streikführer personlich mit dem Staatssekretär des Innern, Herrn Walkraf, zu verhandeln. Dieser erkkärte sich zwar bereit, sich über politische Forderungen mit den sozialdemokratischen Abgeordneten zu unterhalten, nicht aber mit einem "Arbeiterzat" oder einer "Streikleitung".

Der Ausbruch der Bewegung kam der S. P. D. und den Gewerksschaften unerwünscht und überraschend; die Streikparole war von Mund zu Mund weitergegeben worden. Beide dachten aber gar nicht daran, sich dem Streik entgegenzustellen. Freilich war er sehr umfangreich; in Berlin allein streikten etwa 500 000 Arbeiter. Mahnungen zur Vermunft hätten vielleicht zunächst ebensowenig Erfolg gehabt, wie die in Berlin plakatierten Hindenburgworte gegen den Streik. Immerhin mußte der Versuch gemacht werden, wenn anders wenigstens die Gewerkschaften ihren oft betonten Willen zur Landesverteidigung und Neichstreue in die Tat umsehen wollten. Hier galt es, Farbe zu bekennen. Die Generalskommission der Gewerkschaften aber erklärte ihre Neutralität.

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei zeigte sich - und zwar burch Schuld ihrer eigenen Preffe - geradezu hilflos. Seit Beginn bes Jahres fühlte sie wohl, daß eine rapide Radikalisierung ber Maffen eintrat, und daß ihr biefe aus ben Banden ju gleiten brohten, wenn sie die Regierung in einem Augenblick beckte, in dem diese nach der Meinung der Maffen den Frieden mit den Bolfchewifi scheitern zu laffen schien. Als nun die Streikbewegung brobte, magte die Parteipresse nicht mehr, in nennenswertem Mage zu bremfen. Nach dem Ausbruch des Streiks wies sie zwar die Schuld baran weit von sich, sympathisierte aber boch mit ben Forderungen ber Streikenden. Sie warnte vor "Rraftmeierei" ("J. R." 29. Jamiar), vor einer Bekampfung bes Streiks mit bem "Polizeifabel" und mit ber Einberufung Reklamierter ("Chemniter Bolksftimme" 28. Januar). Auch beftritt fie, daß ber Streit in Birtung oder Folge sich gegen die Landesverteidigung richte: Rohlenmangel und andere Schwierigkeiten hatten letthin die Arbeit oft verzögert, und wenn sich jest ein Borrat ansammle, konne später leicht nachgeholt

werben, was in den Streiktagen verfaumt werde ("J. R." 29. Januar). Ein Umftand besonders jog die Mehrheitsführer ftart in den Streit binein: Das mar ber unter ihren Unhängern verbreitete Gedanke, jest muffe. Die Partei zeigen, daß sie noch proletarische Kraft besithe; tue sie bas, bann mußten sich auch bie getrennten Führer, ben Maffen folgend, wieber ; zu einer Einheitspartei zusammenfinden. Diese hoffmung mar es wohl auch, die die Berliner Arbeiter bewog, zur Mitarbeit nicht nur bie Rührer ber Unabhängigen, sondern, troß Ledebours Ginspruch, auch bie ber alten Partei heranguziehen. Diefe meinten, sich ber ihnen gestellten Aufgabe nicht versagen zu burfen. Einmal mit ben Streikenden und ben Führern der Unabhängigen verbunden, glaubten sie, ifoliert min nicht mehr Schritte unternehmen zu konnen, Die vielleicht zu einer raschen Berftanbigung mit ber Regierung geführt hatten. Sie bielten fich auch für verpflichtet, in Begleitung ber eigentlichen Streitführer bie ermähnte Rudfprache mit bem Staatsfefretar Ballraf nachzusuchen und fanden nach beren Ablehnung nicht die Freiheit, von seiten ber alten Partei an eine maggebende Verfonlichkeit ber Reichsleitung mit einer Rarlegung der Lage und Vorschlägen zu ihrer Beseitigung beranautreten.

Die Hoffmung der Mehrheitssozialisten auf eine Einigung mit den Unabhängigen erfüllte sich nicht, im Gegenteil, die Gegensate zwischen beiden klafften mehr benn je.

Scharf gegen den Streik wandten sich die Organe der christlichen Gewerkbereine. —

Auch bei diesen Unruhen war Geld der Entente im Spiel. Der sozialistische Schriftsteller Johann Plenge schreibt in seinem Buche: "Zur Vertiefung des Sozialismus" bei Besprechung des Januarstreiks:

"Und Amerika gab Gelb! Es barf als sicher angenommen werden, baß wir es mit einem kleinen Revolutionsversuch des Proletariats unter der stärksten kapitalistischen Nachhilfe zu tun gehabt haben, bei der gute Glaube der meisten Beteiligten freilich gewiß nicht ahnte, in wessen Diensten er die Selbstvernichtung der deutschen Arbeit betrieb."

Bei der Planlosigkeit der Bewegung brach sie dank der rasch einssehen energischen Maßnahmen der Regierung (Verhängung des verschärften Belagerungszustandes, Auflösung der Streikleitung, Militarisserung der Betriebe, Einziehung Reklamierter) und letzten Endes infolge der Jurückhaltung der Gewerkschaften, die sich vor allem in der gelds

lichen Unterstützungsfrage bemerkbar machte, nach etwa acht Tagen zusammen.

Ließ der Streik auf der einen Seite die Gefährlichkeit der radikalen Agitation und die Ausdehnung, die sie bereits genommen hatte, erkennen, so zeigte er andererseits der Regierung die Mittel, die rücksichts- los und mit unbeugsamer Entschlossenheit angewandt, das Außerste verhüten konnten. Daß die Mehrheitssozialdemokratie, wenn es hart auf hart kam, versagen und sich zu ihren sozialistischen Brüdern schlagen würde, mußte nunmehr jedem Einsichtigen klar sein.

Leiber änderte die Regierung ihre bisherige Politik des Abwartens, der Scheu vor umfassenden, durchgreifenden Magnahmen, der hinneigung zur Sozialdemokratie und Fortschrittlichen Bolkspartei nicht.

Es darf nicht vergessen werden, daß gerade dieser Partei, der "Borfrucht der Sozialdemokratie", ein erheblicher Teil der Schuld an der Berseuchung der Bolksstimmung zufällt. Im Norden des Reiches arbeitete daran das von jeher allem Deutschtum feindliche "Berliner Tageblatt"), im Süden die in verwandtem Geiste geleitete "Franksfurter Zeitung". Besonders aus Baden häuften sich die Klagen über die aufreizende Tätigkeit dieses Blattes und seiner Gefolgsorgane "Neue Badische Landeszeitung" (Mannheim) und "Heidelberger Neueste Nachsrichten" (Heidelberg). Die zahllosen Erklärungen und Andeutungen, was alles kommen könne, wenn nicht das Wahlrecht in Preußen und der Friedensvertrag von Brest ausschließlich nach demokratischen Parteisgrundsähen gestaltet würde, mußten schließlich ihre Wirkung tun. Dasbei wußte man es so einzurichten, daß ein behördliches Einschreiten auf Erund des Belagerungszustandes kast stets aussichtslos erschien.

An dieser Politik, die von dem Bestreben nachträglicher Rechtfertisgung und Aufrechterhaltung der der Lage Deutschlands längst nicht mehr entsprechenden Friedensresolution vom 19. Juli 1917 geleitet war, besteiligte sich leider auch das Zentrum.

Nebenher gingen die schärfsten Angriffe gegen die Baterlandspartei, deren Tendenz, wie bekannt, gegen jede Flaumacherei gerichtet war. Kein Mittel war zu niedrig, um ihre Versammlungen zu stören. Kurz vor ihrem Stattfinden wurde dann durch besonders zugespitzte Zeitungsartikel die entsprechende erplosive Atmosphäre geschaffen. Aus



¹⁾ Die "J. K." (28. 6.) nannte gelegentlich eines Sonderfalles das "Berliner Tageblatt": "das unanftändigste und verlogenste Organ Berlins".

Freiburg (Baben) wurde Ende Januar berichtet, daß eine Versammlung dadurch gestört worden sei, daß von einem Unbekannten telephonisch ein falscher Fliegeralarm erzeugt wurde.

Wohl fpurten die Behörden das unheimliche Wirken des inneren Feindes, aber fast immer wußte er sich ihrem Zugriff zu entziehen.

Die Streikgefahr war zunächst beseitigt. Immerhin zitterte in der Arbeiterschaft eine starke Erregung nach, die sich in unvermindertem Mißtrauen gegen die Absichten der Reichsleitung in der äußeren Politik und gegen die Festigkeit der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage äußerte. Die sozialdemokratische Presse tat fast nichts mehr, um dieser Stimmung durch scharfe Hervorhebung der feindlichen Vernichtungspläne entgegenzuwirken. Die Richtung Stampfers ("Borwärts") war in ihr mehr denn se obenauf.

Eine gegen diesen und den Redakteur Kuttner erhobene Anklage wegen Landesverrats 1) diente lediglich dazu, das Ansehen beider bei den Massen zu erhöhen. Auch gegen den Abg. Dittmann, Mitglied der U. S. P. D., erhob der Reichsanwalt Anklage. Sie führte zur Berzurteilung zu — Festungshaft.

10.

Der Plan für die Revolution — Die Friedensschlüsse im Osten

Am 9. Februar 1918 begann?) die zielbewußte Borbereitung der Revolution durch Barth, Richard Müller, Däumig, Blumenthal u. a. Es wurde in langwieriger Bühlarbeit eine "illegale Organisation" durch Agitation von Mund zu Mund geschaffen. Sie war gegliedert in Unterabteilungen für Beschaffung von Geld, Waffen, Papieren, Bessorgung von Nachrichten der Polizei, des Militärs, der "Scheidemänner", der Gewerkschaften, überwachung der eigenen Genossen, Organisation der Stoß- und Kampstrupps usw. In diesen Gruppen wurden immer nur die unmittelbar Beteiligten über das Allernotwendigste unterrichtet.

Un der Spitze ftand Barth als Diktator mit unbeschränkten Machtbefugnissen.



¹⁾ Das Berfahren murbe bald barauf eingestellt.

²⁾ E. Barth, "Aus der Bertflatt der deutschen Revolution", S. 26 ff.

Das Ziel war ber bewaffnete Aufruhr, die Revolution, und durch sie ber vom Proletariat erzwungene Friede, die Diktatur des Proletariats.

Um bieses Ziel zu erreichen, verlangte Barth in ber Gründungssitzung vom 9. Februar von seinen Genossen, daß sie die bürgerliche Moral an den Nagel hängen und alle Mittel zur Verwirklichung ihres großen Ideals benutzen sollten, niemand, aber auch niemand als ihrem eigenen Gewissen Rechenschaft schuldend.

Verrat wurde mit dem Tode bedroht.

Von den in jener Sitzung anwesenden 18 "Oppositionellen Obsleuten" Berlins stimmten 17 Barth zu.

Das Schicksal des beutschen Bolkes war damit besiegelt.

Wie dann weiter gearbeitet wurde, ist aus den Mitteilungen eines Führers der Unabhängigen Sozialistischen Partei, des späteren Komsmunisten Vater, bekannt. Dieser erklärte in einer Versammlung des A.s und S.-Rates in Magdeburg im Dezember 1918:

"Uns ift diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit bem 25. Jamuar b. J. haben wir ben Umfturg instematisch vorbereitet. Die Arbeit war schwierig und gefahrvoll zugleich; wir haben sie mit vielen Sahren Buchthaus und Gefängnis bezahlt. (Nebenbei nicht zutreffend, da bekanntlich die Revolution als erste "Errungenschaft" alle Zuchthäuser und Gefängnisse öffnete und beren Insaffen auf bas Bürgertum losließ. D. Berf.) Die Partei hatte eingesehen, daß bie großen Streiks nicht zur Nevolution führten, es mußten baber andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gelohnt. Bir haben unfere Leute, Die an bie Front gingen, gur Sahnenflucht veranlagt; bie Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit Geld und unterschriftslofen Alugblättern verfeben. Bir haben Diefe Leute nach allen Simmelerichtungen, hauptfach= lich wieder an die Front geschickt, damit fie die Front= foldaten bearbeiten und bie Front germurben follten. Diese haben die Solbaten bestimmt, überzulaufen; und fo hat sich ber Berfall allmählich, aber ficher vollzogen."1)

Es ist den Verrätern gelungen, ihre Bühlarbeit vielfach, das Vorhandensein der Organisation "ungenannt und ungekannt", vollkommen ben Behörden zu verbergen. Man muß diesen daraus zweifellos einen

^{1) &}quot;Tägliche Rundschau" vom 15. 12. 18.

Borwurf machen, möge aber auch bebenken, daß in ihnen fast durchweg Männer saßen, denen es wegen ihrer eigenen Vaterlandsliebe unfaßlich schien, daß weite Kreise des deutschen, wegen seiner Treue sprichwörtlich gewordenen Volkes derart an ihren eigenen Brüdern handeln konnten. Aber die Phrase vom internationalen Sozialismus verlangte ja, wie E. Barth ausführt, daß man gewillt war, Vater und Mutter Bruder und Schwester, Frau und Kinder freudig zu opfern.

Auch vor den Genossen der Mehrheitspartei suchten die Verschwörer ihr Treiben geheim zu halten, nicht aber gegenüber der U. S. P. D. Hatte diese anfangs sich ferngehalten aus Besorgnis, "bei einem Mißlingen die geheiligte, teuere Person in Gefahr zu bringen, so leistete sie doch bald den Aufrührern Gefolgschaft und Vorschub, denn — Nein zu sagen, um dann bei einer trotzem kommenden Bewegung, falls sie gelingt, sich nicht mit dem Lorbeer schmücken zu können, nein — das ging nicht.1) —

Festzustehen scheint, daß sowohl die Führer der Mehrheitssozialdemokratie wie der freien Gewerkschaften von der bolschewistischen Wühlarbeit der Barth und Genossen nichts gewußt haben. Ob sie ahnten und fühlten, in welches Fahrwasser die Massen allmählich gerieten? Iedenfalls trat auch die Mehrheitspartei allmählich schärfer in Opposition zur Regierung; die Erfolge der Frühjahrsoffensive bewirkten nur eine vorübergehende Abschwächung dieser Haltung. Die Partei begann offensichtlich den Massen nachzulaufen, um nicht, falls wirklich ein Umsturz eintrat, die Rolle des betrübten Lohgerbers spielen zu müssen. Was Sieg, was Baterland — die Hauptsache blieb die Herbeisührung der Demokratie, aber, wie Scheidemann und Genossen sie verstanden, nämlich als Herschaft der Partei! —

Immerhin hütete man sich zunächst, die Brücken zur Regierung ganz abzubrechen. Man konnte ja nicht wissen, wie das Spiel endete, und auf alle Fälle wollte man die Möglichkeit haben, sich auch hier empfehlend in Erinnerung zu bringen.

Und dies alles, mährend draußen unsere Helben mit dem Aufsgebot äußerster Kraft den äußeren Feind niederzuwerfen sich mühten. —

Dem Deutschtum wesensfremde Elemente hatten babeim bie Führ rung der Arbeitermassen an sich gerissen. Als sie ihre Gefolgschaft zum

¹⁾ Barth, "Aus der Werkstatt der deutschen Revolution".

Rampfe aufriefen, da geschah es nicht gegen den Feindbund, sondern gegen die eigenen Bolksgenossen, sie schlugen Schlachten nicht gegen Engländer und Franzosen, sondern gegen gefüllte Magazine und Eisenbahnwagen, während sie selbst sich fette Amter sicherten. Und wer waren diese Führer in der Mehrzahl? Etwa Arbeiter wie seinerzeit Bebel? Nein, es waren Leute, die, wie später der bekannte Bauernführer Dr. Heim äußerte, die Handarbeit fürchteten, wie die Wanzen das Zacherlin, sogenannte "Intellektuelle", die sich größtenteils die schwarzen und roten Locken hatten wegschneiden lassen, damit ihre fremde Rasse nicht allzu deutlich hervortrete.

Herr Scheibemann, der gewandte Demagoge, aber rief am 9. November 1918 von der Freitreppe des Reichstages den besinnungslosen Massen zu: "Das deutsche Bolk hat auf der ganzen Linie gessiegt." Hat das deutsche Bolk die verbrecherische Lüge dieses Wortes jest erkannt? —

Die Niederwerfung des Januarstreiks hatte auf die Massen großen Eindruck gemacht. Natürlich forderten Parteiführer, Presse und Gewerkschaften nunmehr zur dauernden Beruhigung eine konsequent "volkstümliche" Politik, als ob eine solche, besonders in den innerpolitischen und sozialen Fragen bisher nicht bestanden hätte. Und dabei war gerade die soziale Politik in den Ariegssahren über ihre schon vorhandene, bisher von keiner Kulturnation erreichte Höhe hinaus pflegsam weiter entwickelt worden. Freisich fragte sich, wo man erst die Grenze sur "Volkstümlichkeit" sah.

Auf eine großzügige Wiederholung der Streiks brauchte vorerst nicht gerechnet zu werden. Die Niederwerfung mit Gewalt war nicht nur militärisch notwendig, sondern auch politisch richtig gewesen.

Die Vorgänge im Osten traten wieder in den Bordergrund des Interesses. Der Friedensschluß mit der Ukraine (9. Februar 1918) wurde von der sozialdemokratischen Presse mit grämlicher Miene, die am nächsten Tage erfolgende Erklärung Tropkis über die einseitige Besendigung des Kriegszustandes zwischen Rußland und Deutschland mit naiver Freude aufgenommen. Die "I. K." meinte (11. Februar): "Wenn Deutschland will, gibt es von heute an keine Ostfront mehr. Der Zweisfrontenkrieg ist erledigt." Der "Vorwärts" (12. Februar) gelobte, alles zu tun, damit mit ganz Rußland wie mit der Ukraine ein Frieden ohne Unnerionen und ohne Entschädigungen geschlossen werde. Nach wie vor

blieb diese Formel der Partei die Hauptsache; es wäre ja auch im höchsten Maße verwerflich gewesen, wenn das von allen Seiten überfallene Deutschland Ersatz für seine Schäden und Sicherung gegen künftige Raubzüge erstrebt hätte.

Sobald sich die Friedenshoffnung als trugerisch erwies, machte sich Enttäuschung und tiefe Niedergeschlagenheit geltend. Bartnäckig verwies die Mehrzahl ber sozialbemokratischen Blätter auf ben Beg ber von Trokki vorgeschlagenen unmittelbaren Abmachungen und warnte vor Gewaltsamkeiten. Die "Leipziger Bolkozeitung" natürlich unterftrich (15. Februar), daß es sich hierbei um "die Wiederaufnahme ber kriegerischen Operationen gegen ein Bolk' bandele, "bas erklärt, baf es des Rrieges mube ift, und bas tatfachlich aus dem Rrieg herausgegangen ist." Dr. Abolf Brauns Blatt ("Frankische Tagespost") aber schrieb am 16. Februar mit beutlicher Anspielung auf die Kriegekrebitfrage: "Es mag fein, daß auch ber neuerliche Rrieg gegen Rugland, bas bemobilisiert bat, als ein Berteibigungefrieg gedeutet werden wird. Den meiften Deutschen burfte im 4. Rriegsjahr bie Raivität fehlen, betartiges zu glauben." Als ber beutsche Vormarsch unaufhaltsam weiter ging, außerte ber "Bormarte" (20. Februar) fofort wieder feine Beforgnisse. Je weiter die deutschen Beere sich von der jetigen Frontlinie entfernten, befto größer werbe bie Gefahr, bag auch bie Regierung sich von der Mehrheitsfront, die durch die Reichstagsentschließung vom 19, Juli 1917 geschaffen sei, loslose. Jedenfalls fei ber neue Bormarich eine hochpolitische, keine rein militärische Angelegenheit.

Daß das Zentralorgan ebenso warm für die Selbständigkeit Polens (nachdem Rußland kein Interesse mehr für seinen Wiedererwerb zeigte) und seine Vergrößerung auf Kosten Deutschlands — das "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" mußte dabei herhalten — eintrat, konnte nicht weiter Wunder nehmen.

Mit der wachsenden Schärfe der Opposition gegen die Politik der Regierung stieg die Hinneigung und das Vertrauen der sozialdemokratischen Parteipresse zu Wisson. So sah der "Vorwärts" (13. Februar) in der Februarrede des Präsidenten schon die Möglichkeit zu Friedensbesprechungen, die "Fränksiche Tagespost" (13. Februar) eine "Gelegenbeit zum Verhandeln"; "Preslauer Volkswacht" (13. Februar), "Münchener Post" (13. Februar) und "Schwähische Tagwacht" (13. Februar) äußerten sich ähnlich. Die "Leipziger Volkszeitung" (13. Februar), die

schon immer ihre Vorliebe für Wilson gezeigt hatte, sprach gar von einer "selten günstigen Gelegenheit", einem "Beispiel ber Mäßigung, bas nachahmenswert ist".1)

Im April 1921 wurde mir ein in einer großen Anzahl ameri-Kanischer Zeitungen veröffentlichter Artikel: "Wilson — kein betrogener Ibealift" überfandt. Er erichien als Gegenschrift gegen bas von bem ebemaligen Staatsfekretar ber Union Robert Lanfing berausgegebene Buch "Die Friedensverhandlungen. Eine perfonliche Erzählung" und versucht, ben Nachweis zu führen, daß Wilson in Versailles keineswegs bem überlegenen Willen eines Clemenceau gewichen fei, sondern vollbewußt die Verhandlungen ihren für Deutschland mörderischen Beg babe geben laffen. Wilfons Autokratennatur, fo behauptet ber Verfaffer bes Artikels2), habe mahrend seines gangen Lebens, jumal in der Beit feiner Prafibentenschaft, jeben Biberftand niederzuwerfen gewußt und ware auch, wenn er gewollt hatte, mit Leichtigkeit gegenüber ben brei anderen Ententediplomaten Sieger geblieben. 3th entnehme bem Artifel folgende Stellen: "Bur Genesis der Bierzehn Punkte. Bilfon war stets davon überzeugt, daß Deutschland militärisch nicht niebergezwungen werden könne. Darin hatte er vollständig recht, benn tropbem und alledem ift die deutsche Armee im Felde unbesiegt geblieben. Darum fette er feine gange Soffnung barauf, burch eine geschickte Propaganda die deutsche Heimfront zu unterminieren und einen 3wiespalt zwischen dem beutschen Bolke und seinen berufenen Rührern im Kriege zu veranlassen. Daburch hoffte er, bas friegemübe beutsche Bolk in seinem Siegeswillen zu schwächen und bem Frieden zugänglich zu

¹⁾ Die Rebe Wilsons — Ansprache an den Kongreß — enthielt die bekannten vier Grundsäte, die später von uns und den Feinden zusammen mit den bereits am 8. Januar 1918 genannten 14 Punkten, als Grundsage für Friedensverhandelungen angenommen wurden.

In seiner Nebe vom 11. Februar verlangte Wilson die Anwendung seiner Erundsäte in der Praxis lediglich zu Lasten der Mittelmächte, die offen zu Tage liegenden Raubabsichten der Entente versuchte er durch Schilderung ihrer uneigennützigen Menschenfreundlichkeit zu verdeden und wiederholte wieder, daß der Kampf lediglich den deutschen annexionistischen und militärischen Führern gelte.

Am 25. 2. stimmte Graf hertling im Reichstage ben vier Grundsäßen zu und erklärte unter Bewegung bes hauses, daß ein allgemeiner Friede unter bem selbstverständlichen Borbehalt bes Einverständnisses aller Böller mit diesen Grundsfäßen sehr wohl möglich erscheine.

³⁾ heinrich Charles, Setretar ber Deutsch-Ameritanischen handelstammer, New Yord, N. D. 60 Broadway.

machen. Der trockene Schleicher Oberst House hatte ihm nach seinen verschiedenen Europasahrten, auf denen er die Milierten zum Aushalten ermutigte und das deutsche Volk ausspionierte, berichtet, daß es in Deutschland, wo unseres lieben Herrgottes Tierreich besonders groß ist, närrische Leute gäbe, die an einen Verständigungsfrieden glaubten und daß einem solchen nur die Hohenzollern, die Junker und die Militaristen im Wege ständen. Hier setze Wilson nun den ersten Keil ein. In dem hochtradenden Wortschwall seiner phrasenreichen Volkaften beteuerte er immer, er sühre keinen Krieg gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen seine "verbrecherischen Kührer" und gegen ihre Autokratie. Ausgerechnet er, der vorbildliche Autokrat! Diese Volschaften trasen ins Schwarze. Denn mit Leim fängt man Gimpel und mit Honig Fliegen. Diese perfide und hinterlistige Propaganda war aber von Wilson nie ernst gemeint; sie war nur eine Kriegslist.

Am 3. Januar 1918 empfing George Creel, der offizielle Leiter der amerikanischen Propaganda in Washington, von seinem Mitarbeiter, Edgar G. Sisson, der sich in St. Petersburg befand, eine Depesche solgenden Inhaltes: "Wenn der Präsident die antiimperialistischen "Kriegsziele und demokratischen Friedensziele Amerikas in tausend "Worten oder weniger, in kurzen, fast plakatartigen Paragraphen und "kurzen Sähen wiederholt, so kann ich sie in einer deutschen Abersehung "in großen Quantitäten nach Deutschland füttern und eine russissige "von früheren Auskassungen sind nicht brauchdar. Notwendig ist in "ternes Beweismaterial, daß der Präsident an das gemeine deutsche "und russissendenten kann die deutsche Abersehung und den Druck hier "besorgen."

Nach einer eingehenden Konferenz mit Ereel setze Wilson sich hin und verfaßte die Rede der Vierzehn Punkte, die er am 8. Januar hielt. Besonders erwünscht war zu der Zeit die Veröffentlichung annehmbarer Kriegsziele, da Wilson wußte, daß die Alliserten der Frühjahrsoffensive der Deutschen mit Besorgnis entgegensahen und Hilfe von ihm erwarteten, damit die Moral ihrer Völker nicht zu stark litt. Aus diesem Tatsachenbestand ist klar und deutlich zu ersehen, daß Wilson die Vierzehn Punkte ursprünglich nur als Propaganda beabsichtigt hat. An eine ehrliche Durchführung derselben dachte er damals und auch

nachher nicht. Wie sollte er bazu kommen, er, der in seinen amerikanischen Rampagnereden immer das Blaue vom Himmel versprochen, um, wenn einmal im Amte, das reine Gegenteil von dem Versprochenen zu tun? Er, der wiedergewählt worden war, weil man glaubte, er habe Amerika aus dem Kriege gehalten, und der dann prompt den Krieg erklärte; er, der alle seine Freunde verraten und seine Gönner, die für ihn Zeit und Geld geopfert hatten, mit Ausnahme Englands, betrogen! Er betrachtete die Vierzehn Punkte nur als Trommelseuer, das er auf die deutsche Heimfront richtete und das leider besser, schneller und verzernder wirkte, als er sich in seinen kühnsten Träumen vorstellen konnte."

So schreibt heute, frei vom Druck der Kriegszensur, ein größer Teil der amerikanischen Presse. Als 1917 und 1918 deutsche, um ihr Baterland besorgte Zeitungen und Politiker unserem Bolke ähnliches zuriefen, wurden sie von den Erzbergerblättern und den Parteien der Linken als Kriegsheher gebrandmarkt. Wie stets, glaubte die Masse der Deutschen dem Ausländer, ja dem Feinde, mehr als dem Bolksegenossen. Wird es jemals anders werden?

Die in ben ersten Märztagen vollzogenen Friedensverträge mit Rußland und Finnland wurden von der sozialdemokratischen Presse mit Außerungen starken Unbehagens über Berlassen des Berständigungszgedankens aufgenommen. Man sprach vom Bankerott der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Mehrheit. "Sollten wir Kriegskredite bewilligen, damit deutsche Regimenter in Finnland — glorreiche Aufgaben — die Revolution niederschlagen können? Sollten wir um ein Linsengericht unsere Ehre, unsere Seele und unsere Jukunft verschachern, ... Diese Kriegspolitik kann die Partei nicht mehr mitmachen. Diesem Frieden vermag sie nicht zuzustimmen. Neue Kredite darf sie nicht bewilligen." ("Fränkische Bolkstimme" 6. März.) Der "Borwärts" und andere Blätter sahen den Sturz der Bolschewiki als Folge des Friedensschlusses voraus und betonten hinsichtlich der deutschen Bedingungen: "Der Weg, der da beschritten worden ist, ist nicht der unsere."

Die finnische Aktion 1) erweckte in der Sozialdemokratie große Beunruhigung, weil ihr, weit über die Kreise der Unabhängigen hinaus, ein "konterrevolutionärer" Charakter beigelegt wurde. ("Frankische Lag-

¹⁾ Näheres siehe: v. d. Golp "Meine Sendung in Finnland und im Baltikum" Leipzig 1920, A. F. Koehler).

wacht" 5. März.) "Deutschland erscheint also hier direkt als Unterdrücker einer sozialistischen Revolution, darüber hilft das ganze Gerede der "Norddeutschen" nicht hinweg". ("Breslauer Bolkswacht" 6. März.) Die "I. K." fürchtete, "daß die deutschen Waffen hier zu reaktionärkapitalistischen Zwecken mißbraucht werden".

Nur wenige Blätter vermochten die öftlichen Fragen in ihrer welt politischen Bedeutung von einer höheren Warte aus zu betrachten oder wenigstens den vaterländischen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu rücken. So bekannte die "Schlesische Bergwacht" freimütig, im Osten atme man freier auf, seit die russische Gefahr beseitigt sei; die deutschen Sozialisten müßten endlich die Dinge sehen, wie sie sind, zumal die Sozialisten der feindlichen Länder durchweg in nationalen Dingen stabiler seien als die deutschen. Ahnlich äußerte sich Heilmann in der "Glocke" (16. März).

Der Gebanke einer Arebitverweigerung tauchte wieder auf. Die Gruppe um die "Breslauer Bolkswacht", die "Münchener Post" (Kampfmeyer), der Abg. Wendel ("Frankfurter Bolksstimme") und der erst während des Krieges zur Sozialdemokratie übergetretene Frankfurter Rechtsanwalt Hugo Sinzheimer verlangten Ablehnung oder mindestens Abhängigmachung der Bewilligung von befriedigenden Erklärungen der Regierung über ihre fernere Kriegszielpolitik. Gegen diese Versuche, eine Schwenkung der Partei herbeizuführen, also für Beibehaltung des bisherigen Kurses, traten auf: "Hamburger Echo", die Blätter von Mainz, Bielefeld, Bremen, die "F. K.".

Zwischen beiben lavierte Stampfer. Die weitere Areditbewilligung hielt er auf Grund der Lage im Besten für erforderlich, in der Frage der Zustimmung zu den Friedensverträgen hatte er sichtlich selbst keine innere Klarheit.

Ahnlich verhielt sich der Parteiausschuß, der in eingehenden Beratungen das Für und Wider der Abstimmungsweise besprach, schließlich aber der Fraktion freie Hand ließ. Bei der Ende des Monats stattsfindenden Abstimmung wurden von ihr die Aredite gegen 14 Stimmen angenommen, ebenso der Friede mit Finnland und der Ukraine. Gegensüber dem Vertrage mit Großrußland enthielt sie sich der Stimme.

Mit berfelben Lebhaftigkeit, mit ber gegen die Angliederung Autlands Einspruch erhoben wurde, wurde die Agitation für eine gand eindeutige Verzichterklärung auf Belgien ohne jedweden Vorbehalt fort gesetzt. Die "Schwäbische Tagwacht" (11. März) erklärte, Deutschland könne ehrlicherweise nicht sagen, es wolle einen Verständigungsfrieden, wenn es nicht bereit sei, die belgische Selbständigkeit, so wie sie vor dem Kriege war, wieder herzustellen. Auch Sinzheimer forderte eine Erklärung der Regierung hierüber. Dagegen sagte Aug. Winnig ("Glocke" 16. März), vielleicht mitbeeinflußt durch Eindrücke einer Reise nach Belgien: "Eine Wiederherstellung des alten Staates Belgiens ohne sede Sicherung gegen englische Aspirationen können auch wir nicht als Forderung vertreten."

Bu ber in biesen Tagen bekanntgewordenen, üblen Denkschrift des Fürsten Lichnowsky äußerten sich die meisten Blätter dahin, es lasse sich 3. 3t. nicht entscheiden, inwieweit des Fürsten Ansicht über die Schuld am Kriege berechtigt sei; die Sozialdemokratie habe im Juli 1914 manches auch schon gesagt, was der Fürst jeht ausspreche, aber die Landesverteidigungspflicht werde davon nicht berührt, da mit deren Anerkennung die Sozialdemokratie nicht die Regierungspolitik decke, sondern das Interesse des Bolkes wahrnehme; vielleicht könne übrigens die Denkschrift doch zur Berständigung beitragen. 1) —

11.

Die Große Offensive — Sozialdemokratie und "Militärpartei" — Wahlrechtsreform

Noch einmal schien sich die Sozialdemokratie aufzuraffen.

Die Erfolge ber großen Frühjahrsoffensive wurden auch von ber sozialbemokratischen Mehrheitspresse mit Genugtuung aufgenommen. So rief ber Abg. Lensch aus ("Glocke" 1. April): "Unser Sieg und

¹⁾ Zumindest bei einer ganzen Neihe von Blättern ließ sich eine Borliebe für den Fürsten und seine These von dem britischen Friedenswillen feststellen (Frankliche Tagespost, Breslauer Bolkswacht). Die unabhängige Presse neigte natürlich gleichfalls zu dieser Richtung. Sie wurde nicht müde, die Schuld Deutschands am Kriege hervorzuheben.

Gegen ben Gebanken, ben ganzen Kull vor ben Strafrichter zu bringen, lehnte sich die sozialdemokratische Presse fast einmütig auf. Der Berbreiter ber Schrift, Hauptmann v. Beerfelbe, wurde vom "Borwärts" (10. 4.) energisch und warm in Schutz genommen.

nichts als unser Sieg über Englands Soldaten war und blieb, allen sentimentalen Redensarten zum Trotz, die unausweichbare materielle Boraussetzung für einen Frieden, der nicht Deutschlands Bernichtung bedeuten sollte." Selbst der "Borwärts" (8. April) ließ sich, wie die "Breslauer Bolkswacht" sich ausdrückte, dazu verführen, im militärischen Sieg jetzt den einzigen Weg zum Frieden zu sehen. Die "I. K." (8. April) fügte hinzu, um diesen Standpunkt könne sich jetzt die ganze Partei scharen. Natürlich sah die unabhängige "Leipziger Volkszeitung" in dem "Borwärts"-Aufsatz nur eine schimpfliche Kapitulation vor den Allbeutschen.

Die "Chemniger Volksstimme" (3. April) aber bekannte, daß "die Zahl der Deutschen nicht sehr groß sein wird, die gewillt wären, sich dagegen aufzulehnen, wenn eines Tages die Forderung geltend gemacht werden kann, Frankreich solle Schadenersat für Menschen und Güter leisten."

Die gewaltigen Siege hatten auch hier den Blick für die Lebens: notwendigkeiten Deutschlands geklärt, Leiber nur für kurze Zeit. Balb gewann die wirklichkeitsfremde pazifistisch-demokratische Gefühlspolitik wieder die Oberhand. Schon am 14. April verteibigte der Abg. Lands berg die Kriedensentschließung vom 19. Juli 1917. Sie habe "mur bes halb ben Krieben noch nicht bringen können, weil bei ber Entente ber gute Bille fehlte". In ber Parteipresse murbe ausbrucklich betont, bag bie Entschließung noch gelte und vom militärischen Erfolg unabhängig sei ("hamburger Echo" 20. April). Dementsprechend trat ein großer Teil der sozialdemokratischen Presse der Lösung der baltischen Frage im Sinne Deutschlands mit fanatischer Ablehnung gegenüber. Als ber Bereinigte Landesrat von Livland, Esthland, Riga und Dfel ben Beschluß gefaßt hatte, Anlehnung bei Deutschland zu suchen und es um seine Unterftützung bei ber Loslösung von Sowiet-Rufland zu bitten, fand ber Empfang ber Abordnung bes Landesrats burch ben Reichs kangler erbitterten Wiberspruch in ben von Stampfer beeinflußten Blättern. Die Opposition gegen bie beutsche Rriegezielpolitik verschärfte sich noch angesichts der Vorgänge in der Ukraine.

Diese hatte die Mittelmächte um hilfe gegen Sowjetrufiland gebeten. Um der Ukraine die Möglichkeit zu geben, ihren wirtschaftlichen Berpflichtungen nachzukommen, mußte das Land von den bolschewistischen Auswieglern gesäubert werden.

Auch nachdem dies einigermaßen gelungen war, vermochte die regierende Körperschaft, die Zentralrada, sich nicht Autorität zu verschaffen und die versprochenen Getreibelieferungen für die Zentralmächte aufzubringen. Es kam zu scharfen Auseinandersetungen mit der Rada, sogar Anschläge auf deutsche Offiziere wurden verübt. Der deutsche Besehblishaber, Feldmarschall v. Eichhorn, sah sich zu energischen Maßregeln genötigt. Gleichzeitig erhob sich die ukrainische Bauernschaft gegen die kommunistische Enteignungsgesetzgedung der Rada. Auf einer Bauernversammlung in Kiew wurde der General Storopadski zum Hetman und Diktator der Ukraine ausgerufen. Deutschland erkannte ihn an und unterstützte ihn mit Truppen.

Hevolution", sei es auch nur die eines fremden Bolkes (wofür die "deutsche" Sozialdemokratie ja stets das wärmste Mitgefühl hatte), in Gefahr. Und so machte die sozialdemokratische Presse gewaltig in Entrüstung. Der Abg. Dr. David schrieb ("I. R." 18. Mai), die deutsche Diplomatie sei drauf und dran, das "verkrachte Innen= und Außen= ideal der echt=russischen Leute" zu übernehmen: "ein innerlich unfreies Stammland in der Mitte und ringsherum geknechtete Schutzstaaten von Kremdstämmigen".

Man wußte in der Arbeiterschaft den Eindruck zu erwecken und zu vertiefen, daß bie weltpolitische Neuordnung wesentlich nach bem Gebote militärischer Dienststellen und im Interesse einzelner Dynaftien erfolge. Ofter noch als früher wurde bas Bort "Militarpartei" angewendet, immer häufiger angebeutet, daß bie Reichsregierung sich von militärischen Stellen ins Schlepptau nehmen lasse. So sprach Scheibes mann in einer Bahlversammlungsrede von ber Politik, Die "über bie Röpfe ber Regierung hinweg" gemacht werbe und empfahl biefer ben Rücktritt, wenn sie sich nicht durchseben könne. Der Abg. Sierl-Schwabach erklärte auf einer Kreisversammlung des sozialdemokratischen Bereins Ansbach-Schwabach, die Militärpartei führe das Staatsruder und schalte und walte nach Gutbunken; bie Grundlagen ber Politik bes 4. August 1914 seien nicht mehr gegeben. Besonders abfällig wurde in ber sozialbemokratischen Presse bie Frage ber Ginführung der monarchiichen Regierungsform in Finnland und vor allem die einer fächfisch= litauischen Personalunion besprochen.

Der Abschluß des Friedens mit Rumanien — 7. Mai 1918 — be-

gegnete nur geringem Interesse. In der Offensive im Besten war eine Paufe eingetreten. Die Bahlrechtsfrage trat wieder in den Bordergrund.

Die Ablehnung bes gleichen Wahlrechts im preußischen Abgeordnetenhause — m. E. ein schwerwiegender politischer Fehler — verursachte eine ungeheuere Erregung in der sozialdemokratischen Presse. Tetzt sei dem Bolke klar, hieß es, daß die stärkste Macht auch in der preußischen Monarchie nicht der König, sondern die herrschende Klasse sei! Statt der erhofsten Bersöhnung werde nun eine weitgehende Radikalisierung der Massen eintreten. Es sei zu fürchten, daß "in ganz Europa der Haß, die Berachtung gegen dieses Preußen neue Nahrung finden" werde ("Hamburger Echo" 15. Mai). Und der "Borwärts" ließ sich die gute Gelegenheit nicht nehmen, die durch die notwendig gewordene Brotverkürzung erzeugte Mißstimmung für seine Zwecke auszubeuten, indem er am 16. Mai schrieb, daß "an demselben Tage, an dem das gleiche Wahlrecht in Preußen abgelehnt wurde", auch die Herabsehung der Brotration beschlossen sei.

Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Der besonnene und geachtete Gewerkschaftsführer Hugo Winnig wies ("Glocke" 18. Mai) sorgenvoll barauf hin, daß die Erbitterung der Massen einen kaum zu überbietenden Grad erreicht habe; sie ließen sich auf kein Parteiprogramm mehr ein, verurteilten aufs schärfste das politische System der herrschenden Oberschichten und seien beherrscht von dem brennenden Verlangen, damit abzurechnen, sobald sie die Hand frei hätten.

Der Parteivorstand rief am 17. Mai zur Abhaltung von Bersfammlungen auf, die die Auflösung des Landtags fordern sollten.

Die Wühlarbeit der Unabhängigen wurde eifrig fortgesett. Im Wahlfreise Niederbarnim mußte das Mandat neu besett werden. Der "Borwärts" (13. März) berichtete, daß der unabhängige Wanderredner dort in allen Versammlungen gesagt habe, der Arbeiter habe kein Vaterland mehr, und Deutschlands Ergehen könne ihm ganz gleichgültig sein. Innerhalb der Gewerkschaften waren es besonders die "Handlungsgehilfenzeitung" und das "Schuhmachersachblatt", die scharfe Angriffe gegen die "nationalistische Durchhaltepolitik" der Generalkommission, die die Arbeiterinteressen mit Küßen trete, richteten. Unzweiselhaft war es den Unabhängigen gelungen, das Mißtrauen gegen die Führer, das den Massen ohnehin innezuwohnen pflegt, erheblich zu verstärken.

.

Mit besonderer Genugtuung begrüßte die "Leipziger Bolkszeitung" die Tatsache, daß der rufsische Sondergefandte Petrow gleich nach seiner Ankunft in Berlin im März Kautsky besucht habe.

Ende Mai nahm die fogialbemokratische Preffe Gelegenheit, die gange Frage ber Stellung gur Regierung aufzurollen. Es geschah guerft in der Beife, daß diefer die volle Berantwortung fur ihr Sandeln augeschoben, und die Sozialdemokratie davon freigesprochen murbe, felbft an biefer Berantwortung infolge ihres Berhaltens beim Buftande= kommen ber jegigen Reichsleitung teilzuhaben. Stampfer fprach offen aus, es fei ,,ein schlimmer Rehlgriff ber Reichstagsmehrheit gewefen, baß sie ber Ernennung des Grafen hertling jum Reichskanzler ihre Buftimmung gab". ("Breslauer Bolkswacht" 25. Mai.) Das einzige, was der Regierung vielleicht noch Aussicht auf eine längere Lebensbauer verheiße, fei, daß niemand ein rechtes Interesse baran habe, fie gu fturgen. "Sie fteht, weil niemand fie ftogt"; falle fie, fo erfolge vielleicht fein Fortschritt, sondern ein Rückfall in alte Gewohnheiten bei ber Kanzlerwahl ("Breslauer Bolkswacht" 22. Mai). Die "Leipziger Bolkszeitung" (23. Mai) bemerkte hierzu treffend, v. Paper fei als Bertrauensmann der "Regierungsfozialiften" Bizekanzler geworden; "aber hinterher wollen bie Scheibemanner es niemals gewesen sein, wenn es brenglich wird."

Bis zu einem gewissen Grade war die Fronde der Sozialdemokratie gegen die Regierung vielleicht verständlich. Der Kanzler hatte in den Berhandlungen, die er mit den Parteiführern vor Abernahme seines Amtes führte, bestimmte Jusagen innerpolitischer Art gemacht: Aufsbedung des § 153 der Gewerbeordnung, Milderung des Belagerungszustandes und der Zensur, vor allem baldige Einbringung einer Borslage über das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen.

Das erste bieser Versprechen war eingelöst. Bei der Frage des Belagerungszustandes ergaben sich bereits erhebliche Schwierigkeiten. Angesichte der wachsenden feindlichen Propaganda, der landesverräterischen Umtriebe und der Streikhetzereien sträubten sich Militär= und Zivilbehörden dagegen, die Zügel zu lockern. Sie bestanden sowohl auf der Zensur der Lagespresse und sonstiger politischer Schriften, wie auf der Aberwachung politischer Versammlungen. Aber gerade hier fühlten Freisinn und Sozialdemokraten sich in ihren "Menschenrechten" bedroht.

Digitized by Google

Die größten Hindernisse türmten sich auf bei der Einbringung der Wahlrechtsreform. Nachdem aber einmal der König und die Resgierung dafür eingetreten waren, mußten diese Hindernisse rücksichtslos beseitigt werden, wenn nicht anders, so durch Auflösung des Landtags und Neuwahl. Die Männer der Regierung Hertling waren jedoch alles, nur keine Kraftnaturen. Immerhin durfte zu dieser ultima ratio erst im letzen Augenblick gegriffen werden. Die Regierung konnte es nicht darauf ankommen lassen, die in ihrer Treue zu König und Staat altbewährten konservativen Kreise der Bevölkerung einer so starken Belastungsprobe auszusehen, ehe sie nicht das Menschenmögliche versucht hatte, auf gütlichem Wege die Zustimmung der Volksvertretung zu der nun einmal erforderlich gewordenen Neuordnung zu erlangen.

Hätte die Sozialbemokratie ober wenigstens ein Teil ihrer Führer und Presse für Staatsnotwendigkeiten Verständnis gehabt, so mußte sie, nachdem das bindende Versprechen der Krone zur Wahlrechtsreform vorlag, in diesen ungeheuer gespannten Wochen und Monaten von ihrem Drängen ablassen, um die Geschlossenheit im Innern nicht zu gefährden und die Regierung zu stärken. Die Partei stand ihr auch diesmal über dem Vaterland.

Die neue Phase ber beutschen Offensive im Besten - amischen Reims und Laon - wurde in der sozialdemokratischen Presse nicht mit berfelben Genugtuung aufgenommen wie ihr Beginn. Borteilbaft hoben sich, wie gewöhnlich, die "Chemniper Bolksftimme" und die "J. R." hervor. Nachbrucklich wies bas Chemniter Blatt (27., 28., und 29. Mai) barauf bin, daß die Art Frieden, von der die englischen und frangösischen Staatsmänner sprachen, für Deutschland undiskutabel fei. Bahrend Graf hertling versichert habe, von beutscher amtlicher Seite fei niemals geaußert worben, man wolle Belgien behalten, bente sich Lloyd George den ehrenvollen Frieden so, daß englisch bliebe, mas an deutschem Kolonialgebiet und an türkischem Land im Kriege erobert worben fei; nie habe ein englischer Staatsmann bas Gegenteil auch nur angedeutet. So muffe benn bas beutsche Bolf weiter jeden Nerv anspannen. "Die Selbsterhaltungspflicht gebietet Deutschland, ben Bersuch zu machen, die Keinde so empfindlich zu fchlagen, daß sie möglichst bald zum Frieden geneigt find." Rur fo werbe es gelingen, noch in biefem Jahre zu Friedensverhandlungen zu kommen; auf die Bolksmassen in den feindlichen Ländern befondere Friedenshoffnungen zu feten, mare verfehlt.

,

Für die "J. K." (29. Mai) war Sieg und Frieden gleichbedeutend. Sie erinnerte an die Haltung des "Borwärts" im September 1914. Das Zentralorgan habe damals den Franzosen, als unsere Heere ungefähr dort angelangt waren, wo sie jetzt stünden, vorgeschlagen, sie sollten das Waffenspiel beenden, da Deutschland sich gewiß mit einer Kriegsentschädigung begnügen und keinen Landerwerd anstreden werde. "Damals zuerst begann in einigen Köpfen die Einsicht aufzudämmern, daß die Beendigung des Krieges durch eine Verständigung aussichtslos sei. Was seither in vier Jahren geschehen ist, hat diese Einsicht zu einer kast unumstößlichen Gewißheit gemacht." Das deutsche Volk sei "längst entschlossen, den Krieg jetzt gewaltsam zu beenden, den die Feinde sonst ims Unendliche fortschleppen würden". Heilmanns Aufsat schloß mit einem Appell an die Sozialdemokraten, sich dem Siegeswillen des Volkes nicht entgegenzustellen.

Leiber blieb biese klare Erkenntnis von der Verfehltheit und Unmöglichkeit des Gedankens an einen Verständigungsfrieden ebenso vereinzelt, wie es dem Wollen und Sehnen Heilmanns an Widerhall in der Sozialdemokratie fehlte. Den weitaus größten Platz nahmen, besonders auch in der Presse, Sorgen anderer Art ein: Furcht vor weitgreifenden Annexionsforderungen Deutschlands und Mißstimmung darüber, daß die Wahlrechtsfrage anscheinend nicht vorwärts komme. Der "Grundstein" (1. Juni) bemerkte sogar: "Es gibt sehr viele Leute, die das Verhalten der Reaktionäre wie der Regierung auf die militärischen Siege zurückführen, und die von weiteren Siegen eine weitere Stärkung der Reaktion befürchten."

12.

Die "Friedensoffensive" — Sozialdemokratie gegen Oberste Heeresleitung — Letzte Vorhereitung des Umsturzes — Defaitistische Propaganda — Der Reichstag

Auch die Propaganda pazifistischer Ideen setze von neuem und besonders umfangreich ein. Die "Zentralstelle Bölkerrecht" und die "Deutsche Friedensgesellschaft" erließen Aufforderungen im ganzen Reich zur Abhaltung von möglichst vielen Versammlungen. Wegen des bes

stehenden Verbotes sollten diese nicht von ihren Organisationen, sowbern von erst zu bildenden freien Bürgerausschüssen einberufen werden. Auch von dem deutschen "Frauenausschuß für dauernden Frieden" war verschärfte Propaganda pazifistischer Gedanken insbesondere unter den Frauen und Kindern beschlossen worden.

Es lag keineswegs im vaterländischen Interesse, bei der zugespisten politischen Lage dem Pazifismus eine derart umfangreiche propagambistische Versammlungstätigkeit zu gestatten. Angeblich sollte für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 eingetreten werden. Es war aber dem Kriegsministerium und den anderen obersten Regierungsbehörden bekannt, daß die Ziele der genannten Vereinigungen weit über diesen Rahmen hinausgriffen, und sie sich praktisch in einem für Deutschland ungünstigen Sinne betätigten.

Infolgedessen sah sich der Obermilitärbefehlshaber 1) veranlaßt, die über die erlaubten Grenzen hinausgehenden Bestrebungen des Pazisismus erneut als unerwünschte Propaganda zu bezeichnen und die Militärbefehlshaber anzuweisen, die Abhaltung der geplanten Bersammlungen zu verhindern.

Über die Anweisung erhob der Abg. Gothein Beschwerde beim Reichskanzler. Der Reichstag nahm sich der Sache an. In der Sigung des Hauptausschusses des Reichstages kam es zu heftigen Angriffen gegen den Kriegsminister. Dieser war mit Einwilligung des Reichskanzlers auf kurze Zeit beurlaubt, seine Anwesenheit oder Rückberufung hatte der Reichskanzler nicht für notwendig gehalten. Um so überraschender war die Forderung des letztern, daß von der Heeresverwaltung sofort geantwortet werden sollte. Da er selbst anwesend war, hätten einige Worte von ihm genügt, um die Angelegenheit dis zur Anwesendeit des Kriegsministers hinauszuschieben. Ich erwiderte an Stelle des Kriegsministers, daß dieser nicht beabsichtigt habe, sede Tätigkeit genannter Stellen zu verbieten, daß er aber unbedingt verhindern müsse, daß in der pazifistischen Propaganda über den Rahmen des Staatswohles hinausgegangen würde.



¹⁾ Es war dies eine vor kurzem errichtete Dienststelle, deren Inhaber der preußische Kriegsminister war. Ihre Schaffung war notwendig geworden, um dem Kriegsminister in gewissem Umfange ein Besehlsrecht gegenüber den im übrigen ihm gleichgestellten stellvertretenden kommandierenden Generalen zu geben.

In Deutschland wurde der Kriegsminister wegen eines vielleicht unglücklich gefaßten Erlasses, der die ausgedehnte Tätigkeit einer Friedensgesellschaft einschränken sollte, heftig angegriffen. Bei der Entente wurde zu derselben Zeit mit harten Gefängnisstrafen vorgegangen, ohne daß es zu irgendwelchen Erörterungen in den feindlichen Parlamenten gekommen wäre. Die Entente wußte sehr wohl, weshalb sie so scharf eine den Kriegswert der Nation herabsehende Propaganda unterdrückte; in Deutschland war man blind gegen diese Gefahren, und man ließ sich auch nicht überzeugen. Die Herren wußten es eben besser. Die "Berzichtfriedensmehrheit" des Reichstages blieb sich auch hierin konssequent.

Dies freilich war nicht bie Stimmung, aus der heraus uns der Endsieg erwachsen konnte.

Am 31. Mai, am Tage, nachdem unsere Truppen bei Fore-en- Larbenois die Marne erreicht hatten, bekannte sich der Parteiausschuß der Mehrheitssozialbemokratie nach zwei Reben Gberts und Scheidemanns erneut zum Verständigungsfrieden auf der Grundlage der Entschließung vom 19. Juli 1917.

Die Unabhängigen aber gingen unter Billigung der eigensinnig an die russische "Loyalität" glaubenden Regierung dauernd in der russischen Botschaft Unter den Linden aus und ein, wo als Vertreter der "Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik" Herr Joffe resisdierte.

Im Westen hatte auch der Vorstoß zur Marne nicht den Erfolg egebracht, den Feindbund friedensbereit zu machen. Das Einsehen von Gegenangriffen bewies vielmehr seinen noch ungebrochenen Kampfeszwillen.

Nunmehr begann eine "Friedensoffensive" unserer Diplomatie. Am 24. Juni hielt der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kühlmann, im Reichstage eine Rede, die — im strikten Gegensaße zu ihm erteilten Weisungen des Reichskanzlers — den Eindruck hinterließ, "daß troß der glänzenden Erfolge unserer Offensive ein Ende des Krieges nicht abzusehen sei, daß rein militärisch der Krieg überhaupt nicht zu Ende geführt werden könne, daß hierzu vielmehr diplomatische Verhandlungen notwendig seien, zu denen aber auf der anderen Seite bisher noch keinerlei Geneigtheit sich zeige. Ein Bekenntnis von vollständiger Trostlosigkeit und Resignation ohne die leiseste Andeutung, was die deutsche

Politik tun wolle, um sich einen Beg zu bahnen". (Belfferich "Der Beltkrieg", Band III).

Die darauf folgenden Redner, die Herren Gröber (Zentrum) und Dr. David (Soz.) gingen auf die Rede des Staatssekretars überhaupt nicht ein. Sehr scharf aber griff ihn Graf Bestarp (Kons.) an, der ihm vorwarf, der Siegeszuversicht des Heeres einen schweren Stoß versetz zu haben.

Am nächsten Tage besavouierte ber Reichskanzler beutlich die Ausführungen Herrn v. Kühlmanns; dieser selbst versuchte sich dahin zu interpretieren, daß er den militärischen Erfolg als Vorbedingung jeder diplomatischen Verhandlung stets angesehen und bezeichnet habe.

Daß nach biefen Borgangen die Tage herrn v. Rühlmanns als Staatsfekretars des Auswärtigen gezählt waren, lag auf ber hand.

Unders bachte die Sozialdemokratie.

Die erste Rede des Staatssekretars wurde von ihr gunstig aufge nommen, die zweite nicht.

Das "Hamburger Echo" (25. Juni) sah in v. Kühlmann einen "Mann des Ausgleichs", der als solcher, "wenn man ihn schalten und walten ließe, wohl ohne größere Mißgriffe der Sache des Friedens dienen" würde. Der "Borwärts" (25. Juni) zollte der "Klarheit und Offenheit, mit der er ausgesprochen hat, daß dieser Krieg nur durch Verständigung zu beenden ist, volle Anerkennung."

Nach der Rede vom 25. Juni sprach das "Hamburger Echo" (26. Juni) von einer "Ehrenbezeigung vor jener allbeutschen Richtung, die sich ihm (K.) gegenüber schwerlich zu derselben Höstlichkeit herbeitassen würde." Doch habe v. Kühlmann, auf dessen Seite die ganze Macht der Tatsachen stände, noch nicht den Kürzeren gezogen. Auch die "Schwäbische Tagwacht" (26. Juni) neigte der Auffassung zu, daß "erfreulicherweise in sachlicher Hinsicht kein Rückzug vorliege."

Ernster sah bie "Franksische Tagespost" (26. Juni) bie Lage an, indem sie, zugleich mit starker Betonung der in der gesamten sozialdemoskratischen Presse zutage tretenden Ansicht, daß übermäßige politische Einflüsse der D. H. L. vorlägen, andeutete, daß Graf Hertling den Staatssekretar fallen lasse.

Der "Borwärts" aber (27. Juni) verwahrte sich sehr dagegen, für von der Rechten und den Nationalliberalen ausgehende Bersuch, v. Kühlmann zu stürzen, in Anspruch genommen zu werden, und am

gleichen Tage hob die "Schwäbische Tagwacht" ausdrücklich hervor, wie verkehrt es wäre, sich durch "Ungeschicklichkeiten" des Staatssekretärs verleiten zu lassen, an der "Hetzempagne" gegen ihn, die sich in Wahrheit gegen den Friedensgedanken richte, teilzunehmen. Der "Borwärts" ließ sich auch von der Erwägung leiten, ob nicht nach v. Kühlsmanns Rücktritt ein Mann an seine Stelle träte, "der den Albeutschen gegenüber nicht nur schwach, sondern völlig willenlos ist" (28. Juni) und arbeitete scharf den Gedanken heraus, daß "Kühlmannkrise zusgleich Kanzlerkrise" wäre.

Kurz barauf, am 3. Juli, hielt Herr Scheibemann im Reichstag eine Rede, in der er heftig gegen die angebliche militärische Vorherrsschaft polemisierte und die Regierung sowohl wegen der Lebensmittels verteuerung wie wegen ihrer unentschlossenen Haltung in der Wahlsrechtsfrage angriff. Schließlich erklärte er, nicht zur Bewilligung des Etats imstande zu sein.

Die sozialbemokratische Presse äußerte sich über die Rede sehr befriedigt, besonders weil Scheidemann die unleugbare Friedenssehnsucht weiter Bolkskreise auf eine kurze Formel gebracht habe.

In der gleichen Linie des Widerstandes gegen alles, was, auch nur entfernt mit Politik zusammenhängend, von der D. H. L. kam, lag auch die ablehnende Haltung, mit der die sozialdemokratische Presse dem vom Feldmarschall Hindenburg ins Leben gerusenen kurländischen Siedlungsplane begegnete. Vor allem wurde beanstandet, daß die Verfügung vom Chef des Generalstades erlassen sein, obwohl sie mit militärischen Dingen nichts zu tun habe (daß dies seinen Grund darin hatte, daß seitens der Zwilbehörden nichts für eine gesunde Siedlungstätigkeit gesichah, übersah oder verschwieg man). Ganz mit Recht erinnerte die "Eisenbahnerstimme", das Blatt des neutralen Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, angesichts des ihr unbegreissischen Widerstandes des "Vorswärts" gegen den Plan daran, daß die Sozialdemokratie niemals eine Freundin der Bodenreform gewesen sei, da durch diese ein bodenständiges, heimatsfrohes Geschlecht geschaffen werde.

Am 8. Juli trat herr v. Kühlmann zurück. Sein Nachfolger wurde ber Abmiral a. D. v. Hinge, zulest Gesandter in Norwegen.

Da ben parlamentarischen Erfordernissen insofern Rechnung getragen wurde, als die Ernennung herrn v. hinges erst erfolgte, nachdem er ben Parteiführern vorgestellt war, und ba ferner Graf hertling im Hauptausschuß erklärte, daß nicht der Staatssekretar, sondern er, der Ranzler, die Politik mache, nahm die sozialdemokratische Partei den Versonenwechsel verhältnismäßig, ruhig auf.

Am 18. Juli hatte im Westen die feindliche Gegenoffensive eingesetzt. Ihr Eindruck auf die deutschen Arbeitermassen war unleugdar sehr groß. Neben dem vielfach anzutreffenden Gefühl starker Gedrücktheit über die Niederlage und der schwindenden Hoffnung auf eine baldige endgültige Entscheidung fand sich auch eine Art von Genugtuung der Anhänger des sogenannten Verständigungsfriedens. Sie trugen sich mit der Hoffnung, nun werde die "Militärpartei" und insbesondere die D. H. L. die angeblich von ihr verfolgte Annerionspolitik aufgeben. Der Grundton der Stimmung war ein ratloser Pessimismus.

Nur bei einer gewissen Sorte der sich auch deutsch nennenden Arbeiterschaft war dies nicht der Fall. Bei ihnen, vor allem ihrer Führerschaft, den Barth, Däumig, Blumenthal, Richard Müller, triumphierts man. Die Zeit für den bewaffneten Umsturz, die Vernichtung des Reiches von innen her, schien heranzunahen.

Ich gebe Emil Barth, dem "Hauptmacher" der Revolution, das Wort: 1)

"Es war wohl das schwerste Stück Arbeit gewesen, Berbindungen aussindig zu machen, um die notwendigen Brownings, Munition und Handgranaten zu erhalten. Aber es gelang schließlich doch. Einen Teil bekamen wir völlig umsonst, einen Teil zu normalen und einen Teil zu unverschämten Bucherpreisen. Als wir nun soweit waren, die Waffen zu erhalten, hatte sich eine erste und eine zweite Gelegenheit, Geld zu erhalten, zerschlagen. Endlich, nach ungeheuer mühevolken Bemühungen ... erhielt ich von einigen Genossen ausreichend Geld, immer soviel ich benötigte. Die Tage, die Wochen verflogen, und noch immer war die Beschaffung von Handgranaten nicht geglückt. Doch endlich hatten wir mit ungeheuerem Wagemut selbst welche hergestellt, hatten sie in vielen D-Zugsahrten, trotz Zugkontrolle, hierher geschafft, und so war auch diese Sorge erledigt ...

Jett begann bas Gefährlichfte. Die Bilbung ber Stoftrupps.

Es mußte in jedem Großbetriebe ein Führer derfelben gefunden werden, der bann innerhalb feines Betriebes feine Leute aussuchte. Es



¹⁾ Emil Barth, Aus der Bertftatt der beutschen Revolution, S. 33.

mußte jeder Stoßtruppführer genau mit den Baffen informiert sein, so daß er sie ausprobierte und jedem Einzelnen wiederum klarlegte. Die einzelnen Leute mußten verschwiegen sein, mußten die Waffen kennen und mußten auch die Kerle sein, sie zu benußen. Doch es ging, nicht nur besser, als ich dachte, sondern gerade diese Führer, die ich alle selbst einweihte, nachdem sie nach reislicher Uberlegung an mich verwiesen waren, gaben mir neuen Mut und neue Energie ...

Anfang August, also nach ber Nieberlage an ber Marne, wurden die ersten Stoßtrupps gebildet. In den Sitzungen mit den Obleuten und bei den Führern legte ich Klar, daß nunmehr alle Tage die Kriegslage uns zwingen könne, loszuschlagen ...

Jetzt galt es, die richtige Stunde zum Kampfe zu wählen, die richtige Stunde und die äußerste Kraftanstrengung, den einheitlichen Schlag im ganzen Lande. Kuriere gingen ab. Die Stimmung war überall gut. Die Vorbereitungen überall fest im Gange. Aberall die strifte Anweisung, nur auf meine Parole loszuschlagen."

Die Organisation war, ohne daß — wie erwähnt — die Behörden ober auch selbst Kreise der Mehrheitssozialdemokratie Kenntnis davon hatten, fertig ausgebaut. Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei waren Rich. Müller, Abg. Haase und Ledebour nach Barths Zeugenis in alle Pläne eingeweiht.

Ersterer wurde im September von den Unabhängigen als Randidat im Bahlkreise Berlin I aufgestellt.

Die Mehrheitspresse enthielt sich trot der starken Depression der Massen jeder Aufsätze zur Hebung der Stimmung. Die "Breslauer Bolkswacht" (27. Juli) besprach die militärischen Ereignisse sogar in recht pessimistischer Form.

Dagegen geizte man — Mehrheitssozialisten und Unabhängige — nicht mit Sympathieerklärungen für den Bolschewismus. "Bricht jett sein System zusammen, so bedeutet das einen Schlag für uns alle", rief der unabhängige Dr. Breitscheid in der "Sozialistischen Auslandspolitik" (25. Juli) aus. Auch Stampfer ("Borwärts") machte aus seiner Sympathie kein Hehl. —

Daß diese stetig zunehmende trübe Stimmung der heimat auch auf das heer nachteiligen Einfluß haben mußte, bedarf keiner Begründung. Und wie notwendig war es gerade bei diesem, den Kampfeswillen zu erhalten. Man versetze sich in die Wirklichkeit. Der Mann, der sein

Mles einsette, um Baterland, Saus und Berd zu ichuten, bekam von seinen Angehörigen in Briefen bie übertriebensten Nachrichten von ihrem jämmerlichen Leben, von ihren Entbehrungen und Leiben. Er las in ben Zeitungen ober hörte, wenn er auf Urlaub war, von ben unausgesetten Angriffen vieler Bolksvertreter im Parlament, die alles, was fie an Herr und Regierung auszusehen hatten — ob mahr ober unwahr in der breitesten und oft gehässigsten Beise vorbrachten. Er vernahm bier, wie schlecht seine Offiziere waren, dieselben Offiziere, auf die er im mörderischen Rampfe vertrauensvoll gesehen hatte und binfab, bie ihm stets als leuchtendes Beispiel vorangingen. Er borte, daß biefe Offiziere angeblich auf seine Rosten lebten, dag der aktive Offizier alles versuche, aus der vordersten Linie zu kommen, dag dem einfachen Manne zugunsten der Offiziere die Gewinne aus der Kantinenwirtschaft ent gingen, daß der Soldat ein Recht auf Urlaub habe, herabwürdigend behandelt würde, kurzum, wie schlecht es ihm eigentlich ginge. Mußte bies nicht auf manchen charakterschwachen Mann lähmend einwirken! Mußten nicht Autorität und Disziplin badurch geschäbigt werden!

Biele ber Urheber biefer Anklagen haben sich bies nicht klar ge macht, andere wollten es nicht, sie hatten andere Biele vor Augen.

Die Folgen blieben nicht aus. Die zur Front zurückkehrenden Krieger hoben die Stimmung nicht. Es ist von Stellen des Feldheeres später behauptet worden, daß die Gesinnung des zum Heere herausgegangenen Ersates geradezu eine Gefahr für die Schlagfertigkeit gebildet habe. Das mag vielfach zutreffen. Allerdings haben die stellvertretenden Generalkommandos in ihren monatlichen Berichten an das Kriegsministerium über eine so schlechte Stimmung nicht geklagt. Daß in allerletter Zeit einzelne Erzesse tollster Art bei den Transporten vorgekommen sind, kann nicht bestritten werden. Sie waren tief bedauerlich, bedauerlicher aber noch die Tatsache, daß von manchen militärischen Stellen nicht mit der nötigen rücksichtslosen Tatkraft dagegen eingesschritten wurde. Es bedurfte erst eines scharfen Schreibens des Kriegsministeriums an die stellvertretenden Generalkommandos, um hierin Wandel zu schaffen.

Besonders schädlich war das Verhalten eines Teiles der aus rufischer Gefangenschaft zuruckgekehrten Mannschaften.

Schon vor ihrem Eintreffen hatte das Ariegsministerium Nachrichten erhalten, die zu einer gewissen Borsicht mahnten. Diese Warnung wurde

an das General-Gouvernement Warschau weiter gegeben mit dem Zusatz, über die Gesinnung der Leute Erkundigungen einziehen zu lassen und nur unzweiselhaft zuverlässige in die Heimat zu senden.

Eines Tages ließ sich bei mir ein Pfarrer melben, der zur Begrüßung der Leute nach Warschau geschieft war. Er schilderte ihre Stimmung als sehr gedrückt, "sie glaubten fast allgemein, daß ihnen ihre Gefangenschaft in der Heimat nachgetragen würde". Er beklagte lebhaft die gemäß obiger Warnung seitens des General-Gouvernements getroffenen Magnahmen, die auf den "armen Leuten" schwer lasteten.

Diese "armen Leute" erholten sich indes nur zu schnell aus ihrer "gedrückten Stimmung". Sie weigerten sich vielfach, erst zu ihren Erssatzermationen zurückzukehren, um von hier aus den zugesagten Urlaub anzutreten. Sie wollten direkt auf Urlaub fahren, und als sie nach dem Urlaub wieder zum Bestheer befördert werden sollten, kam es zu recht ernsten Ausschreitungen.

Um den jungen Nachwuchs möglichst bald den schädlichen Einsflüssen der Heimat zu entziehen, wurden auf Beranlassung des Kriegsministeriums die Rekrutendepots im Felde verstärkt. Aber auch in diesen
fing es an zu gären. Besonders gab der Geist der auf dem Truppenübungsplat Beverloo ausgebildeten Leute Beranlassung zu Klagen.

Bei dem Feldheer selbst waren leider auch Momente vorhanden, die Woral der Leute nicht hoben. Bon den dem Kriegsministerium zu Ohren gekommenen Klagen führe ich nur an: Mangel an Urlaub, Schimpfereien, keine Ruhe, zuviel Dienst, Ungerechtigkeiten bei Bersteilung des Eisernen Kreuzes und anderes mehr.

So schrieb mir ein Divisionsführer um diese Zeit: "Das stellenweise Nachlassen der Frische und der Disziplin ist vor allem darauf zurückzuführen, daß, durch die Lage bedingt, die notwendige Ausbildungsund Ruhezeit fehlt, um die Mannschaften, namentlich den neu eintreffenden Ersat mit ihren Führern zusammen zu schweißen. Der Offizier," so fährt er fort, "hat auf diese Weise keine Gelegenheit, die notwendige Aussicht über seine Mannschaft auszuüben und zu verhindern, daß schlechte und feige Elemente weiteren Einfluß gewinnen."

Die Stimmung ber Arbeitermassen begann, zumal infolge ber Hiobsposten aus bem Westen, weiterhin gebrückter zu werben. —

In der sozialdemokratischen Presse fanden sich immer häufiger hinweise auf die kräftige Beteiligung der Amerikaner durch "frische,

wohlgepflegte Truppen, die Amerika zur Zeit allmonatlich nach Frankreich wirft" ("Schwäbische Tagwacht" 21. August), als eine vermeint= liche Folge des Tauchbootkrieges ("Magdeburger Bolkskimme" 8. Au= gust; "Breslauer Bolkswacht 7. August; "Borwärts" 6. August).

Es war ganz natürlich, daß die Arbeiterschaft in dieser Stimmung sich an jedes Zeichen angeblich beginnender Einsicht bei den Feinden klammerte, von dem die deutsche sozialdemokratische Presse zu melden wußte. Besonders der "Borwärts" zeigte sich hierin erkinderisch. Zusgleich erwachte wieder der Bunsch nach einer sozialdemokratischen Friedensaktion trot der wenig ermutigenden Erkahrungen der Stocksholmer Konferenzen.

Am 8. August erklärte das Zentralorgan, Deutschland brauche sich nur für Bölkerbund und Schiedsgerichte auszusprechen, dann seien Wilsons Bedingungen erfüllt. Demzufolge rief es die Regierung an, sie möge "endlich die Flagge zeigen", damit man wisse, ob sie Zerschmetterungspolitik treibe oder nicht. Am darauf folgenden Lage schrieb es: "Kür den Gedanken eines Völkerbundes zur Bermeidung künftiger Kriege sind nach so langer Leidenszeit alle Völker der Welt begeistert." Für diesen Gedanken erwärmte sich auch die Provinzpresse. Gerade in diesen schweren Wochen folgte sie fast blindlings, vielfach unter Hinneigung zu Wilsons Kundgebungen, der pazifistischen Parteitradition. Das deutsche Volk in seinen Massen aber bedurfte jetzt einer kräftigeren Speise als des Breies einer imaginären Völkersversöhnung.

Selbstverständlich wurde die Schuld an dieser schweren Stimmungskrise von der sozialdemokratischen Presse den "Alldeutschen" zusgeschoben, die zu hochgespannte Erwartungen geweckt hätten. Mit Bestriedigung wurde festgestellt, daß ihnen der Boden unter den Füßen wanke. Daß die Lätigkeit dieser Kreise stets von der Sozialdemokratie auf das heftigste bekämpft und des öfteren triumphierend ihre Einsslußlosigkeit festgestellt war, verschwieg man.

Das Bertrauen zur D. H. K. war auf bas schwerste erschüttert. Man klagte, daß diese allen suggeriert habe, sie werde in diesem Jahre den Endsieg erreichen; da sei dann die Enttäuschung unausbleiblich. Iwar vermochte keine Zeitung zu behaupten, daß im Großen Hauptquartier jemals eine solche Bersicherung abgegeben sei; aber allenthalben sei das von unter der Hand geraunt worden. Während in den ersten erfolgreichen

Zeiten unserer Offensive Englands und vor allem Frankreichs Regierung, Parlament und Bolk ruhige Entschlossenheit und nationale Tatkraft bewiesen, sich um ihre "Allengländer" und "Allfranzosen" scharten, vor allem die Nerven nicht verloren, war jest in Deutschland die Anfälligkeit der Presse und erst recht der Arbeiterschaft gegenüber der defaitistischen Propaganda erschreckend erhöht. Bor allem aber fehlte in unserer Regierung ein Elémenceau; ein Mann, wie herr v. Oldensburg ausrief, "von bodenloser Rücksichtslossisseit".

Natürlich entrustete sich die Arbeiterpresse auch über diesen Aussspruch des vielgehaßten Politikers gewaltig. Was gab es überhaupt, was in dieser kritischen Zeit nicht von ihr angegriffen wurde, wenn es nur im entferntesten nach Stärkung des Siegeswillens aussah!

Gegen ben "Gewaltfrieden" von Brest brach ein wahrer Sturm los. Die von Stampfer beeinflußten Blätter hatten sich folgende Beweissührung zurechtgelegt: Die Entente werde nie bereit sein, Deutschsland freie Hand im Often zu belassen, ehe sie völlig geschlagen sei. Da im Westen zumindest die Möglichkeit einer militärischen Remispartie vorliege, erschwerten vollendete Tatsachen im Osten den Gesamtfrieden; die neuen Throne wirkten als "Barrikaden" gegen den Berständigungsfrieden, der "elende Frieden von Brest-Litowsk" aber sei nicht "die Knochen eines einzigen deutschen Soldaten wert". ("Borwärts" 13. und 14. August.) Dauernd geordnete Berhältnisse könne nur die kommende Weltsriedenskonferenz bringen ("Magdeburger Volkstimme" 17. August).

Vergebens machte gegen dieses Toben Ernst Heilmann ("I. R." 15. August) geltend, daß die Partei doch eigentlich selbst die deutsche Ostpolitik in ihren Anfängen (Polen-Proklamation) gutgeheißen habe; von dieser zum Brester Frieden führe aber eine schnurgerade Linie. Die Fraktion habe doch auch dem Frieden mit der Ukraine zugestimmt. "Wir tragen deshalb mit am schwersten an der Verantwortung für diese Ostpolitik. Uns ihr entziehen zu wollen, indem wir uns auf die Ablehnung des Brester Friedens stützen, wäre nicht tapfer und letzten Endes auch nicht klug." Vergebens schrieb auch das "Hamburger Echo" (18. August): "Das Schelten auf den Frieden von Brest hat u. E. mehr geschadet als genügt"; hätte die Entente Rußland überhaupt als Großmacht erhalten wollen, hätte sie sich ja an den Brester Verhandlungen beteiligen können; sie wolle aber in Wahrheit Rußland ebenso wie Deutschland zertrümmert sehen. Diese wenigen Stimmen ruhiger Bernunft gingen in ber allge= meinen Erregung und Unzufriedenheit verloren. —

Unablässig ertönte der Ruf nach Berzicht und Verständigung. "Die deutsche Regierung hat sich tatsächlich erst jetzt zu der klaren Erkennt= nis durchgerungen, daß dieser Krieg von Deutschland nur als reiner Verteidigungskrieg gewonnen werden kann, und daß der deutsche Sieg lediglich darin bestehen muß, den feindlichen Vernichtungswillen zu brechen", ("Breslauer Volkswacht" 26. August.) Andere Blätter glaub= ten, daß diese Klarheit noch nicht gewonnen sei.

Nach innen begann man stürmisch die volle Parlamentarisierung der Regierung zu fordern: "Der ganze, der volle Parlamentarismus mit Herrschaft der Linken ist möglich ... Sozialdemokraten müssen auch die Berantwortung für das Regieren übernehmen." ("Chemniker Bolkskimme" 17. August.) Das sei der einzig gangdare Beg zur Macht! (!) Darüber hinaus begann ziemlich allgemein eine auffallende Berquickung der außenpolitischen Forderungen mit dem Berlangen nach Demokratisierung aufzutreten, mit der Begründung, daß "die Ersehung der Obrigkeitsregierung durch die Bolksregierung die erste Boraussehung einer starken, konsequenten, unbeierbaren Friedenspolitik des Reiches" sei ("Breslauer Bolkswacht" 26. August). Teilweise wurde auch auf die Stärkung der inneren Front durch Reformen hingewiesen. ("Borswärts" 27. August; "Chemniker Bolksstimme" 24. August.)

Auch hier verschwieg man, daß seit fast einem Jahre Bertrauensmanner ber Sozialbemokratie in der Regierung saßen, und daß diese seit derselben Zeit nichts tat und tun durfte ohne vorherige Befragung der Parteiführer.

Jedenfalls hatte die Regierung in der Arbeiterschaft keinerlei freudige Gefolgschaft mehr. Man zweiselte nicht so sehr an Graf Hertslings gutem Willen wie an seiner Energie und Fähigkeit, eine grundssählich als richtig erkannte Politik durchzusetzen. So tauchte denn in der sozialdemokratischen Presse sehr bald die Annahme auf, daß eine Kanzlerkrise im Entstehen sei. ("I. K." 10. September.) Der Reichstag müsse selbst die Führung in die Hand nehmen.

Mein Verhältnis zum Reichstag war im allgemeinen gut. Meinen Grundfat, in der schweren Zeit zu helfen, solange es in meiner Macht lag, und ich es mit meinem Gewissen vereinigen konnte, hatte ich auch bei den Volksvertretern angewandt, und ich kann kuhn behaupten, daß

die Zahl berjenigen, die nach Anbringung ihrer Wünsche befriedigt von mir zurückkehrten, nicht gering gewesen ist. Die dadurch erwachsene Arbeit war nicht unerheblich, da jeder Fall grundsätlich geprüft wers den mußte und einzelne Abgeordnete mit annähernd 50 Klagen und Besichwerden kamen. Gedankt haben mir wenige. Ich wollte aber auch von ihnen keinen Dank, ich wollte der großen Sache dienen.

Der Reichstag stand auf keiner hohen Stufe. Ein großer, nationaler Zug hat nur kurze Zeit im Hause am Königplatz geweht. Dann trat ein Parteigeist auf, der wohl zeitweise bei besonderen Anlässen, wie Lobesserhebungen auf unser heer, einen höheren nationalen Schwung annahm, im allgemeinen aber seine Sonderinteressen zum mindesten neben, vielsfach über die des Vaterlandes stellte.

Durch das laue Verhalten der Regierung erhielt der Reichstag im Laufe des Krieges eine Macht, die ihm nicht zustand. So wurde mehrsfach im Haushaltungsausschuß von Abgeordneten selbst gesagt: "Da die Regierung sich nicht rührt, nehmen wir die Sache in die Hand."

Der Reichstag wurde mehr oder weniger Regierung. Soweit durfte man es nicht kommen lassen. Entweder mußte man den Absichten und Anträgen der Bolksvertretung zuvorkommen, oder aber sie zurückbämmen. Die Regierung mußte herr im Lande sein und nicht der Reichstag, selbst wenn es deshalb zur Auflösung des Parlaments gekommen wäre. Eine solche wäre auch schon insofern ganz berechtigt gewesen, als die Jusammenseyung des Reichstages am Ende der Legislaturperiode nicht der Bolkskimmung entsprach.

Die Verhandlungen im Haushaltsausschuß ober im Plenum wurben, was das militärische Gebiet anbelangt, mit der Zeit eintönig.

* Rlagen über Urlaub, Verpflegung, Behandlung, Ordensverleihungen
wurden immer wieder vorgebracht. Soweit sie sich auf die Fragen im
allgemeinen erstreckten, konnte man gegen eine eingehende Klärung
nichts einwenden. Wenn sie aber Einzelfälle betrafen, war schon im
Ausschuß ihre Erwähnung vom Abel. Ich konnte nur immer wieder
antworten: "Den grundfählichen Standpunkt der Heeresverwaltung
kennen Sie und haben ihm zugestimmt. Wenn hiergegen verstoßen sein
sollte, muß der Fall erst aufgeklärt werden. Ich bitte, mir die Unterlagen dazu zu geben." Die Untersuchung erfolgte dann, und der betreffende Abgeordnete bekam seinen Bescheid.

Die einzelnen Fälle waren viel schneller erledigt worden, wenn mir Brisberg.

bie Abgeordneten die Beschwerden direkt übergeben hätten. Ich habe oft darum gebeten. Viele taten es und können sich über mangelndes Entgegenkommen der Heeresverwaltung bei rascher Herbeiführung eines Bescheides wohl kaum beklagen. Ich aber, und viele Vertreter der Regierung, waren ihnen dankbar für die Rücksichtnahme auf unser wirklich sehr in Anspruch genommene Zeit.

Die Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokratie und der Unabhängigen verfuhren dagegen meist anders. Sie konnten sich nicht genug tun, die krassesten Fälle eingehend zu schildern und sie im Plenum zu wiederholen, tropdem ihnen im Ausschuß bereits Antwort erteilt war.

Die Erklärung hierfür gab mir einst ein sozialbemokratischer Abgeordneter mit den Worten: "Wir mussen es für unsere Partei draugen tun."

Dies Vorbringen von Einzelfällen im Plenum hat ungemein geschadet, aber das wollte man nicht zugeben. Die Disziplin im Heere und die Stimmung im Lande mußten dadurch untergraben werden. Parteirücksichten wurden allem vorangestellt. Es sollte das Heer und die Bevölkerung erfahren, daß die und die Partei sich der Sache am nähme, und der Abgeordnete X. ein höllischer Kerl sei. Welchen Eindruck die Feldgrauen, die den Verhandlungen des Plenums als Zuschauer beiwohnten, bekommen mußten, wenn sie sahen, daß ein Abzgeordneter der linksstehenden Parteien in der Unisorm eines Vizefeldwebels den Kriegsminister in der heftigsten Weise angriff, brauche ich nicht zu schildern. Es war geradezu ein Verderb für die Disziplin.

Dies Verfahren war um so bedauerlicher, als ben in keiner Beise nachgeprüften, weil vorher ber Heeresverwaltung nicht bekannt gegebenen Beschwerden im Reichstage von vornherein geglaubt wurde. Ich beshaupte, daß dreiviertel aller Schilderungen erlogen oder übertrieben waren. Aber auch die eingehendste Untersuchung konnte diese Herren vielfach nicht belehren. Es wäre doch zu schade gewesen, wenn alles nicht wahr wäre; also wurden sehr einfach die Untersuchungen ans gezweiselt.

Es kam vor, daß im Plenum unglaubliche Fälle von Behandlungen bei Truppenteilen vorgebracht wurden, die es gar nicht gab.

Allgemein wurde vergessen, daß bei einem Millionenheer Rlagen, mogen sie berechtigt oder nicht berechtigt sein, nicht verstummen werden.

Ihre Jahl schien manchen Abgeordneten zu hoch. "Sie gehen in die Tausende", rief ein Bolksvertreter voller Entrüstung aus; er hatte sich nicht vorgestellt, daß, auf 1000 Mann eine Klage gerechnet — was ersklärlich ist — dies z. B. bei einem 4 Millionenheer allein schon 4000 Källe ausmachte.

Leiber wurden die Schreiben aus der Truppe, die lobten und gejundes Verständnis für die Wirklichkeit zeigten, sehr selten im Reichstage verlesen, trothem konservative Abgeordnete und ich mehrkach darauf hingewiesen hatten. Die Jahl solcher Anerkennungen hat die der Klagen sicherlich bei weitem überstiegen. Ihre Erwähnung hätte auf das heer und besonders auf die heimat günstig gewirkt. Aber das paßte nicht in das freisinnig-sozialdemokratische hetzschema.

Die alte Erscheinung, daß die Bolksvertreter zuweilen nicht einsehen konnten, daß $2 \times 2 = 4$ ist, zeigte sich auch während des Krieges. Alles Reben war in solchen Fällen umsonst, man wollte eben nicht.

Auffallend war, daß im Ausschuß viele Angelegenheiten mit der Judenfrage verknüpft wurden. Dies begann so um 1916 herum. Hauptvertreter des Judentums saßen in den Reihen der Freisinnigen und Sozialdemokraten. Besonders konnte Herr Gothein in dieser Hinsicht nicht genug tun. Es war ja zum Beispiel auch in der Zeit, in der wir standen, besonders wichtig, daß er die Frage der Aufnahme der Juden in die Kadettenanstalt anschnitt.

Dieses Bordrängen bes judischen Elementes war ein Borbote ber Revolution. Man hat ihn zu wenig beachtet.

Was General von Stein in seinen Erlebnissen von dem Verhalten der Sozialdemokratie sagt, die auf der einen Seite das Kriegs= ministerium aufforderte, etwas gegen die Unabhängigen zu tun, auf der anderen wegen derartiger Maßnahmen die Militärbehörde im Ple= num heftig angriff, kann ich voll bestätigen. Es ist nicht ein mal son= dern mehrmals geschehen. Ich habe auch dieserhalb mit Herrn Ebert gesprochen. Mit Recht heißt es in des Generals Buch: Solche Politik kann weder Eindruck machen, noch Vertrauen erwecken.

Dem Kriegsminister von Stein gegenüber verhielt sich ber Reichstag zuerst sehr zurückhaltend. Man wußte nicht, was hinter bem schweigsamen Manne steckte. Nachbem ber Minister aber mehrmals gesprochen und ben Bolksvertretern recht beutlich die Zähne gezeigt hatte, nahmen die Linke und das Zentrum gegen ihn Stellung. Der allen

Digitized by Google

weit überlegene General, ber anscheinend den Reichstag und besonders gewisse Mitglieder besselben ignorierte, wurde Leuten wie Erzberger, Gothein, Scheidemann u.a. ein Dorn im Auge.

Bezeichnend hierfür ist ein Artikel Schöpflins im "Sächsischen Bolkeblatt" vom 18. Juni 1918, in dem bitter Rlage über den angeblichen Grundfat bes Kriegsminifters, bem Reichstag nur ja teine Ant wort zu geben, geführt wird. Mit keinem Rriegsminifter feien bie Berbandlungen im Reichstage so unerquicklich gewesen wie mit dem gegen wärtigen. Seine paffive Resistenz beginne unerträglich zu werben. Beiter beißt es: "Moltke war ein großer Solbat und Schweiger herr v. Stein ift ficher ein noch größerer Schweiger. . . . Gewiß, bem Beren Rriegsminister steben eine Ungabl Departementsbirektoren gur Seite, die im Reichstage mit Recht sich allgemeiner Wertschätzung er freuen: Generalleutnant v. Langermann, ber allzeit hilfsbereite; General Scheüch, ber bei allem äußeren Schneib ben gemütlichen Sohn bet Reichslandes nicht verleugnen kann, und General v. Brisberg, ber Bick gewandte, ber auch ben trübften Bilbern und Tatfachen gegenüber immer in der Stimmung ift, "hurra" zu rufen und "Deutschland, Deutsch land über alles" anzustimmen. Wie ja überhaupt feit langer Beit bie Departementebirektoren im preußischen Rriegeministerium ber wert geschätzteste Teil waren."

Die mit aller Zähigkeit für eine Besserung der Berhältnisse kämpfenden rechtsstehenden Parteien drangen mit ihren Anträgen nicht durch, sie konnten nur ihre warnende Stimme erheben. Dazu kam, daß der Ranzler von Bethmann Hollweg sich auf die linksstehenden Parteien stützte. Die Geschichte wird einst die Verdienste der Rechten zu würdigen wissen, wenn ich auch nicht leugnen will, daß manche Fehler von ihnen begangen worden sind.

Die über Gebühr ausgedehnten Verhandlungen in den Kommissionen und im Plenum griffen in den Betrieb des Kriegsministeriums und anderer Ressorts störend ein. Von der Regierung dagegen erhobene Einwendungen wurden nicht anerkannt. Der Vorschlag einzelner Parteiführer, Stellvertreter zu bestellen, war auf seine Ausführbarkeit hin wohl nicht bis ans Ende durchdacht. Als ich plößlich in einer dringenden Angelegenheit an die Front mußte und den Verhandlungen im Reichstagsausschuß nicht beiwohnen konnte, wurde dies von Volksvertretern mißfällig bemerkt.

Ich hatte gewünscht, daß die Herren Abgeordneten sich einmal ein Bild von meiner Tätigkeit gemacht hatten; bisher hatten sie keine Ahnung, was es hieß, wochenlang 14 bis 16 Stunden täglich zu arbeiten.

Und biese Parlament begann nun, an Stelle ber eigentlich bazu berufenen, aber zu schwachen Regierung, die Leitung der Geschicke unseres um sein Dasein ringenden Bolkes zu übernehmen, das mehr benn je der festen Hand eines Mannes bedurft hatte.

13.

Die österreichische Friedensaktion — Die Kanzlerschaft des Prinzen Max und das sog. Kriegskabinett — Der allgemeine Schrei nach Frieden — Der Triumph der Giftmischer

Am 14. September unternahm der österreichisch-ungarische Außenminster, Graf Burian, eine neue Friedensaktion durch eine Note an die Regierung aller kriegführenden Bölker, worin er zu baldigen Friedensbesprechungen an einem Orte des neutralen Auslandes aufforderte. Der Note, die gegen die Borstellungen Deutschlands erlassen war, hatte dieses, nachdem sie einmal veröffentlicht war, natürlich zustimmen müssen, allerdings mit dem Bemerken, daß die Aufnahme früherer Friedensschritte bei unseren Gegnern nicht ermutigend gewesen sei.

Der Schritt des Grafen Burian mußte allgemein bahin ausgelegt werden, daß Ofterreich am Ende feiner Kräfte oder seines Willens zum Kampfe sei und daher, ohne Rücksicht auf seine Bundesgenossen, selbständig zum Frieden kommen wolle.

Die Note erfuhr auch bei ber Entente eine glatte Ablehnung; seitens bes Präsibenten Bilson unter Hinweis auf seine wiederholt bekannts gegebenen Berhandlungsbedingungen.

In der deutschen Sozialdemokratie war die Mißstimmung gegen die Reichsregierung infolge der Begleiterscheinungen der österreichisch-ungarischen Note gewachsen. Man beklagte sich darüber, daß die Parteiführer vorher nicht verständigt worden seien (in Wirklichkeit hatte Herr v. hinge bis zum letzten Augenblick gehofft, die Note verhindern zu können, zu

irgend einer vorzeitigen Bekanntgabe ihres Erscheinens lag also gar kein Grund vor), und daß Ofterreich-Ungarn den Schritt all ein unternommen habe ("Sächsisches Volksblatt" 16. September; "Magdeburger Volkskimme" 17. September; "Hamburger Echo" 17. September). Aberwiegend wurde die alleinige Schuld daran und an einem aus der Isoliertheit Ofterreichs etwa entstehenden Mißerfolge auf Deutschlands Seite gesucht. Am Inhalt der Note wurde kaum etwas ausgesetzt.

Die Ablehnung nahm man unter scharfer Kritik ber Ententeregierungen auf. Mannhafte Worte fanden "Magdeburger Bolksstimme" und "I. K.". Jene stellte (20. September) fest: "Deutschland steht mit seinen Berbündeten lediglich vor der nackten Wahl, ob es die Waffen strecken und um Gnade bitten, oder ob es die Kraft und den Willen aufbringen will, den Verteidigungskrieg mit zugebissenen Jähnen fortzusehen, bis auch der Tiger Elémenceau erkennt, daß ein Ende dieses Mordens allein mit militärischen Mitteln nicht erreichdar ist. Denn die Annahme der Bedingungen Wissons würde das Ende der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung und damit das Ende der deutschen Arbeiterbewegung bedeuten." Und die "I. K." (17. September) meinte: "Läßt die Haltung der Feinde in der Tat keinerlei Friedenshoffnungen zu, dann hat der Reichstag die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß alle Kräfte des deutschen Volkes entfesselt werden, ohne daß die Mißstände im Innern uns niederdrücken."

Die allgemeine Stimmung der Massen war bereits zu schlecht, als daß solche Stimmen noch Eindruck machen konnten. Arbeiterverssammlungen in allen Teilen des Reiches verlangten die sofortige Auflösung des Abgeordnetenhauses. Die U. S. P. D. ließ keine Gelegenheit zum Hehen vorbeigehen. In einer Wählerversammlung der Partei für den Wahlkreis I Berlin (19. September) rief der Abg. Abolf Hoffmann aus: "Der preußische Staat ist ein Skavenstaat! Parteifreunde! Dieses Skaventum dürfen wir uns nicht gefallen lassen!"

Früher, als ursprünglich beabsichtigt, trat ber Hauptausschuß bes Reichstages zusammen. Der Grund war die bedrohlich gewordene äußere Lage des Reiches. Der Ausschuß jedoch beschäftigte sich, nachdem Regierungs= und Heeresvertreter Erklärungen abgegeben hatten, sofort mit der inneren Politik. Die Sozialdemokraten machten aus ihrer Gegnersschaft gegen den Grafen Hertling kein Hehl. Als die Nachricht vom

.

Friedensersuchen Bulgariens eintraf, gab auch das Zentrum ihn preis. Der Rangler trat jurud.

Aus den Kreisen der Mehrheitsparteien ertönte jetzt allenthalben der Ruf nach dem Parlamentarismus. Auf einmal sollte das bisherige "System" an allen Handlungen und Unterlassungen Schuld tragen, und von einer Anderung dieses Systems erwartete man alles Heil. Daß die Männer, die die Staatsgeschäfte führten, unzulänglich waren und es mur darauf ankam, daß die richtigen an ihre Stelle traten, daran dachte man nicht. Ist doch der Gedanke, daß Männer es sind, von denen die Geschichte gemacht wird, niemals in das Bewußtsein deutscher Demokratie eingebrungen.

Jetzt also sollte das parlamentarische System eingeführt werden. Die Sozialdemokratie hatte sich unter dieser Borbedingung zum Einstritt in die Regierung bereit erklärt.

Von den weiteren Forderungen der Sozialdemokratie für ihre Teilnahme an der Regierung waren die hauptsächlichsten: Uneingesschränktes Bekenntnis zur Friedensresolution vom 19. Juli 1917, Ersklärung der Bereitschaft, einem Völkerbunde beizutreten, Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens, Revision des Brester Friedens, Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen, Durchsführung der Wahlreform in allen Bundesstaaten, Anderung der Besstimmungen über Belagerungszustand und Zensur.

Die Parteipresse erklärte einstimmig, daß im völligen System = wechsel im Innern die unbedingte Boraussetzung erfolgreicher Bersteibigung nach außen liege. Je gründlicher der Wandel, desto aussichtsseicher der Aufruf an die Arbeitermassen zur Hergabe ihrer letten Kraft.

Diesen stürmisch vorgetragenen Bünschen wurde Rechnung getragen. Um Montag, den 30. September, genehmigte der Raiser den Rückstritt des Grafen Hertling. In dem Erlaß hieß es:

"Ich wünsche, daß das deutsche Bolk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die von dem Vertrauen des Volkes getragen sind, in weiterem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung."

Der württembergische, nationalliberale Reichstagsabgeordnete Lift war in biefen Tagen an mich mit ber Bitte herangetreten, die Regierung möge bafür sorgen, bag bieses Geschenk ber Krone an bas Bolk in

feierlichster und eindrucksvollster Weise bekanntgegeben werbe. Es sei geradezu nationale Pflicht, den Massen klarzumachen, daß auch ihre weitgehendsten Wünsche nach Teilnahme an der Regierung nunmehr erfüllt seien. Das auch von vielen Sozialdemokraten erstrebte Volkskaisertum könne jetzt von niemandem mehr abgeleugnet werden. — Ich gab die hochbedeutsame Anregung sofort unter nachdrücklicher Bekürswortung an die maßgebenden Stellen weiter. Es erfolgte — nichts.

Am 3. Oktober hatte die aus Zentrum, Freisinn und Sozialbemoskratie bestehende Reichstagsmehrheit das neue "Kriegskabinett" gebildet. Prinz Max von Baden als Reichskanzler "stützte" sich auf die vier Staatssekretäre ohne Portefeuille: Gröber (3.), Erzberger (3.), Haußmann (F. B. P.), Scheidemann (S.). Vizekanzler v. Paper (F. B. P.) blieb im Amte. Als sechstes Mitglied wurde der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg (Natl.) aufgenommen. Der Posten des preußischen Ministerpräsidenten blieb unbesetzt. Kriegssminister wurde Generalleutnant Scheüch.

So waren in schwerster Stunde die Geschicke des Reiches in die Hände eines Gremiums von Parteiführern gelegt, unter denen nicht einer der Tatmensch war, den wir so dringend brauchten. Am aller-wenigsten konnte dies von dem Borsitzenden des "Kriegskabinetts", dem demokratisch-pazifistischen Prinzen Max von Baden behauptet werden. Treffend äußerte zu mir ein höherer Offizier über ihn, der Prinz habe "ein Rückgrat wie ein Gummischlauch."

Bereits am 4. Oktober ersuchte ber Reichskanzler ben Präsidenten Bilson um Baffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen auf Grund seiner 14 Punkte.

Jett war der Augenblick gekommen, wo die Sozialdemokratie zeigen mußte, daß ihre oft wiederholte Behauptung wahr sei, die Massen würden ihre lette Kraft zur Verteidigung des Vaterlandes ausbieten, wenn nur ihre innerpolitischen Bünsche erfüllt seien. Pflicht der Parteipresse war nunmehr, mit aller ihr zu Gebote stehenden Beredsamkeit die Arbeiterschaft zu sestem Aushalten aufzusordern, falls die Antwort der Feinde in ungeheuerlichen Forderungen bestehen sollte. Der gessamte Parteiapparat mußte in sieberhafte Tätigkeit treten, in unzähligen Versammlungen galt es, das Volk darüber aufzuklären, daß es, nachdem im Innern seine Münsche befriedigt waren, mit dem Ausgebot äußerster Energie sich des Ansturms der Feinde zu erwehren habe.

Schwer war die Aufgabe und keine Minute mehr zu verlieren.

Die Stimmung der großstädtischen Arbeitermassen war von einer fast schrankenlosen Friedenssehnsucht beherrscht. Der Gedanke an gewaltsame Erzwingung eines Friedens um jeden Preis, eifrig genährt von Unabhängigen und Linksradikalen, begann sich auszubreiten.

Bas tat nun die Sozialbemokratie für die Aufrüttelung des Bolkes?

In den ersten Tagen des Monats Oktober wurde in der Parteispresse manches kräftige Wort für die Fortsetzung des Verteidigungsskampses geschrieden. Am 3. Oktober rief selbst der "Vorwärts": "Wehe dem Volke, das seine Wassen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt!" Die "Buchbinderzeitung" (6. Oktober) forderte, die Sozialdemokratie solle ihre Pflicht zur Organisserung der nationalen Verteidigung besser erfüllen als bisher; der "Vorwärts" habe diese geradezu sabotiert. Das "Korrespondenzblatt der Generalkommission" (5. Oktober), die "Rheinische Zeitung" (2. Oktober), das "Sächsische Volksblatt" (3. Oktober) betonten die Notwendigkeit, die Entente durch erfolgreiche Verteidigung zu einem Verständigungsfrieden zu zwingen, der uns unsere Intregität lassen und uns vor dem Wirtschaftskriege schüßen müsse.

Sehr bald aber wurden diefe Stimmen feltener. Schlieflich verstummten sie ganz. Man gab der allgemeinen Friedensstimmung nach. Die tiefgreifende, politische Umwandlung Deutschlands wurde hier und ba ale so unvollkommen bingeftellt, bag ihr gegenüber noch immer bie "Demokratieen bes Bestens" in hellem Lichte erstrahlten. ("Magdeburger Bolksstimme" 8. Oktober.) Der Krone wurde kein eigentliches Berbienft an ber politischen Anderung zugeschrieben. Die Antwort Wilfons wurde meift zurudhaltend besprochen, aber zu feiner Forderung von ber "Bernichtung jeder willkurlichen Macht", die meift richtig als Berlangen nach Abbankung bes Raifers gedeutet murbe, ichon geäußert, daß die sozialdemofratischen Staatssefretare, vor die Bahl gestellt, ob wir den Frieden erlangen oder die Onnastie erhalten wollten, sich für ben Frieden entscheiden und bem Raiser den "Bunsch des Bolkes", er möge auf bie Krone verzichten, vortragen wurden. Diefer wurde ben Bunich dann unzweifelhaft erfüllen. Die "Frankfurter Tagespost" (16. Oktober) hielt die nationale Berteidigung vollends für unmöglich, folange Bolf und Beer glauben konnten, sie kampften für den Thron des Raifers und nicht um das Baterland; sie bedauerte, daß der Kaifer nicht schon freiwillig seine Krone für das Bolk geopfert habe.

Gleichzeitig wurde in der Presse eifrig nach der Ursache der jetzigen beschämenden Lage des deutschen Bolkes gesucht. Man fand sie in dem Zusammentreffen verschiedener vermeintlicher Fehler: der Kriegshetze von 1914, der Verletzung der belgischen Neutralität, dem unbeschränkten U-Bootkrieg und dem Frieden von Brest ("Breslauer Volkswacht" 14. Oktober). Mit fanatischer Erbitterung wandte sich die gesamte sozialdemokratische Presse gegen die Allbeutschen und gegen den "Hochmut unserer militärischen Herrenschicht". Die Abrechnung werde den Allbeutschen nicht erspart bleiben ("Borwärts" 11. Oktober, "Dresdner Bolkszeitung" 15. Oktober, "Metallarbeiter Zeitung" 19. Oktober, "Ehemnitzer Volksseimme" 14. Oktober). Ja, die "Schwäbische Tagwacht" (16. Oktober) rechtfertigte sogar andeutungsweise Wilsons gegen die "willkürliche Macht" gerichtete Forderung aus der angeblichen Zweisdeutigkeit der deutschen Politik Ende 1916 und Anfang 1917 gegenzüber dem Präsidenten.

Fanden sich in der rechtsstehenden Presse Schilderungen, die unfre militärische Lage einigermaßen hoffnungsvoll darzustellen suchten, so trat ihnen die sozialdemokratische Presse sofort entgegen. So wurden die Borte der "Kriegszeitung", daß "kein Zwang zur Liquidation" bessehe, vom "Borwärts" (19. Oktober) kategorisch zurückgewiesen. Und am folgenden Tage schrieb das Zentralorgan: "Deutschland soll, das ist unser fester Wille, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie zum letzen Male siegreich heimges bracht zu haben." ("Borwärts" 20. Oktober).

Der Parteitag der bayerischen Sozialbemokratie aber verlangte als bringendstes Erfordernis die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zur Aburteilung aller, die am Scheitern früherer Friedensaktionen schuld gewesen seien; die Untersuchung dürfe vor keiner noch so hochstehenden Person halt machen.

So "einte und begeisterte" die Sozialdemokratie die Massen für die kommenden furchtbaren Ereignisse.

Für den neuen Kriegsminister mußte es darauf ankommen, dem von Grund aus pazifistischen, auf grenzenlose Nachgiebigkeit nach außen und nach innen, d. h. den Massen gegenüber! — eingestellten "Kriegsskabinett", obwohl und weil er ihm nicht selbst angehörte, unablässig

mit eiserner Energie seine Forderungen abzutrogen, und die waren in bem einen Worte enthalten: Aufrechterhaltung und Stählung der deutsichen Widerstandskraft bis zum äußersten. — Die Lösung dieser Aufsgabe ist ihm leider nicht geglückt.

So mußte es beinahe so kommen, wie es kam. Der den Frieden um jeden Preis fordernden, kaum mehr verhüllten Wühlarbeit der Unsahängigen und Linksradikalen fehlte das Gegengewicht. Demonstrationen und Streiks traten allerorts auf. Handzettel mit allen erdenklichen Hehereien wurden mit noch nie dagewesener Offenheit verbreitet, und die Propaganda von Mund zu Mund blühte üppiger denn je 1). Dabei spielte die Presse der Unabhängigen sich als Beschüßerin aller Demonstrationen auf. Die neue Regierung, besonders auch die sozialistischen Staatssekretäre, wurden von ihr wegen "Polizeibrutalität und Säbelherrschaft" heruntergerissen. ("Leipziger Bolkszeitung" 17. Dktober). Sie ging soweit in der Jdentiszierung mit den Demonstranten, daß sie Berhaltungsmaßregeln für den Fall etwaiger Gasangriffe der Schukmannschaften in Berlin und anderen Orten gab. ("Leipziger Bolkszeitung" 22. Oktober.)

Kriegsmüdigkeit, schlaffe Willenlosigkeit beherrschte die Massen; was nachher kam, ward ihnen gleichgültig, nur Frieden, Frieden wollten sie.

Auch stand die Entwickelung der russischen Revolution vielen Arbeitern als Borbild vor Augen. Unklare Borstellungen von der "Diktatur des Proletariats" als einem auch für die deutsche Arbeitersschaft erreichbaren Ziel beherrschten sie. Die Saat der Barth-Haase schoß in die Halme.

Dazu kam die weitverbreitete Aberzeugung, daß das deutsche Heer bemoralisiert, daß Defertionen großen Stills an der Tagesordnung seien und mit einer erheblichen Widerstandskraft nicht mehr gerechnet werden dürfe?). Zahlreiche "Urlauber" berichteten renommistisch von Disziplinlosigkeiten. So groß war bereits die Friedenssehnsucht und die Aufruhrstimmung, daß die Arbeitermassen gemeinhin sich weder entrüstet noch entsetzt über die Lage an der Front zeigten, vielmehr eine höhnische Genugtuung darüber empfanden, daß der Krieg nun enden müsse, wenn auch mit Deutschlands Unterwerfung.

¹⁾ S. Anhang, "Flugblattpropaganda", Nr. 9.

²⁾ S. Anhang, "Flugblattpropaganda", Nr. 10.

Das im Jahre 1915 bereitete, seither in unendlich vielen Gaben bem beutschen Bolkskörper gereichte Gift begann zu wirken.

Zu allem Aberfluß beförderte und ermöglichte die Regierung selbst die Tätigkeit der Giftmischer. Eine weitgehende Amnestie setzte die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen Verurteilten außer Verfolgung. So erhielten Liebknecht und Dittmann wieder die Freiheit. Natürlich sah keiner der Amnestierten seine Befreiung als Gnade oder als ein von den sozialistischen Mitgliedern der Regierung gewährtes Geschenk an, sondern als einfachen Ausdruck der politischen Machtverhältnisse, die zu der Amnestie schlechthin gezwungen hätten. Alle ließen sich als Märtyrer seiern und beteiligten sich an der Wühlarbeit gegen die Regierung.

Als besondere Folge der Wilsonnoten wandte sich die Erbitterung der Massen gegen die Krone. Mit beispielloser Heftigkeit forderte die "Fränkische Tagespost" (17. und 19. Oktober) die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen, wobei sie dem Kaiser die Blutschuld an jedem Soldatenleben, das noch geopfert werden müsse, zuschob. Auch "Franksturter Volksfreund" und "Schlesische Bergwacht", sowie der unabhängige Abgeordnete Gener (Leipziger Versammlung am 20. Oktober) fanden scharfe Worte gegen das Herrschaus.

Während die Noten der Volksregierung, wie sie sich stolz nannte, an Wilson die Billigung der Mehrheitssozialdemokratie fanden, gingen sie der unabhängigen Presse längst nicht weit genug. Einig waren beide in der schrankenlosen Verurteilung des U-Bootkrieges, der als "größter Rechenfehler und Unglückskapitel in der deutschen Geschichte" bezeichnet wurde. ("Norwärts" 21. Oktober.)

So kam ber November heran. Selbst die Regierung und ihre Presse begann das kommende Unheil im Innern zu ahnen. Truppen wurden bereitgestellt. Wo es den Unabhängigen gelang, derartige Vorbereitungen des Militärs gegen Ausschreitungen zu enthüllen, verstanden sie Agitationsmaterial daraus zu machen ("Leipziger Volkszeitung" 30. Oktober). Aus Angst davor, daß die Massen zu den Unabhängigen abschwenken könnten, beeilte sich die Mehrheitssozialdemoskratie, sich der Verurteilung der militärischen Maßnahmen energisch anzuschließen ("Magdeburger Volksstimme" 1. November). Ganz schückstern bemerkte nur der "Vorwärts" (1. November), unter vorsichtiger Verklausulierung, Angriffe auf Gebäude, Amter und Personen könnten

nicht ruhig mit angesehen werden und Gewalt, die die Freiheit aufhebe, musse mit Gewalt beantwortet werden.

Am 3. November kam der von Ofterreich-Ungarn hinter dem Rucken Deutschlands am 28. Oktober nachgesuchte Waffenstillstand mit den Alliserten zustande. Er gab diesen die Möglichkeit, das Land unseres bisherigen Bundesgenossen als Aufmarschgebiet gegen uns zu benutzen. Wir hatten den üblichen "Dank vom Hause Ofterreich".

Die Türkei und Bulgarien hatten bereits vorher kapituliert. Deutschland stand allein.

Wie mit einem Schlage erklärte fast die gesamte Presse der Mehreheitssozialdemokratie, daß die "Nationale Verteidigung", von der ohnebin, je näher sie zu rücken schien, desto weniger fest gesprochen wurde, völlig sinnlos und unmöglich sei. ("Schwäbische Lagwacht" 29. Oktober, "Vorwärts" und "Breslauer Bolkswacht" 28. Oktober, "Hamburger Echo" 30. Oktober, "Magdeburger Volksstimme" 30. Oktober, "Neue Zeit" 1. November.)

Die organisierten mehrheits-sozialbemokratischen Frauen waren in manchen Großstädten ohnehin entschlossen gewesen, auf sofortigem Friedensschluß zu bestehen. Sie stimmten hierin mit den unabhängigen Sozialistinnen durchaus überein und wollten auf eine etwa abweichende Beurteilung der Lage von seiten der männlichen Sozialdemokraten keinerlei Rücksicht nehmen.

Die "Fränkische Tagespost" (29. Oktober) hatte plöglich eine ganze Reihe von Gründen bei der Hand, die gegen die "Nationale Berteidigung" sprachen: Da waren die durch Osterreichs Abfall völlig versänderte Lage, die lange Zeit, die mit der Ausbildung der noch einmal durchgemusterten Wehrfähigen vergehen müßte (dabei handelte es sich fast nur um schon ausgebildete Reklamierte), die technische Überlegenbeit der Feinde, die bei einer Entblößung unserer Fabriken von ihren wehrfähigen Arbeitern erst recht fühlbar werden würde, endlich die Befürchtung, daß die eingezogenen Reklamierten glauben würden, nicht für die "Nationale Verteidigung", sondern für den Thron des Kaisers das Werkzeug mit der Wasse vertausschen zu sollen.

Freilich, die sozialdemokratische Presse und Partei hatten nicht dafür gesorgt, daß die Arbeiter rechtzeitig und richtig hierüber aufsgeklärt wurden.

Man wollte eben nicht mehr kämpfen. Man hatte seine innerpolitischen Ariegsziele erreicht, man war "saturiert". Bon außenpolitischem Spreiz wußte man sich schon immer frei. Erst die Partei, dann die Demokratie ("wie wir sie auffassen"), dann die Internationale und dann — ja, dann gab es wohl auch noch so etwas, wie das deutsche Reich. Aber das mußte wieder ein kand der Dichter und Denker werden, allenfalls noch gut genug, um zu sozialistischen Experimenten zu dienen. Dem "Militarismus" in jeder Form hatte man ja feierlich abgeschworen, es genügte, wenn diesen die feindlichen Mächte eifrig förderten, Ludenborff war beseitigt, also — wozu noch kämpfen?

Man beeilte sich, dem alten Regime und den Militärs vorzuwerfen, daß sie nicht rechtzeitig Frieden gemacht hätten. "Ein guter Berständigungsfriede ohne Berzicht wäre möglich gewesen mit wenigen Opfern an Gut und Blut" hieß es in der "Dresdner Bolkszeitung" (29. Oktober). Diese Behauptung, daß es deutsche Schuld gewesen sei, wenn kein früherer Frieden zustandegekommen war, verdichtete sich allmählich zu einem Ariom, das die Stelle völlig ausfüllte, die vordem wenigstens in einem Teile der sozialdemokratischen Presse der Glaube an den feindlichen Bernichtungswillen als Haupthindernis des Friedens inne hatte.

Bekanntlich arbeiten Demokratie und Sozialbemokratie noch heute mit dieser Lüge. —

Emil Barth schreibt in seinem Buche "Aus der Werkstatt der deutschen Revolution":

"Wir hatten am 1. November unsere erste Sigung, wozu vom Parteivorstand Haase und Ledebour, vom Spartakusbund Liebknecht und Piek zugezogen waren ... An diesem Abend schlug ich vor, wir sollten Sonnabend den Obleuten empfehlen, am Montag den 4. November loszuschlagen ... Die Berichte von der Front, wie auch die der Obleute der Berliner Regimenter, ganz besonders aber von der weiteren Umgebung Berlins, waren sehr gut."

Da einige Betriebe noch nicht ganz fertig waren, verschob man ben Termin bes Aufruhrs. Infolge plöglicher Berhaftung von Liebknecht und anderen wurde die Revolution am 9. November entfesselt.

Ich habe mich früher oft gefragt, weshalb eigentlich zu jener Zeit die Revolution noch zum Ausbruch getrieben wurde.

Der Friede stand vor ber Tür; von der jämmerlichen sogenannten "Bolksregierung" war zu erwarten, daß sie alle Bedingungen untersschreiben würde, höchstens unter Protest bei dem vom Prinzen Max von Baden erfundenen "Weltgewissen" oder unter Anrufung sonstiger Fabelwesen.

Die Krone war fast aller Macht entkleibet. Selbst die "Frankische Tagespost" (22. Oktober) sprach von einem "Schattenkaisertum". Das Berlangen nach Volksherrschaft — Demokratie — war also erfüllt.

Wozu noch der Aufruhr, der — darüber waren sich seine intellisgenten Führer ganz klar — mit Sicherheit Deutschland wehrlos dem Feinde ausliefern mußte?

Auch hierüber gibt Barth Aufschluß. Bon Anfang an handelte es sich für ihn und seine Spießgesellen um Errichtung der "Diktatur des Proletariats". Und schließlich — Herr Joffe und die sonstigen "Freunde" verlangten auch, daß für ihr schönes Geld entsprechende Arbeit gesleistet würde.

So schlug man benn im Namen ber "Menschlichkeit" und bes "Sozialismus" los.

Es war die verbrecherischste und sinnloseste Tat in der deutschen Geschichte.

Die deutsche Sozialdemokratie aber hatte in 40jähriger Aufreizung zum Klassenkampf auf Grund ihrer "Berelendungstheorie" die Massen empfänglich gemacht für den Haß gegen Gesellschaft und Staat, sie hatte während des Krieges nicht die Freiheit gefunden, unter Abkehr von internationaler Ideologie sich zu einer rein deutschen "Arbeiterpartei" zu reformieren, sie hatte allen Regierungsmaßnahmen abwartend, meist ablehnend gegenüber gestanden, stets bereit, für die Partei auf Kosten der Gesamtheit politische Kriegsgewinne zu machen, und sie hat schließlich nicht gezögert, den letzten Bersuch, das Bolk von der Notwendigkeit nationaler Berteidigung zu überzeugen, zu "sabotieren". Alls es hart auf hart ging, stellte sie die Wassen, "sünf Minuten zu früh" an die Wand im blöden Irrglauben an die gleichgerichteten Interessen der "Proletarier aller Länder" und an die falschen Bersprechungen der Demokratieen des Westens.

Doktrinäre Ruckständigkeit und Befangenheit in pazifistisch-internationalen Ideen ist bis heute das Rennzeichen der Partei geblieben. Besudelung des eigenen Volkstums und würdelose Kriecherei vor dem Ausland sind Mittel ihrer Politik.

Nichts und niemand befreit sie von dem Anteil an der ungeheueren Schuld ihrer radikalen Varteigenossen. —

Das Gift hatte seine Schuldigkeit getan. Betört, verführt, an "Friede, Freiheit, Brot" glaubend, lieferte das deutsche Bolk sich, nachdem es selbst seine Waffen zerbrochen, seinen erbarmungslosen Tobfeinden aus.

Vae victis! —

Unhang

1. Pressestimmen

1916.

"Rarleruher Bolkefreund" vom 24. Februar 1916:

"Es liegt ein gutes Stück Ironie des Schicksals darin, daß die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Militärbehörden von der sozialdemokratischen Presse fast ausnahmslos als gut und zweckmäßig anerkannt werden."

"Chemniter Bolksftimme" vom 16. Februar 1916:

"Gleich hervorragend ist die Leistung des Generalstabes und der Offiziere, die sich in militärischer Fachbildung denen der Feindesheere weit überlegen gezeigt haben."

Dasselbe Blatt vom 3. März 1916:

"Es gibt keinen anderen Weg zum Frieden als die höchste Unstrengung zum beutschen Sieg, der den Kriegs= und Vernichtungswillen ber Keinde bricht."

"Die Glocke" vom 7. Oktober 1916 (Johann Leimpeters, Gine ver= fehlte Aktion):

"Die Aktion ... für einen Frieden ohne Annexion war verfehlt, für unser Land wie für unsere Bewegung gleich schädlich. Dem Bolke wird dadurch der total falsche Glaube suggeriert, als habe es die deutsche Regierung in der Hand, Frieden zu schließen, während in Wirklichkeit das Kriegsbarometer in London steht, nicht in Berlin ... Auf London macht aber eine Petition deutscher Staatsbürger sür einen Frieden ohne Annexionen' nicht den mindesten Eindruck, weshalb durch eine solche Friedensaktion der Krieg auch nicht um eine Sekunde abgekürzt wird ... Durch Unterschreiben der Petition wird der Anschein erweckt, als seien die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands grundsählich Gegner seder Annexion. Nichts ist falscher als eine solche Ansnahme, und es ist die höchste Zeit, diesem falschen Anschein öffentlich entgegenzutreten, um vor weiterer Selbstäuschung zu warnen. Ich habe

Digitized by Google

täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren, und fast alle ohne Ausnahme sind — Annerionisten! ... Unsere Genossen im feindlichen Ausland ... wollen nicht Ritterlichkeit, sondern Kampf bis zur Entscheidung. ..."

"Rorrespondenzblatt" ber Generalkommission ber Gewerkschaften Deutschlands vom 29. April 1916:

"Was wir als Organisation geworden sind, danken wir neben der eigenen Kraft auch einem blühenden deutschen Wirtschaftsorganis= mus ..."

"Die Politik des 4. August 1914 ist der Gesamtausbruck des Jahr= zehnte langen Wirkens der deutschen Gewerkschaften ..."

"In ihr verteidigt die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich selbst."

"holzarbeiterzeitung" vom 17. Juni 1916:

"Nicht um die Rlassenherrschaft der Bevorrechtigten in Deutsch" land zu festigen, bejahen wir die Baterlandsverteibigung, sondern im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft ..."

"Der Bimmerer" vom Juli 1916:

"Aber die wahre Natur der Regierungen in England und Frankreich gibt ihr Verhalten gegenüber dem wehrlosen Kleinstaate (Griechenland) vollgültigen Aufschluß. Und wer meint, solche Regierungen ließen
sich durch Anstand und Vertrauen für einen verträglichen Frieden gewinnen, der muß von allen guten Geistern verlassen sein."

Aus dem Buche: "Bom inneren Frieden" von Thimme:

"Wer hätte heute angesichts der Spriurcht gebietenden Taten unseres Heeres den Mut, zu bestreiten, daß die Kritik oft über das Ziel hinausgeschossen ist, und daß wir keine Vorstellung von der intensiven Arbeit hatten, die von unserer militärischen Berwaltung im Frieden geleistet wird?"

1917.

"Chemniger Bolksstimme" vom 2. Januar 1917:

"Unser Vorgehen in Belgien im August 1914 war ein Rettungssversuch in höchster Not. Auch hat bereits Friedrich Engels in seinem Buche "Po und Rhein" in klassisch knapper Form zum Ausbruck gebracht, daß, wenn ein Volk um seine Eristenz zu ringen hat, es nicht nach

papierenen Fesseln zu fragen habe, sondern das tue, was zu seiner Rettung notwendig ist. —"

"Internationale Korrespondenz" vom Januar 1917 (Auf= sag des Abg. Mar Cohen (Reuß):

"Der Gegensatz zwischen England und Deutschland beruht auf der tüchtigen und fleißigen Arbeit des deutschen Bolkes in allen seinen Schichten. Der deutsche Lebenswille muß die englischen Bege auf Grund der heimischen Wirtschaftsgrundlage immer aufs neue kreuzen. Daher ist nur die Austragung des Kampfes, kein Kompromiß möglich. Wir oder England, das ist die von der Geschichte selbst, nicht von politischen Fanatikern gestellte Frage. Solange England das heutige England bleibt, und solange Amerika hinter ihm steht, ist es ausgeschlossen, daß England sagt: wir machen halbpart in der Welt. —"

"Sozialistische Monatshefte" vom Januar 1917 (aus einem Aufsate Dr. Quessels):

"Leiber sieht die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie noch immer nicht die von England drohenden Gefahren. Sie ist unzettbar in einer westlichen Orientierung der Außenpolitik verrannt, die uns immer tiefer in den Krieg hineinführt, da Rußland dadurch in der Aberzeugung bestärkt wird, der von uns erstrebte Friede richte sich wesentlich gegen die Russen. —"

"Chemniger Bolksftimme" ju Raifers Geburtstag 1917:

"Daß Wilhelm II. der blutgierige und eroberungssüchtige Hunnenkönig Attila ist, als den ihn unsere Feinde abbilden ... das glaubt in Deutschland wohl kein Mensch mit fünf gesunden Sinnen. Wer kriegslustig ist und erobern will, wartet nicht bis über die 55 Jahre, um damit zu beginnen." Unter Hinweis auf die friedliebenden Außerungen Sr. Majestät fährt das Chemniker Blatt fort: "So friedliebend und frei von Selbstgerechtigkeit muß auch die deutsche Politik im kommenben entscheidenden Jahre fortgeführt werden."

"Sächsisches Bolksblatt", Anfang Februar. (Aus einem Aufsat bes Abg. Mar Cohen (Reug) über ben verschärften U-Bootkrieg):

"Wenn die Bercitschaft zu Friedensverhandlungen nach dem Grundsatz, Leben und leben laffen' mit der Antwort bedacht wird: nein, wir wollen beine Bernichtung, so bleibt auch für ein friedliebendes Bolk keine andere Wahl, als die Anwendung des letzten und schärfsten Mittels,

Digitized by Google

um die Vernichtungsbestrebungen seiner Feinde abzuwehren und ben Arieg zum siegreichen Ende zu führen."

"Chemniger Bolksstimme" zum Eingreifen Amerikas (Anfang Februar):

"Daß Deutschland jetzt noch einmal wie vor einem Jahre zuruckweicht, muß als ganz ausgeschlossen gelten, es wäre eine Unmöglichkeit, und die deutsche Regierung wäre lächerlich vor aller Welt."

"hamburger Echo" jum gleichen Thema, Anfang Februar:

"Aber sei's barum! Der Kampf geht um ben Bestand des Reiches, um die Zukunft unseres Bolkes, um das Schicksal künftiger Geschlechter. Da gibt es nur eine Losung': Alle Kraft aufbieten ingeschlossener Front!"

"Metallarbeiterzeitung" vom 17. Februar 1917:

"Glaubt ein ernsthafter Mensch, daß England in einen Frieden ohne Annerionen, den Deutschland anbietet, einwilligen wird?" Aber die Wirkung auf Amerika habe kein Zweifel bestehen können. "Die herrschende Klasse dieses Staatswesens ist an einem günstigen Kriegssausgang für England viel zu sehr mit dem Geldbeutel interessiert, als daß sie sich zu der schönen Friedenstheorie Wilsons bekennen könnte. Und Wilson weiß, was er dieser Klasse schuldig ist."

"Chemniger Bolksftimme", Ende Februar:

"Die Hauptsache ist aber die Frage, für welche Ziele die alten wie die neuen Kampfmittel eingesetzt werden, und da weiß man mit Sicherheit nur das, daß die Ziele der Deutschen und der verbündeten Regierungen nicht die der Allbeutschen sind."

"Buchbinderzeitung" vom 11. März schreibt in einem Aufsatz, Englische Kriegsziele und die deutsche Arbeiterschaft' zum verschärften U-Bootkrieg:

"Wenn wir als Arbeiter unsere Selbständigkeit behalten wollen, wenn wir nicht gezwungen sein wollen, nach englischem Diktat vom heimatlichen Herd zu weichen und in fremden Landen um einigermaßen gaftliches Unterkommen kniefällig zu bitten und zu betteln, dann mussen auch wir die Anwendung unserer schärfsten Mittel nur gutheißen."

"Sozialistische Monatshefte", März 1917. Aus dem Aufsat: Die deutsche Sozialdemokratie nach der Spaltung (Hugo Poetsch):

"Der Militarismus hat aufgehört, für uns ein Schreckensgespenft

zu sein. Ja, wir haben es wohl selber bedauert, daß die Anwendung bieses Schlagwortes in unserer Partei in Friedensjahren so falsche Borsstellungen im Auslande bei den Regierungen anderer Bölker erweckt und dadurch deren Kriegswillen verstärkt hat." (Ein bemerkenswertes Eingeständnis! D. Verf.)

Neuorientierung, Frühjahr 1917.

"Breslauer Bolksmacht", Ende Marg:

"Wir erwarten, daß wenigstens unsere Partei aus der Haltung des Kanzlers ihre unerbittlichen Konsequenzen zieht. Wir können nicht länger eine Regierung unterstützen, die sich so abweichend gegenüber den Wünschen des Volkes verhält. ..."

"Borwärts" vom 3. April:

"Findet die Monarchie in dieser Zeit kluge Ratgeber, dann kann sie sich für alle absehbare Zeiten sichern und festigen. Sobald die Monarchie die Wünsche des Volkes erfüllt, ist aller republikanischen Agitation der Boden unter den Füßen weggezogen (Die alte Scheidemannsche Rattenfängerweise; schon damals folgte ihr die Regierung blindgläubig. D. Verf.). Die Frage, ob Monarchie oder Republik würde dann noch viel weniger Diskussionsthema sein als sie es jest schon ist."

"Chemniger Bolksstimme", Anfang April:

Bur Frage, ob der verschärfte U-Bootkrieg eine Abirrung vom beutschen Friedensstreben darstelle, vertritt das Blatt den Standpunkt, daß gerade in Verbindung mit dem Friedensangebot die Verschärfung notwendig gewesen sei und schreibt: "Drei Dugend Friedensangebote hätten wir nach England schicken können und hätten drei Dugend mal nur ein wachsendes Hohngelächter zur Antwort bekommen, wenn wir nicht eine Waffe gehabt hätten, England zum Frieden zu zwingen. Versagt oder zerbricht diese Waffe, dann sind wir verloren."

"Bormärts" vom 14. Juni (anläßlich des Thronwechsels in Griechenland):

"Die Griechen sind jetzt ein völlig freies Volk — von verhungernsben, ohnmächtigen Bettlern. Nutzanwendung: Dies ist ein schwacher Vorgeschmack, wie die geplante Befreiung Deutschlands durch die Entente aussehen würde. Ein schwacher. Denn die Griechen sind immershin Neutrale, wir aber sind die Feinde."

"Internationale Rorrespondenz" vom 22. Juni:

"Wer glaubt, daß die Franzosen aus Mißtrauen gegen Bethmann Hollweg oder aus Begeisterung für die parlamentarische Regierungs-weise den anständigen Ausgleichsfrieden schließen würden, der läßt sich von einem Frelicht geradewegs in den Sumpf führen."

"Vorwärts" vom 28. Juli:

Außert in seiner Aritik einer Rede Bonar Laws, mit einer Regierung, die von diesem Geiste beherrscht wäre, sei nur ein Friede schmählichster Unterwerfung möglich. Der Arbeiterführer Wardle spreche aber genau wie Bonar Law. Wenn er den deutschen Mehrheitssozialisten "Reue" zumute, so sei darauf zu erwidern: "Reue hätten die deutschen Arbeiter nur dann zu empfinden Grund, wenn sie ihr Land im Kampfe gegen 10 sache Übermacht im Stich gelassen hätten." (Am 9. November 1918 waren all diese schönen Worte vergessen).

"Breslauer Volksmacht" vom 23. Juli:

"Staatssekretärämter als Schreiberposten darf man Sozialdemoskraten nicht anbieten." — (Im Frühjahr 1920 übernahm der bisherige Reichskanzler Bauer innerhalb weniger Wochen erst das Reichsschatzministerium und dann das Reichsverkehrsministerium; sein Nachfolger in der "Reichsleitung" Müller erledigte fast ebensolange nebenher noch die Geschäfte des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten.)

"Internationale Korrespondenz" vom 14. August:

"Die törichten Borstellungen, als hinge es von dieser oder jener Formulierung der deutschen Friedensbereitschaft oder von der Art der deutschen Kabinettsbildung ab, daß wir den Frieden bekommen, dürfen mun endgültig aus der deutschen Offentlichkeit verschwinden."

"Rarleruher Bolkefreund" vom 16. August:

"Es steht jetzt unzweifelhaft fest, daß die Entente einen zielbewußten Raub- und Eroberungskrieg führt, von dem sie nicht eher lassen wird, als bis sie dazu gezwungen ist."

"Münchener Poft" vom 16. August:

"Wenn sich heute unsere Brüber brauffen statt zur erhofften heim= kehr zu neuen schweren Kampfen ruften mussen, so liegt das an Um= ständen, die nicht in der Gewalt der deutschen Sozialdemokratie und

auch nicht in der Gewalt der deutschen Regierung stehen. Die Gegner wollen es so."

"Chemniger Bolksstimme" vom 5. September (Suchomlinow= Prozeg):

"Wir sind der Meinung, daß das deutsche Bolk auch jetzt noch seinen damaligen politischen Leitern dafür danken kann, daß sie getan haben, was in ihren Kräften stand, um Deutschland von der Schuld am Ausbruch des Krieges freizuhalten."

"Referat des Abg. Landsberg zum Parteitag am 14. Oft.": "Es ift nicht mahr, daß starke monarchische Gewalt ein schwaches, an Rechten armes Bolk zur Boraussetzung hat."

"Internationale Korrespondenz" vom 6. Dezember (Bespreschung ber Botschaft Bilsons an Deutschland):

"Wilson wurde zu denselben Fehlschlüssen gelangt sein, auch wenn der unbeschränkte U-Bootkrieg unterblieben ware. Jede andere Gefährdung des britischen Reiches wurde genügt haben, Wilson zu versanlassen, Deutschland den Krieg zu erklären."

2. Flugblattpropaganda

Aus ber ungeheuren Jahl ber schon seit Ende 1914 im deutschen Bolke — besonders auch im Heere — illegal verbreiteten Flugblätter und Handzettel habe ich einige wenige herausgegriffen, die mir für die unterwühlende Tätigkeit der linksradikalen Gruppen charakteristisch zu sein schienen. Sie sind zum Teil amtlichem Material, zum Teil dem im Frühjahr 1921 erschienenen Buche: "Unterirdische Literatur im revoslutionären Deutschland während des Welkkrieges" von Ernst Drahn und Susanne Leonhard entnommen.

1914.

Mr. 1. (Ende Dezember.)

Auf Veranlassung der Independent Labour Party schrieben im Dezember 1914 Karl Liebknecht, Rosa Luremburg und Franz Mehring sog. Weihnachtsbriefe an den Labour Leader, London. Nachstehend der Brief Mehrings:

An die Redaktion des "Labour Leader", London. Berte Genoffen,

für ein Mitglied der deutschen Sozialdemokratie ist es eine schwere Aufgabe, im gegenwärtigen Augenblick über die Solidarität des internationalen Proletariats zu schreiben. Es hieße heucheln, wenn man bestreiten wollte, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dieser Solidarität zwar nicht die einzige, aber doch die erste und die tiefste Bunde geschlagen hat, und man kommt darüber nicht hinweg mit der törichten Rede, daß die Internationale kein wirksames Werkzeug im Kriege, sondern im wesentlichen ein Friedensinstrument sei. Das heißt sagen: An einem Schwert ist das Wesentliche nicht die Klinge, sondern der Griff.

Aber das ungünstige Licht, worin die deutsche Sozialdemokratie den Schwesterparteien des Auslandes erscheint, täuscht dennoch. Bas sich heute in ihr abspielt, hat sein Borbild in dem ersten Jahre det Sozialistengesetzes, wo die Führer auch kopflos wurden, aber die Massen sich alsbald sammelten unter der Parole: Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben, troth den Führern, wenn die widerstreben. Schon gärt es mächtig in allen großen Parteizentren Deutschlands: in Berlin, Hamburg, Leipzig, Stuttgart, und der Tag ist nicht mehr fern, wo der Frieden und die Rücksehr zu den unerschütterlichen Grundsähen der Internationale von der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden wird mit der ungestümen Kraft eines Willens, den die Kämpfe eines halben Jahrhunderts gestählt haben.

Berlin-Steglit, im Dezember 1914.

Franz Mehring.

Nr. 2. (Ende Dezember.)

Rarl Liebknecht — Bur Kriegssitzung bes Reichstages.

Genosse Liebknecht hat zur Begründung seiner verneinenden Abstimmung in der Reichstagssitzung vom 2. Dezember 1914 dem Reichstagspräsidenten zur Aufnahme in den stenographischen Bericht gemäß \S 59 der Geschäftsordnung folgendes überreicht:

Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Bölker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industries und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerusenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Die deutsche Parole "Gegen den Zarismus" diente — ähnlich ber jetzigen englischen und französischen Parole "Gegen den Militarismus" — dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Aberlieferungen und Hoffnungen des Bolkes für den Bölkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit dis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Bölkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Bolkes muß deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil bemütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemehel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Bölker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Bölker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller känder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Berwundeten und Kransken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann;

auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Berantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn herausbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annerionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Berlin, 2. Dezember 1914.

gez. Karl Liebknecht.

1915.

Nr. 3. (Januar; aus einer Rebe Liebknechts in einer Versammlung in Neu-Kölln.)

Imperialismus und Rrieg.

. . . Wenn sich die bisherigen Entwicklungsgesetze ber Gesellschaft nicht auf den Kopf stellen, und Deutschland sich nicht in ein politisches Schlaraffenland verwandelt, werden auch fünftig feine ernsthaften politischen Reformen anders als durch politischen und wirtschaftlichen Rampf erzielt werben. Und die Aussichten biefes Rampfes sind um fo gunftiger, je zuversichtlicher bas Bertrauen der Massen in die Restigkeit, in die Unbeirrbarteit und Stetigkeit der Sozialdemofratie ift, und je größer bie Achtung und Kurcht der Gegner vor ihrer Rraft, Zielsicherheit und Entschlossenheit. Einer Partei, beren Biderstandslosigkeit gegen Raffenpinchofen, gegen den heulenden Mob der Strafe, gegen geriffene Regierungsbemagogie, gegen ein Blatt Papier und Druckerschwärze, bas ben Belagerungezustand verkundet, so offenkundig mard, einer Partei, die dem Namen einer Umsturzpartei nur eben durch den Umsturz ihrer eigenen Grundfate Ehre gemacht bat, und deren Festigkeit in einem großen bistorischen Moment so gering war, daß ein Kartenhaus im Bergleich bazu ein Kestungswall erscheint, einer solchen Partei wird sowohl jenes Bertrauen, wie diefer Respekt fehlen. Um so mehr, je mehr "sogialistische" Frühlingslerchen mitten im unwirtlichen Winter des imperialistischen Migvergnügens herumflattern und bem Volke den Wahn eines naben Rangans einzutirilieren suchen. Sich einbilden, im Bege folcher

"birekten Aktionen" nationalliberalen Kalibers bem Proletariat die Wege ebnen zu können, heißt das ABC des dialektischen Materialismus in den Wind schlagen.

Die Kunst, uns spielend zu besiegen, haben die Feinde des Proletariats gelernt. Die Sozialdemokratie muß die verlorene Achtung zurückerobern; zurückerobern im Kampf. Nimmt sie diesen Kampf noch während des Krieges auf, so kann sie rasch und gründlich zu jenem Ziel gelangen. Verschiebt sie ihn bis nach dem Krieg, so wird es ihr sauer werden, gerade, weil er dann minder gefahrvoll ist.

Erspart bleibt er ihr nicht.

Auch in ber innerpolitischen Wirkung zeigt es sich so, allen Illusionen zum Trop, daß die Mehrheitstaktik die Entwicklung nicht fördert, sondern hemmt. . . .

Die Fraktionserklärung vom 4. August 1914 wünscht Frieden, "sobalb das Ziel der Sicherung erreicht" ist.

Der Sicherung wessen? Nur bes Territoriums und der staatlichen Unabhängigkeit oder außerdem des vom Kapital für erforderlich gehaltenen Spielraums für weltwirtschaftliche Entfaltung des Deutschen Reiches? Und welcher Spielraum nach Art, Richtung und Größe wäre das? Kann dieser Spielraum ohne Eroberung, ohne Bergewaltigung anderer Bölker erzielt werden? Wenn nicht, so müßte die Sozialdemokratie die darauf gerichtete Politik bekämpfen. Wir sind hier bereits mitten auf dem Felde des Imperialismus, der nicht "friedlich" ist, aber selbst wenn er der äußeren Form nach "friedlich" wäre, der Antipode des Sozialismus bliebe.

Der Sicherung wodurch? Mit welchen Mitteln? Etwa militaristisschen? Hier scheiden sich Sozialismus und Imperialismus von vorneherein wie Feuer und Wasser. Für den Sozialismus kommt nicht Sicherung durch Wassengewalt, durch "strategisch günstige Grenzgestaltung" und ähnliches in Betracht. Die spezisische Sicherungskraft des Sozialismus ist die wirtschaftliche und allgemein kulturelle Völkerssolidarität, die internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse. Nur dieses Sicherungsmittel erkennen wir als Sozialisten an, nur für seine Anwendung können wir uns einsehen. Alle anderen Sicherungsmittel liegen außerhalb des Vereiches seder proletarischen sozialistischen Republik, wenn sie nicht gar dieser Politik schroff widersprechen.

Das Ziel folcher sozialistischen Sicherung kann aber nie burch

ben Krieg erreicht werden, sondern nur durch sozialistische Propaganda, burch internationalen Klassenkampf, durch Zusammenwirken des Proletariats aller kriegkührenden Länder. Also nicht durch Unterstützung des Krieges, sondern durch seine Bekampfung. . . .

Rlassenkampf ist die Losung des Lages. Rlassenkampf nicht erst nach dem Kriege. Rlassenkampf währen des Krieges. Rlassenkampf gegen den Kriege. Nimmt die Partei nicht heute, während des Krieges, den Kampf auf, so wird man auch an ihren Kampfgeist nach dem Kriege nicht glauben, weder in den Arbeitermassen, noch in den Reihen ihrer Gegner. Zetzt gilt es, sich bewähren. So kann sich die Partei Kredit verschaffen für alle Zukunft — Kredit bei Freund und Feind, Kredit sie ernstesten Zukunftsmöglichkeiten, Kredit, der — mit Opfern des Augenblicks erkauft — bereinst ihre Macht unwiderstehlich machen wird. . . .

Nr. 4 (Mai, von Liebknecht verfaßt).

Der hauptfeind steht im eigenen Landl

Was seit 10 Monaten, seit dem Angriff Ofterreichs auf Serbien, täglich zu erwarten war, ist eingetroffen: Der Krieg mit Italien ift da.

Die Volksmassen der kriegkührenden Länder haben begonnen, sich aus den amtlichen Lügennehen zu befreien. Die Einsicht in die Ursachen und Zwecke des Weltkrieges, in die unmittelbare Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch, hat sich auch im deutschen Volk verbreitet. Der Irrwahn heiliger Kriegsziele ist mehr und mehr gewichen, die Kriegsbegeisterung geschwunden, der Wille zum schleunigen Friesden mächtig emporgewachsen, allenthalben — auch in der Armee.

Eine schwere Sorge für die deutschen und österreichischen Imperialisten, die sich vergeblich nach Rettung umsahen. Sie scheint ihnen jest gekommen. Italiens Eingreifen in den Krieg soll ihnen die willkommene Gelegenheit bieten, neuen Taumel des Bölkerhasses zu entfachen, den Friedenswillen zu ersticken, die Spur ihrer eigenen Schuld zu verwischen. Sie spekulieren auf die Vergeßlichkeit des deutschen Volkes, auf seine nur allzu oft erprobte Langmut.

Würde der saubere Plan glücken, das Ergebnis zehnmonatiger blutiger Erfahrung wäre zunichte, das internationale Proletariat stände

wiederum entwaffnet da, völlig ausgeschaltet als selbständiger politischer Faktor.

Der Plan muß zuschanden werden — sofern der dem internationalen Sozialismus treugebliebene Teil des deutschen Prolestariats seiner geschichtlichen Sendung in dieser ungeheueren Zeit einsgebenk und würdig bleibt.

Die Feinde des Volkes rechnen mit der Vergeflichkeit der Massen - wir sehen bieser Spekulation entgegen die Losung:

Alles lernen, nichts vergeffen!

Nichts vergeffen!

Bir haben erlebt, daß bei Kriegsausbruch die Massen von den herrschenden Klassen mit lockenden Melodien für den kapitalistischen Kriegszweck eingefangen wurden. Wir haben erlebt, wie die schillernden Seisenblasen der Demagogie zerplatten, die Narrenträume des August verflogen, wie statt des Glücks Elend und Jammer über das Volkkamen; wie die Tränen der Kriegswitwen und Kriegswaisen zu Strömen anschwollen; wie die Erhaltung der Dreiklassensch, die verstockte Heiligsprechung der Viereinigkeit: Halbabsolutismus — Junkerschaft — Willitarismus — Polizeiwillkür zur bitteren Wahrheit wurde.

Durch die Erfahrung sind wir gewarnt — alles lernen, nichts vergessen!

Widerwärtig sind die Tiraden, mit denen der italienische Imperialismus seine Raubpolitik verbrämt; widerwärtig ist jene römische Tragikomödie, in der auch die landläufig gewordene Frage des Burgfriedens nicht fehlt. Noch widerwärtiger ist jedoch, daß wir in alledem nur in einem Spiegel die deutschen und österreichischen Methoden vom Juli und August 1914 wiedererkennen.

Jede Brandmarkung verdienen die italienischen Ariegshetzer. Aber sie sind nichts als die Abbilder der deutschen und österreichischen Kriegssbetzer, jener Hauptschuldigen am Kriegsausbruch. Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Bem hat das beutsche Bolk die neue heimsuchung zu banken? Bon wem hat es Rechenschaft zu fordern für die neuen Opfer-hekatomben, die sich turmen werben?

Es bleibt dabei: das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 war die Brandfackel, die die Welt entzündete, wenn auch der Brand erst spät auf Italien übergriff. Es bleibt babei: bieses Ultimatum war das Signal für die Reuverteilung der Welt und rief mit Notwendigkeit alle kapitalistischen Raubstaaten auf den Plan.

Es bleibt babei, bieses Ultimatum rollte bie Frage ber Vorherrsschaft auf bem Balkan, in Kleinasien und im ganzen Mittelmeer und damit auch alle Gegensätze zwischen Ofterreich-Deutschland und Italien mit einem Schlage auf.

Wenn sich die deutschen und österreichischen Imperialisten jetzt hinter dem Busch der italienischen Raubpolitik, hinter der Kulisse der italienischen Treulosigkeit zu verstecken suchen, wenn sie die Toga der moralischen Entrüstung, der gekränkten Unschuld umwerfen, während sie doch in Rom nur eben ihresgleichen gefunden haben, so verzbienen sie die Lauge des grausamsten Hohns.

Nicht zu vergessen gilt es, wie mit bem beutschen Bolke gerade in der italienischen Frage gespielt worden ist, gespielt von den sehr ehrenwerten deutschen Patrioten.

Seit je war der Dreibundvertrag mit Italien eine Farce — euch hat man darüber getäuscht!

Stets galt Italien bem Kundigen für den Kriegsfall als sicherer Gegner Ofterreichs und Deutschlands — euch hat man es als einen sicheren Bundesgenossen vorgegaukelt.

Im Dreibundvertrag, bei bessen Abschluß und Erneuerung niemand euch befragte, lag ein gut Teil von Deutschlands weltpolitischem Schicksal beschlossen — bis zum heutigen Tage ist aus diesem Vertrage nicht ein Buchstabe mitgeteilt.

Das öfterreichische Ultimatum an Serbien, mit bem eine kleine Elique die Menschheit überrumpelte, war der Bruch des Bündnisverstrags zwischen Ofterreich und Italien — euch hat man davon nichts gesagt.

Dieses Ultimatum ist gegen ben ausbrücklichen Widerspruch Ita- liens ergangen — euch hat man das verschwiegen.

Am 4. Mai dieses Jahres schon war von Italien das Bündnis mit Osterreich aufgelöst — bis zum 18. Mai hat man diese entsicheiden de Tatsache dem österreichischen und deutschen Volke vorenthalten, ja, der Wahrheit zum Trotz geradewegs amtlich abgeleugnet — ein Gegenstück zu jener geflissentlichen Düpierung des deutschen Volkes und des deutschen Reichstags über das deutsche Ultimatum an Belgien vom 2. August 1914.

Auf die Verhandlungen Deutschlands und Osterreichs mit Italien, von denen das Eingreifen Italiens abhing, gab man euch keinen Einfluß . . . Alls Unmündige wurdet ihr in dieser Lebensfrage behandelt, während die Kriegspartei, während die Scheindiplomatie, während eine Handvoll Leute in Berlin und Wien um das Schicksal Deutschlands würfelte.

Durch die Torpedierung der Lusitania wurde nicht nur die Macht der englischen, französischen und russischen Kriegsparteien gesestigt, ein schwerer Konflikt mit den Bereinigten Staaten herausbeschworen, das ganze neutrale Ausland zu leidenschaftlicher Empörung gegen Deutschland aufgebracht, sondern auch der italienischen Kriegspartei gerade in der kritischen Zeit ihr verhängnispartei gerade in der kritischen Zeit ihr verhängnisvolles Werk erleichtert — auch dazu hat das deutsche Bolkschweigen müssen; die eiserne Faust des Belagerungszustandes drückte ihm die Gurgel zu.

Im März bieses Jahres schon konnte ber Friede angebahnt werden — bie Hand war von England gestoten — bie Profitgier der deutschen Imperialisten wies sie zurück. Hintertrieben wurden aussichtsreiche Friedensbemühungen durch die deutschen Interessenten an kolonialen Eroberungen großen Stils, an der Annerion Belgiens und Französisch-Lothringens, durch die Kapitalisten der großen deutschen Schwerindustrie.

Auch das hat man dem deutschen Bolke verheimlicht. Auch da hat man es nicht zu Rate gezogen.

Wem hat, so fragen wir, das deutsche Bolk die Fortsetzung des grauenvollen Krieges, wem Italiens Eingreifen zu hanken? Wem anders als den verantwortlichen Unverantwortlichen im eige= nen Lande?

Alles lernen, nichts vergeffen!

Der italienische Abklatsch ber beutschen Ereignisse vom Sommer vorigen Jahres kann Denkenden kein Sporn zu neuem Kriegs = taumel sein, nur ein neuer Anstoß zur Berscheuchung jener Hoff= nungsirrwische von einer Morgenröte politischer und sozialer Gerechtigkeit, nur ein neues Licht zur Erhellung der politischen Berantwortslichkeiten, zur Enthüllung der ganzen Gemeingefährlichkeit

¹⁾ Eine besonders bösartige Lüge (b. Berf.).

jener öfterreichischen und deutschen Rriegstreiber, nur ein neuer Anklageaft gegen sie.

Lernen und nicht vergessen! aber gilt es auch vor allem, welch helben mütigen Kampf unsere italienischen Genossen gegen den Krieg gekämpft haben und noch kämpfen. Kämpfen in der Presse, in Bersammlungen, in Straßenkundgebungen, kämpfen mit revolutionärer Kraft und Kühnheit, trogend mit Leib und Leben dem wütenden Anprall der obrigkeitlich aufgepeitschten nationalistischen Wogen. Ihrem Kampf gelten unsere begeisterten Glückwünsche. Laßt ihren Geist unser Vorbild sein! Sorgt, daß er das Vorbild der Internationale werde!

Ware er es seit jenen Augusttagen gewesen, es stunde beffer in ber Welt. Es stunde beffer um das internationale Proletariat.

Aber kein "Zuspät" kennt entschlossener Kampfess wille!

Abgewirtschaftet hat die unsinnige Parole des "Durchhaltens", die nur immer tiefer in den Mahlstrom der Bölkerzerfleischung führt. Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Bölkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde.

Der Hauptfeind jedes Volkes steht im eigenen Land!

Der Hauptfeind des deutschen Bolkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Rriegspattei, die deutsche Geheim diplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt es für das deutsche Bolk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine einheimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Bolk — nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpigen und Falkenhanns, mit der deutsschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diesel Alles für das deutsche Bolk! Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der geknechteten Menschheit willen.

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen — sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen! Sie spekulieren auf die Langmut der Massen — wir aber erheben den stürmischen Ruf:

"Bie lange noch wollen die Glücksfpieler bes Imperialismus die Geduld bes Bol= fes minbrauchen! Genug und übergenug ber Megelei! Nieder mit ben Rriegshetern biesseits . ienseits ber Grenze! Ein Ende bem Bölkermorb!"

Proletarier aller Länder, folgt bem heroischen Beispiel eurer italienischen Brüber! Bereinigt euch zum internationalen Rlaffen fampf gegen bie Berschwörungen ber Geheimbiplomatie, gegen ben Imperialismus, gegen ben Rrieg, für einen Frieden im fogialiftifchen Geift.

Der Sauptfeind fteht im eigenen gand!

1916.

Nr. 5 (Juni).

hunger!

3. In der Internationale liegt der Schwer= punkt der Rlaffenorganisation des Prole: tariats

4. Die Pflicht jur Ausführung ber Beschluffe ber Internationale geht allen anderen Dr: ganisationspflichten voran .

(Leitfate.)

Bas tommen mußte, ift eingetreten: Der hunger!

In Leipzig, in Berlin, in Charlottenburg, in Braunschweig, in Magdeburg, in Roblenz und Osnabruck, an vielen anderen Orten gibt es Rramalle ber hungernden Menge vor den Läden mit Lebensmitteln. Und die Regierung des Belagerungszustandes hat auf den Hungerschrei ber Maffen nur die Antwort: Berschärften Belagerungezustand, Polizeifabel und Militarpatrouillen.

Berr von Bethmann-Bollmeg flagt England des Berbrechens an, den hunger in Deutschland verschuldet zu haben, und die Rriege= burchhalter und Regierungszuhälter schwäßen es nach. Indeffen bie beutsche Regierung hatte missen muffen, daß es so kommen mußte: Der Rrieg gegen Rugland, Frankreich und England mußte gur Absperrung Deutschlands führen. Es war auch stets Brauch unter ben eblen Brübern im Rriege, einander wirtschaftlichen Schaben zuzufügen, bie Bufuhr von Lebensmitteln abzusperren. Der Rrieg, ber Bölker-Brieberg.

Digitized by Google

11

mord ist das Berbrechen, der Aushungerungsplan nur eine Folge dieses Berbrechens.

Die bösen Feinde haben uns "eingekreist", plärren die Kriegsmacher. Warum habt ihr eine Politik gemacht, die zur Einkreisung führte? ist die einfachste Gegenfrage. Jede imperialistische Raubpolitik ist ein Verbrechen, und eine solche Politik trieben alle Staaten. Die deutsche Regierung aber betrieb eine imperialistische Politik, bei der sie alle Staaten anrempelte, mit aklen in Konflikt kam und schließlich, mur noch mit dem österreichischen Staatskadaver und der rettungslos bankrotten Türkei verbündet, gewaltsam den Weltkrieg anzettelte.

Auf das Verbrechen der Anzettelung des Beltkrieges wurde ein weiteres gehäuft: die Regierung tat nichts, um dieser Hungersnot zu begegnen. Warum geschah nichts? Weil den Regierungssippen, den Kapitalisten, Junkern, Lebensmittelwucherern der Hunger der Massen nicht wehe tut, sondern zur Bereicherung dient. Weil, wenn man von Anfang an den Kampf gegen Hunger und Not durch ernsthafte Massendhmen aufgenommen hätte, den verblendeten Massen der furchtbare Ernst der Lage klar geworden wäre. Dann wäre aber die Kriegsbegeisterung alsbald verraucht.

Deshalb hat man die Volksmassen mit Siegestriumphgeheul betäubt und sie gleichzeitig den agrarischen und kapitalistischen Lebenstmittelwucherern ausgeliefert.

Mit dem Geschrei vom "Durchhalten", bei denen die Scheide männer und Konsorten der Regierung ihre Dienste leisteten, hat man versucht, die Massen um jede Besinnung zu bringen. Die herrschenden Klassen wollten ihre wahnsinnigen Annektionsgelüste nicht preisgeben, und man belog das Bolk, indem man ihm vorredete: wenn wir durchhalten, wird Deutschland den Frieden diktieren und die ganze Belt beherrschen.

Man hat uns vorgelogen: bie beutschen U-Boote werden Englands Zufuhr abschneiden, England werde um Frieden winseln, und damit werde der Krieg beendet. — Märchen für Kinder sind das. Der U-Bootkrieg hetzt Deutschland neue Feinde auf den Hals; aber an eine Abschneidung der Zufuhren Englands ist nie und nimmer zu denken, auch wenn Deutschland zehnmal mehr U-Boote hätte.

Dann hat man uns vorgemacht: der Vorstoß nach dem Balkan werde Deutschland Luft schaffen, Lebensmittel in Hulle und Külle werde

man aus der Türkei erhalten. — Man log bewußt, denn alle Einsichtigen wissen, daß die Türkei nichts liefern kann, daß in Konstantinopel und den Küstenstädten Kleinasiens Mangel herrscht, daß die türkische Regierung ihre Armee nicht mehr nähren kann.

Jett vertröstet man uns auf die kommende Ernte: alle Not werde ein Ende haben, wenn die neue Frucht da ist. — Auch das ist bewußter Schwindel. Die einfache Rechnung sagt: in zweiundzwanzig Kriegsmonaten wurden zwei Ernten verzehrt, außerdem die großen Borräte an Biehfutter, Zucker und anderen Produkten, die zu Kriegsbeginn im Lande lagerten; ferner alles, was in den besetzten Gebieten, in Belgien, in Nordfrankreich, Polen, Litauen, Kurland, Serbien an Lebensmitteln "requiriert" wurde; schließlich noch das, was aus Holland und den skandinavischen Ländern eingeführt werden konnte. Zetzt gibt es nichts mehr. Die besetzten Gediete sind kahl gefressen, die Menschen straaten bereits Hungers in Polen und in Serbien. Die neutralen Staaten sperren die Ausfuhr hermetisch ab, weil sie selbst Mangel leiden. Die einheimische Ernte kann nicht viel liefern, denn die Felder wurden aus Mangel an Arbeitskräften, an Dünger und Saatgut schlecht bestellt. Die Biehstände sind gering.

Ein "Lebensmittelbiktator" soll für gute Berteilung sorgen: Zu spät! Die Lebensmittelwucherer haben ihr Werk vollbracht. Packt man sie jetzt an der Gurgel, so hilft's nichts. Es gibt nicht mehr so viel zu "verteilen", daß man das Bolk satt machen kann.

Das ist die nackte Wahrheit.

Man hat das Bolk in den Krieg gehetzt, bei dem die Jufuhr absessichnitten wurde, kapitalistische Verbrecher haben unter Duldung der Regierung das übrige getan.

Bas foll werben?

Man kann noch ein halbes Jahr, vielleicht ein ganzes Jahr Krieg führen, indem man die Menschen langsam verhungern läßt. Dann wird aber die künftige Generation geopfert. Zu den furchtbaren Opfern an Toten und Krüppeln der Schlachtfelder kommen weitere Opfer an Kindern und Frauen, die infolge des Mangels dem Siechtum verfallen.

Und auch dann gibt es noch kein Ende, benn dieser Krieg kann nicht mehr mit Waffengewalt entschieden werden, wenn er auch noch ein Jahr oder zwei dauert. Der deutsche Militarismus steckt nach allen seinen "Siegen" in der Sackgasse. Wenn jetzt der Krieg fortdauert, so

ist es einzig allein, weil die Volksmassen sich die Infamie geduldig gefallen lassen.

Männer und Frauen des arbeitenden Bolkes, wir alle tragen die Berantwortung.

Entweder verharren die arbeitenden Massen in stumpfsinnigem Gleichmut — dann ist die Folge langes Siechtum und elendes Berberben; oder das Proletariat rafft sich auf, verweigert dieser Regierung und diesen herrschenden Klassen die Dienste und erzwingt den Frieden.

Es gibt keine Wahl. Es gilt die Tat. Rafft euch auf, ihr Manner und Frauen! Gebt euren Willen kund, laßt eure Stimme erschallen:

Nieber mit bem Rriege!

Hoch die internationale Solidarität des Prolestariats!

Rr. 6. (Sommermonate, aus bem "Zweiten Zimmerwalber Manifest.")

Proletarier!

Wer predigt den Krieg "bis zum Ende", bis zum "Siege"? Die Urheber des Krieges, die käufliche Presse, die Kriegslieferanten und alle die, die sich am Kriege bereichern. Die Sozialpatrioten, die die bürgerlichen Kriegslosungen wiederholen, die Reaktionäre, die im Innern sich freuen, daß auf den Schlachtfeldern die zugrunde gehen, die gestern noch eine drohende Gefahr für die Privilegien der herrschenden Klassen waren; die Sozialisten, Gewerkschaftler und alle die, die den Samen des Sozialismus in Stadt und Land gesät haben.

Das sind die Anhänger der Politik des Krieges bis zum Ende! Sie beherrschen den staatlichen Machtapparat, sie befehlen der Lügenpresse, die die Bölker verheht, sie genießen das Recht auf freie Agitation für die Fortsehung des Krieges und der Berwüstungen.

Die Opfer seib ihr. Ihr habt das Recht zu hungern und zu schweigen, für euch sind die Ketten des Belagerungszustandes, der Zensor und die Totenluft des Gefängnisses.

Ihr, das Volk, die arbeitenden Massen, ihr seid die Opfer, und dabei ist der Krieg nicht euer Krieg.

In den Schützengraben, in der Schwarmlinie liegt ihr, die Ar-

hinter ber Front seht ihr die Reichen mit ihren Schützlingen, die sich in Sicherheit zu bringen wissen.

Für sie ift ber Krieg — ber Tod anderer!

Obschon sie ben Alassenkampf gegen euch in noch viel schärferer Form als vorher führen, predigen sie ben "Burgfrieden". Erbarmungslos beuten sie eure Not, euer Elend aus, und versuchen gleichzeitig euch zu veranlassen, Verrat an eurer Alasse zu üben und aus euch eure beste Kraft, die Hoffnung auf den Sozialismus herauszureißen. Klarer als zur Friedenszeit hebt sich während des Krieges die soziale Ungerechtigkeit und die Klassenherrschaft hervor.

Bur Friedenszeit nimmt das kapitaliftische Spftem dem Arbeiter jebe Lebensfreude, zur Kriegszeit nimmt es ihm alles, auch das Leben.

Genug bes Morbens, genug ber Leiben!

Genug ber Bermuftungen.

Auf euch Arbeiter werben jetzt und später bie aufgetürmten Ruinen zusammenstürzen.

Hunderte von Millionen werden jett dem Kriegsgotte geopfert, sie gehen damit der Volkswohlfahrt, Kulturzwecken und sozialen Resformen verloren, welche euer Schicksal erleichtern, die Volksbildung versmehren und die Armut verringern könnten. Aber morgen werden sie neue Steuerlasten auf eure Schultern bürden. Ift noch nicht genug der Arbeitskraft, an Geld, an Menschenleben verloren gegangen?

Erhebt euch zum Rampfe um den sofortigen Frieden ohne jede Eroberung.

Mögen in allen kriegführenden Ländern die arbeitenden Männer und Frauen aufstehen gegen den Krieg und seine Folgen; gegen Not und Entbehrung, gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung! Mögen sie die Stimme erheben für die Wiederherstellung der ihnen geraubten bürger-lichen Freiheiten, für soziale Gesetzgebung, für die Forderungen der arbeitenden Klassen in Stadt und Land.

Mögen die Proletarier der neutralen Länder den Sozialisten der kriegführenden Länder in ihrem schweren Kampfe helfen und mit allen Mitteln der weiteren Ausbreitung des Krieges entgegenwirken.

Mögen die Sozialisten aller Känder nach den internationalen Besschlüssen handeln, die dahin lauten, daß es die Pflicht der Arbeiterklasse ist, alle Anstrengungen zu machen, um den Krieg so bald als möglich zu beenden.

Abt den stärksten Druck auf eure Abgeordneten aus, auf eure Varlamente, auf eure Regierungen.

Verlangt von den Vertretern der sozialistischen Parteien sofortige Abkehr von der Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen. Berslangt von den sozialistischen Abgeordneten, daß sie von jetzt ab gegen alle Kriegskredite stimmen 1).

helft mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung habt, zur schnellsten Beendigung bes Menschenmordens.

Verlangt das sofortige Ende des Krieges. Erhebt euch zum Kampfe, getretene und hingemordete Völker.

Wagt! Denkt baran, daß ihr die Mehrheit seid, und wenn ihr wollt, könnt ihr stark sein.

Laßt nur die Regierungen gewahr werden, daß der Widerwille gegen den Krieg und die Sehnsucht nach der Erlösung durch den Sozialismus in allen Ländern zunimmt.

Es naht die Stunde des Bolkerfriedens.

Nieder mit dem Krieg!

Es lebe der Friede, der sofortige Friede ohne Eroberungen! Es lebe der internationale Sozialismus!

Die zweite Zimmerwalder sozialistische Konferenz.

Nr. 7. (Wintermonate 1916/17, aus der Broschüre mit gleichnamiger Aberschrift).

Imperialistischer Sozialismus ober proletarischer Rlassenkampf?

"Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Eristenzbedingungen zu untergraben, und sie, wenn ich kann, beseitigen!"

Bebel.

Soll die sozialdemokratische Partei auf ihrem prinzipiellen Klassen= standpunkt beharren? Das bedeutet: rücksichtslosen Kampf gegen die Kapitalistische Gesellschaft und ihr Organ, den Klassenstaat der Herr=

¹⁾ Selbstverständlich fiel nur die deutsche Arbeiterschaft auf diese Aufforderung jum Landesverrat hinein.

schenden und Besitzenden, bis zu ihrer Aberwindung und Beseitigung durch die Macht des Proletariats. Das bedeutet weiter: Anpassung der Kampfmethoden und Kampfmittel an dieses Ziel.

Dber:

Coll Hand in Hand mit der Erweichung des Klassenkampfes und der Berwischung des Endzieles die Politik der sozialdemokratischen Partei hinauslaufen auf eine Annäherung an die bürgerlich-kapitalistische Gefellschaft und den militaristischen Klassenstaat?

Und das würde heißen: Vertuschung und Aberbrückung des besstehenden fundamentalen Klassengegensatzes und Anpassung der sozials demokratischen Politik an die prinzipienlose Schacherpolitik der bürgerslichen Parteien.

So und nicht andere fteht bie Frage!

Wir wollen nun an der hand einer der zur Zeit die Parteisbiskuffion — soweit dies unter dem Zeichen des Burgfriedens und unter der "geistigen" Gewaltherrschaft der Parteiinstanzen überhaupt möglich ist — beschäftigenden Streitfragen zeigen, um was es geht und wohin die Reise gehen soll.

Und dazu mählen wir die Versuche aus, die sozialistischen Arbeiter für die imperialistische Politik einzufangen und den theoretischen Nachweis zu führen, daß sich die imperialistische Politik der kapitalistischen Bourgeoisse und die sozialistische Rassen-kampspolitik auf einer gemeinsamen Linie sinden können, weil es sich dabei um gleichlausende Interessen von Kapital und Arbeit handelt. Und an diesem Beispiel soll der Nachweis erbracht werden, wie absgrundtief die erstrebte Neuorientierung der sozialdemokratischen Politik getrennt, wie wesensverschieden sie von dem ist, was bisher als der Kern sozialistischer Theorie und Praxis gegolten hat.

Bersuchen wir den herauszuschälen, so ist es einmal der Gedanke des Klassenkampses, den die sozialistische Theorie als die richtunggebende Grundkraft der geschichtlichen Entwicklung aufgezeigt hat, der Entwicklung, die durch den Klassenkamps und allein durch ihn auch über die heutige privatkapitalistische Wirtschaftssord nung hinaussühren wird. Denn da mit dem Privatkapitalismus untrennbar verbunden ist die Tatsache der wirtschaftlichen Ausbeu=

tung berer, die arbeiten, durch die Eigner der Produktionsmittel, so ergibt sich daraus zweierlei:

Einmal der in diesem System nicht zu über brückende Gesgensatzwischen Besitz und Arbeit und dann — aus diesem unverschnlichen Gegensatz heraus — der Klassenkampf der Aussgebeuteten um die Beseitigung der Ausbeutung. Die hat aber zur Voraussetzung die Niederzwingung der politischen Macht der heute herrschenden Klassen und des als Vertreter ihrer Interessen funktionierenden Klassenstaates. Womit als das Kampfesziel der sozialistischen Bewegung gegeben ist:

Beseitigung ber politischen Rlassenherrschaft und damit der politischen Knechtung, und Aberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft.

Aus der Erkenntnis aber, daß der imperialistische Kapitalismus in seinen Wirkungen und in seinen Absichten der Todfeind des gesamten Proletariats ift, war die andere Erkenntnis hervorgegangen,

daß der proletarische Klassenkampf seine Wucht und seine Entschlossenheit zu allererst gegen den Imperialismus zu richten hat,

daß nunmehr der Kampf um die Erringung der politischen Macht und der entscheidende Kampf um die Niederringung des Kapitalismus und die Herbeiführung des Sozialismus geführt werden muß unter der Parole des Kampfes gegen den Imperialismus,

und daß als allerwichtigste Vorbedingung dazu die enge Wilslens- und Kampfesgemeinschaft des Proletariats aller Länder lebendige tatvolle Wirklichkeit werden muß.

Da kam ber Weltkrieg, und in seinem ersten Sturme gelang es ben herrschenden Mächten, durch Täuschung über die Ursachen, Absichten und Ziele des Krieges große Teile der Arbeiterklasse in die Netze ihrer nationalistischen Ideologie einzufangen, ihr Klassenbewußtsein zeitweilig zu trüben infolge des teilweisen Mangels an prinzipieller sozialistischer Aufklärung speziell über den Imperialismus, infolge auch der von den Instanzen vorher betriebenen Taktik der Einschläferung des revolutionären Willens und infolge des Verhaltens der führenden Körperschaften bei Ausbruch des Krieges.

Und mahrend bes Rrieges seben wir nun eine Reihe von Ge-

nossen am Werke, in Wort und Schrift den Arbeitern die wirtschaft= liche Notwendigkeit bes Imperialismus, die Intereffenbarmonie von Arbeit und Rapital bei der Berfolgung der imperialisti= ichen Biele ju predigen, ja bas Bormartebrangen und ben Sieg bes Cogialismus an ben Sieg eines bestimmten "nationalen" Rapita= lismus zu knüpfen, babei die Lehren von der Notwendigkeit des Rlaffenkampfes, ber Notwendigkeit ber einheitlichen Rampfesfront bes internationalen Proletariats, ber Tobfeinbichaft zwischen Sozialismus und Imperialismus verächtlich als nebenfächlich beiseite schiebend. es gleichgültig ift, ob das geschieht unter Umhängung eines marriftischsozialistischen Mäntelchens, mit Bilfe bessen man den Arbeitern bas Gegenteil der ehemals als notwendig erkannten Politik mundgerecht machen will, ober ob es geschieht unter klarer Enthüllung bes Bieles, bas man schon früher mit Bilfe einer opportunistischen Theorie und Praris verfolgt hatte: aus der sozialistischen Bewegung eine radikale Reformpartei im Rahmen bes burgerlichen Rlaffenstaates und ber kapitalistischen Wirtschaft zu machen.

Beibes läuft barauf hinaus, die sozialistische Bewegung unter Berstümmelung des Klassenkampfwillens und Berschiebung der Rampffront zu einem für den Kapitalismus viel= leicht unbequemen, aber ungefährlichen Schwanzstück der heutigen Gesells chaftsordnung zu machen — zum Rugen des Kapitalismus und zum Schasben der Arbeiterbewegung.

Den Imperialismus, aber nicht auch seine Gegentendenz, den sozialistischen Klassenkampf, als geschichtliche Notwendigkeit anerkennen, den Arbeitern die Unterstützung der imperialistischen Politik anempfehlen, daß heißt nichts anderes als:

unter Berzicht auf Klassenkampf und sozialistisches Endziel die Kapitalistische Gesellschaft, ben Klassenstaat mit seinen Klassensgegenfätzen verewigen zu helfen.

Darüber hilft kein vertuschendes Gerede hinweg! Hier liegt ber Angelpunkt ber ganzen Fragestellung!

Der Streit um die Stellung jum Imperialismus zeigt uns, bag es ums Gange geht.

Denn mit ihr ift auch die Stellung zum sozialistischen Befreiungekampfe und Endziel gegeben:

Man kann nicht als imperialistischer Sozialist an ber Stärkung und Sicherung des kapitalistischen Systems mithelfen — und gleichs zeitig ernsthaft ben Sozialismus propagieren!

Man kann nicht als Imperialismus-Anhänger durch Rüftungsbewilligungen an der Verewigung der Kriegsgefahr mithelfen — und biese Gefahr gleichzeitig mit aller Kraft bekämpfen!

Man kann nicht ben imperialistischen Klassenstaat anerkennen, um in seinem Rahmen positive Politik zu machen — und gleichzeitig zielbewußt an ber Überwindung der Klassensegensäße und der kapitaslistischen Ausbeutung mitarbeiten!

Man kann nicht die nationalistische Ideologie und Politik des Imperialismus mit ihrer Bölkerverhetzung und Bölkervergewaltigung mitmachen — und gleichzeitig aufrichtig an der Schaffung eines wirkungsvollen internationalen Zusammenschlusses des Proletariats mithelfen!

Man kann nicht als Imperialismus-Verfechter für versteckte Annerionen in Form militärischer Grenzsicherungen und wirtschaftslicher Angliederungen sein — und gleichzeitig den Gedanken der Bölkerverbrüderung als Leitstern der auswärtigen Politik des Sozia-lismus betrachten!

Man kann schließlich auch nicht für die Politik des Durchhaltens sein — und ernsthaft für den Frieden eintreten!

Das sind alles unvereinbare Gegensätze, deren Zusammenkoppelung eine Politik der Schwäche, der Zielkosigkeit und alles in allem eine Politik des Verrates an den ProletariersInteressen bedeutet. Des Verrates allein schon deswegen, weil die Frucht dieses Krieges, möge sein Ausgang sein, wie er wolle, eine Araverstärkter Rüstungen und — nach einer Spanne der Erholung — versmehrter Kriegsgefahr sein wird, wenn nicht die Arbeiterklasse den Willen und die Macht hat, dem imperialistischen Treiben Einhalt zu gebieten.

Dazu ist aber unfähig eine im national-imperialistischen Fahrwasser segelnde Arbeiterpartei, dazu bedarf es eines vom Klassenkampfwillen durchdrungenen, seiner Mission als Uberwinder des Klassenstaates bewußten und zur Erfüllung dieser Aufgaben international-geeigneten Proletariats!

Die Genoffen felbft und nicht bie Suhrer werben

bie Entscheidung über die Richtung der kunftigen so= zialdemokratischen Politik zu treffen haben!

Der Weltkrieg felbst mit allen seinen Folgen wird neben der Er= fenntnis des Imperialismus die Entscheibung erleichtern:

daß die Richtlinie kunftiger sozialdemokratischer Politik nicht sein wird die Selbstentmannung des Proletariats im Dienste des imperialistischen Kapitalismus,

fonbern

ber von dem revolutionären Klassenkampfwillen des internationalen Proletariats getragene zielbewußte Kampf gegen den Imperialismus als die zwar jüngste, aber der Arbeitersklasse gefährlichste Machts und Birtschaftspolitik der kapitalissischen Ausbeuterkaste und des nach ihrem Winke handelnden Klassenstaates.

Nr. 8. (Ende August; Flugblatt der "sozialistischen Jugendbewegung Deutschlands.")

Demonstrationsstreit.

Um des schnöben Gelbsacks willen ist die Welt in ein schauriges Blutbad verwandelt worden. Unter dem trügerischen Schein der Vaterslandsverteidigung werden seit drei Jahren Väter und Brüder zur Schlachtbank geschleppt. Unter Entbehrungen, Not und Leid müssen sie für ein mörderisches Pharisäertum gegen ihre eigenen Interessen Blut vergießen. Während das eigne Volk dem Hungertode nahe ist, seiern die Herrschenden hinter den Kulissen bei festlichen Gelagen den prositbringenden Massenmord. Der Drang nach Frieden, die Empörung, der Schrei nach Freiheit und Brot wird von den Regierenden nur mit einem heuchlerischen Wortschwall beantwortet. Aber das nicht, um endlich einmal dem Wahnsinn ein Ende zu bereiten, sondern nur, um das Volk zu beruhigen, es für das im kapitalistischen Interesse liegende Durchbalten gefügig zu machen.

Aber nicht von den Besitzenden, sondern von dem Willen des Bolkes hängt es ab, die schreckliche Kriegsfurie zu ersticken. Der Jorn über die Millionen bereits gefallener und verkrüppelter Mitmenschen muß den Krieg gegen unsere eigenen Bolksmörder und Berräter entsachen und die Brandfackel in das tyrannische Gebäude brutaler Will-

kür und Unterjochung zündend werfen. Zu lange schon, Arbeitsschwestern und sbrüder, haben wir unter Murren und Jammern die blutigen Fesseln getragen. Drei Jahre hindurch hat man mit kostbarem Menschens gut gespielt, in der unverantwortlichsten Weise Frauen und Kinder zu Witwen und Waisen gemacht. Wo ist denn die deutsche Freiheit, für die sorgenvolle Mütter ihre Söhne opfern müssen? Zeigt sie sich darin, daß jede freie Meinung unterdrückt, daß Volksvertreter wie Liebknecht, und andere für viele Jahre ins Zuchthaus wandern müssen, daß selbst Frauen, wie es in Düsseldorf geschah, dis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt oder auch daß willensseste jugendliche Arbeiter wegen soziaslistischer Gesinnung und Betätigung in Fürsorgeanstalten gesteckt wersden? Der Belagerungszustand ist eine Galgenstätte deutscher Freiheit!

Am 2. und 3. September ruft die sozialistische Jugend aller känder ihre Klassenossen zu gewaltigen Kundgebungen gegen das herrschende System infamer Entrechtung und schmachvoller Untersbrückung auf.

Db alt, ob jung! Männer, Frauen und Mädchen! Es gilt bie Tat!

Der internationale Jugendtag muß ein gewaltiger Ansturm des revolutionären Arbeiterheeres, des jungen Proletariats, gegen die besstehende kapitalistische Gesellschaft, die einzig und allein die Millionent grausam Gemordeter zu verantworten hat, sein! Erst der Massenkampf des internationalen Proletariats wird Freiheit und dauernden Frieden bringen!

Jeber agitiere dafür, daß am 2. und 3. September alle Betriebe ruhen und die streikende Arbeiterschaft sich zu Demonstrationsveranstaktungen versammelt!

Gegen den Krieg, am 2. und 3. September 1917. An euch, Brüder im bunten Rock, ergeht der Mahnruf:

"Benn sich das bis zur Verzweiflung getriebene Volk nun endlich einmal zur revolutionären Lat aufrafft, den Vernichtungskampf wagt, unerschüttert das Banner der Revolution entfacht, dann kämpft mit und! Widerhandelt den Vefehlen! Schießt nicht auf Vater und Mutter! auf mutige Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats, die auch die eure ist! Werdet selbst Soldaten der Revolution!

Die sozialistische Jugendbewegung Deutschlands.

1918.

Nr. 9. (Anfang Januar.)

Um Montag, ben 28. Januar beginnt ber Maffenstreit!

Arbeiterinnen! Arbeiter!

Auf zum Massenstreik! Auf zum Kampf! Soeben hat das österreichisch=ungarische Proletariat ein mächtiges Wort gesprochen. Fünf Tage lang ruhte die Arbeit in allen Betrieben in Wien, Budapest usw. im ganzen Neiche. In Wien haben die Arbeiter den Straßenbahwerkehr eingestellt, auch der Eisenbahnverkehr wurde zum Teil lahmgelegt, es erschien keine einzige Zeitung. An vielen Orten kam es zu einer offenen Erhebung der Bevölkerung und zum Kampf mit der Regierungsmacht. In Prag und Budapest wurde die Republik proklamiert. In Wien hielten die Arbeiter die Brücken besetzt, um das Eindringen der Polizei in die Arbeiterviertel zu verhindern.

In schlotternder Angst vor der drohenden Revolution war die Zentralregierung gezwungen, den nach Muster der russischen Revolution gewählten Wiener Arbeiterrat anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln. Sie beeilte sich, Konzessionen zu machen, um die Bewegung einzubämmen, wobei ihr natürlich die Regierungssozialisten und die Gewerksschaftsstührer freiwillig Handlangerdienste leisteten.

Die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, die Aufhebung bes Arbeitszwangsgesetzes, die Erfüllung der Arbeiterforderungen in den Ernährungsfragen, gleiches und allgemeines Wahlrecht für Frauen und Männer bei den Gemeindewahlen, Bersprechen, bei den Friedens- verhandlungen mit Rußland auf alle Annerionsabsichten zu verzichten, — dies sind die vorläufigen Zugeständnisse. Die historische Bedeutung des Arbeiteraufstandes in Österreich-Ungarn liegt aber nicht in diesen Zugeständnissen, sondern in der Tatsache der Erhebung selbst. Die Bewegung ist zwar auf halbem Wege stehen geblieben, aber es ist dies der erste Schritt, dem andere folgen werden. Die Hilfe der deutschen Arbeiter, unser Massenstreit, wird die Flamme der Revolution in der Doppelmonarchie zu neuem, mächtigem Brande entfachen!

Arbeiterinnen und Arbeiter! Bas unsere öfterreichisch= ungarischen Brüder angefangen haben, bas muffen wir vollenden! Die Entscheidung der Friedensfrage liegt bei bem beutschen Proletariat!

Unfer Massenstreik soll kein kraftloser "Protest" und kein von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler Demonstrationssstreik, sondern ein Machtkampf sein. Bir kämpfen solange, bis unsere Mindest forderungen unverkürzt verwirkslicht worden sind: Aufhebung des Belagerungszustansdes, der Zensur, aller Beschränkungen der Roalitionsseriks, Bereinss und Bersammlungsfreiheit, Freislassung aller politischen Inhaftierten — dies sind die Bedingungen, die uns notwendig sind, um unseren Kampf um die Macht, um die Bolksrepublik in Deutschland und einen sofortigen allgemeinen Frieden frei zu entsalten.

Je der Separatfriede führt nur zur Verlängerung und Berschärfung des Bölkermordens. Es gilt um jeden Preis den Separatsfrieden in einen allgemeinen Frieden zu verwandeln. Dies ist unser Ziel.

Arbeiter! Bevor wir die Betriebe verlaffen, muffen wir und eine freigewählte Bertretung nach ruffischem und öfterreichischem Mufter schaffen mit ber Aufgabe, biefen und bie weiteren Rampfe zu leiten. Jeber Betrieb mable pro taufend beschäftigter Arbeiter je einen Bertrauensmann; Betriebe mit weniger als taufend Arbeiter mablen mur einen Bertreter. Die Bertrauensmänner ber Betriebe muffen an jedem Orte fofort zusammentreten und fich als Arbeiterrat konftituieren. Außerdem wird für jeden Betrieb ein leitender Ausschuß gewählt. Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungesozialisten und andere "Durchbalter" unter keinen Umftanden in die Bertretungen gewählt werben. Heraus mit den Burschen aus den Arbeiterversamm= lungen! Diese Bandlanger und freiwilligen Agenten ber Regierung, biefe Todfeinde des Maffenftreiks haben unter den kampfenben Arbeitern nichts zu suchen! Bahrend bes Maffenftreits im April v. Jo. haben die Cohn, die Sehring, die Rörften, die Scheibemanner und ihre Preffe in heimtückischer Beise der Streikbewegung das Genick gebrochen, indem fie die Unklarheit der Maffe ausnutten und den Rampf auf falsche Bahnen lenkten. Lassen wir uns nicht durch die Friedensphrasen und die Maste der angeblichen Sympathie mit unserm Rampf betoren, die biese Judasse jest nach den öfterreichischen Borgängen benutzen werden. Bon biesen Bölfen im Schafspelz droht der Bewegung eine viel schlimmere Gefahr, als von der königlich preußischen und anderweitigen Volizei!

Und nun, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf zum Kampf! Wir haben eine mächtige Baffe in der Hand, unsere Klassensolidarität! Machen wir Gebrauch von dieser Waffe: Alle für einen, einer für alle! Dann sind wir gegen alle Drohungen, Maßregelungen und Verfolgungen seitens der Gewaltherrscher gefeit!

Ein roher Knecht ber Säbelbiktatur, der General Gröner, hat nach dem vorjährigen Aprilstreik jeden streikenden Arbeiter als Hundsfott beschimpft. Zeigen wir der Welt, daß die "Hundsfötter" in Deutschsland noch etwas zu sagen haben!

Mann ber Arbeit, aufgewacht! Und erkenne beine Macht! Alle Raber stehen still, Wenn bein starker Arm es will!

. Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Soch der Maffenstreik!

> Mr. 10. (Oktober, aus der Zeitschrift: Spartakus). Der Knoten der internationalen Lage.

... Die internationale Lage hat sich allenthalben so zugespitzt, daß ber Schlüssel zu ihrer Lösung, der Ansatzunkt, gerade in Deutschland liegt. Der Ausbruch der Revolution in Deutschland würde nicht eine siegreiche Invasion des feindlichen Imperialismus zur Folge haben, sondern der Ausbruch derselben Revolution in dessen Rücken: in Frankzeich, Italien, England.

Gerade weil Deutschland bisher der Schinder und Bezwinger der Nationen war, gerade weil die deutsche Arbeiterschaft ein halbes Jahr-hundert lang die geistige Führerin des Weltproletariats war, um dann plöglich zum Werkzeug des völkerknechtenden Imperialismus zu werden, deshalb muß ihre endliche entschlossene Erhebung den heftigsten Ruck in der gesamten Lage und die tiefste moralische Wirkung hervorbringen.

Nach bem, was wir schon im Laufe des Krieges in Ofterreichs-Ungarn an spontanen Massenaktionen erlebt haben, angesichts der jetigen inneren Krise und Gärung in Ofterreich unterliegt es nicht bem geringsten Zweifel, daß die erste Kunde von einer Massenerhebung in Deutschland zum Signal für eine gleiche in Osterreich-Ungarn werden wird. Die Flamme in Deutschland, Osterreich, Bulgarien, wahrscheinslich auch Rumänien würde naturgemäß sofort mit der russischen Revolution den Kontakt herstellen, und angesichts eines so gewaltigen Nachtgebietes der proletarischen Revolution in ganz Mittels und OstsEuropa würden die Westländer sich unmöglich dem allgemeinen Strom der Entwicklung entziehen können.

Eine beutsche Revolution würde somit jetzt unter ganz anderen und unendlich günstigeren Bedingungen zu operieren haben als die russische, die allein, isoliert, dem noch triumphierenden Imperialismus preistgegeben, sich in seinem Halseisen machtlos verbluten müßte. Darum sind alle Hinweise der Nachtwächter vom Regierungssozialismus auf das "warnende Exempel" der russischen Revolution nichts als die üblichen Flunkereien zur Nassührung der Massen. In Deutschland liegt von Anfang an der Knoten der internationalen Lage; ihn durchhauen kann mur das Schwert des deutschen Proletariats.

Nr. 11. (Oktober).

Der Unfang vom Enbe.

Der Anfang vom Ende ist da. — Der deutsche Militärstaat wankt. Die Machtkoalition, die ber deutsche Militärstaat aufgebaut bat und ber er feine Siege in ben erften vier Rriegsjahren verbankt, bricht gu= sammen. Bulgarien hat ben Sonberfrieden angeboten. Die Türkei und Dfterreich werden folgen. Was bann? Für die deutsche Arbeiterklaffe ist das Problem klar und eindeutig vorgezeichnet. Wir muffen die Gunft ber Stunde ausnüßen. Die äußeren Schwierigkeiten unferer Ausbeuter und Unterdrücker gilt es auszunüten jum Sturg unferer berrichenden Rlaffen, um an beren Stelle bie Berrichaft ber deutschen Arbeiterklaffe aufzurichten, mas den siegreichen Beginn der Beltrevolution bedeutet. Einen anderen Ausweg aus dem Meer von Blut und Elend gibt es nicht. Alle Zeichen ber Zeit verweisen uns auf biefen Weg. Im Innern, in der "hohen Politik", herrscht Ratlosigkeit. hertling und hinte sind entlassen worden. Neue Manner sind in die Regierung einberufen worben, um die alte Politik weiter zu treiben, ober doch noch zu retten, was zu retten ift. Wir Arbeiter haben von einer neuen burgerlichen Regierung nicht das geringste zu erwarten; auch jetzt nicht, wo diese Regierung durch einige Regierungssozialisten verbrämt und durch einige scheindemokratische Zugeständnisse aufgeputzt worden ist. Eine solche Hoffnung wäre noch trügerischer als die bereits so schmählich zusammengebrochenen Hoffnungen auf den militärischen Endsieg und die Wirskungen durch den U-Bootkrieg.

Die Befürchtung, daß sich bie beutsche Arbeiterklasse wieder narren läßt, besteht biesmal nicht zu recht. Berlaffen und verraten von ben boben Politikern und Parteiführern, haben größere Maffen, vor allem Solbaten, instinktiv ben rechten Weg gefunden und bereits beschritten. Die Solbaten weigern sich in immer größeren Massen, an bie Front zu geben und für bie Aufrechterhaltung bes fie ausbeutenben und bedrückenden, für den Rrieg verantwortlichen Syftems Bettelbienfte zu verrichten. Die Arbeiter in der Munitionsindustrie sind gleichfalls brauf und bran, sich für biese entscheibenden Rampfe vorzubereiten. Bis in weite Rreise bes Bürgertums hinein ift unverkennbar eine Stimmung vorhanden, die erfolgversprechend ift. Alfo nuten wir die Zeit, um uns für biefe Rampfe vorzubereiten! In allen Betrieben, unter ben Golbaten an ber Front und im hinterland, gilt es jett zu organisieren. spontanen Meuterungen unter ben Solbaten gilt es mit allen Mitteln zu unterstüten, zum bewaffneten Aufstand überzuleiten, den bewaff= neten Aufstand zum Rampf um die ganze Macht für die Arbeiter und Soldaten auszuweiten und durch Massenstreiks der Arbeiter für uns siegreich zu machen. Das ist bie Arbeit ber allernächsten Tage und Bochen. Wir haben nichts zu verlieren, nur alles zu gewinnen. unerbetene Bilfe ber imperialiftischen Ententestaaten barf kein Binbernis fein. Im Gegenteil, wir werben mit ihren imperialistischen Unfprüchen insofern leicht fertig werben, als fie felbst die Revolution im Leibe haben und ihnen von der Arbeiterklasse ihrer gander das gleiche Schicksal bereitet werben wird.

Der Beginn der deutschen Revolution ist der Anfang der siegreichen Weltrevolution.

3. Nachrevolutionare Befenntniffe

"Der Entschluß von 1916 verstärkte sich nach bem Januarstreik von 1918. Nach biesem Streik reifte der Entschluß, wenn es noch einmal losginge, dann ganze Arbeit zu machen. Alle Vorbereitungen Betebers"

wurden getroffen, und besonders haben sich Barth, Wegmann, Ecker, Däumig und andere Vollzugsratsmitglieder um die Sache verdient gemacht. Es fragte sich immer nur, wann losgeschlagen werden konnte, und so haben wir Monat für Monat gewartet. Als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgte, hielten wir die Zeit für gekommen. Wir hatten auch Verdindungen mit der Front angeknüpft und arbeiteten erfolgreich, denn die Regierung war ja so gütig gewesen, alle Revolutionäre einzuziehen und in die Armee zu stecken. Wir wußten, daß ganze Regimenter übertreten würden. Nun kamen die entscheidenden Novembertage. Am 2. November sand eine Sigung des Revolutionskomitees statt, an der auch Haase, Dittmann und Liebknecht teilnahmen. Wir beschlossen, am 4. November loszuschlagen, wir wußten, daß wir uns auf die Truppen verlassen und uns nach kurzem Rampf der Herrschaft über Berlin bemächtigen konnten." (Ledebour nach einem Bericht des "Berliner Tageblattes" vom 17. Dezember 1918.)

"Der Dolchstoß von hinten gegen die beutsche Front war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats." (Rebakteur Thomas aus Augsburg in einer Wahlversammlung der Münchener Unabhängigen.) —

"Eigentlich könnten wir uns freuen, daß wir besiegt wors ben sind, denn dadurch sind wir unsere Machthaber losgeworden und können heute den 1. Mai feiern. Hätten wir gesiegt, dann würde Deutschland in einen reinen Militärstaat verwandelt worden sein und an eine Maiseier ware nicht zu denken gewesen." (Mecklenburg-Strelitzsicher Staatsminister Schaffer (Soz.) am 1. Mai 1919.) —

"Wir haben schon vom Beginn des Arieges, von Anfang des Jahres 1915 systematisch für die Revolution der Flotte gearbeitet. Wir haben von unserer Löhnung alle Tage 50 Pf. gesammelt, uns mit den Reichstagsabgeordneten in Berbindung geseht und revolutionäre Flugblätter verfaßt, drucken lassen und verteilt, um so für die Novemberereignisse die Bedingungen zu schaffen. Ich selber bin für diese Agitation mit mehreren Kameraden zum Tode verurteilt worden, bei zweien ist das Urteil aber nur ausgeführt. Nicht also seit 1917 ist, wie der Unabhängige Bater in Magdeburg erwähnte, die Agitation gegen Heer und Flotte systematisch betrieben worden, sondern seit Beginn des Arieges." (Genosse Haase, Führer des Seemannsbundes, in einer Versammlung vom 30. August 1919.)

Im Juli 1921 ist das Buch von Svarstein "Die deutsche Revolution" erschienen. Da der Verfasser sich im wesentlichen mit den Ereignissen nach dem 9. November 1918 beschäftigt, erübrigt sich hier ein Eingehen auf das Werk. Wenn er aber in einem einleitenden Kapitel die Behauptung aufstellt, die revolutionäre Agitation sei verhältnismäßig belanglos gewesen und die Soldaten hätten ihrer gar nicht bedurft, um eine Weiterführung des Krieges für zwecklos zu erachten, so glaube ich, nachgewiesen zu haben, daß das Gegenteil davon richtig ist. Auch die Parteischrift des Herrn Vernstein kann die Erkenntnis der wahren Ursachen des unglücklichen Kriegsausganges vielleicht verzögern, aber nicht verhindern. Und es ist nur geschichtliche Gerechtigkeit, wenn das deutsche Volk dereinst von der Sozialdemokratie und ihren Brüdern zur Linken Rechenschaft fordern wird.

Der zweite in sich abgeschlossene Band ber "Erinnerungen aus bem Agl. Preuß. Ariegsministerium" erscheint vom gleichen Berfasser unter bem Titel

Beer und Beimat.

In ihm werden bie Aufgaben geschildert, die vom Kriegsministerium mahrend bes Weltkrieges zu lösen waren, in erster Linie ber Ausbau ber Friedensorganisation bes heeres.

Preis voraussichtlich 30 Mark.

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen.

Erinnerungswerke über den Weltfrieg aus dem Berlage von R. g. Roehler, Leipzig

Großadmiral von Tirpit / Erinnerungen Preis gebunden 35 Mart

> Seneral von Lettows Vorbeck Meine Erinnerungen aus Ostafrika Preis gebunden 35 Mart

Generaloberst Freiherr von Hausen Erinnerungen an den Marnefeldzug 1914 Vreis gebunden 20 Mart

Gen. d. Art. u. Kriegsminister von Stein Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges Preis gebunden 14.50 Mark

Fregattenkapitan von Hase / Die zwei weißen Völker! Deutsch-Englische Erinnerungen eines deutschen Seeoffiziers Preis gebunden 22 Mark

General Graf von der Golg Meine Sendung in Finnland und im Baltikum Preis gebunden 50 Mark

Rapitanleutnant Graf von Ludner / Seeteufel! Bollsausgabe gebunden 25 Mart, Borzugsausgabe 60 Mart

> Udmiral v. Reufer / Scapa Flow Das Grab der Deutschen Flotte Halbleinenband 30 Mark

Rritik des Weltkrieges Das Erbe Woltkes und Schliessens im großen Kriege Von einem Generalskäbler Halbleinenband 30 Wark

General Maerder / Vom Kaiserheer zur Reichswehr halbleinenband 30 Mart

Die Preise erhöhen fich nur um ben ortsüblichen Sortimentszuschlag

Beitere Neuerscheinungen aus bem Berlage von R. F. Roehler, Leipzig

> Rudolf Enden / Lebenserinnerungen Ein Stüd deutschen Lebens Halbleinenband 30 Mark

Ernst haedel / Entwicklungsgeschichte einer Jugend Briefe an die Eltern 1852/1856 Halbleinenband 40 Wark

Karl von hase / Dein Alter sei wie Deine Jugend Briefe an eine Freundin halbleinenband 28 Mart

> J. A. Sauter / Mein Indien Erinnerungen aus 15 glücklichen Jahren Preis gebunden 30 Mark

Hersels gebunden 40 Mart

Das Problem Japans Bon einem Gesandtschaftsrat im fernen Often Überseit von Prof. Joh. Sauter Preis gebunden 32 Mart

Professor Otto Schmiedel / Die Deutschen in Japan preis gebunden 28 Mart

Die wirtschaftliche Zutunft des Oftens herausgegeben von einer Interessengemeinschaft preis gebunden 35 Mart

Die Preise erhöhen sich nur um ben ortsüblichen Gortimentsjuschlag

Erinnerungen

Bon Alfred von Tirpik Großadmirai

Mit Namen, und Sachverzeichnis und Bild des Verfassers Preis gebunden 35 Mart

Die Erinnerungen bes Schöpfers ber bents fchen Flotte und ftartften bentiden Polititers ber Rriegszeit werden ein Bert von dauerns ber Bedeutung bleiben und neben Bismards Gedanten und Erinnerungen einen unents behrlichen Band jeder hausbucherei bilden.

Inhalts, Verzeichnis:
In der prenßischen Marine / Aera Stosch
Aera Caprivi / In der Technit / Der neue Aurs
Tattische Arbeit / Flottenpläne / Tsingtan
Im Reichsmarineamt / Bei Bismard / Die Flottengesete / Beim Flottenbau / Unter dem Kaiser / Reichsmarineamt und Auswärstige Politit / England und die deutsche Flotte Der Ausbruch des Krieges / Hauptfragen des Krieges / Der Seetrieg / Der Usboots Krieg / Schlußwort / Anhang: Kriegstagebuch

R. F. Roehler/Berlag/Leipzig

Geeteufel

Abenteuer aus meinem Leben

Won

Graf Felig von Luciner Rapitanientnant in ber Reichetriegsmarine ebem. Rommanbant bes hilfstrengers "Seeabler"

Mit über 125 Abbildungen Preis gebunden 25 Mart / Bessere Ausgabe auf Runstdrudpapier gedrudt in Shunfarton 60 Mart

Ein beispiellos abentenerliches Leben hat Graf Ludner für seine schwere Aufgabe, als Rommanbant eines Segelschiffes monatelang ber Schreden der Meere zu werden, gereift. Dem Symnasium als Quartaner entlaufen, brachte er es vom Schiffsjungen eines russischen Seglers nach jahrelangen Irrfahrten zu Wasser und zu Lande, von denen er mit unserschöpflichem Humor erzählt, zum Marines offizier, dem es vergönnt war, das letzte Segelschiff der Ariegsmarine auf seiner Pistatenfahrt zu führen.

R. F. Roehler/Berlag/Leipzig

Die zwei weißen Völker (The Two White Nations!)

Dentich: Englische Erinnerungen eines beutschen Geeoffiziers

Von

Georg von Safe Fregattentapitan a. D.

Mit 23 Abbildungen und 2 Gefechtsffigen Preis gebunden 22 Mart

Das Bud, bessen Titel dem Trintspruch eines englischen Admirals entnommen wurde, soils dert zwei Begegnungen der beiden Flotten, den Besuch des britischen Geschwaders in Riel im Juli 1914 und den Rampf vor dem Stagers rat. Die plastische, hinreißende, auch für den Laienverständliche Schilderung der Seeschlacht hat die Ausmertsamteit des Ins und Ausslandes auf sich gezogen, so daß schon nach wenigen Wonaten die Renauslage und franzissische und englische übersetzungen erscheinen tonnten. — Das Buch wird auch der reiferen Jugend große Frende bereiten.

R. F. Roehler/Verlag/Leipzig



Reviewed by Preservation

DO NOT REMOVE OR MUTILATE CARD



